



# 2017

Korrigierte Version vom 05.01.2018



## Zeichenerklärung

—	= Nichts vorhanden	D	= Durchschnitt
0	= Mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit	p	= vorläufige Zahl
.	= Zahlenwert unbekannt oder aus Geheimhaltungsgründen nicht veröffentlicht	r	= berichtigte Zahl
X	= Nachweis ist nicht sinnvoll, unmöglich, oder Fragestellung trifft nicht zu	s	= geschätzte Zahl
...	= Angabe fällt später an	dav.	= davon. Mit diesem Wort wird die Aufgliederung einer Gesamtmasse in sämtliche Teilmassen eingeleitet
/	= Nicht veröffentlicht, weil nicht ausreichend genau oder nicht repräsentativ	dar.	= darunter. Mit diesem Wort wird die Ausgliederung einzelner Teilmassen angekündigt
()	= Aussagewert eingeschränkt, da Zahlenwert statistisch relativ unsicher		

Änderungen bereits bekanntgegebener Zahlen beruhen auf nachträglichen Berichtigungen.  
Abweichungen in den Summen sind in der Regel auf das Runden der Einzelpositionen zurückzuführen.

Soweit nicht anders vermerkt ist, wurden die Tabellen im Landesamt für Statistik Niedersachsen erarbeitet und gelten für das Gebiet des Landes Niedersachsen.

**Achtung! Gegenüber der Vorversion dieses Dokumentes sind Änderungen erfolgt.  
Betroffen sind die Seiten 26 und 74. Die Änderung wurde rot gekennzeichnet.**

## Information und Beratung

Auskünfte zu dieser Veröffentlichung unter:  
margret.koch-sterrenberg@statistik.niedersachsen.de  
Tel.: 0511 9898 - 3145

Auskünfte aus allen Bereichen der amtlichen Statistik unter:  
Tel.: 0511 9898 - 1132, 1134  
Fax: 0511 9898 - 99 1134  
E-Mail: [auskunft@statistik.niedersachsen.de](mailto:auskunft@statistik.niedersachsen.de)  
Internet: [www.statistik.niedersachsen.de](http://www.statistik.niedersachsen.de)

## Herausgeber

Landesamt für Statistik Niedersachsen  
Postfach 91 07 64  
30427 Hannover

Preis: 9,50 €  
Erscheinungsweise: jährlich  
Erschienen im Dezember 2017  
ISSN 1432-5756



PDF-Version und XLSX-Dateien (Tabellen) unter:  
[www.statistik.niedersachsen.de](http://www.statistik.niedersachsen.de)  
> Veröffentlichungen  
> Zusammenfassende Statistische Veröffentlichungen

© Landesamt für Statistik Niedersachsen, Hannover 2017.  
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

# Inhalt

## Texte und Abbildungen

Einführung.....	7
Die wichtigsten Ergebnisse.....	8
Bevölkerung.....	11
Familie und Beruf.....	15
Erwerbstätigkeit.....	19
Wirtschaft und Einkommen .....	24
Globalisierung.....	29
Finanzen.....	32
Schulische Qualifikation .....	37
Wissenschaft und Kultur .....	39
Umwelt und Energie .....	43
Soziales, Sicherheit.....	47
Gleichstellung von Frauen und Männern .....	51
Niedersachsen in Europa .....	54

## Tabellen

Bevölkerung.....	59
Familie und Beruf.....	62
Erwerbstätigkeit.....	66
Wirtschaft und Einkommen .....	70
Globalisierung.....	77
Finanzen.....	80
Schulische Qualifikation .....	84
Wissenschaft und Kultur .....	86
Umwelt und Energie .....	90
Soziales, Sicherheit.....	94
Aktuelle Entwicklungen 2017 .....	99
Niedersachsen in Europa .....	100
Kartenansicht: Deutschland und seine Länder Niedersachsen und seine Statistischen Regionen .....	107



Texte und Abbildungen



Der *Niedersachsen-Monitor* trägt mittels eines systematischen Bund-Länder-Vergleichs sowie ausgewählter europäischer Daten zur Positionsbestimmung des Landes Niedersachsen bei. Er erscheint mit dieser Ausgabe zum 20. Mal. Dabei liegen ihm folgende methodische Prämissen und Gliederungsprinzipien zu Grunde:

1. Sämtliche der insgesamt 84 Tabellen basieren auf zu meist von der amtlichen Statistik erarbeiteten, öffentlich zugänglichen Informationen. Sie sind nach Sachgebieten geordnet und nach einer einheitlichen Systematik erstellt. Soweit möglich handelt es sich um endgültige Ergebnisse.
2. Die 75 Ländertabellen enthalten hochverdichtete statistische Informationen für die 16 Länder der Bundesrepublik, Deutschland sowie Ost- und Westdeutschland. Unter „Ostdeutschland“ werden in der Regel die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen verstanden. Die anderen 10 Länder werden als „Westdeutschland“ zusammengefasst.
3. Untersuchungsgegenstand ist stets das Land Niedersachsen. Die Daten der anderen Länder dienen im Wesentlichen dazu, Strukturen und Entwicklungen des Landes vergleichend darzustellen und zu untersuchen.
4. Die Entwicklung und Positionierung Niedersachsens wird überwiegend am Bundestrend gemessen und beurteilt. Die Werte für Niedersachsen und Deutschland werden in den Tabellen optisch hervorgehoben und durch Diagramme visualisiert.
5. Die Ländertabellen enthalten immer den aktuellsten für alle Länder vorliegenden Wert (in dieser Ausgabe meist 2016), das Vorjahresergebnis sowie einen Wert, der 5 Jahre zurückliegt. Dies ermöglicht einen kurz- und einen mittelfristigen Vergleich. Es wird davon abgewichen, wenn keine jährlichen Daten vorliegen oder methodische Brüche einen mittelfristigen Vergleich unmöglich machen.
6. Die absoluten Zahlen werden ergänzt durch Veränderungsraten, Quoten und Beziehungszahlen. Mit diesen Indikatoren werden die Daten für die Länder und im Zeitablauf vergleichbar.
7. Bei Beziehungszahlen je Einwohnerinnen und Einwohner wird – wenn nicht anders angegeben – der Bevölkerungsstand vom 30.06. des betrachteten Jahres zu Grunde gelegt, für 2016 der Stand vom 31.12.2015.
8. Die Ländertabellen werden ergänzt durch 9 Tabellen, die Niedersachsen und seine Statistischen Regionen im Vergleich mit der Europäischen Union darstellen.

9. Am Ende der Kapitel verweisen Info-Blöcke auf Quellen und Fundstellen für weiterführende Informationen vor allem für Deutschland und seine 16 Länder.

Für Niedersachsen wird darüber hinaus in vielen Fällen u. a. auf weiterführende Produkte des LSN mit tieferer Regionalisierung hingewiesen, wie z. B. Statistische Berichte, die [LSN-Online-Regionaldatenbank](#) sowie das im Auftrag der Staatskanzlei bereitgestellte [Online-Regionalmonitoring Niedersachsen](#).

Gegenüber dem Vorjahr gibt es zwei thematische Ergänzungen:

- Das Kapitel Bevölkerung ist um eine Tabelle über Einbürgerungen erweitert. Diese gibt Hinweise auf gelingende gesellschaftliche Integration und zeigt das Interesse ausländischer Personen, alle staatsbürgerlichen Rechte und Partizipationsmöglichkeiten in Deutschland zu erhalten.
- Der Themenbereich Wissenschaft und Kultur befasst sich zusätzlich mit den Ausgaben für Wissenschaft und Forschung, da sie einen relevanten Beitrag zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung leisten. Die Höhe der Ausgaben (von Staat, privaten Institutionen, Hochschulen und Wirtschaft) ist eine wichtige Bestimmungsgröße für das Innovationstempo.

Hinweise:

- Die Bevölkerungsstatistiken sind zurzeit von 2 grundlegenden Neuerungen betroffen. Zum einen wurden alle laufenden Bevölkerungsstatistiken auf ein neues technisches Aufbereitungsverfahren umgestellt. Zum anderen änderte sich zeitgleich für die Wanderungsstatistik der Standard der Datenlieferung von den Meldebehörden an die Statistikämter. Dadurch ergaben sich Verzögerungen. Bevölkerungsdaten für 2016 standen daher nur eingeschränkt zur Verfügung.
- Die Vergleichbarkeit der Mikrozensusergebnisse für das Berichtsjahr 2016 mit den Vorjahren ist eingeschränkt (Tab. 11 Alleinerziehende sowie Tab. 10, 12, 13 und 16 Erwerbstätige), da die Stichprobe erstmalig auf den Daten des Zensus 2011 basiert. Des Weiteren beeinflussen Sondereffekte der Bevölkerungsentwicklung die Vergleichbarkeit mit den Vorjahresdaten.

*Der Niedersachsen-Monitor 2017 entstand unter der redaktionellen Leitung von Dr. Margret Koch-Sterrenberg. Die Texte wurden erstellt von Silke Dahl, Sascha Ebigt, Prof. Lothar Eichhorn, Heiko Irps, Dr. Margret Koch-Sterrenberg, Arne Lehmann, Uwe Mahnecke, Martin Rehm, Rita Skorka und Katja Tanneberger.*

*Über den hier gebotenen Bund-Länder-Vergleich hinaus stehen im thematisch gegliederten Internetangebot des LSN viele weitere Daten und Analysen für Niedersachsen bereit: <http://www.statistik.niedersachsen.de>.*

# Die wichtigsten Ergebnisse

Zumeist werden Entwicklungslinien deutlicher, wenn man sie nicht nur über ein Jahr, sondern über einen längeren Zeitraum verfolgt. Dann werden Pfade, manchmal sogar Strukturverschiebungen sichtbar. Die folgende Darstellung der Hauptergebnisse des diesjährigen *Niedersachsen-Monitors* konzentriert sich daher auf die mittelfristigen Entwicklungen im Fünfjahresvergleich, zumeist des Jahres 2016 mit dem Jahr 2011. Diese Betrachtung wird abgerundet durch die Darstellung der ersten besonders wichtigen Entwicklungslinien, die sich kurzfristig im Jahr 2017 bereits ergeben haben.

## Niedersachsens Bevölkerungszahl steigt wieder

Niedersachsens Bevölkerungszahl steuert allmählich erneut auf die 8-Millionen-Grenze zu, die zum bislang ersten Mal im Jahr 2004 überschritten wurde. Mitte 2016 lebten im Lande 7 948 507 Menschen, 163 314 bzw. 2,1 % mehr als 5 Jahre zuvor. Dies liegt vor allem an der verstärkten Zuwanderung aus dem Ausland, zum geringeren Teil auch an höheren Geburtenzahlen. Die grundlegenden Aussagen zum demografischen Wandel bleiben aber bestehen: Niedersachsen wird älter und vielfältiger; zumindest langfristig wird die Bevölkerungszahl abnehmen. Die Zuwanderung vor allem von relativ jungen Menschen überdeckt derzeit diesen Trend.

## Zahl der Erwerbstätigen auf historischem Höchststand – Weniger Minijobs

Die Zahl der Erwerbstätigen, die in Niedersachsen arbeiten, stieg 2016 weiter auf etwas über 4 Millionen. Das ist die höchste Zahl, die jemals in Niedersachsen erreicht wurde; sie lag 5,2 % über dem Wert von 2011. Bundesweit war die Entwicklung ähnlich positiv. Bemerkenswert ist, dass vor allem die „gute Arbeit“ zunahm: Im Fünfjahresvergleich stieg die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Niedersachsen um 10,3 %, während zugleich die Zahl der Minijobs um 4,1 % zurückging. Spiegelbildlich sank die Arbeitslosenquote im Fünfjahresvergleich von 6,9 % auf nur noch 6,0 %. Die Zahl der Arbeitslosen verringerte sich im Fünfjahresvergleich um 8,1 %. Anders ausgedrückt: 2016 gab es 22 133 Arbeitslose weniger und rund 197 400 Erwerbstätige mehr als 2011.

## Wirtschaft wächst schwächer als im Bundesdurchschnitt

Die Konjunktur war und ist weiterhin gut und stabil, dennoch muss wirtschaftlich für Niedersachsen eine gewisse Wachstumsschwäche diagnostiziert werden. 2016 lag das Bruttoinlandsprodukt (BIP) real nur 2,4 % höher als 2011; im Bundesdurchschnitt waren es +6,3 %. Obwohl die Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe schneller stiegen als im Bundesdurchschnitt, lag das

Wachstum des BIP bei kurz- und mittelfristiger Betrachtung deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Grund dafür ist vor allem die im Jahr 2015 als Folge der „Diesel-Affäre“ deutlich veränderte Kostenstruktur bei dem größten niedersächsischen Fahrzeugbauer, die dessen Beitrag zur BWS schrumpfen ließ. Das im Bundesvergleich geringere Wachstum trat aber nicht nur bei der Bruttowertschöpfung (BWS) im Produzierenden Gewerbe, sondern auch bei der BWS der Dienstleistungsbereiche auf.

Da das BIP nur unterdurchschnittlich wuchs, zugleich aber die Erwerbstätigen-Zahlen überdurchschnittlich anstiegen, wuchs eine Produktivitätslücke an: Das BIP pro erwerbstätiger Person lag 2016 bei 65 981 Euro und damit bei 92 % des Bundesdurchschnitts. 5 Jahre zuvor waren es immerhin noch 95 %.

Bereits 2015 hatte sich eine Gruppe von 5 Ländern herausgebildet, die im mittelfristigen Vergleich deutlich überproportionale Zuwächse aufwies. Dies waren Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Sachsen und Thüringen; 2016 kam noch Brandenburg hinzu. Umgekehrt gibt es eine Gruppe von Ländern, die 2015 wie auch 2016 ein deutlich unterdurchschnittliches Wachstum hatten. Dazu gehören neben Niedersachsen auch Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Sachsen-Anhalt.

## Umsatzanteil der kleinen und mittleren Unternehmen sinkt erstmals unter den Bundesdurchschnitt

Die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) mit Umsätzen von weniger als 50 Mio. Euro pro Jahr konnten 2015 ihren Umsatz um 3 Mrd. Euro auf 204,2 Mrd. Euro steigern. Seit Jahren nimmt jedoch der Umsatzanteil der KMU-Unternehmen ab – 2010 lag er noch bei 40,5 %. Bis einschließlich 2014 war Niedersachsens Wirtschaft auch dadurch gekennzeichnet, dass der KMU-Anteil hier höher lag als im Bundesdurchschnitt. 2015 lag dieser im Bund bei 36,9 % und war damit erstmals größer als der niedersächsische KMU-Anteil.

## Einkommen und Verdienste gestiegen, aber weiterhin unter Bundesdurchschnitt

Dank der guten Konjunktur und Arbeitsmarktlage stiegen die Pro-Kopf-Einkommen und Verdienste. Das verfügbare Einkommen pro Kopf, das konzeptionell alle Einkünfte aller Einwohnerinnen und Einwohner umfasst, stieg in Niedersachsen mittelfristig um 12,7 % und lag 2015 bei 96,5 % des Bundesdurchschnittswertes. Die Verdienste der abhängig Beschäftigten, gemessen am Bruttojahreseinkommen ganzjährig vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, stiegen mittelfristig um 8,5 % und lagen 2016 bei gut 93 % des Bundesdurchschnitts.



## Steuereinnahmen stark gestiegen

Auch der Staat und die Kommunen profitierten von der Konjunktur. So stiegen die Steuereinnahmen mittelfristig bis 2016 um 35,6 %, die Ausgaben nur um 14,6 %. Eine wichtige Rolle spielte dabei auch das niedrige Zinsniveau, so dass die Zinsausgaben mittelfristig um 28,2 % zurückgefahren werden konnten.

## Armutsgefährdungsquote stieg mittelfristig an

Trotz der guten Konjunktur und trotz günstiger Arbeitsmarktlage bei niedriger Arbeitslosigkeit gelang es nicht, die Armut bzw. Armutsgefährdung nennenswert zurückzudrängen. Die Armutsgefährdungsquote lag 2016 in Niedersachsen bei 16,0 % (Bund: 15,7 %) und damit einen Prozentpunkt höher als 2011. Der Anteil der Bezieherinnen und Bezieher von Mindestsicherungsleistungen stieg in Niedersachsen mittelfristig bis 2015 auf 9,8 %, wobei der Anstieg in Niedersachsen etwas höher als im Bundesdurchschnitt (9,7 %) ausfiel. Dies lag daran, dass in den ostdeutschen Ländern der Bezug von Mindestsicherungsleistungen um 3,0 % zurückging, während er in den westdeutschen Ländern um 17,4 % stieg.

Auffällig ist, dass die Armutsgefährdungsquote der Ausländerinnen und Ausländer 2016 bei 43,0 % lag; der Zuzug von Schutzsuchenden und Flüchtlingen spielt dabei sicherlich eine Rolle. Die Gefährdungsquote der Nichtdeutschen in Niedersachsen lag deutlich über der bundesdeutschen Quote, während die allgemeinen Armutsgefährdungsquoten in Niedersachsen und Deutschland eng beieinander waren.

## Schulische Qualifikation verbessert

Eine gute Ausbildung ist die beste Absicherung gegen Armut und bietet die Grundlage für ein materiell erfolgreiches Leben. Von daher ist es ein guter Erfolg, wenn die Zahl der Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher mittelfristig bis 2015 um 16,8 % (Bund: 10,6 %) zurückging – auch wenn sie im kurzfristigen Vorjahresvergleich leicht anstieg. Auch die Quote der „frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger“ ging mittelfristig bis 2016 um 2,2 Prozentpunkte auf 11,9 % zurück. Die Quote der Abiturientinnen und Abiturienten stieg im Fünfjahresvergleich auf 38,2 % im Jahr 2015. Sie lag zwar immer noch unter dem Bundesdurchschnitt von 41,2 %, aber um 5,9 Prozentpunkte über dem Wert von 2010.

## Gleichstellung der Geschlechter macht Fortschritte

Die Gleichstellung der Geschlechter kam deutlich voran. Der beste und konzentrierteste Ausdruck dieser Entwicklung ist der Gender Pay Gap (GPG), der Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern. Der unbereinigte GPG sank in Niedersachsen mittelfristig um 2 Prozentpunkte

auf 20 % im Jahr 2016. Da die Frauen im Vergleich zu den Männern immer höhere schulische und berufliche Qualifikationen erwerben, ist zu erwarten, dass der GPG weiter zurückgehen wird. Im europäischen Vergleich ist ein GPG von 20 % wie in Niedersachsen vergleichsweise hoch, denn im Jahr 2015 lag der GPG im Durchschnitt der EU bei 16 %.

## Aktuelle Entwicklungen im Jahr 2017

In den ersten Monaten des Jahres 2017 setzten sich im Wesentlichen die beobachteten Entwicklungen fort, wobei die Daten für das Land sich nur wenig von den gesamtdeutschen Zahlen unterschieden (Tab. 75).

Das **Bruttoinlandsprodukt** (BIP) Niedersachsens stieg im ersten Halbjahr 2017 real um 2,1 % (Bund: 2,0 %). Im Ländervergleich wird deutlich, dass das Wachstum der westdeutschen Länder deutlich um 0,8 Prozentpunkte über dem der ostdeutschen liegt, wobei Niedersachsen sich exakt im Schnitt der 10 westdeutschen Länder befindet.

Die gute Konjunktur schlägt sich auch in positiven Arbeitsmarktzahlen nieder. Die Zahl der am Arbeitsort gezählten **Erwerbstätigen** stieg im ersten Quartal 2017 um 1,3 % auf rund 4,004 Mio. Personen. Bundesweit lag die Zuwachsrate mit 1,5 % etwas höher, wobei besonders der hohe Wert von 2,9 % für Berlin ins Auge fällt.

Spiegelbildlich entwickelte sich die **Arbeitslosigkeit**: Im Juni 2017 lag die Arbeitslosenquote in Niedersachsen nur noch bei 5,6 % und damit 0,2 Prozentpunkte niedriger als ein Jahr zuvor. Bundesweit war die Entwicklung sogar noch etwas günstiger: Im Bundesdurchschnitt sank die Quote um 0,4 Prozentpunkte auf 5,5 %. Der Abbau der Arbeitslosigkeit vollzog sich in Ostdeutschland mit -0,9 Prozentpunkten deutlich schneller als im Westen (-0,3 Prozentpunkte). Die aktuelle Spanne der Quoten reicht von 3,0 % in Bayern, was nahezu Vollbeschäftigung bedeutet, bis 10,2 % im Land Bremen.

Dennoch wuchs die **„bekämpfte Armut“**, hier gemessen am Anteil der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften an der Bevölkerung unter 65 Jahren, weiter an. Die SGB II-Quote lag in Niedersachsen im April 2017 bei 9,9 % (Bund: 9,8 %) und damit 0,4 Prozentpunkte höher als ein Jahr zuvor (Bund: +0,2 Prozentpunkte). Auch hier ist ein Angleichungsprozess von Ost und West zu beobachten, denn in Ostdeutschland sank die Quote um 0,5 Prozentpunkte, während sie in Westdeutschland um 0,4 Prozentpunkte stieg. Gleichwohl liegt die SGB II-Quote im Osten (13,8 %) noch deutlich höher als im Westen (8,9 %).

Die Ost-West-Struktur wird aber deutlich überlagert von einer Stadt-Land-Disparität: Die bundesweit höchsten SGB II-Quoten wurden in den Stadtstaaten Bremen (19,9 %) und Berlin (19,8 %) gemessen; die Arbeitslosenquoten lagen bei 10,2 % und 8,8 %.

Dazu kommt eine Süd-Nord-Struktur: Die süddeutschen Länder Bayern und Baden-Württemberg weisen konstant die besten Arbeitsmarkt- wie auch SGB II-Daten auf. In allen 5 norddeutschen Ländern liegen die Arbeitslosen- und SGB II-Quoten mehr oder weniger über dem Bundesdurchschnitt.

In allen 16 Ländern stieg bis März 2017 die Zahl der Kinder unter 3 Jahren, die in **Kindertageseinrichtungen** betreut werden, an. Allein in Niedersachsen gab es ein Plus von 3 783 betreuten Kindern gegenüber dem März 2016. Das war ein Anteil von 12,4 % am bundesweiten Zuwachs. Die entsprechenden Quoten ließen sich bei Redaktionsschluss leider noch nicht berechnen.

---

## Deutlicher Bevölkerungsanstieg 2015 durch Zuwanderung von Schutzsuchenden – natürliche Bevölkerungsbewegung negativ

Die Bevölkerungsfortschreibung berücksichtigt die Wanderungen über die Bundesgrenze und die Landesgrenzen einerseits sowie die Zahl der Lebendgeborenen und Gestorbenen andererseits. Bevölkerungsdaten für 2016 standen nur eingeschränkt zur Verfügung (siehe Einführung). Daher wird zunächst die Bevölkerungsentwicklung von 2015 (Tab. 1, 2 und 3) kurz dargestellt und danach der Bevölkerungsstand zum 30. Juni 2016 betrachtet (Tab. 1a).

Die Bevölkerungszahl Niedersachsens ist 2015 vor allem aufgrund der hohen Zuzüge aus dem Ausland auf gut 7,9 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner gestiegen (Tab. 1). Im Vergleich zum Vorjahr war dies ein Plus von knapp 100 000 Personen (+1,3 %). Zuletzt gab es solch hohe Zunahmen in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung. Insgesamt lebten 2015 rund 82,2 Mio. Menschen in Deutschland – beinahe 1 Million mehr als 2014.

Die Geburtenzahl stieg 2015 in Niedersachsen weniger stark als 2014 (Tab. 2). Mit 67 183 Geburten erblickten 1,2 % mehr Kinder das Licht der Welt als im Vorjahr (Deutschland: +3,2 %). Im mittelfristigen Vergleich zu 2010 stiegen die Geburtenzahlen in Niedersachsen unterdurchschnittlich um 6,4 % (Bundesdurchschnitt: +8,8 %). Die relative Geburtenhäufigkeit lag in Niedersachsen 2015 und 2014 bei 85 Lebendgeborene je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner (Deutschland: 91). Die zusammengefasste altersspezifische Geburtenziffer stieg 2015 in Niedersachsen leicht auf 1,52 Kinder je Frau. Für den zahlenmäßigen Erhalt der Elterngeneration wären jedoch 2,1 Lebendgeborene je Frau im Alter von 15 bis unter 50 Jahren nötig.

Der Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung war 2015 erneut negativ: In Niedersachsen wurden rund 25 000 Menschen weniger geboren als gestorben sind. Das Geburten-/Sterbesaldo je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner betrug -3,2. Das war der dritthöchste Saldo unter den westdeutschen Ländern (Deutschland: -2,3).

Über die Landes- und Bundesgrenze zogen 123 347 Menschen mehr nach Niedersachsen als fortzogen (Tab. 3). Der Wanderungssaldo mit dem Ausland (Tab. 38) betrug knapp 120 000 Personen, wobei vor allem die Zuwanderung von Menschen aus den Ländern Syrien, Irak und Afghanistan stieg. Darüber hinaus gab es nach wie vor eine hohe Nettozuwanderung aus mittel- und (süd-)osteuropäischen Staaten. Der Wanderungsgewinn je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner stieg auf 15,7 an und war nach Baden-Württemberg und Bremen (jeweils 15,8) der dritthöchste unter den Ländern (Deutschland: +14,0).

Der Anteil der Menschen in der Altersgruppe 65+ an der Gesamtbevölkerung ist eine wichtige Kennziffer für die Be-

urteilung der demografischen Entwicklung. Im Jahr 2015 waren in Niedersachsen rund 21,4 % der Bevölkerung 65 Jahre oder älter (Deutschland: 21,1 %). Hamburg war nach dieser Relation das „jüngste“ Land (18,7 %), Sachsen und Sachsen-Anhalt waren die „ältesten“ Länder (25,1 %).

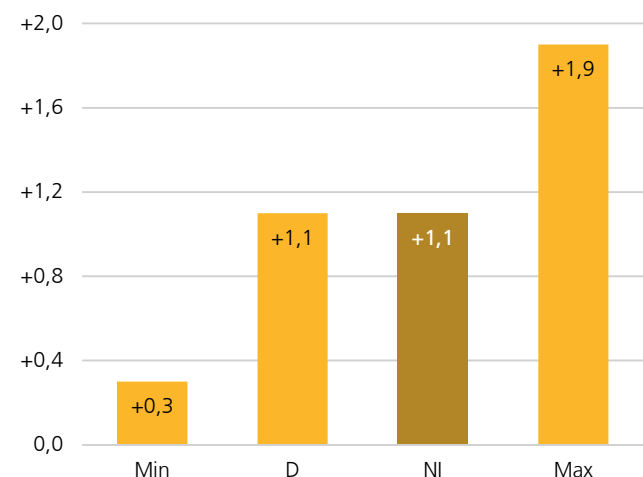
Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer nahm in allen Ländern zu, bundesweit auf 10,5 % (Tab.1). Dies ist auch mit der gesetzlich festgelegten anteiligen Verteilung von Asylsuchenden auf die Länder nach dem Königsteiner Schlüssel zu erklären. Er bemisst sich zu zwei Dritteln nach dem Steueraufkommen und zu einem Drittel nach der Bevölkerungszahl: Wo viele Menschen leben, dorthin werden auch viele Asylsuchende verteilt. Für Niedersachsen betrug die Aufnahmequote 2015 rund 9,4 %. In Niedersachsen lebten 2015 laut Bevölkerungsfortschreibung rund 632 186 Ausländerinnen und Ausländer. Der Bevölkerungsanteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Gesamtbevölkerung (am 31.12.) lag mit 8,0 % unter dem westdeutschen Durchschnitt (11,5 %).

Insgesamt gab es von 2012 bis 2015 in Niedersachsen und Deutschland trotz negativem Geburten-/Sterbesaldo einen jährlichen Bevölkerungszuwachs aufgrund der Nettozuwanderung.

## Weiterer Anstieg der Bevölkerungszahl im ersten Halbjahr 2016

Die Bevölkerungszahl Niedersachsens erhöhte sich im ersten Halbjahr 2016 um gut 21 900 Personen auf knapp 7,95 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner (Tab. 1a); dies entsprach einem Zuwachs von knapp 0,3 %. Dieser Anstieg war weniger stark als im ersten Halbjahr 2015 und lag deutlich unter dem enormen Zuwachs des zweiten Halbjahres 2015 (+0,8 %). Im Jahresvergleich nahm die Bevölkerungszahl gegenüber dem 30. Juni 2015 um knapp 90 000 Personen bzw. 1,1 % zu.

### Zunahme der Bevölkerung 2016 gegenüber 2015 (jeweils 30.6.) – Prozent –



In Deutschland stieg die Bevölkerungszahl im ersten Halbjahr 2016 insgesamt um mehr als 173 000 Personen auf fast 82,35 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner (+0,2 %). Im Jahresvergleich nahm die Bevölkerungszahl gegenüber dem 30. Juni 2015 um mehr als 890 000 Personen bzw. 1,1 % zu.

Im ersten Halbjahr 2016 stieg die Bevölkerungszahl in 12 Ländern, besonders stark aber in den Stadtstaaten Berlin (+0,9 %), Bremen (+0,7 %) und Hamburg (+0,6 %) sowie in Schleswig-Holstein (+0,6 %). In 4 ostdeutschen Ländern ging die Bevölkerungszahl zurück, am stärksten in Thüringen um 0,5 %.

Im Vergleich zum 30. Juni 2011 stieg die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner in Niedersachsen um mehr als 163 000 Personen bzw. 2,1 %. In Deutschland gab es in dieser Zeitspanne einen Bevölkerungsgewinn von über 2,1 Mio. Menschen (+2,6 %).

Der Länderanteil an der Bevölkerung in Deutschland hat sich über die Jahre nur geringfügig verändert. Im Jahr 2016 lebten in Niedersachsen 9,7 % der deutschen Bevölkerung. Das war nach Nordrhein-Westfalen (21,7 %), Bayern (15,6 %) und Baden-Württemberg (13,3 %) der vierthöchste Anteil. Niedersachsen wies jedoch mit 47 616 Quadratkilometern die zweitgrößte Gebietsfläche auf (Bayern: 70 550 Quadratkilometer) und hatte die niedrigste Besiedlungsdichte in Westdeutschland. Durchschnittlich wohnten im Jahr 2016 in Niedersachsen etwa 167 Einwohnerinnen und Einwohner je Quadratkilometer. Im bundesweiten

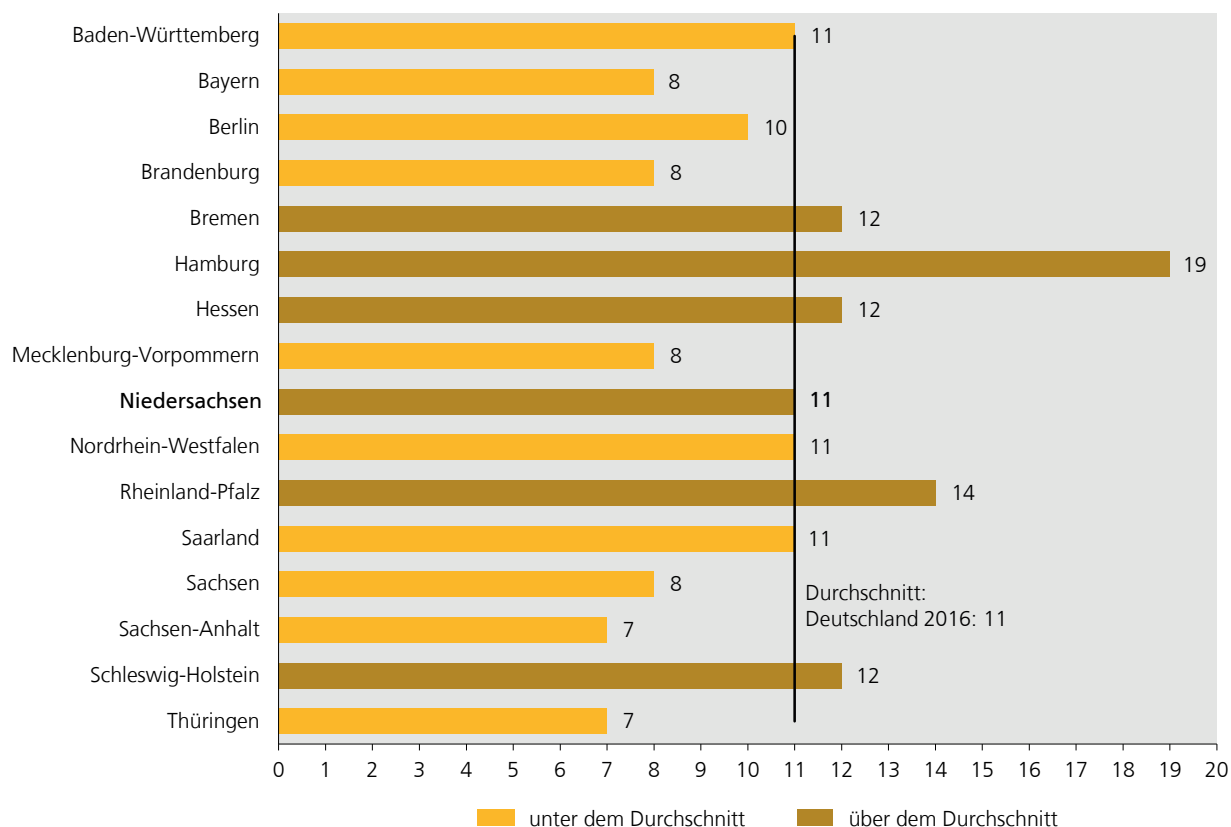
Durchschnitt waren es etwa 230 Personen je Quadratkilometer.

### Mehr als 8 500 Eingebürgerte 2016

Eingebürgerte sind Personen, denen auf Antrag die deutsche Staatsangehörigkeit verliehen wurde. Sie werden zu deutschen Bürgerinnen und Bürgern und verfügen damit über alle staatsbürgerlichen Rechte und Partizipationsmöglichkeiten. Ausländische Staatsangehörige haben einen Anspruch auf Einbürgerung, wenn bestimmte Voraussetzungen vorliegen:

- unbefristetes Aufenthaltsrecht oder eine bestimmte befristete Aufenthaltserlaubnis, eine Blaue Karte EU oder eine Aufenthaltserlaubnis aufgrund des Abkommens mit der Schweiz
- Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung (bestandener Einbürgerungstest)
- seit 8 Jahren gewöhnlicher und rechtmäßiger Aufenthalt in Deutschland
- eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts ohne Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen (Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II)
- ausreichende Deutschkenntnisse
- keine Verurteilung wegen einer Straftat
- Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland

Eingebürgerte je 1 000 Ausländerinnen und Ausländer 2016 – Anzahl –



- Verlust beziehungsweise die Aufgabe der alten Staatsangehörigkeit.

Ein Absehen von der Erfüllung einzelner Voraussetzungen ist z. B. bei Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern, Ehegatten und Kindern der einbürgernden Person sowie Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen möglich. Sofern ein öffentliches Interesse an der Einbürgerung besteht und einige Mindestanforderungen erfüllt sind, kann die Einbürgerungsbehörde der Einbürgerung zustimmen (sogenannte Ermessenseinbürgerung).

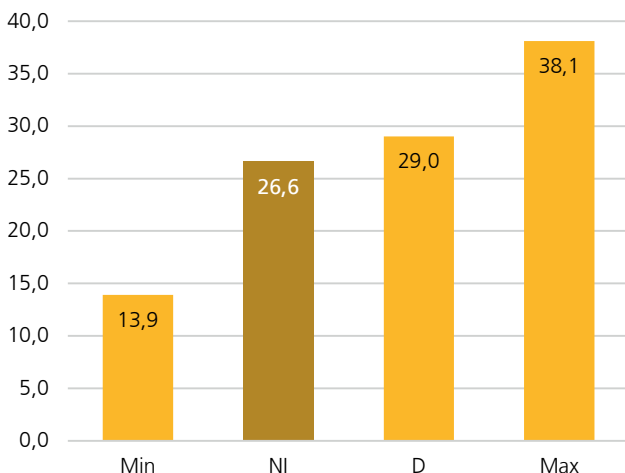
In Niedersachsen wurden 2016 mit 8 519 Einbürgerungen 6,6 % mehr Einwohnerinnen und Einwohner zu Bürgerinnen und Bürgern als im Vorjahr. In den 5 Jahren davor gab es nur im Jahr 2012 mehr Eingebürgerte. Im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2016 lag die Zahl bei gut 8 100 Einbürgerungen pro Jahr. Bundesweit gab es 2016 fast 110 400 Einbürgerungen, dies waren 2,9 % mehr als im Vorjahr.

Die Quote der Eingebürgerten je 1 000 Ausländerinnen und Ausländer lag im bundesweiten Durchschnitt bei 11 Personen. 5 Jahre zuvor lag sie mit 15 Personen noch deutlich höher. In Niedersachsen sank die Einbürgerungsquote im gleichen Zeitraum von 17 auf 11 Personen. Im Ländervergleich war diese Quote 2016 in Hamburg mit 19 Personen am höchsten (2011: 24); den niedrigsten Wert erzielten Sachsen-Anhalt und Thüringen mit nur 7 Personen (2011: 14 und 12).

Die Einbürgerungsquote ist seit 2011 in allen Ländern gesunken, obwohl die absolute Zahl der Einbürgerungen in 11 Ländern zum Teil stark gestiegen ist. Die Ursache liegt darin, dass die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer durch Zuzüge aus dem Ausland erheblich gestiegen ist; insbesondere die Zahl der erst seit kurzer Zeit in Deutschland lebenden Nichtdeutschen stieg stark an – und diese Bevölkerungsgruppe erfüllt in aller Regel (noch) nicht die rechtlichen Voraussetzungen einer Einbürgerung.

Mehr als ein Viertel der Personen, die 2016 in Niedersachsen eingebürgert wurden, kamen aus Staaten der Eu-

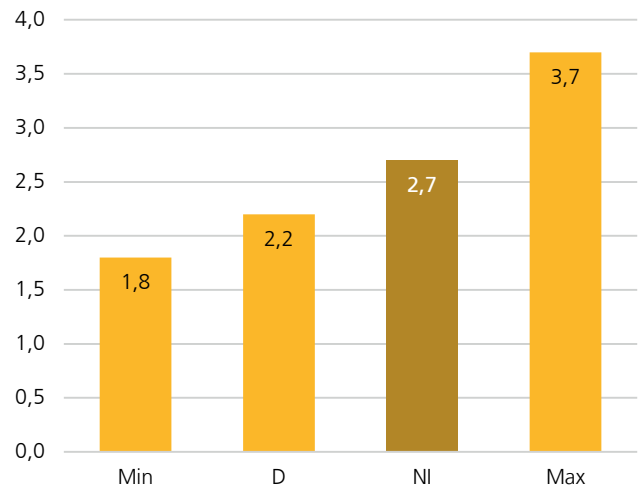
#### ■ Anteil Eingebürgerter aus EU-Staaten an allen Eingebürgerten – Prozent –



ropäischen Union (26,6 %). Damit lag der Anteil der Eingebürgerten aus EU-Staaten leicht unter dem deutschlandweiten Anteil von 29,0 %. Die Spanne reichte in den Ländern von 13,9 % in Bremen bis 38,1 % in Bayern. Deutschlandweit liegt die durchschnittliche Aufenthaltsdauer zum Zeitpunkt der Einbürgerung bei Personen aus EU-Staaten bei 21,5 Jahren und damit höher als die durchschnittliche Aufenthaltsdauer aller Eingebürgerten (17,0 Jahre).

Der Indikator Ausgeschöpftes Einbürgerungspotential (aEP) bezieht die Zahl der Einbürgerungen auf die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von 10 Jahren und mehr. Der aEP ist ein internationaler Indikator vor allem für eine erfolgreiche rechtliche Integration. In Niedersachsen lag das Ausgeschöpfte Einbürgerungspotential bei 2,7 % und damit über dem bundesweiten Durchschnitt von 2,2 %. Die höchsten Ausschöpfungsquoten erreichten Hamburg mit 3,7 % sowie Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen mit einer Quote von je 3,4 %. In Bayern und Berlin wurden nur je 1,8 % der Ausländerinnen und Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von 10 Jahren und mehr eingebürgert.

#### ■ Ausgeschöpftes Einbürgerungspotential – Prozent –



Beim Ausgeschöpften Einbürgerungspotential haben sich die Niveaus in den Ländern seit 2011 nicht wesentlich verändert. In Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern war der Indikator am höchsten und lag im Durchschnitt der letzten 6 Jahre bei 3,9 % und 3,7 %.

Weitere Informationen u. a.:

zu Bevölkerungszahlen, Geburten und Sterbefällen, Zu- und Fortzügen: [LSN-Onlinedatenbank](#): Bevölkerungsfortschreibung (100), Natürliche Bevölkerungsbewegung (110) und Wanderungsstatistik (120) und [Regionalmonitoring Niedersachsen](#) > Bevölkerung und [GENESIS-Online](#): Statistiken 124, 126 und 127

zu Ausländerinnen und Ausländern aus dem Ausländerzentralregister: [LSN-Onlinedatenbank](#): Ausländerzentralregister (105)

zu Einbürgerungen: Statistisches Bundesamt: Bevölkerung. [Einbürgerungen Fachserie 1 Reihe 2.1](#)

und [Bundesamt für Migration und Flüchtlinge](#) sowie [Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung](#) > Themen > Migration und Teilhabe > Monitoring > Analysen und Informationen: Migration und Teilhabe - Integrationsmonitoring Niedersachsen 2016

---

Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurden in den letzten Jahren eine Reihe staatlicher Maßnahmen getroffen, die insbesondere auf die frühkindliche Betreuung abzielen. Zu nennen sind hier vor allem der seit 2013 bestehende gesetzliche Anspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege ab dem vollendeten ersten Lebensjahr sowie die Einführung der Elternzeit und des Elterngeldes (Tab. 7 und 9). Das Basis-Elterngeld entspricht bei Erwerbstätigen etwa zwei Drittel des Nettogehaltes und kann für bis zu 14 Monate bezogen werden (bei Teilzeit-Tätigkeit bis zu 28 Monate). Seit Juli 2015 können Eltern ihre Erziehungs- und Erwerbstätigkeit noch flexibler gestalten. Beim Elterngeld-Plus kann bis zu 4 Monate länger (ein geringeres) Elterngeld bezogen werden, wenn beide Partner mindestens 4 Monate gleichzeitig einer Teilzeit-Erwerbstätigkeit von 25 bis 30 Stunden nachgehen. Elterngeld-Plus können Alleinerziehende bis zu 36 Monate beziehen.

Die Zahl der Teilzeit-Erwerbstätigen (Tab. 10) gibt Hinweise darauf, wie flexibel der Arbeitsmarkt für Eltern ist bzw. wie flexibel die Möglichkeiten genutzt werden. Je nach beruflicher Situation und persönlichen Lebensumständen sind Mütter bzw. Väter auf eine Ganztagsbetreuung ihrer Kinder angewiesen, um Erwerbstätigkeit und Familie zu vereinbaren (Tab. 7 und 8). Der gesetzliche Mindestanspruch auf Kinderbetreuung in Kindertagesstätten umfasst in Niedersachsen 4 Stunden täglich. Die örtlichen Träger und Gemeinden haben zudem darauf hinzuwirken, bedarfsgerecht ein Ganztagsbetreuungsangebot anzubieten.

Alleinerziehende (Tab. 11) sind zumeist noch stärker als Ehepaare oder Lebensgemeinschaften mit minderjährigen Kindern auf flexible Arbeitszeitmodelle und außerfamiliäre Kinderbetreuung angewiesen.

Hinweise auf die Situation von Familien geben auch das Heirats- und Scheidungsverhalten (Tab. 5 und 6).

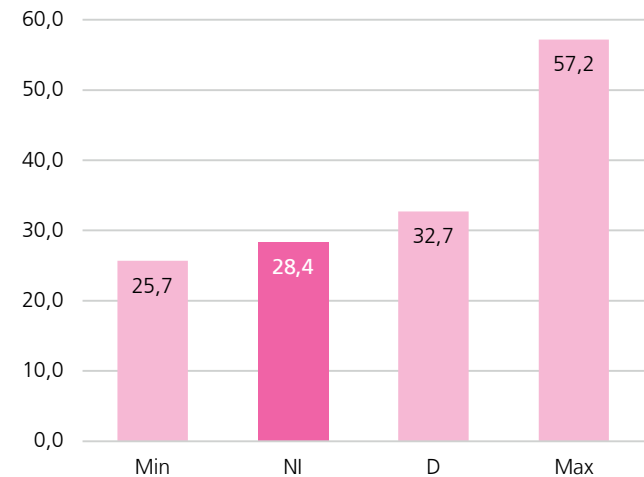
### Kinderbetreuung: mehr Kinder – Betreuungsquoten leicht gestiegen – Personalschlüssel verbessert

In Niedersachsen wurden 2016 insgesamt 58 176 Kinder unter 3 Jahren zum Stichtag 1. März in einer öffentlich geförderten Kindertageseinrichtung bzw. öffentlich geförderter Tagespflege betreut (Tab. 7). Die Betreuungsquote gibt den Anteil der betreuten Mädchen und Jungen der entsprechenden Altersgruppe an. Für das Jahr 2013 wurde als politisches, bundesweites Ziel formuliert, für 35 % der unter 3-Jährigen einen Betreuungsplatz zur Verfügung zu stellen. In Niedersachsen lag die Betreuungsquote 2016 mit 28,4 % leicht über dem Vorjahresniveau (+0,1 Prozentpunkte). Im Bundesdurchschnitt sank die Quote um 0,2 Prozentpunkte auf 32,7 %. Dabei ist zu beachten, dass der Bedarf regional unterschiedlich ist.

Die Zahl der betreuten Kinder stieg 2016 in Niedersachsen gegenüber 2011 um 63,1 % und gegenüber dem Vor-

jahr um 5,2 %. Deutschlandweit waren es +39,9 % bzw. +3,8 %. Niedersachsen weist damit mittelfristig die zweithöchste Steigerungsrate bei der Zahl der betreuten Kinder auf und lag bei der Betreuungsquote 2016 leicht über dem Durchschnitt der westdeutschen Länder. In den ostdeutschen Flächenländern waren die Quoten mit über 50 % weiterhin deutlich höher; hier ist historisch bedingt die Erwerbstätigkeit von Müttern selbstverständlicher.

### Kindertagesbetreuung von unter 3-Jährigen 2016 – Prozent –



Die Ganztagsbetreuungsquote zeigt den Anteil der betreuten Kinder einer Altersgruppe, für die eine vertraglich vereinbarte Betreuungszeit von mehr als 7 Stunden täglich besteht. Die Quote war 2016 bei den unter 3-Jährigen in Niedersachsen mit 11,7 % sowohl im Vergleich der westdeutschen Länder (13,1 %) als auch in Deutschland insgesamt (18,3 %) weiterhin unterdurchschnittlich. Die Quoten waren in Westdeutschland in Hamburg (22,9 %) am höchsten und in Bayern (10,3 %) am niedrigsten. In Ostdeutschland reichte die Spanne von 30,3 % (Berlin) bis 48,2 % (Thüringen). Die hohen Quoten in den beiden Stadtstaaten deuten darauf hin, dass es im großstädtischen Raum einen besonders hohen Bedarf gibt.

Als Qualitätsindikator für die Kinderbetreuung gilt – neben der fachlichen Qualifikation der betreuenden Personen – vor allem auch der Personalschlüssel. Dieser gibt das rechnerische Verhältnis zwischen pädagogischem Personal und den betreuten Kindern an. Empfohlen wird bei den unter 3-Jährigen ein Verhältnis von 1:3. Einen Personalschlüssel von 3,0 erreichte bisher nur Baden-Württemberg (ebenso wie 2015). 2016 betrug dieser in Niedersachsen 3,9 und hat sich damit in den letzten 3 Jahren um jeweils 0,1 verringert, also verbessert. In Sachsen-Anhalt verbesserte er sich im Vorjahresvergleich um 0,5 auf 5,8. In 5 Ländern verschlechterte sich der Personalschlüssel leicht gegenüber 2015 (+0,1 bis +0,2). Außer in Hamburg (1:5,1) sind die Schlüssel in den westdeutschen Ländern besser als im Bundesdurchschnitt (1:4,3). Insgesamt waren die Personalschlüssel in den Ländern mit niedriger Betreuungsquote besser.

Die Ganztagsbetreuungsquote der 3- bis unter 6-Jährigen stieg in Niedersachsen im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 Prozentpunkte auf 29,1 % (Tab. 8). Auch wenn die Zahl der ganztags betreuten Kinder dieser Altersgruppe gegenüber 2011 um 73,5 % und gegenüber dem Vorjahr um 11,3 % auf 58 638 stieg, blieb die Quote der zweitniedrigste Wert hinter Baden-Württemberg (22,7 %). In Westdeutschland stieg 2016 die Ganztagsbetreuungsquote der 3- bis unter 6-Jährigen gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Prozentpunkte auf 37,7 %. Bundesweit betrug die Quote 44,8 % und in Ostdeutschland 73,5 %. In Thüringen wurden 9 von 10 Kindern länger als 7 Stunden betreut.

blieben damit nahe an der gesetzlichen Mindestbezugsdauer von 2 Monaten.

Insgesamt lag die Zahl der Elterngeldbeziehenden 2016 bei 153 303 Vätern und Müttern, davon waren 21,0 % Männer. Bundesweit waren 22,2 % der Leistungsbeziehenden männlich. Ein hoher Anteil der Eltern war vor Erhalt des Elterngeldes erwerbstätig. 90,2 % der Väter und 68,8 % der Mütter, die 2016 in Niedersachsen Elterngeld bezogen, hatten ihre vorherige Erwerbstätigkeit aktiv unterbrochen bzw. eingeschränkt. Im Bundesschnitt war mit 92,6 % der Väter und 71,1 % der Mütter jeweils ein höherer Prozentsatz vor dem Elterngeldbezug erwerbstätig.

### Elterngeldbeziehende: 2016 jeder Vierte männlich

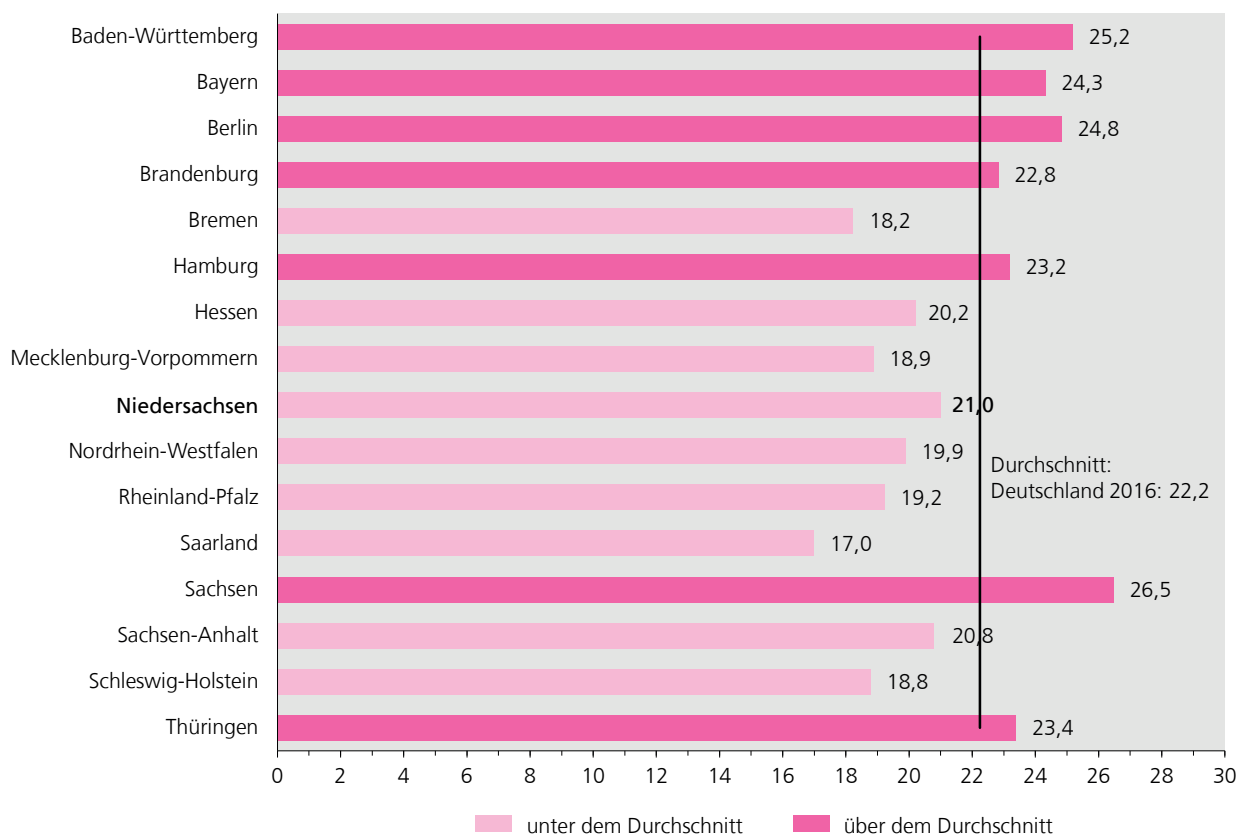
Mit der Einführung des Elterngeld Plus zum 1.7.2015 erhalten Väter und Mütter nach der Geburt eines Kindes erweiterte Möglichkeiten, ihre Zeit für Familie und Beruf flexibel zu gestalten. Seitdem kann ein Elternteil bis zu 28 Monate (Alleinerziehende bis zu 36 Monate) Elterngeld beziehen. Angaben über beendete Leistungsbezüge für 2015 geborene Kinder liegen daher frühestens 2019 vor.

Für die im Jahr 2014 geborenen Kinder gab es 2016 in Niedersachsen 85 675 beendete Leistungsbezüge von Elterngeld, darunter waren 24,8 % Leistungsbezüge von Vätern (Tab. 9). Die durchschnittliche Bezugsdauer betrug bei Frauen 11,6 Monate und bei Männern 3,1 Monate. Diese Werte entsprachen dem Bundesdurchschnitt. Väter

### Wieder mehr Erwerbstätige in Teilzeit

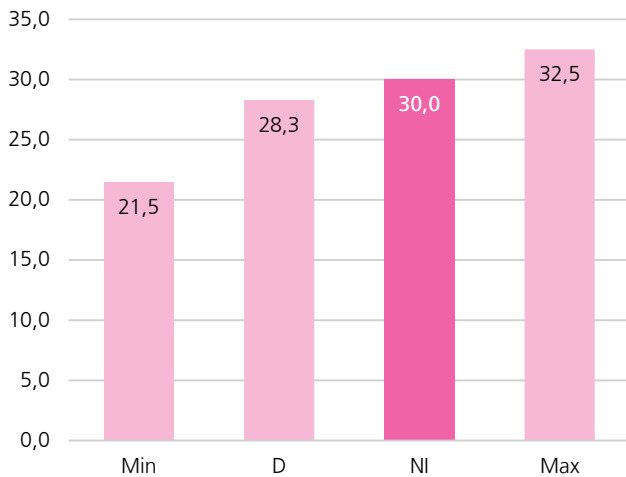
In Niedersachsen stieg 2016 die Zahl der Erwerbstätigen in Teilzeit gegenüber dem Vorjahr um 1,3 % (Tab. 10). Dem Plus von rund 15 000 Personen im Jahr 2016 liegt sowohl eine Zunahme der teilzeittätigen Frauen als auch von teilzeittätigen Männern zugrunde. Die stärksten Steigungen gab es im Saarland (+6,7 %) und Hessen (+5,2 %). Bundesweit lag der Anstieg bei 2,3 %, wobei es in Ostdeutschland durchschnittlich kaum Veränderungen gab. In Hamburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen gab es Rückgänge zwischen 2,2 % und 0,8 %. In den letzten 5 Jahren nahm die Zahl in Niedersachsen um 7,1 % zu, dies war etwas weniger als im Bundestrend (+8,4 %).

Anteil der Männer an allen Elterngeldbeziehenden 2016 – Prozent –





■ Anteil Erwerbstätiger in Teilzeitarbeit an allen Erwerbstätigen 2016 – Prozent –



Der Anteil der Erwerbstätigen in Teilzeit an allen Erwerbstätigen blieb 2016 in Niedersachsen mit 30,0 % im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Damit blieb der Wert etwas höher als im Durchschnitt der westdeutschen Länder (29,5 %) und Deutschland insgesamt (28,3 %). In den ostdeutschen Flächenländern lagen Teilzeit-Anteile deutlich niedriger, und zwar zwischen 21,5 % (Thüringen) und 23,3 % (Mecklenburg-Vorpommern). 2016 waren etwa 78 % aller Teilzeit-Tätigen in Deutschland Frauen. Der Anteil war in den ostdeutschen Ländern mit etwa 7 von 10 aber niedriger als im westdeutschen Durchschnitt und in Niedersachsen mit etwa 8 von 10.

Weiterer Anstieg der Zahl der Alleinerziehenden

In Niedersachsen stieg die Zahl der Alleinerziehenden 2016 im Vergleich zum Vorjahr stärker als in allen anderen Ländern und zwar um 4,7 % auf rund 261 000 (Tab. 11). Durch die deutliche Abweichung vom Bundestrend (1,4 %) glich sich die Zahl der Alleinerziehenden 2016 mit rund 33 je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner an den Bundesdurchschnitt an. Allerdings ist die Vergleichbarkeit der

■ Veränderung der Zahl der Alleinerziehenden 2016 gegenüber 2011 – Prozent –



Ergebnisse für 2016 mit den Vorjahren aufgrund methodischer Änderungen in der Datenbasis eingeschränkt. Die Zahl der alleinerziehenden Mütter stieg um rund 8 000 (Väter: rund 4 000). Ihr Anteil an allen Alleinerziehenden lag 2016 bei 84,2 %. Im mittelfristigen Vergleich mit 2011 hatte Niedersachsen den stärksten Anstieg (+9,2 %) bei der Zahl aller Alleinerziehenden und Bremen den stärksten Rückgang (-9,4 %).

Im Trend: Weniger Scheidungen

Im Jahr 2015 ließen sich in Niedersachsen 40 241 Paare standesamtlich trauen (Daten für 2016 lagen bei Redaktionsschluss nicht vor). Im Land gab es damit im zweiten Jahr in Folge einen Anstieg der Eheschließungen um rund 1 400 bzw. um 3,7 % (Tab. 5). Bis auf in Bremen (3,3 %) stieg in allen Ländern die Zahl der Eheschließungen, im Durchschnitt um 3,7 %. In Niedersachsen gab es 2015 auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner rund 51 Eheschließungen, bundesweit waren es 49.

Während die Zahl der Ehescheidungen in Niedersachsen 2015 entgegen dem Bundestrend stieg, sank sie 2016 um 0,6 % auf 17 120 (Tab. 6). Dieser Rückgang entsprach dem Bundestrend. Von 2011 bis 2016 ging die Zahl der Scheidungen in allen Ländern deutlich zurück, im Bundesdurchschnitt um 13,5 %. In Niedersachsen war die mittelfristige Abnahme mit 9,7 % geringer und nur in 3 Ländern noch weniger ausgeprägt.

Die Scheidungshäufigkeit (Scheidungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner) liegt in Niedersachsen mit rund 22 Paaren höher als im Bundesdurchschnitt von 20. In Niedersachsen wurde 2016 knapp jede sechste Ehe innerhalb von 6 Jahren wieder geschieden und gut jede dritte Ehe innerhalb von 11 Jahren. In mehr als der Hälfte der Fälle (55,1 %) waren davon minderjährige Kinder mitbetroffen (Deutschland: 50,5 %).

Weitere Informationen u. a.:

zu Kinderbetreuung: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: [Kindertagesbetreuung regional 2016. Ein Vergleich aller 402 Kreise in Deutschland](#). Wiesbaden 2017 (jährlich)

Regionalmonitoring Niedersachsen – Soziales/ Betreuung und Pflege (auch: [LSN Onlinedatenbank](#) Tabelle T0902305)

sowie das [niedersächsische Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder \(KiTaG\)](#) § 8 Absatz II

zu Elterngeldstatistik: Statistisches Bundesamt: Öffentliche Sozialleistungen. [Statistik zum Elterngeld – Leistungsbezüge](#). Wiesbaden 2016

sowie Statistik zum Elterngeld. Beendete Leistungsbezüge für im Jahr 2014 geborene Kinder. Wiesbaden 2016

zu Familien und Erwerbstätigkeit nach Familientypen:  
LSN: Tabellen aus dem Mikrozensus Themenbereich:  
[Haushalte und Familien, Mikrozensus und freiwillige  
Haushaltsbefragungen – Tabellen](#)

zu Eheschließungen: in der Regionaldatenbank Deutsch-  
land ([12611 Statistik der Eheschließungen](#))

und in [LSN Onlinedatenbank](#) (130 Eheschließungen)

zu Ehescheidungen: in: Statistisches Bundesamt: GENE-  
SIS-Online ([12631 Statistik rechtskräftiger Urteile in Ehe-  
sachen](#))

und in [LSN Onlinedatenbank](#) (140 Ehescheidungen)

---

# Erwerbstätigkeit

## Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt weiter positiv

Wie in den Jahren zuvor entwickelte sich der Arbeitsmarkt auch 2016 positiv. Die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt stieg, genauso wie die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Demgegenüber nahm sowohl die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten als auch die Zahl der arbeitslos gemeldeten Personen insgesamt ab.

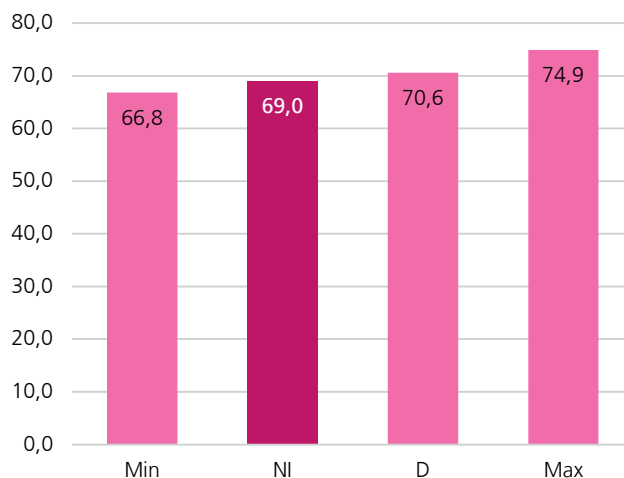
Die Ergebnisse zu den Erwerbstätigen (Tab. 12, 13 und 16) auf Basis des Mikrozensus 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen in der Datenbasis nur eingeschränkt vergleichbar mit den Vorjahren.

## Zahl der Erwerbstätigen steigt weiter

Etwa 3,9 Mio. Personen waren nach Ergebnissen des Mikrozensus 2016 in Niedersachsen erwerbstätig (Tab. 12). Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Zahl der (am Wohnort gezählten) Erwerbstätigen um rund 57 000 Personen bzw. +1,5 % zu. In Deutschland gab es insgesamt gut 1 Mio. mehr Erwerbstätige (+2,6 %), so dass 2016 rund 41,3 Mio. Personen (über 14 Jahre) wenigstens 1 Stunde gegen Entgelt einer beruflichen Tätigkeit nachgingen.

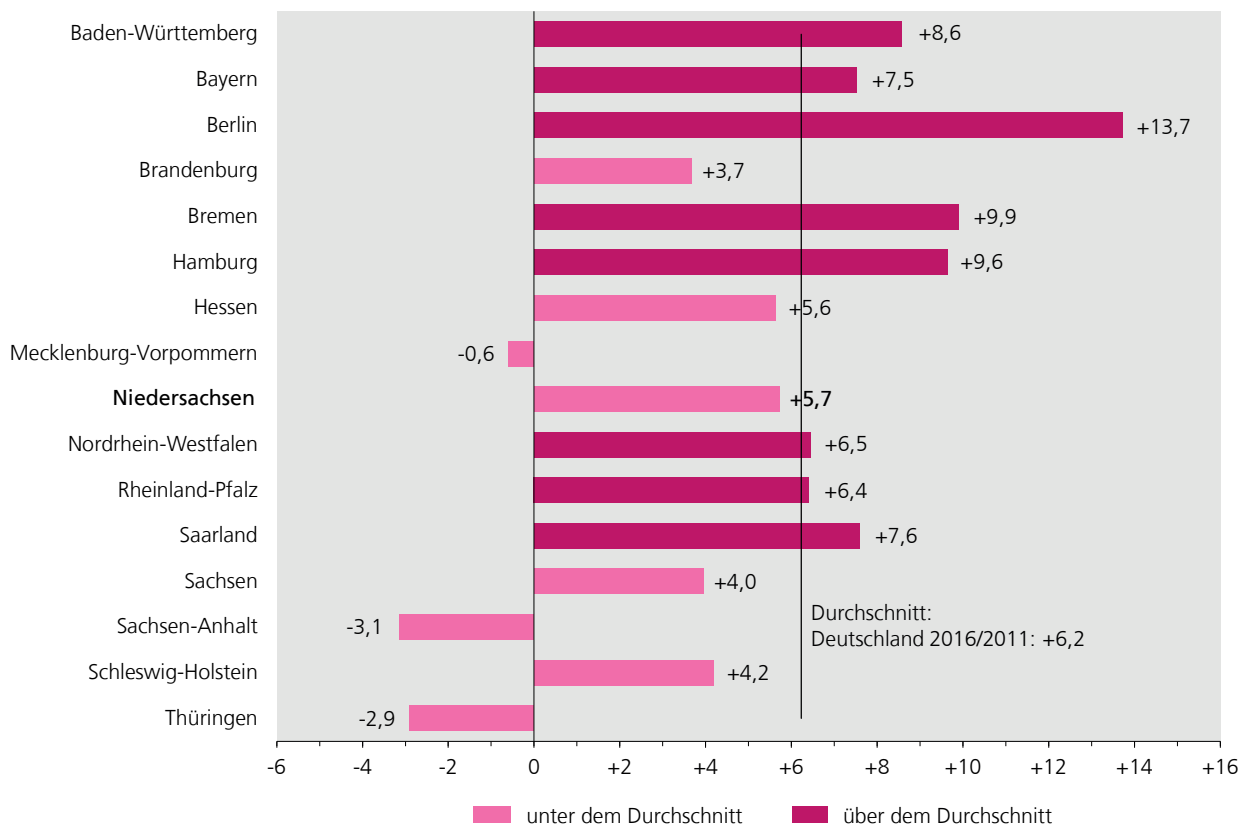
Die Erwerbstätigenquote betrug in Niedersachsen 73,2 % und in Deutschland 74,4 %. Für die Berechnung der Quo-

■ Erwerbstätigenquote der Frauen (15 bis unter 65 Jahre) 2016 – Prozent –



te wird die Zahl der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren zur gleichaltrigen Gesamtbevölkerung in Beziehung gesetzt. Interessant sind die geschlechter-spezifischen Erwerbstätigenquoten (Tab. 13), die sich im Niveau und der Entwicklung unterscheiden. In Niedersachsen lag die Quote der Frauen mit 69,0 % leicht unter dem Wert des Vorjahres. Im Vergleich zu 2011 stieg sie jedoch um 2,4 Prozentpunkte. Männer hatten mit 77,3 % eine deutlich höhere Erwerbstätigenquote, die aber seit

Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen am Wohnort 2016 gegenüber 2011 – Prozent –



2011 kaum gestiegen ist. Im Bundesschnitt lagen die Erwerbstätigenquoten der Frauen und der Männer 2016 mit 70,6 % und 78,0 % etwas höher. Der Niveauunterschied war in Hessen (69,3 % zu 78,2 %) am größten. Den geringsten Unterschied wies Mecklenburg-Vorpommern auf (71,1 % zu 73,0 %), Frauen waren hier überdurchschnittlich und Männer deutlich unterdurchschnittlich erwerbstätig. Mittelfristig sind seit 2011 in West- und Ostdeutschland die Erwerbstätigenquoten der Frauen stärker gestiegen als die der Männer.

### Selbstständigenquote sinkt weiter

Der Anteil der selbstständig Erwerbstätigen an allen Erwerbstätigen lag 2016 in Niedersachsen bei 9,1 % (Deutschland insgesamt 10,0 %). Der Rückgang um 0,3 Prozentpunkte gegenüber 2015 (Tab. 12) sowie der mittelfristige Rückgang um 1,0 Prozentpunkte gegenüber 2011 lagen im Bundestrend. Bei gleichzeitig steigender Anzahl an Erwerbstätigen insgesamt bedeutet dies, dass die Zahl der abhängig Beschäftigten weiter steigt. Im Ländervergleich waren die Selbstständigenquoten in den Stadtstaaten Berlin (15,4 %) und Hamburg (12,9 %) wie im Vorjahr am höchsten. Die niedrigsten Quoten erreichten Sachsen-Anhalt (7,8 %) und Mecklenburg-Vorpommern (8,4 %).

### Anteil der Hochqualifizierten nahezu konstant

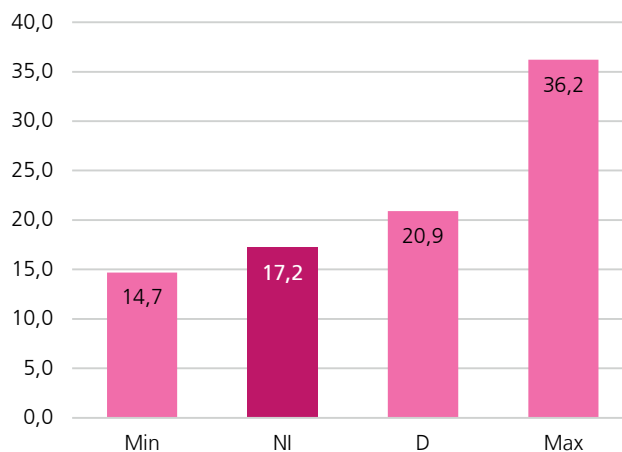
In Deutschland stieg die Zahl der Erwerbstätigen mit Hochschul- und Fachhochschulabschluss sowie Promotion stärker als die Zahl aller Erwerbstätigen an (Tab. 16 und 12). Mehr als jede bzw. jeder fünfte Erwerbstätige (20,9 %) war 2016 hochqualifiziert und damit 5,5 % mehr als 2015. Dies liegt vor allem am Eintritt junger Erwerbstätiger in den Arbeitsmarkt, die ein höheres Qualifikationsniveau aufweisen als die älteren bzw. aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Beschäftigten.

In Niedersachsen lag der Anteil Hochqualifizierter bei lediglich 17,2 % bzw. rund 670 000 Erwerbstätigen (2015: 17,6 %). Die höchsten Anteile wiesen die Stadtstaaten Berlin (36,2 %), Hamburg (33,1 %) und Bremen (23,5 %) sowie Hessen (23,6 %) auf.

Im Vergleich zum Vorjahr lag die Gesamtzahl der hochqualifizierten Erwerbstätigen in Niedersachsen nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2016 rund 6 000 Personen niedriger (-0,9 %). Im Ländervergleich reichen die Veränderungen von -4,8 % in Sachsen-Anhalt bis +11,6 % in Berlin. Mittelfristig nahm die Zahl der Hochqualifizierten aber in allen Ländern zwischen 2011 und 2016 zu: im Bundesdurchschnitt um 26,4 %, in Niedersachsen um 19,0 %.

Der Anteil der Frauen an allen hochqualifizierten Erwerbstätigen war in den Stadtstaaten und den ostdeutschen Ländern am höchsten, überschritt jedoch nur in Mecklenburg-Vorpommern (50,7 %) und Brandenburg (50,4 %) die 50 %-Marke. Niedersachsen lag mit einem Wert von 44,3 % leicht unter dem Bundesdurchschnitt von 44,5 %.

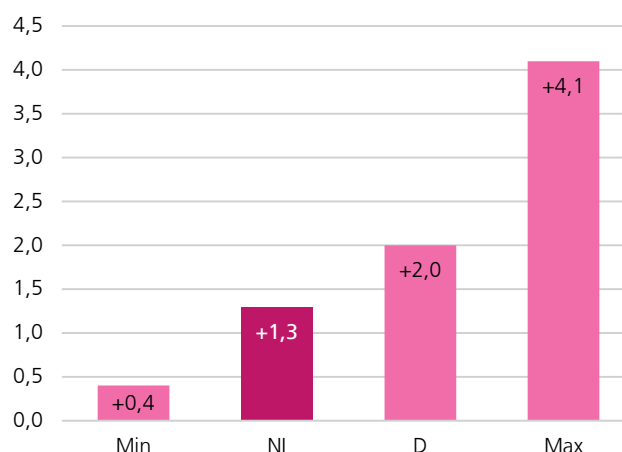
### Anteil Erwerbstätiger mit Hochschul- und Fachhochschulabschluss sowie Promotion an allen Erwerbstätigen (am Wohnort) 2016 – Prozent –



### Mehr als 2,8 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse

Die Zahl der (am Arbeitsort gezählten) sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg in Niedersachsen auch 2016 an (Tab. 14). Ende Juni 2016 waren mehr als 2,8 Mio. Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Dies entsprach einer Zunahme von 1,3 % gegenüber dem Vorjahr und gegenüber 2011 einem Plus von 10,3 %. Auch in allen anderen Ländern stieg die Beschäftigtenzahl weiter. In den Ländern lag der Zuwachs 2016 gegenüber dem Vorjahr zwischen 0,4 % im Saarland und 4,1 % in Berlin (Deutschland: +2,0 %). Der Anteil der Frauen blieb bundesweit bei 46,4 %, womit der niedersächsische Wert von 45,8 % leicht unterdurchschnittlich war. In Ostdeutschland war der Frauenanteil mit 49,5 % höher als in Westdeutschland (45,6 %), am höchsten in Mecklenburg-Vorpommern mit 51,3 % und Berlin mit 50,6 %.

### Veränderung der Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter (am Arbeitsort) 2016 gegenüber 2015 – Prozent –



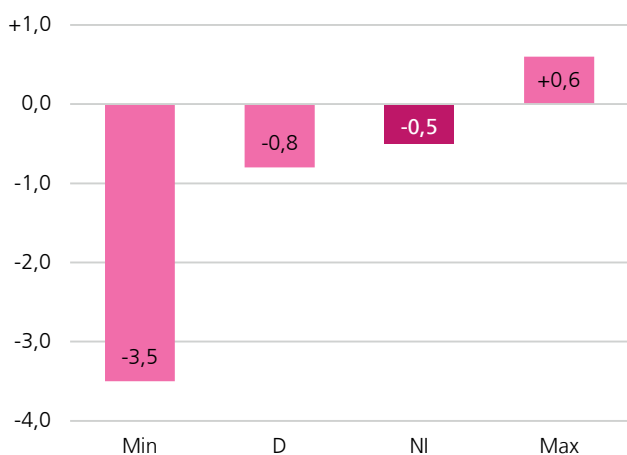
### Etwas weniger ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte

Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das aus dem sogenannten Minijob erzielte Arbeitsentgelt

regelmäßig 450 Euro (bis 2012: 400 Euro) im Monat nicht überschreitet. Die geringfügig entlohnnten Beschäftigten werden hier ohne Beschäftigte im Nebenjob ausgewiesen. Kurzfristig Beschäftigte fallen bei dieser Betrachtung nicht unter die geringfügig entlohnnten Beschäftigten.

Am 30. Juni 2016 gingen in Niedersachsen 509 885 Personen einer solchen Beschäftigung nach (Tab. 15). Dies bedeutete einen leichten Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 0,5 %. Bundesweit ging die Zahl der „Minijobber“ in allen Ländern außer Berlin (+0,6 %) zurück, den größten Rückgang gab es in Bremen (-3,5 %). Sowohl in Westdeutschland als auch in Ostdeutschland waren es durchschnittlich 0,8 % weniger als im Vorjahr.

■ **Veränderung der Zahl ausschließlich geringfügig entlohnnter Beschäftigter (am Arbeitsort) 2016 gegenüber 2015 – Prozent –**



Im mittelfristigen Vergleich zwischen 2011 und 2016 gab es in Rheinland-Pfalz den geringsten Rückgang (-0,2 %) und in Sachsen-Anhalt den größten (-12,9 %). In Niedersachsen nahm die Zahl der Minijobber in diesem Zeitraum um 4,1 % ab, was dem Trend auf Bundesebene entsprach (-4,0 %).

Der Anteil der Frauen an allen ausschließlich geringfügig entlohnnten Beschäftigten war 2016 in Niedersachsen mit 64,0 % weiterhin etwas höher als im Bundesdurchschnitt (62,9 %). Wie bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten sind im ostdeutschen Arbeitsmarkt die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei den Minijobs gering. Der Anteil der Frauen liegt in Ostdeutschland mit 54,9 % deutlich unter dem Anteil in Westdeutschland mit 64,1 %.

**Arbeitslosenquote leicht gesunken**

In Niedersachsen waren 2016 im Jahresdurchschnitt 252 574 Personen arbeitslos gemeldet (Tab. 17). Der kurzfristige Rückgang gegenüber 2015 um 1,5 % fiel deutlich geringer aus als im Vorjahreszeitraum (2014/ 2015: 4,2 %). Die Arbeitslosenzahl sank 2016 unterdurchschnittlich (Westdeutschland: -2,1 %; Bundesdurchschnitt -3,7 %). In allen

Ländern außer im Saarland (+0,6 %) sanken die Arbeitslosenzahlen, dabei erreichten die ostdeutschen Länder von 2016 zu 2015 wieder die deutlichsten Rückgänge von bis zu 9,4 % (Sachsen und Thüringen).

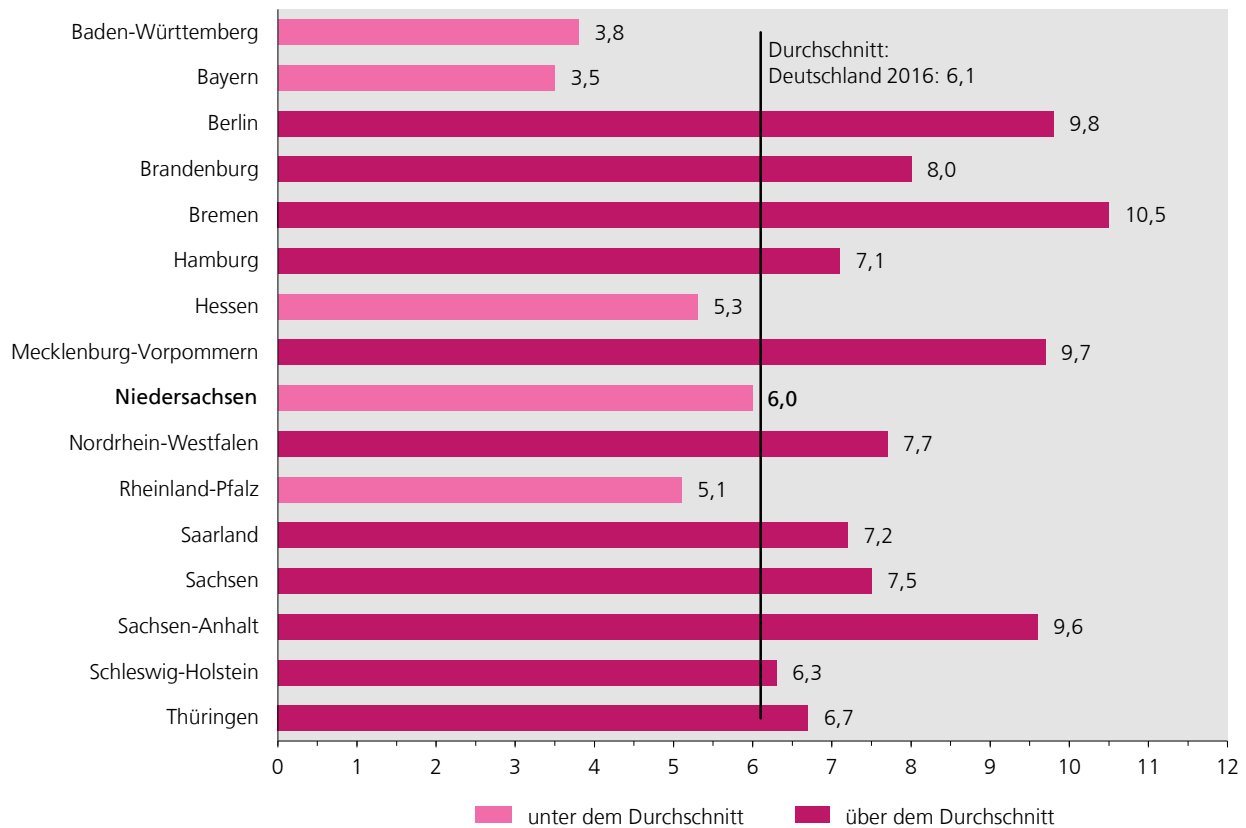
Auch im mittelfristigen Vergleich war die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt positiv. Im Vergleich zu 2011 ging die Zahl der Arbeitslosen in Niedersachsen um 8,1 % zurück (Deutschland: 9,6 %). Die ostdeutschen Länder konnten die Zahl der Arbeitslosen durchschnittlich um ein Viertel senken (-25,0 %) und die westdeutschen Länder um ein Vierzigstel (-2,4 %). Ein Vergleich der Arbeitslosenquoten, bei der die Zahl der Arbeitslosen in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen ausgewiesen wird, macht die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt vergleichbarer.

Die Arbeitslosenquote lag in Niedersachsen 2016 mit 6,0 % etwa auf dem Vorjahresniveau (2015: 6,1 %) und dem bundesdurchschnittlichen Niveau von 6,1 %. Im Länderranking hatte Bayern (3,5 %) auch 2016 das beste Ergebnis, Niedersachsen lag auf dem 5. Platz vor Schleswig-Holstein (6,3 %) und Thüringen (6,7 %). Die höchsten Arbeitslosenquoten hatten die Stadtstaaten Bremen (10,5 %) und Berlin (9,8 %). Die Quoten sanken in Westdeutschland durchschnittlich um 0,1 Prozentpunkte, in Ostdeutschland um 0,7 Prozentpunkte. Im Durchschnitt der westdeutschen Länder ging die Quote 2016 auf 5,6 % zurück, das entsprach einem mittelfristigen Rückgang um 0,4 Prozentpunkte gegenüber 2011. Die ostdeutschen Länder hatten ein höheres Ausgangsniveau, die Quote ging 2016 auf 8,5 % zurück und damit um 2,8 Prozentpunkte gegenüber 2011.

Einige Personengruppen werden in der Arbeitslosenstatistik nicht als arbeitslos gezählt, obwohl sie in der Regel trotzdem ein geregeltes Beschäftigungsverhältnis suchen (z. B. Teilnehmende an einer Trainingsmaßnahme). Ein möglichst umfassendes Bild über das tatsächliche Ausmaß an fehlender Beschäftigung liefert ergänzend zur Arbeitslosenquote die von der Bundesagentur für Arbeit berechnete Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit). Als unterbeschäftigt gelten zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen auch Personen, die im Sinne des SGB III nicht als arbeitslos gezählt werden, weil sie an einer Maßnahme der Arbeitsmarktpolitik teilnehmen oder sich in einem arbeitsmarktpolitischen Sonderstatus befinden. Die Unterbeschäftigungsquote ist somit höher als die Arbeitslosenquote. In Niedersachsen lag die Unterbeschäftigungsquote 2016 bei 7,7 % und damit 1,7 Prozentpunkte über der Arbeitslosenquote, im bundesweiten Durchschnitt bei 8,0 % und 1,9 Prozentpunkte über der Arbeitslosenquote. Im Ländervergleich war die Differenz zwischen den Quoten in Baden-Württemberg und Bayern mit 1,1 und 1,2 Prozentpunkten am geringsten (Unterbeschäftigungsquoten 4,9 % und 4,7 %). Die größten Unterschiede gab es in Bremen und Berlin mit 3,3 und 3,4 Prozentpunkten; die Unterbeschäftigungsquote lag in diesen Städten bei 13,9 % und 13,1 %.

Erste Zahlen zu Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung für das Jahr 2017 befinden sich in Tabelle 75.

## Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2016 – Prozent –



### Jugendarbeitslosigkeit leicht gestiegen

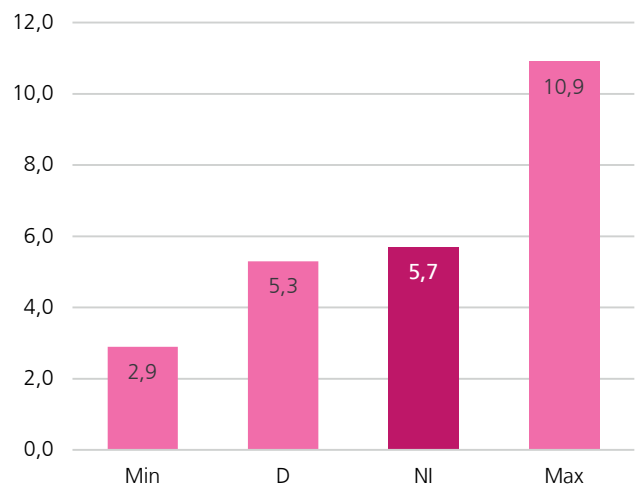
Im Jahresdurchschnitt 2016 waren in Niedersachsen 26 405 Menschen unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet und damit fast 1 300 mehr (+5,1 %) mehr als im Vorjahr (Tab. 18). Die Zahl der erwerbsfähigen Jugendlichen, denen der Einstieg in die Arbeitswelt nicht gelang, veränderte sich in den Ländern mittelfristig sehr unterschiedlich. Im Vergleich zu 2011 lagen die Veränderungsraten zwischen -49,5 % in Brandenburg und +11,2 % in Baden-Württemberg. Die Zahl der jungen Arbeitslosen sank seit 2011 in Deutschland insgesamt um durchschnittlich 13,6 %, in Niedersachsen um 1,9 %.

Die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen lag in Niedersachsen mit 5,7 % um 0,2 Prozentpunkte höher als 2015. Die Zahl der jungen Arbeitslosen ist also stärker angestiegen als die Zahl der jungen Erwerbsfähigen. Da es insgesamt deutlich mehr arbeitslose Migrantinnen und Migranten aus den zugangsstärksten „Asylherkunftsländern“ wie Afghanistan und Syrien gab als im Vorjahr, könnte dies die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen erhöht haben. In 11 Ländern ist die Quote 2016 gestiegen, im bundesdeutschen Durchschnitt blieb sie aber gleich (5,3 %). In den Ländern reichte die Spanne von 2,9 % in Baden-Württemberg bis 10,9 % in Mecklenburg-Vorpommern.

In allen Ländern lagen die Arbeitslosenquoten der weiblichen 15- bis unter 25-Jährigen niedriger als die der männlichen. In Niedersachsen betrug die Differenz 1,7 Prozentpunkte (Deutschland: 1,8 Prozentpunkte). Die Spanne

reichte von 1,0 Prozentpunkte in Baden-Württemberg bis 3,7 Prozentpunkte in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern.

### Arbeitslosenquote Jugendlicher unter 25 Jahren (Jahresdurchschnitt) 2016 – Prozent –



Weitere Informationen u. a.:

zur Erwerbstätigkeit: LSN – Tabellen aus dem Themenbereich Haushalte und Familien, Mikrozensus und freiwillige Haushaltsbefragungen: [Erwerbstätige nach sozio-demografischen Merkmalen und Wirtschaftsbe-  
reichen](#)

zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten: Statistisches Bundesamt – GENESIS-Online: [Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten](#), Quelle: Bundesagentur für Arbeit

und [Regionaldatenbank Deutschland](#) – Arbeitsmarkt: 13111 Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit

sowie [Regionalmonitoring Niedersachsen](#) – Arbeit und Beschäftigung

zu den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten: Bundesagentur für Arbeit Statistik: [Geringfügig](#)

[entlohnte Beschäftigte nach Wohn- und Arbeitsort. Deutschland nach Kreisen und Gemeinden](#)

zur Arbeitslosigkeit: Bundesagentur für Arbeit Statistik: [Arbeitslose nach Rechtskreisen \(Jahresheft\) – Deutschland – Dezember 2016](#)

sowie [Arbeitslose und Unterbeschäftigung](#)

und [Migration und Arbeitsmarkt \(Migrations-Monitor Arbeitsmarkt - Personen im Kontext von Fluchtmigration, Aug. 2017\)](#)

und [Regionalmonitoring Niedersachsen](#) – Arbeit und Beschäftigung

## Wirtschaftsleistung wächst schwächer als im Bund

Im Jahr 2016 wurde in Niedersachsen ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Höhe von rund 264 Milliarden Euro erwirtschaftet (Tab. 19). Gegenüber dem Vorjahr entsprach dies einem Anstieg des BIP von real 1,4 %. Die niedersächsische Wirtschaft wuchs im Jahr 2016 um 0,5 Prozentpunkte schwächer als der Bundesdurchschnitt. Die höchsten Zuwachsraten des BIP erzielten Berlin und Sachsen mit einer realen Veränderung von jeweils 2,7 %.

In den letzten 5 Jahren steigerte sich das BIP in Niedersachsen nominal von 236 Milliarden Euro im Jahr 2011 auf 264 Milliarden Euro im Jahr 2016. Das entsprach einer realen Veränderung von +2,4 %. Im Vergleich dazu wuchs das BIP in Deutschland im selben Zeitraum um 6,3 %. Zwar konnten alle Länder in den letzten 5 Jahren ihr Bruttoinlandsprodukt steigern, jedoch gab es deutliche Unterschiede in den Zuwachsraten. Die Spannweite lag zwischen 0,8 % im Saarland und 8,8 % in Brandenburg.

Das BIP für Deutschland lag 2016 bei 3,13 Billionen Euro. Der Anteil Niedersachsens an der gesamten deutschen Wirtschaftsleistung betrug 8,4 %. Die höchsten Anteile am gesamtdeutschen BIP erwirtschafteten Nordrhein-Westfalen mit 21,4 %, gefolgt von Bayern mit 18,1 % und Baden-Württemberg mit 15,2 %.

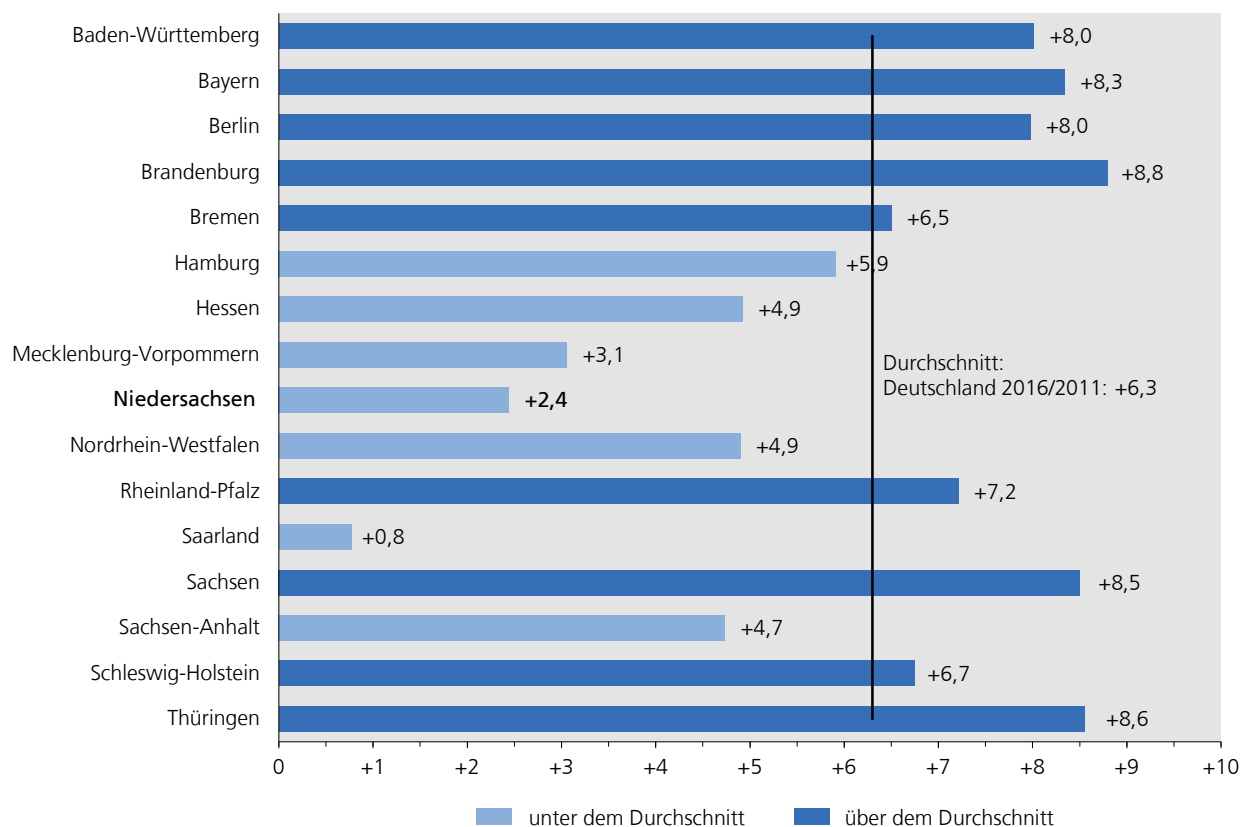
Die Wirtschaftsleistung aller niedersächsischen Erwerbstätigen betrug 2016 pro Kopf 65 981 Euro, im Bundesdurchschnitt waren es 71 858 Euro. Das höchste Bruttoinlandsprodukt je erwerbstätiger Person erzielte Hamburg mit 90 398 Euro, das niedrigste Mecklenburg-Vorpommern mit 55 670 Euro.

## Zahl der Erwerbstätigen steigt weiter

Die Zahl der Erwerbstätigen, die in Niedersachsen arbeiten, stieg 2016 um 1,1 % auf gut 4 Mio. Personen (Tab. 20). Die Wachstumsrate lag damit knapp unter dem Bundesdurchschnitt (1,2 %). Im mittelfristigen Vergleich von 2011 zu 2016 war der Anstieg in Niedersachsen (+5,2 %) jedoch höher als im Bundesdurchschnitt (+4,9 %).

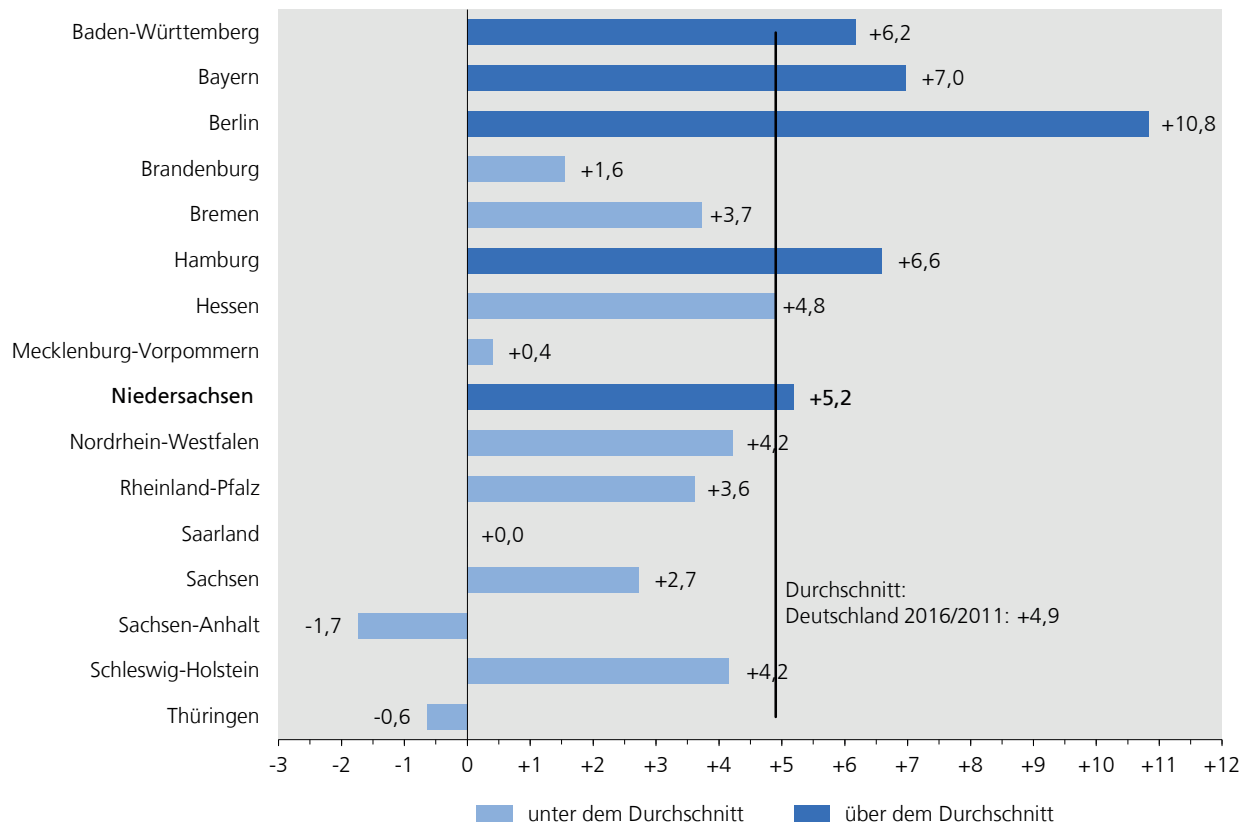
Die Erwerbstätigkeit verschiebt sich sowohl in Niedersachsen als auch bundesweit weiter in Richtung Dienstleistungssektor, dessen Anteil an allen Erwerbstätigen steigt, während die anderen beiden Wirtschaftssektoren anteilig schrumpfen: 2016 waren 73,9 % der Erwerbstätigen in Niedersachsen im Dienstleistungssektor tätig, 23,5 % arbeiteten im Produzierenden Gewerbe und 2,6 % in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei.

Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (real) 2016 gegenüber 2011 – Prozent –





## Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort 2016 gegenüber 2011 – Prozent –



### Bruttowertschöpfung entwickelt sich positiv in allen Wirtschaftssectoren

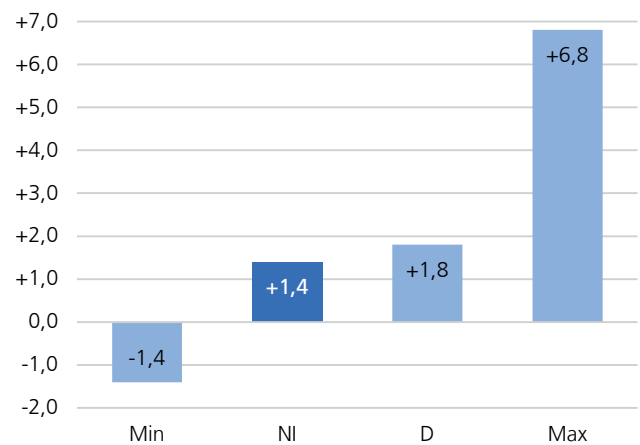
Die Gesamt-Bruttowertschöpfung (BWS) Niedersachsens wurde 2016 zu mehr als zwei Dritteln im Dienstleistungsbereich (67,8 %) und zu etwas weniger als einem Drittel im Produzierenden Gewerbe (30,7 %) erzielt. Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei betrug 1,5 %. Dies erscheint zwar marginal; der Anteil Niedersachsens an der gesamtdeutschen BWS in diesem Wirtschaftssector erreichte 2016 mit 19,8 % jedoch einen Spitzenwert. Hinsichtlich der BWS, die 2016 real um 0,3 % gegenüber dem Vorjahr zunahm, ist Niedersachsen damit Agrarland Nr. 1 in Deutschland (Tab. 21).

Im sekundären Sektor (Produzierendes Gewerbe) konnte die BWS real in Niedersachsen gegenüber dem Vorjahr um real 1,4 % gesteigert werden (Tab. 22). Damit lag die Zuwachsrate um 0,4 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt. Grund dafür ist vor allem die im Jahr 2015 als Folge der „Diesel-Affäre“ deutlich veränderte Kostenstruktur bei dem größten niedersächsischen Fahrzeugbauer, die dessen Beitrag zur BWS schrumpfen ließ.

Gegenüber 2011 ist der Anteil der Wertschöpfung im Produzierenden Gewerbe in Niedersachsen um 1,3 Prozentpunkte zurückgegangen. Der Anteil Niedersachsens an der gesamten Bruttowertschöpfung des Produzierenden Gewerbes in Deutschland 2016 betrug 8,5 %.

Im tertiären Sektor (dienstleistende Wirtschaftsbereiche) konnte die BWS (real) 2016 in Niedersachsen um 1,4 % gesteigert werden (Tab. 23); auch hier wurde der Bundesdurchschnitt nicht erreicht (+1,9 %). Zur gesamtdeutschen BWS dieses Sektors trug Niedersachsen mit 8,3 % den fünftgrößten Anteil bei.

### Veränderung der Bruttowertschöpfung (real) im Produzierenden Gewerbe 2016 gegenüber 2015 – Prozent –



### Zahl der Unternehmensinsolvenzen fast unverändert

Im Jahr 2016 stellten 1 850 Unternehmen in Niedersachsen einen Insolvenzantrag und damit fast genauso viele

(-0,2 %) wie im Jahr zuvor (Tab. 24). Im Bundesdurchschnitt sank die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um -6,9 % gegenüber dem Vorjahr. Im Vergleich zu 2011 wurden 2016 in Niedersachsen über ein Viertel (-25,2 %) weniger insolvente Unternehmen gezählt, im gesamten Bundesgebiet waren es 28,5 % weniger.

### Umsatzanteil der kleinen und mittleren Unternehmen am Gesamtumsatz weiter gesunken

Der Anteil des Umsatzes der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) mit Lieferungen und Leistungen von weniger als 50 Mio. Euro an den Lieferungen und Leistungen aller Unternehmen ist 2015 (aktuellere Daten liegen nicht vor) im Vergleich zu 2014 in Niedersachsen erneut gesunken (-0,7 Prozentpunkte) und machte 36,5 % aus (Tab. 25). 2010 hatten die KMU noch einen Anteil von 40,5 %. Allerdings stieg 2015 der KMU-Umsatz in Niedersachsen um 3 Mrd. Euro auf 204,2 Mrd. Euro. Im Jahr 2010 war der KMU-Anteil am Umsatz in Niedersachsen noch höher als im Bundesdurchschnitt, und auch 2014 lag er noch knapp darüber. 2015 lag der KMU-Anteil in Niedersachsen erstmals unter dem des Bundesdurchschnitts, und zwar um 0,4 Prozentpunkte.

Die Kleinstunternehmen mit weniger als 2 Mio. Euro Umsatz aus Lieferungen und Leistungen, worunter in Niedersachsen etwa 93 % der KMU fallen, hatten am Umsatz aller Unternehmen einen Anteil von 12,0 % (Bundesdurchschnitt: 12,3 %). In den ostdeutschen Ländern betrug dieser Wert mit 21,5 % mehr als ein Fünftel (Westdeutschland: 11,3 %).

### Umsatzsteigerung im Verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe

Der Umsatz im Wirtschaftsbereich Verarbeitendes Gewerbe und Gewinnung von Steinen und Erden stieg in Niedersachsen 2016 um 0,9 % auf 204,7 Milliarden Euro (Tab. 26). Der Zuwachs lag knapp über dem Bundesdurchschnitt (+0,6 %). Im Vergleich zu 2011 legte der Umsatz in Niedersachsen um 6,6 % zu und lag damit deutlich über dem Umsatzplus in Deutschland insgesamt (+2,9 %). Höhere Steigerungen konnten im selben Zeitraum nur in Bremen (+18,0 %), Baden-Württemberg (+14,7 %) und Mecklenburg-Vorpommern (+12,6 %) erzielt werden. Gleichzeitig nahm damit der Anteil Niedersachsens am Gesamtumsatz in Deutschland im Verarbeitenden Gewerbe weiter zu, und zwar von 11,0 % auf 11,4 %.

Die Veränderung des Umsatzes im niedersächsischen Bauhauptgewerbe lag 2016 im Vergleich zum Vorjahr bei +7,5 % und damit über dem Bundesdurchschnitt von +6,3 % (Tab. 27). Das höchste Umsatzplus im Bauhauptgewerbe hatte Bremen mit 34,0 % zu verzeichnen, in Hamburg hingegen sanken die Umsätze im Vergleich zu 2015 um 1,0 %. Die Veränderungsraten im Zeitraum 2011 bis 2016 waren in allen Ländern positiv. In Niedersachsen stieg der Umsatz in dieser Zeit um 16,9 % (Bundesdurch-

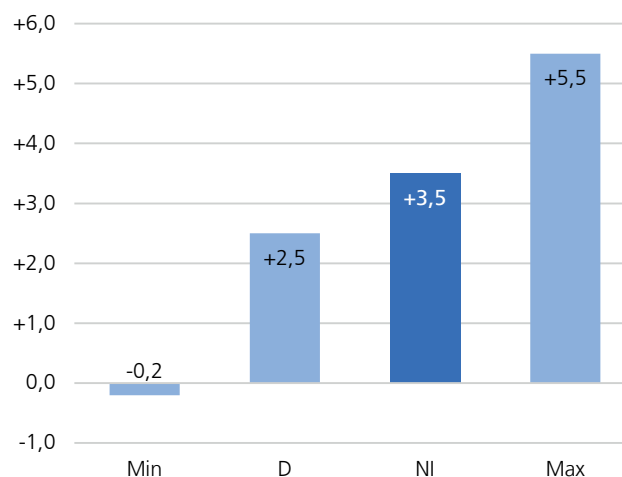
schnitt: +16,1 %). Die stärksten Zuwachsraten hatten Baden-Württemberg und Berlin mit jeweils 26,8 %, die niedrigste Sachsen-Anhalt mit 0,2 %. **Nahezu** unverändert blieb die Bedeutung des niedersächsischen Bauhauptgewerbes innerhalb des gesamtdeutschen Bauhauptgewerbes: Jeder neunte Umsatzeuro Deutschlands wurde von hiesigen Unternehmen erzielt.

### Wieder mehr Gästeübernachtungen

Auch im Jahr 2016 war Niedersachsen ein attraktives Reiseziel, die Übernachtungszahlen erreichten erneut einen Rekord. Es wurden insgesamt 42,8 Millionen Übernachtungen in Niedersachsen gebucht und damit nochmals 3,5 % mehr als 2015 (Tab. 28). Deutschlandweit stieg die Zahl der Gästeübernachtungen um 2,5 %.

Etwa jede elfte Übernachtung (8,6 %) entfiel in Niedersachsen auf einen Gast aus dem Ausland, im gesamten Bundesgebiet war es fast jede fünfte (18,1 %). Den höchsten Anteil von ausländischen Gästeübernachtungen hatte Berlin mit 45,6 %.

■ Veränderung der Zahl der Gästeübernachtungen 2016 gegenüber 2015 – Prozent –



Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von Gästen in Niedersachsen lag 2016 bei 3 Tagen und war damit etwas geringer als im Vorjahr. Damit stand Niedersachsen zusammen mit dem Saarland an dritter Stelle unter den Ländern, lediglich in den benachbarten Küstenländern Mecklenburg-Vorpommern (4,0 Tage) und Schleswig-Holstein (3,8 Tage) blieben die Gäste länger. Grund dafür ist, dass an den Küsten und insbesondere auf den Inseln wie z. B. auf Norderney, Amrum oder Rügen längere Urlaube verbracht werden.

### Verfügbares Einkommen und Verdienste steigen

Die anhaltend gute Wirtschaftslage schlug sich auch in gestiegenen Einkommen und Verdiensten nieder. Die niedersächsischen Einwohnerinnen und Einwohner hatten pro

Kopf 2015 – aktuellere Daten liegen nicht vor – ein verfügbares Einkommen in Höhe von 20 823 Euro (Einkommen inkl. Sozialleistungen nach Abzug von direkten Steuern und Sozialversicherungsabgaben; Tab. 29). Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Plus von über 500 Euro (bzw. +2,5 %). Das verfügbare Einkommen in Deutschland lag bei 21 583 Euro pro Kopf und stieg um 2,2 %. Im Zeitraum 2010 bis 2015 lag der Anstieg in Niedersachsen mit 12,7 % ebenfalls über dem Bundesdurchschnitt von 11,0 %. Niedersachsen liegt beim verfügbaren Einkommen dennoch weiter unter dem Bundesdurchschnitt, holt aber langsam auf.

Bei den Bruttojahresverdiensten der Vollzeitbeschäftigten im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich in Niedersachsen war 2016 ein Plus von 1,8 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen (Tab. 30); dieses fiel schwächer aus als im Bundesdurchschnitt (+2,5 %). Der Bruttojahresverdienst inklusive Sonderzahlungen betrug 2016 in Niedersachsen 45 576 Euro, rund 3 400 Euro weniger als das Bundesniveau (48 936 Euro).

Im Vergleich zu 2011 war eine geringe Veränderung hinsichtlich der bestehenden Verdienstunterschiede von Frauen und Männern festzustellen. 2016 entsprach der Bruttojahresverdienst von Frauen in Niedersachsen 83,2 % des Verdienstes der Männer. Dies waren 2,2 Prozentpunkte mehr als 2011. Beim Bruttostundenverdienst ohne Sonderzahlungen (Voll- und Teilzeit) gab es eine Annäherung um 2 Prozentpunkte: In Niedersachsen verdienten 2016 die

Frauen gemessen am Bruttostundenverdienst rund 20 % weniger als die Männer. 5 Jahre zuvor waren es 22 %, im Vorjahr 21 %. Diese Entwicklung des sogenannten unbereinigten Gender Pay Gap war im Bundesdurchschnitt fast identisch (siehe mehr zum Gender Pay Gap im Kapitel Gleichstellung von Frauen und Männern).

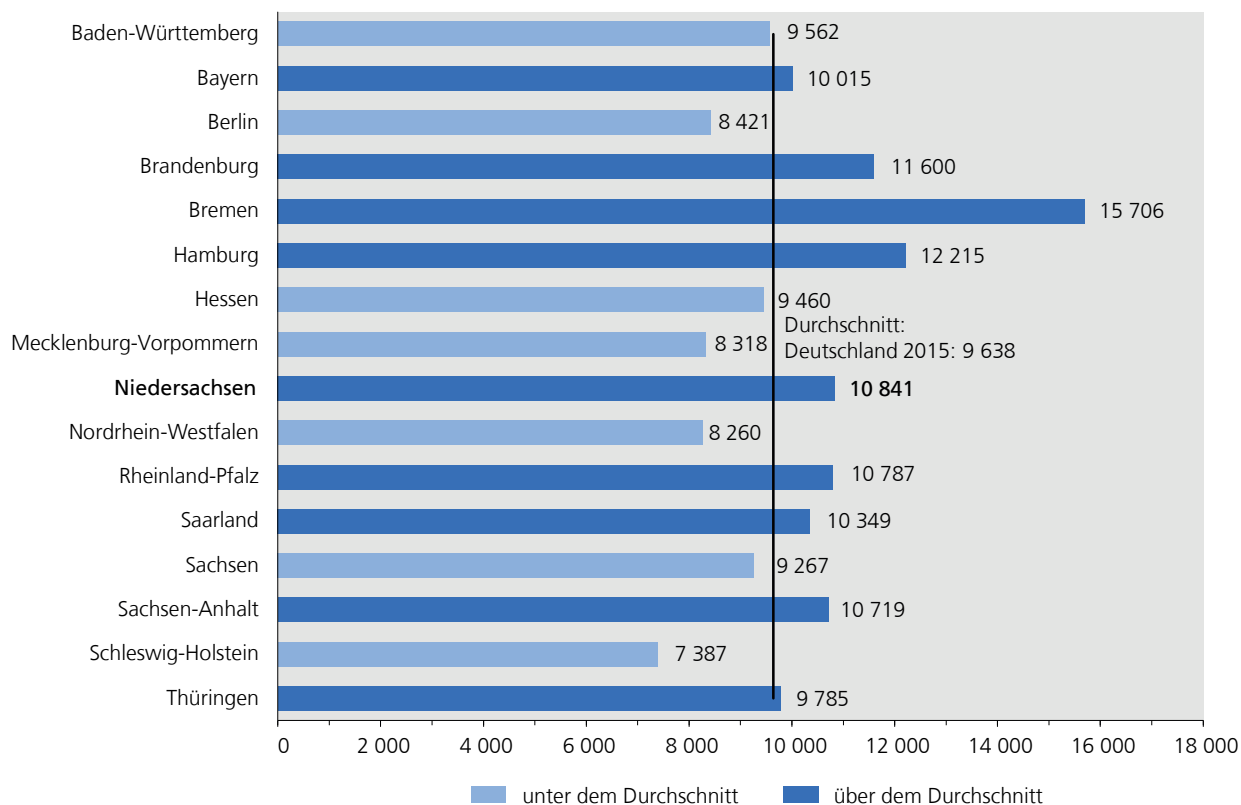
### Weniger Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe

Im Vergleich zum Vorjahr sanken 2015 die Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden in Niedersachsen um 2,5 % (Tab. 31). In Deutschland gab es dagegen ein Investitionsplus von 2,6 %. Bezogen auf den für einen Vergleich der Investitionen aussagekräftigeren Zeitraum von 2010 bis 2015 stiegen die Investitionen in Niedersachsen um +39,7 %. Bundesweit war der Anstieg mit +26,1 % deutlich geringer.

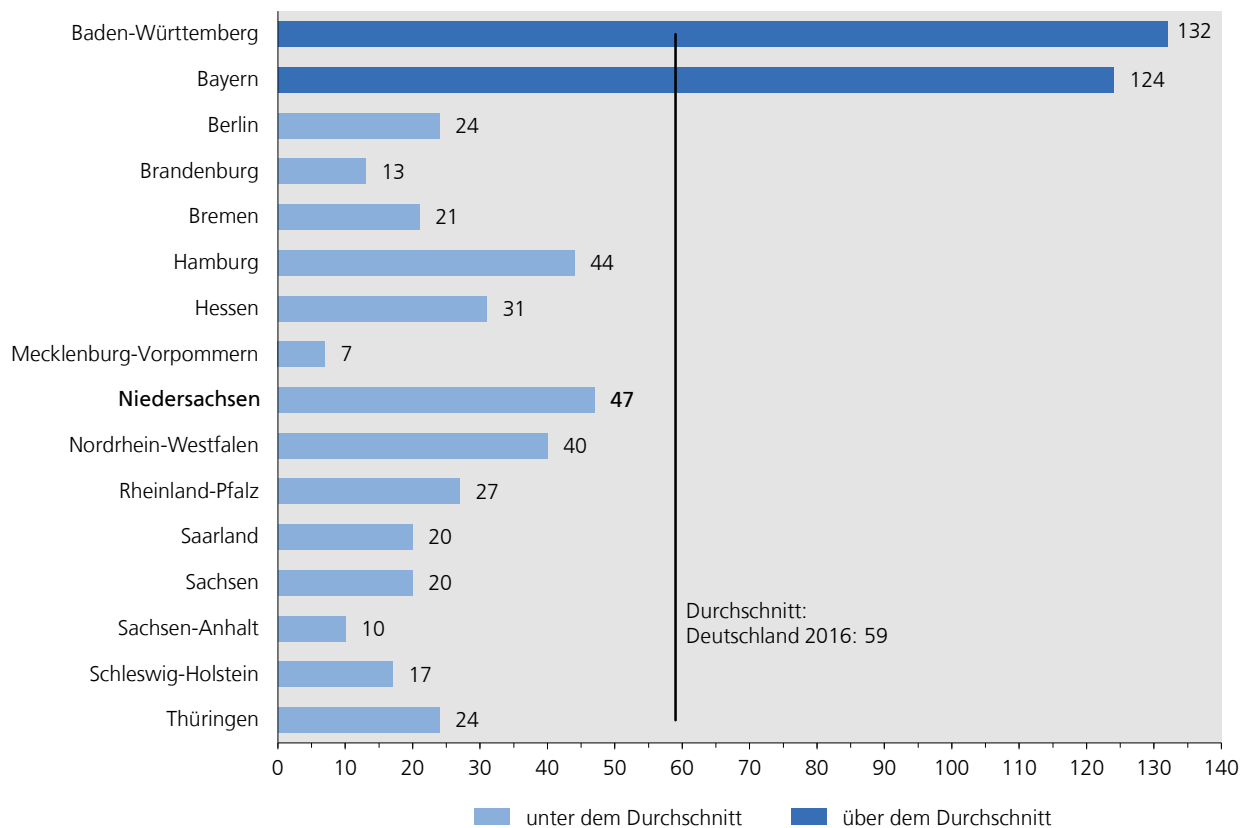
### Mehr Patentanmeldungen

Die Zahl der Patentanmeldungen stieg in Niedersachsen im Jahr 2016 im Vergleich zu 2015 um 6,1 % (Tab. 32). Damit war Niedersachsen bei der Gesamtzahl der Patentanmeldungen bundesweit auf Platz 4 hinter Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Die Zahl der Patentanmeldungen für Deutschland insgesamt stieg um 2,3 %.

**Investitionen je tätige Person 2015 – Euro –  
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden**



## Patentanmeldungen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2016 – Anzahl –



### Weitere Informationen u. a.:

zum BIP, BWS und Einkommen: [Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“](#) der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder  
 und LSN: Themenbereich: Konjunktur, VGR - Übersicht und im [Regionalmonitoring Niedersachsen](#) unter Wirtschaft

zu den Verdiensten: [Arbeitnehmerverdienste 2016](#) (Fachserie 16 Reihe 2.3), Wiesbaden März 2017  
 und: [GENESIS-Online](#): Vierteljährliche Verdiensterhebung, Statistik 62321

und LSN: Themenbereich: Preise, Verdienste, Arbeitskosten – [Vierteljährliche Verdiensterhebung \(VVE\)](#)

zu Unternehmensinsolvenzen: Statistisches Bundesamt: [Unternehmen und Arbeitsstätten. Insolvenzverfahren](#) (Fachserie 2 Reihe 4.1)  
 und LSN: [Statistische Berichte Niedersachsen D III 1 - j / 2016: Insolvenzverfahren 2016](#)

zu Gästeübernachtungen: Statistisches Bundesamt: [Tourismus. Tourismus in Zahlen 2016](#), Wiesbaden 2017  
 und [LSN-Online](#)datenbank: Beherbergungen im Reiseverkehr (736) und [Regionalmonitoring Niedersachsen](#) unter Wirtschaft – Tourismus

zu Patentanmeldungen: [Deutsches Patent- und Markenamt](#): Jahresbericht 2016, Berlin 2017

## Weiterer Anstieg der Exporte ...

Im Vergleich zum Vorjahr konnte Niedersachsen 2016 den Wert seiner Ausfuhren um 3,0 % steigern (Tab. 33). Damit lag Niedersachsen 1,9 Prozentpunkte über dem Ausfuhrzuwachs Deutschlands. Die niedersächsische Wirtschaft exportierte Waren im Wert von 85,3 Milliarden Euro ins Ausland, was einem Anteil von 8,9 % an der gesamtdeutschen Ausfuhr entsprach. Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen hatten mit 18,7 % bis 19,9 % die größten Anteile am Gesamtexport.

Im Vergleich der Jahre 2016 und 2011 konnte Niedersachsen den Wert der exportierten Waren um 13,1 % steigern und lag damit im Bundestrend (+13,7 %).

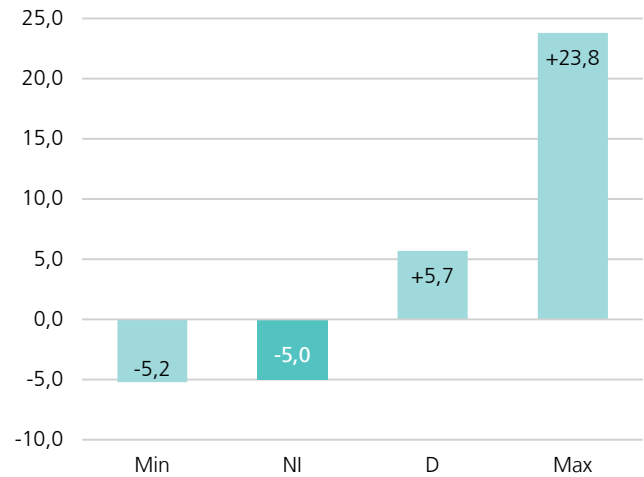
## ... und weniger Importe

Beim Wert der Einfuhren verzeichnete Niedersachsen 2016 einen Rückgang um 2,3 % (Tab. 34). Der Wert der importierten Waren betrug 79,1 Milliarden Euro. In Deutschland veränderte sich der Wert der Importe gegenüber 2015 kaum (+0,6 %).

Der Wert der aus Deutschland ins Ausland exportierten Waren lag auch 2016 ein Viertel (25,7 %) oder 247 Milliarden Euro über dem Wert der nach Deutschland importierten

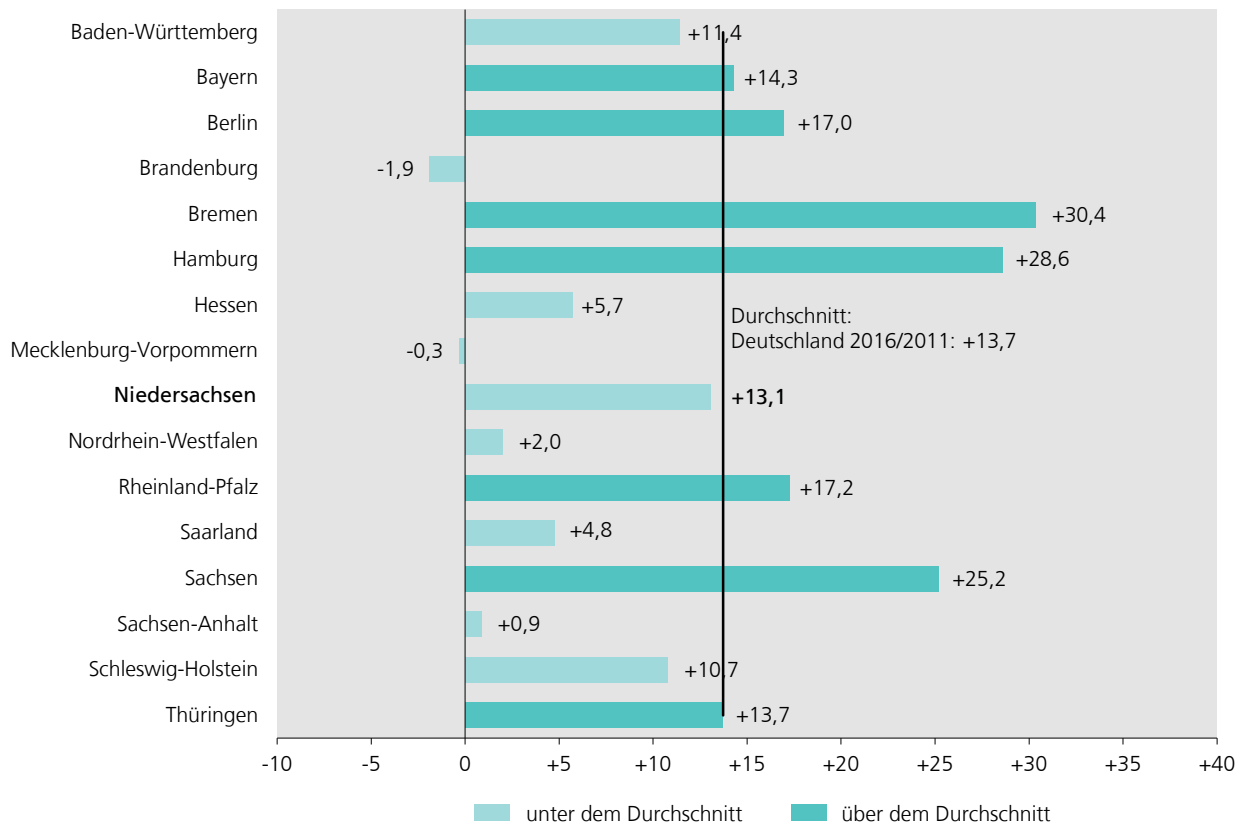
Waren. In Niedersachsen lag der Wert der ausgeführten Güter lediglich 7,8 % über dem Wert der eingeführten Güter. In Brandenburg, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein war es umgekehrt: Die Werte der Importe lagen über denen der Exporte.

■ Veränderung der Einfuhren 2016 gegenüber 2011 – Prozent –



Im Zeitraum 2011 bis 2016 sank der Wert importierter Waren nach Niedersachsen um 5 %, der Wert für Deutschland wuchs um 5,7 %.

Veränderung der Ausfuhren 2016 gegenüber 2011 – Prozent –



Der Anteil Niedersachsens an der gesamtdeutschen Einfuhr lag 2016 bei 8,5 %. Hauptabnehmer der nach Deutschland importierten Güter waren Nordrhein-Westfalen mit 22,3 %, Bayern mit 17,9 % und Baden-Württemberg mit 17,4 %.

### Internationale Kapitalverflechtung steigt an

Ein weiterer Aspekt der globalen wirtschaftlichen Verflechtung sind neben den Im- und Exporten die Direktinvestitionen. Laut den Erläuterungen der Deutschen Bundesbank gibt die Statistik zur Bestandserhebung über Direktinvestitionen „Auskunft über die Kapitalbeziehungen aus Beteiligungen von Inländern an Unternehmen im Ausland bzw. von Ausländern an Unternehmen in Deutschland zu einem festen Zeitpunkt“. In der Bestandserhebung werden die Direktinvestitionsbestände (Saldo der Forderungen und Verbindlichkeiten) gemäß international harmonisierter Berechnungsvorgaben dargestellt.

Der Bestand unmittelbarer Auslandsdirektinvestitionen betrug 2015 (neuere Zahlen liegen nicht vor) in Niedersachsen rund 61 Milliarden Euro (Tab. 35). Der Wert der Investitionen, die niedersächsische Investoren im Ausland getätigt haben, stieg damit gegenüber 2014 um 14,0 %. Außer Baden-Württemberg mit einem Plus von 19,9 % hatte kein Land einen höheren Zuwachs zu verzeichnen. Deutschlandweit lag der Wertzuwachs im Bestand der Auslandsdirektinvestitionen bei 8,1 %.

Gegenüber 2012 belief sich der Anstieg der Auslandsdirektinvestitionen Niedersachsens auf 5,2 %. Dagegen stieg der Bestand im gesamten Bundesgebiet um 16,7 %.

Der Bestand unmittelbarer Direktinvestitionen ausländischer Investoren im Inland betrug 2015 in Niedersachsen 23,7 Milliarden Euro (Tab. 36). Der Wert stieg im Vergleich zu 2014 um 4,1 % und gegenüber 2012 um 18,5 %.

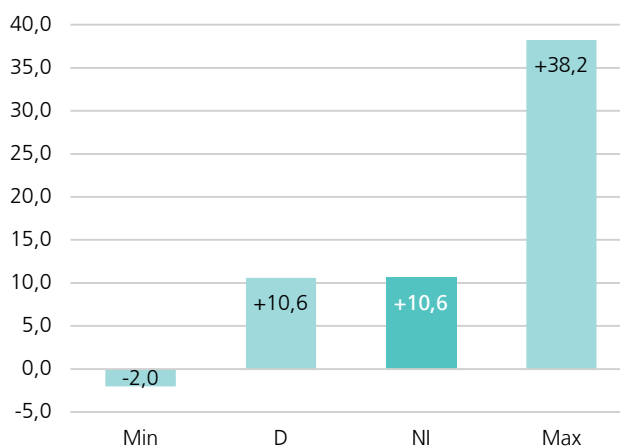
### Auslandsumsatz im Verarbeitenden Gewerbe steigt

Im niedersächsischen Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden wurde 2016 ein Auslandsumsatz von rund 94 Milliarden Euro erzielt (Tab. 37). Gegenüber dem Vorjahr entsprach das einem Anstieg von 0,5 %. Für Deutschland lag die Steigerung des Auslandsumsatzes mit 1,2 % etwas höher. Im Fünfjahresvergleich 2016 zu 2011 erhöhte sich der Auslandsumsatz des niedersächsischen Verarbeitenden Gewerbes um 10,6 % und damit im gleichen Maße wie im Bundesdurchschnitt. Die stärkste Zuwachsrate in diesem Zeitraum hatte Bremen mit 38,2 %, Rückgänge hatten nur Sachsen-Anhalt (-2,0 %) und Hessen (-0,6 %).

Der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz des Verarbeitenden Gewerbes in Niedersachsen blieb 2016 mit 45,9 % nahezu unverändert zum Vorjahr (46,0 %). In Deutschland lag der Anteil des Auslandsumsatzes des Verarbeitenden Gewerbes 2016 bei 47,7 %. Baden-Württemberg,

Bayern, Berlin, Hessen und Rheinland-Pfalz erzielten im Verarbeitenden Gewerbe mehr als die Hälfte, Bremen sogar mehr als 60 % ihres Umsatzes im Ausland.

■ Veränderung des Auslandsumsatzes im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2016 gegenüber 2011 – Prozent –

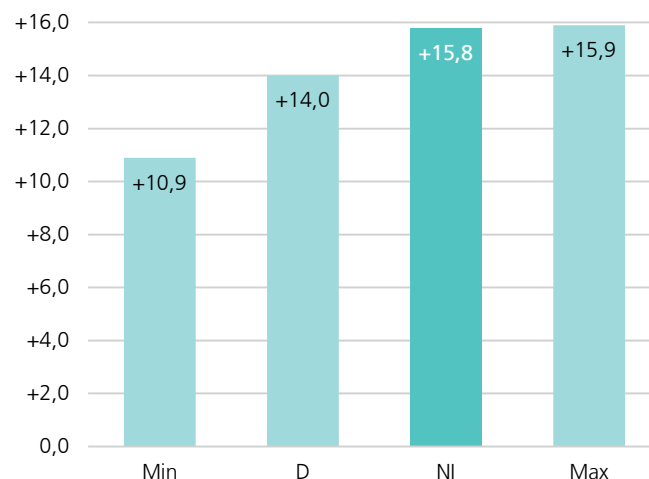


Der Wert für den Auslandsumsatz im niedersächsischen Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden ist deutlich höher als der Exportwert in der Außenhandelsstatistik. Im Gegensatz zur Außenhandelsstatistik, in der der Exportwert einer Ware dem jeweiligen Land zugerechnet wird, in dem sie die letzte wesentliche Bearbeitung erfahren hat, sind im oben genannten Auslandsumsatz auch Warenumsätze (z. B. Handelswaren) enthalten, deren Ursprungsland nicht Niedersachsen ist.

### Starke Zunahme des Wanderungssaldos mit dem Ausland

Im Jahr 2015 kam es in Deutschland zu einer sehr hohen Zuwanderung aus dem Ausland. Hauptursache hierfür war der starke Zuzug von Schutzsuchenden aus Krisengebieten, vor allem aus dem Mittleren und Nahen Osten, nach

■ Wanderungssaldo über die Grenzen des Bundesgebiets je 1 000 Einwohner/-innen 2015 – Anzahl –



Deutschland. Hinzu kommt die seit Jahren günstige Arbeitsmarktsituation, die für Arbeit suchende Ausländerinnen und Ausländer aus der EU einen Zuzugsgrund darstellt.

In Deutschland lag der Wanderungssaldo 2015 bei rund +1,1 Millionen Personen, d. h. so viele Menschen zogen mehr aus dem Ausland nach Deutschland als ins Ausland weggezogen (Tab. 38). Dabei wiesen 2015 alle 16 Länder hohe Zuwächse im Vorjahresvergleich auf: In Niedersachsen lag der Wanderungssaldo mit dem Ausland bei einem Plus von rund 120 000 Menschen und stieg damit um 121,3 %. Der Wanderungssaldo für Deutschland hat sich ebenfalls mehr als verdoppelt (107,0 %).

Gegenüber 2011 verfünffachte sich 2015 in Niedersachsen der Saldo, deutschlandweit vervierfachte er sich. Je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner wuchs die Bevölkerung Niedersachsens 2015 um 15 Personen, 2011 waren es lediglich 3,0. Am stärksten stieg, bezogen auf diese Maßzahl des Auslandswanderungssaldos, im Jahr 2015 die Be-

völkerung Bremens (+20,6), am schwächsten die von Hamburg (+9,8).

Weitere Informationen u. a.:

zu den Ein- und Ausfuhren: [GENESIS-Online: Außenhandel, Statistik 51](#)

zu den Direktinvestitionen: Deutsche Bundesbank: [Direktinvestitionen – Tabellen Direktinvestitionsbestände nach Ländern 2015](#)

zum Auslandsumsatz im Verarbeitenden Gewerbe: [GENESIS-Online: Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden, Statistik 42 bzw. 42271 \(Jahresbericht für Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe\)](#)

zu den Außenwanderungen: Statistisches Bundesamt: [Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Vorläufige Wanderungsergebnisse 2015, Wiesbaden 2016](#)

und: [Regionaldatenbank Deutschland: Wanderungsstatistik, Statistik 12711](#)

Für den Ländervergleich werden die betrachteten Finanzgrößen der Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherungen (unter Aufsicht des jeweiligen Landes) zusammengefasst. Die Darstellung umfasst sowohl die unmittelbaren Haushalte der Länder, Kommunen und Sozialversicherungen (Kernhaushalte) als auch die Extrahaushalte.

Extrahaushalte sind öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU), die gemäß dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) zum Staatssektor gehören. Als FEU gelten Einheiten, an denen die öffentliche Hand zu mindestens 50 % über das Nennkapital oder das Stimmrecht beteiligt ist (öffentliche Kontrolle). FEU bilden keine Extrahaushalte, wenn sie sich zu mindestens 50 % durch eigene Gebühren, Beiträge u. ä. finanzieren, wie beispielsweise kommunale Versorgungsunternehmen. Diese sogenannten Marktproduzenten gehören gemäß ESVG nicht zum Staatssektor.

Kern- und Extrahaushalte bilden zusammen den öffentlichen Gesamthaushalt, wie er in den Tabellen 39 bis 45 zusammengefasst dargestellt ist. Tabelle 46 bildet hingegen den Finanzausgleich zwischen den Ländern, respektive zwischen Bund und Ländern ab.

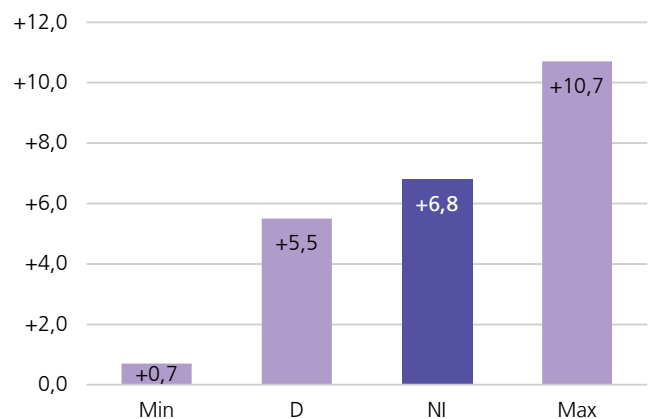
Im Folgenden werden für die Einnahmen und Ausgaben die sogenannten bereinigten Einnahmen und Ausgaben herangezogen. Diese enthalten keine besonderen Finanzierungsvorgänge wie beispielsweise Kreditaufnahmen und -tilgungen. Darüber hinaus werden die Zahlungen auf gleicher Ebene (z. B. Zahlungen zwischen Land und Kommunen) herausgerechnet.

## Überdurchschnittlicher Anstieg der Einnahmen und der Steuereinnahmen

Im Jahr 2016 stiegen die Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushaltes bundesweit um 5,5 % auf 6 415 Euro pro Kopf. In allen Ländern konnten Zuwächse erzielt werden. In Niedersachsen war 2016 im Vergleich zum Vorjahr ein überdurchschnittliches Wachstum von 6,8 % zu verzeichnen; dennoch blieben die Einnahmen mit 5 889 Euro pro Kopf unter dem Durchschnitt (Tab. 39). Die höchsten Wachstumsraten konnten in Hamburg (+10,7 %) und Hessen (+9,3 %) erzielt werden. Die geringsten Zuwächse mussten in Sachsen-Anhalt (+0,7 %) und Sachsen (+1,1 %) hingenommen werden. In der mittelfristigen Betrachtung sind die Einnahmen im Durchschnitt aller Länder von 2011 bis 2016 um 22,7 % gestiegen. Sehr deutliche Einnahmesteigerungen konnten in dieser Periode in Hamburg (+44,8 %), Schleswig-Holstein (+33,2 %) und Hessen (+32,1 %) erzielt werden. Die ostdeutschen Länder Sachsen (+8,6 %) und Sachsen-Anhalt (+13,0 %) bildeten auch in dieser Betrachtung die Schlusslichter. Niedersachsen lag mit einem Wachstum der Einnahmen von 28,2 % deutlich über dem Bundesschnitt.

In Tabelle 39 ist die Steuereinnahmequote als Quotient der kassenmäßigen Steuereinnahmen und der Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushaltes dargestellt. Die höchsten Quoten konnten in den wirtschaftsstarken Ländern Bayern (75 %), Baden-Württemberg (74,3 %) und Hessen (70,9 %) gemessen werden. Die niedrigsten Steuereinnahmequoten wurden für Bremen (51,6 %), Berlin (52,2 %) und Mecklenburg-Vorpommern (52,4 %) berechnet. Niedersachsen lag mit 69,3 % leicht über dem Bundesdurchschnitt von 68,4 %.

■ Veränderung der Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen (Kernhaushalte und Extrahaushalte) 2016 gegenüber 2015 – Prozent –



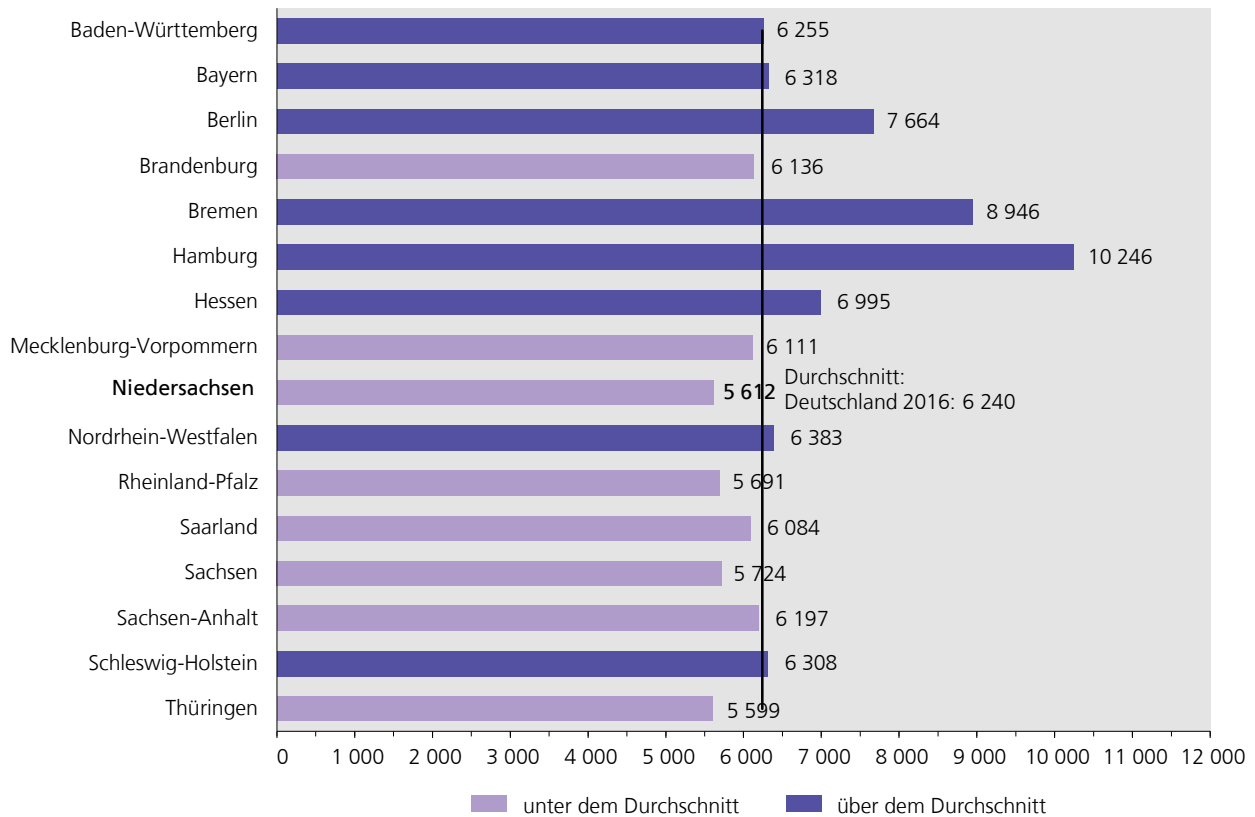
Wesentlich für die günstige Entwicklung der Einnahmen sind hohe Zuwächse bei den Steuereinnahmen. In allen Ländern konnten im vergangenen Jahr teils deutliche Zuwächse verzeichnet werden (Tab. 40). Bundesweit stiegen die Steuereinnahmen um 7,8 % auf 4 387 Euro pro Kopf an. Die Entwicklung in Niedersachsen lag nahe dem Bundesdurchschnitt mit einem Plus von 7,6 % und 4 083 Euro pro Kopf. Die höchsten Zuwächse konnten für Bremen (+12,2 %) und Hessen (+11,2 %) verzeichnet werden, die geringsten in Mecklenburg-Vorpommern (+3,8 %) und im Saarland (+5,4 %).

In der Rückschau der Jahre 2011 bis 2016 stiegen die Steuereinnahmen über alle Länder um 32,1 %. Niedersachsen belegte hier mit 35,6 % nach Berlin (+36,2 %) zusammen mit Schleswig-Holstein den zweiten Platz im Ländervergleich.

Bei der Betrachtung des Quotienten aus Steuereinnahmen und Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist auffällig, dass die Stadtstaaten Bremen (9,5 %) und Hamburg (9,8 %) die geringsten Werte aufweisen, hingegen wurden für die wirtschaftsschwächeren Länder Sachsen-Anhalt (13,8 %), Mecklenburg-Vorpommern (13,7 %) und Brandenburg (13,4 %) die höchsten Quoten berechnet. Niedersachsen lag hier mit einem Wert von 12,3 % über dem Bundesdurchschnitt von 11,5 %.



## Ausgaben der Länder und Kommunen je Einwohnerin und Einwohner 2016 – Euro – Kernhaushalte und Extrahaushalte



### Ausgaben und Personalausgaben wachsen

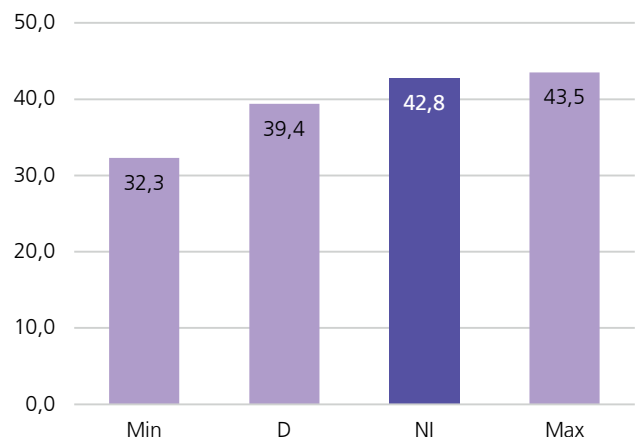
Bundesweit lagen 2016 die Ausgaben der öffentlichen Gesamthaushalte der Länder, Kommunen und Sozialversicherungen bei 6 240 Euro pro Kopf und damit 4,1 % höher als im Vorjahr und 15,7 % höher als 2011 (Tab. 41). In Niedersachsen waren es 5 612 Euro pro Kopf; eine Steigerung von 4,4 % gegenüber dem Vorjahr und um 14,6 % gegenüber 2011. Starke Ausgabenzuwächse gab es 2016 vor allem in Hamburg (+13,1 %) und Schleswig-Holstein (+11,7 %). Diese Länder führten bereits im Vorjahr die Liste mit dem stärksten Ausgabenwachstum an. Die geringsten Zuwächse gab es in Sachsen (+0,1 %); Sachsen-Anhalt konnte die Ausgaben als einziges Land sogar senken (-0,6 %).

Bezogen auf die Wirtschaftsleistung (BIP) haben vor allem die ostdeutschen Länder hohe Anteile der Ausgaben von einem knappen Fünftel (Sachsen: 19,7 %) bis einem knappen Viertel (Mecklenburg-Vorpommern: 23,8 %). Die geringsten Anteile der Ausgaben am BIP wurden für Baden-Württemberg und Bayern (jeweils 14,3 %) und Hessen (16,0 %) errechnet. Für Niedersachsen liegt dieser Wert mit 16,8 % nahe dem Bundesdurchschnitt von 16,4 %.

Die öffentlichen Gesamthaushalte gaben 2016 für Personal rechnerisch 2 461 Euro pro Kopf aus (Tab. 42). Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Zuwachs von 3,3 %, gegenüber 2011 knapp ein Fünftel mehr (+19,1 %). Die Pro-Kopf-Ausgaben waren in den Stadtstaaten Hamburg (3 313 Euro),

Bremen (3 009 Euro) und Berlin (2 734 Euro) am höchsten. Die geringsten Pro-Kopf-Ausgaben für Personal wurden in den ostdeutschen Flächenländern getätigt, insbesondere in Thüringen (2 171 Euro) und Mecklenburg-Vorpommern (2 210 Euro). Niedersachsen lag hier mit einem Betrag von 2 402 Euro etwas unter dem Durchschnitt von 2 461 Euro. Die Personalausgabenquote, der Anteil der Personalausgaben an den bereinigten Ausgaben, betrug 2016 im Bundeschnitt 39,4 %. Niedersachsen lag mit 42,8 % deutlich über dem Durchschnitt. Nur im Saarland (43,5 %) und Rheinland-Pfalz (43,3 %) war die Quote höher.

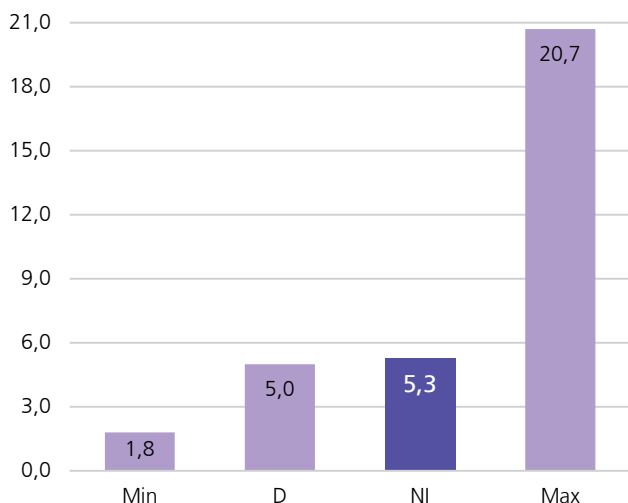
### Personalausgabenquote der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen (Kernhaushalte und Extrahaushalte) 2016 – Prozent –



## Zinsausgaben deutlich rückläufig

Die Zinsausgaben waren 2016 in allen Ländern deutlich rückläufig, im Schnitt sanken sie um 11,0 % und im Zeitraum 2011 bis 2016 sogar um 30,2 % (Tab. 43). Durchschnittlich wurden 2016 pro Kopf 219 Euro für Zinszahlungen ausgegeben (Niedersachsen 217 Euro). Die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben fielen in Bremen (940 Euro), dem Saarland (486 Euro) und in Hamburg (420 Euro) an, die geringsten in Sachsen (66 Euro) und Bayern (87 Euro). Somit mussten in Bremen 20,7 % und im Saarland 12,7 % der

■ Zins-Steuer-Quote 2016 – Prozent –



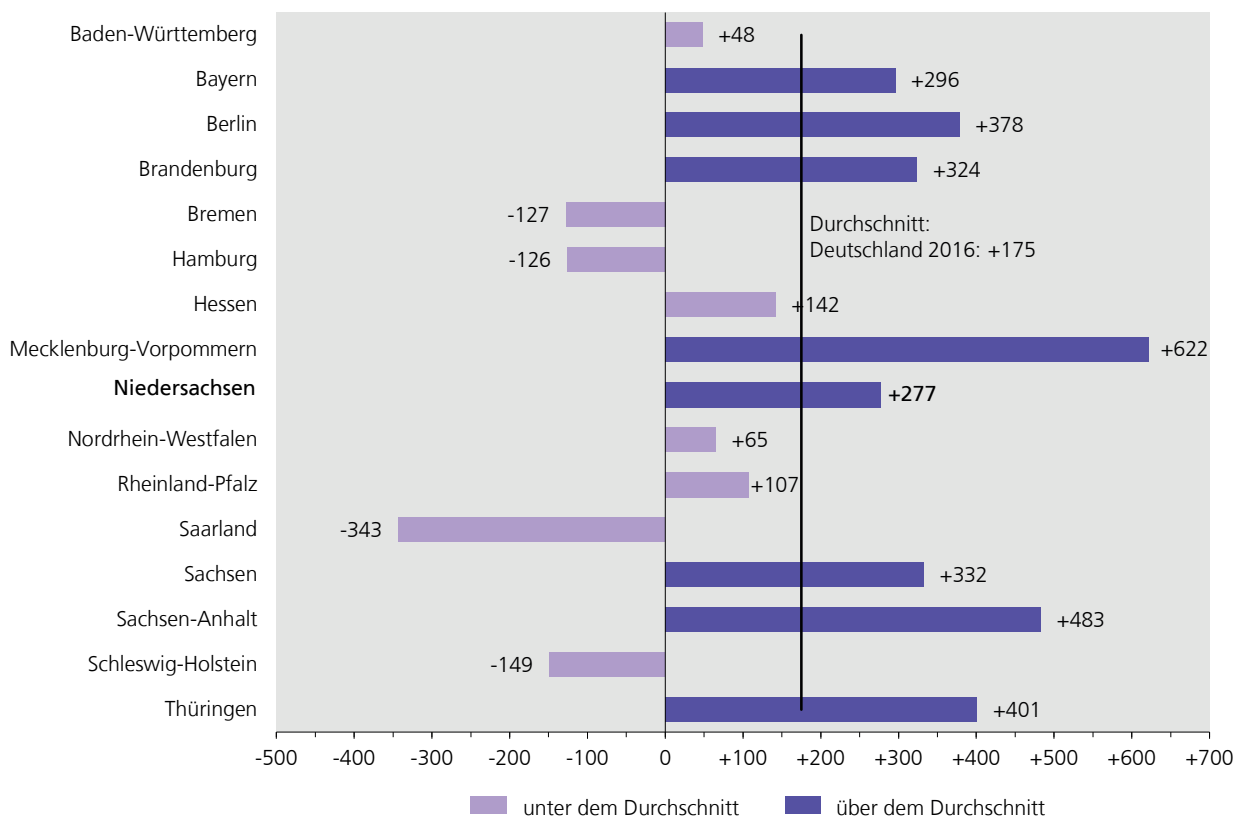
Steuereinnahmen für Zinsen verausgabt werden. In Sachsen und Bayern betrug diese Quote lediglich 1,8 %. Niedersachsen lag mit 5,3 % leicht über dem Bundesschnitt von 5,0 %.

## Wieder positiver Finanzierungssaldo

In den öffentlichen Gesamthaushalten von 12 Ländern konnten 2016 Finanzierungsüberschüsse erzielt werden, d. h. die Einnahmen überstiegen die Ausgaben (Tab. 44). Die höchsten Überschüsse pro Kopf wurden in Mecklenburg-Vorpommern (622 Euro), Sachsen-Anhalt (483 Euro) und Thüringen (401 Euro) erzielt. Insgesamt ergab sich für die ostdeutschen Länder ein durchschnittlicher Finanzierungssaldo von 400 Euro pro Kopf, der deutlich über dem der westdeutschen Länder von lediglich 120 Euro lag. Nur die vier westdeutschen Länder Saarland (-343 Euro), Schleswig-Holstein (-149 Euro), Bremen (-127 Euro) und Hamburg (-126 Euro) hatten ein Finanzierungsdefizit, d. h. die Ausgaben überstiegen die Einnahmen. In Niedersachsen wurde 2016 ein Finanzierungsüberschuss des öffentlichen Gesamthaushaltes von 277 Euro pro Kopf erzielt (2015 bereits ein Plus von 138 Euro). Damit liegt Niedersachsen 2016 deutlich über dem Durchschnitt aller Länder von 175 Euro.

Um ein Maß für das Gewicht eines Finanzierungssaldos zu erhalten, wurde in Tabelle 44 ein Quotient aus Finanzierungssaldo und der Wirtschaftsleistung (BIP) gebildet.

Finanzierungssaldo der Länder und Kommunen je Einwohnerin und Einwohner 2016 – Euro –  
Kernhaushalte und Extrahaushalte



Daraus ist ersichtlich, dass im Saarland das Defizit des öffentlichen Gesamthaushaltes 1,0 % des BIP ausmachte, gefolgt von Schleswig-Holstein (0,5 %), Bremen (0,3 %) und Hamburg (0,2 %). Von Ländern mit Finanzierungsüberschüssen wirkte sich dies im Verhältnis zum BIP vor allem in Mecklenburg-Vorpommern (2,4 %), Sachsen-Anhalt (1,8 %), Thüringen (1,4 %), und Sachsen (1,1 %) aus. Der Finanzierungsüberschuss in Niedersachsen belief sich auf 0,8 % des BIP.

### Leichte Abnahme der Verschuldung

Die Verschuldung der öffentlichen Gesamthaushalte hat 2016 im Schnitt aller Länder um 1,2 % abgenommen und betrug rechnerisch 9 104 Euro je Einwohnerin und Einwohner (Tab. 45). Während in Westdeutschland die Verschuldung um 0,7 % nur geringfügig abnahm, waren es in Ostdeutschland sogar 3,1 %. In vier westdeutschen Ländern stieg sie jedoch weiter und zwar in Hamburg (+8,4 %), Schleswig-Holstein (+5,6 %), Baden-Württemberg (+0,6 %) und im Saarland (+0,2 %). Am stärksten zurückgegangen ist die Verschuldung in Sachsen (-18,8 %), Mecklenburg-Vorpommern (-9,7 %) und Bayern (-6,5 %). In Niedersachsen sank die Verschuldung unterdurchschnittlich um 1,0 %. Die höchsten Verschuldungswerte pro Kopf wurden 2016 in Bremen (31 756 Euro), Saarland (17 939), Hamburg (17 415 Euro) und Berlin (16 486 Euro) verzeichnet. Die geringsten Pro-Kopf-Schulden wurden in Sachsen (1 300 Euro), Bayern (2 577 Euro), Baden-Württemberg

(5 695 Euro) nachgewiesen. Niedersachsen bewegte sich mit 9 161 Euro pro Kopf sehr nahe am Durchschnitt aller Länder von 9 104 Euro pro Kopf.

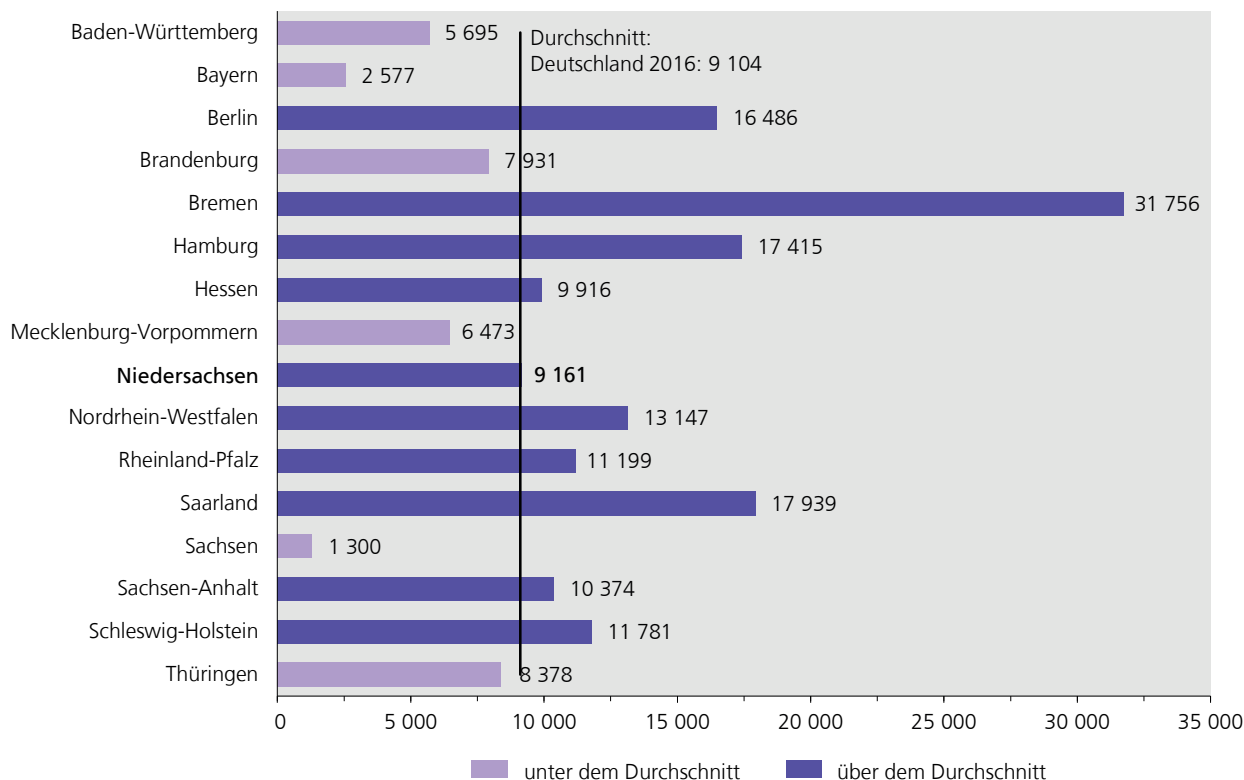
Eine andere Möglichkeit, den Stand der Verschuldung in ein Verhältnis zu setzen, ist der Quotient aus Schuldenstand und BIP. Hier zeigt sich ein ähnliches Ergebnis wie bei der Pro-Kopf-Verschuldung. Die höchsten Schuldenquoten wiesen Bremen (66,1 %), das Saarland (50,9 %) und Berlin (44,8 %) auf. Bei der Hansestadt Hamburg fällt die Verschuldung aufgrund der hohen Wirtschaftsleistung dagegen nicht so stark ins Gewicht (28,1 %). Sachsen (4,5 %), Bayern (5,8 %) und Baden-Württemberg (13,0 %) können die geringsten Schuldenquoten aufweisen. Niedersachsen liegt mit 27,5 % oberhalb des Durchschnitts aller Länder (23,9 %).

Tendenziell wurden vor allem in Ländern mit einer bereits hohen Pro-Kopf-Verschuldung weiterhin neue Kredite aufgenommen, wohingegen Länder mit niedriger Verschuldung in der Lage waren Kredite zu tilgen (vgl. Tabelle 45).

### Mehr Mittel aus dem Finanzausgleich

Die Beträge, die die Länder in den Finanzausgleich einzahlen oder ausgezahlt bekommen, sind in Tabelle 46 abgebildet (2015 und 2016 vorläufig). Es handelt sich dabei um die Summen des vertikalen und des horizontalen bundesstaatlichen Finanzausgleichs. Der horizontale Länderfinanz-

**Schulden je Einwohnerin und Einwohner 2016 – Euro –  
Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände  
Kernhaushalte und Extrahaushalte**



ausgleich (LFA) verteilt Finanzmittel zwischen den Ländern um. Die Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) bilden den vertikalen Finanzausgleich, bei welchen von einer übergeordneten Gebietskörperschaft (Bund) unter bestimmten Bedingungen Zahlungen an nachgeordnete Gebietskörperschaften (Länder) geleistet werden.

Das Volumen des Finanzausgleichs (LFA und BEZ) ist 2016 im Vergleich zum Vorjahr um 331 Mio. Euro auf 9 856 Mio. Euro geringfügig gesunken. Zu beachten ist, dass sich die Beträge des Länderfinanzausgleichs überwiegend zwischen den Zahler- und Empfängerländern saldieren. So ist auch erklärlich, dass Westdeutschland hier einen negativen und Ostdeutschland einen positiven Betrag aufwies. Niedersachsen erhielt 2016 aus dieser Summe 1 051 Mio. Euro und damit 413 Mio. Euro mehr als im Vorjahr. 2016 waren es rechnerisch 133 Euro pro Kopf. Die Zahlerländer waren Bayern, Baden-Württemberg und Hessen.

Der Quotient aus LFA und BEZ geteilt durch die Einnahmen der Länder (einschließlich ihrer Gemeinden) zeigt das Gewicht des bundesstaatlichen Finanzausgleichs für die Haushalte der Länder. Für Berlin (21,3 %), Bremen (16,5 %) und die ostdeutschen Flächenländer haben die Einzahlungen für die Haushalte eine höhere Bedeutung als für Hamburg

(0,5 %), Nordrhein-Westfalen (1,5 %) sowie für Schleswig-Holstein und auch Niedersachsen (jeweils 2,3 %).

Weitere Informationen u. a.:

zu Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte: Statistisches Bundesamt: Finanzen und Steuern. [Vierteljährliche Kassenergebnisse des Öffentlichen Gesamthaushalts 1.- 4. Vierteljahr 2016 \(Fachserie 14 Reihe 2\), Wiesbaden 2017](#)

und LSN: [Statistische Berichte Niedersachsen L Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern](#)

zu Schulden der öffentlichen Haushalte: Statistisches Bundesamt: [Finanzen und Steuern. Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts 2016 \(Fachserie 14 Reihe 5\), Wiesbaden 2017](#)

und LSN: [Statistische Berichte Niedersachsen L Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern](#)

zum Länderfinanzausgleich: Bundesministerium der Finanzen: [Länderfinanzausgleich. Daten zur horizontalen Umsatzsteuerverteilung, zum Länderfinanzausgleich und zu den Bundesergänzungszuweisungen \(Zusammenfassung der Abrechnungsergebnisse für die Jahre ab 2005\)](#)

# Schulische Qualifikation

Die Berechnung der Quoten der Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher (Tab. 47), der Abiturientinnen und Abiturienten, der Studienberechtigten (Tab. 49) sowie der Studienanfängerinnen und Studienanfänger (Tab. 50) erfolgt nach dem sogenannten „Quotensummenverfahren“. Bei dem Verfahren, das vor allem im internationalen Vergleich benutzt wird, wird der Anteil der betrachteten Personen an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres ermittelt. Es werden Quoten für einzelne Geburtsjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert.

## Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss gestiegen

Im Jahr 2015 verließen in Niedersachsen insgesamt 4 339 Jugendliche die Schule, ohne mindestens einen Hauptschulabschluss erworben zu haben (Tab. 47). Im Vergleich zum Vorjahr waren das 94 bzw. 2,2 % Schülerinnen und Schüler mehr. In 9 weiteren Ländern stieg die Zahl ebenfalls. Einen zweistelligen Anstieg gab es in Berlin (+23,8 %), Hamburg (+18,8 %), Sachsen-Anhalt (+13,5 %) und Rheinland-Pfalz (+10,6 %). Im bundesweiten Durchschnitt stieg die Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss im Vergleich zu 2014 um 1,1 % auf 47 439.

Im Gegensatz dazu ist die Zahl der sogenannten Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher mittelfristig im Zeitraum

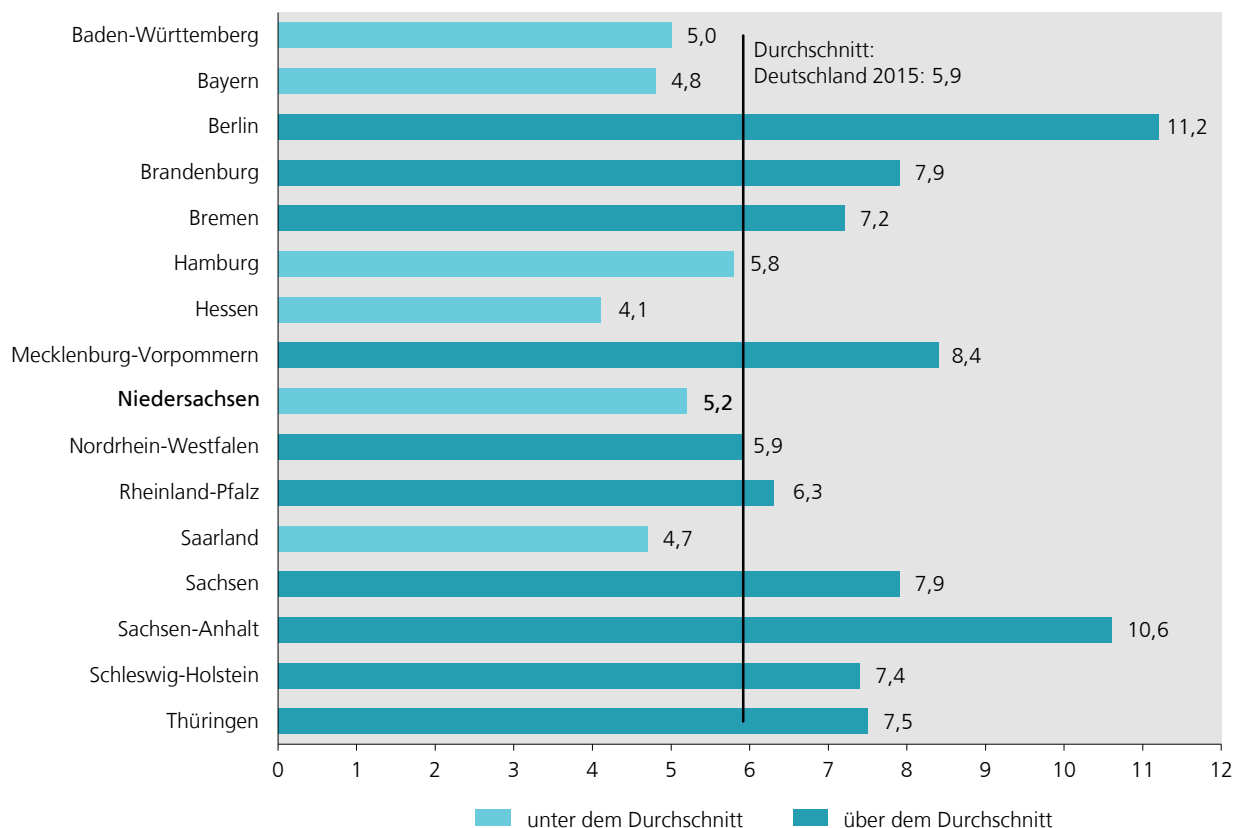
von 2010 bis 2015 bundesweit deutlich um 10,6 % zurückgegangen. Diese Entwicklung gilt jedoch nicht für alle Länder gleichermaßen. So sind die Werte in 6 Ländern um zweistellige Prozentwerte zurückgegangen, darunter auch Niedersachsen mit -16,8 %. Einen Anstieg gab es dagegen in Berlin mit 10,2 %.

Die Quote der Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher lag 2015 in Niedersachsen bei 5,2 % und war damit im Vergleich zu 2014 um 0,3 Prozentpunkte höher. Hessen hatte mit 4,1 % im Jahr 2015 die niedrigste Quote und gleichzeitig den höchsten Rückgang (-0,8 Prozentpunkte). Bundesweit stieg die Quote leicht um 0,1 Prozentpunkte auf 5,9 %.

## Quote der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger gestiegen

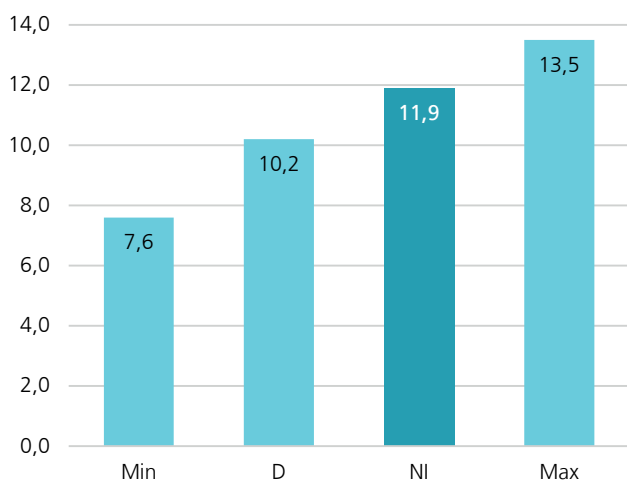
Der internationale Indikator der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger fasst Personen im Alter zwischen 18 bis unter 25 Jahre zusammen, die maximal die Sekundarstufe I abgeschlossen haben und ohne Berufsausbildung sind oder sich nicht in einer solchen befinden und auch nicht an einer Weiterbildung teilnehmen. Die Quote wird auf Basis des Mikrozensus in Bezug auf die gleichaltrige Bevölkerung berechnet. Die in Tabelle 48 dargestellte Auswertung entstammt der Berechnung des statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat).

Anteil Schulentlassener ohne Hauptschulabschluss an der gleichaltrigen Bevölkerung 2015 – Prozent –



Im Jahr 2016 waren 11,9 % der 18- bis unter 25-Jährigen in Niedersachsen frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger. Dies entsprach gegenüber 2015 einem Anstieg von 0,9 Prozentpunkten, gegenüber 2011 allerdings einem Rückgang von 2,2 Prozentpunkten. Das Geschlecht spielte für das „frühe Verlassen“ schulischer Qualifikationswege in Niedersachsen eine untergeordnete Rolle: Bei jungen Männern betrug die Quote 12,4 %, bei jungen Frauen lag sie bei 11,4 %. Soweit Quotenwerte vorliegen, war die Quote der frühen Schulabgänger jedoch in allen Ländern höher als die Quote der frühen Schulabgängerinnen. In Rheinland-Pfalz war der Abstand der geschlechterspezifischen Quoten mit 2,9 Prozentpunkten am größten, wobei die Quote der Männer bei 13,1 % lag. Im Bundesdurchschnitt betrug die Quote der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger insgesamt 10,2 % (2015: 10,1 % und 2011: 11,6 %.)

■ Anteil früher Schulabgängerinnen und -abgänger (18 bis unter 25-Jährige) 2016 – Prozent –



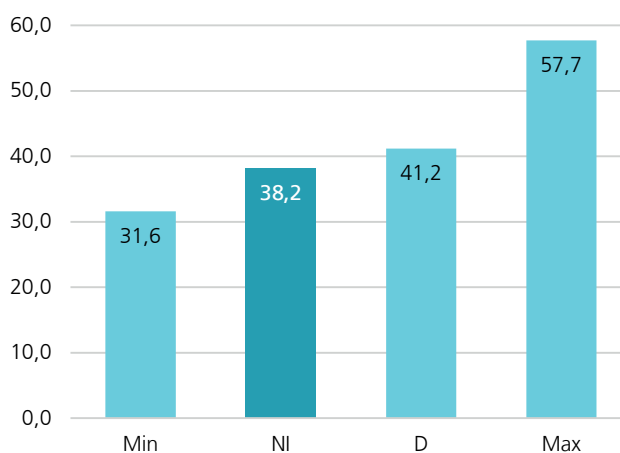
**Mehr Abiturientinnen und Abiturienten – höhere Abiturientenquote**

Im Jahr 2015 erlangten 33 820 niedersächsische Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen die allgemeine Hochschulreife (Tab. 49). Damit stieg die Zahl der Absolventinnen und Absolventen im Vergleich zu 2014 um 3,9 %.

Für aussagekräftige Zeit- und Regionalvergleiche wird die Quote der Abiturientinnen und Abiturienten berechnet. In Niedersachsen lag diese Quote 2015 bei 38,2 %, was einem Anstieg von 0,6 Prozentpunkten gegenüber 2014 entsprach. Die niedersächsische Quote lag 2015 weiterhin 3,0 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt von 41,2 %. Letztere stieg gegenüber 2014 um 0,2 Prozentpunkte an. Im Ländervergleich zeigt sich eine große Spann-

weite der Quoten: Die höchste Quote der Abiturientinnen und Abiturienten gab es 2015 in Hamburg (57,7 %), die niedrigste in Bayern (31,6 %).

■ Quote der Abiturientinnen und Abiturienten (Anteil an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres) 2015 – Prozent –



**Anteil der Studienberechtigten über Bundesniveau**

Die Studienberechtigtenquote gibt den Anteil der zur Aufnahme eines Studiums Berechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung an. Neben dem Abitur berücksichtigt diese Quote also auch andere Abschlüsse, insbesondere die Fachhochschulreife (Tab. 49). Im Jahr 2015 lag die Studienberechtigtenquote in Niedersachsen bei 54,5 % und damit etwas über dem Bundesdurchschnitt von 53,0 %. Unter den Flächenländern hatten Baden-Württemberg, Hessen und das Saarland höhere Quoten als Niedersachsen. In Hamburg waren knapp zwei Drittel der Schulentlassenen (65,8 %) studienberechtigt, was bundesweit den Höchstwert darstellte. Die niedrigste Studienberechtigtenquote gab es im Jahr 2015 in Sachsen-Anhalt (39,8 %).

Weitere Informationen u. a.:

zu Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss sowie Abiturienten- und Studienberechtigtenquoten: Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): [Dokumentation Nr. 209 – Dezember 2016: Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 2005 bis 2015](#), Tabelle C.I.1.1 und C.I.1.1.2 sowie C.III.1.3 und C.III.1.3.2

zu frühen Schulabgängerinnen und -abgängern: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: [Amtliche Sozialberichterstattung – frühe Schulabgänger](#) bzw. Eurostat: Datenbank [Tabelle edat\\_lfse\\_16](#)

## Zahl der Erstsemester weiter steigend

Im Sommersemester 2015 und darauffolgenden Wintersemester begannen insgesamt 38 872 Hochschulzugangsberechtigte erstmals ein Studium in Niedersachsen (Tab. 50). Von den bundesweit 506 580 Erstsemestern war der niedersächsische Anteil mit rund 7,7 % höher als 2014 (7,5 %). Damit setzt sich die Entwicklung der Vorjahre fort.

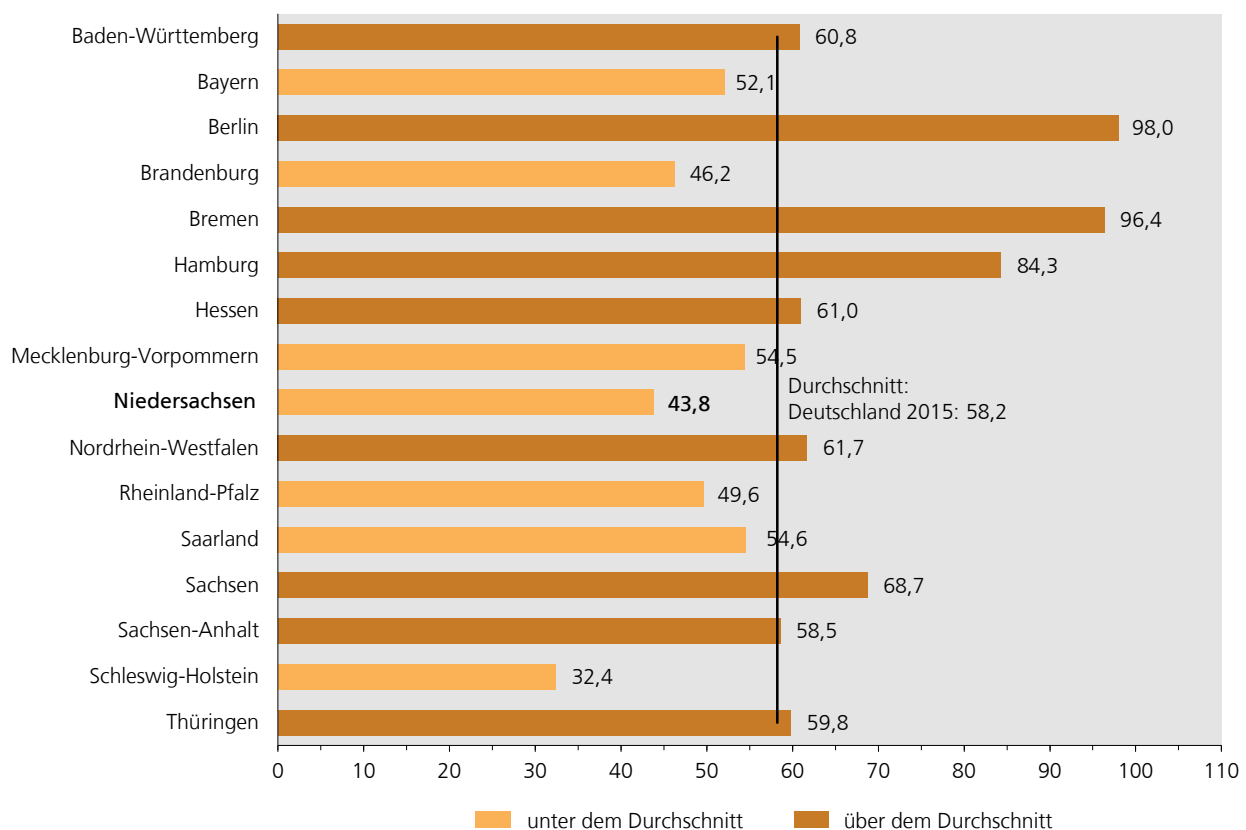
In den vergangenen 5 Jahren stieg die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger merklich an. Zwischen 2010 und 2015 waren es in Niedersachsen 7 889 Personen mehr, im gesamten Bundesgebiet lag der Zuwachs bei 61 972 Personen. Auch gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der Erstsemester 2015 in Niedersachsen leicht und zwar um 934 Personen, was einem Zuwachs von 2,5 % entsprach. Bundesweit ist im Vergleich zum Vorjahr keine eindeutige Tendenz erkennbar: In 6 von 16 Ländern ging die Zahl der Erstsemester zurück. Für Deutschland insgesamt ergab sich damit nur ein marginaler Anstieg von 0,3 %.

Diese Werte lassen vermuten, dass sich der in den letzten Jahren fortwährende Trend hin zum Studium und weg von der dualen Ausbildung im Bundesdurchschnitt abgeschwächt hat. Ob dies der Fall ist, zeigt ein Blick auf die

Quote der Studienanfängerinnen und -anfänger. Bei dieser werden nicht nur die absoluten Werte betrachtet, sondern die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger in Bezug zur gleichaltrigen Bevölkerung gesetzt.

Im Jahr 2015 betrug die Quote der Studienanfängerinnen und Studienanfänger in Niedersachsen 43,8 % und lag damit nur 0,5 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert. Der Ländervergleich zeigt wiederum ein inhomogenes Bild. In 7 Ländern sank die Quote leicht, in 9 Ländern stieg sie. Die stärksten Zuwächse im Vergleich zu 2014 gab es in Bremen und Berlin (6,0 bzw. 4,6 Prozentpunkte). Die Stadtstaaten verzeichneten 2015 wie auch in den Vorjahren die mit Abstand höchsten Quoten (Berlin: 98,0 %, Bremen: 96,4 %, Hamburg: 84,3 %). Aufgrund ihrer zentralörtlichen Funktionen weisen diese Städte eine hohe Attraktivität als Studienstandort auch für Studierende aus den Nachbarländern auf. Obwohl die absolute Anzahl der Studierenden im ersten Semester in Deutschland 2015 höher war als 2014, sank die Quote der Studienanfängerinnen und Studienanfänger im Bundesdurchschnitt erstmals seit Jahren leicht um 0,1 Prozentpunkte auf 58,2 %. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass der fortwährende Trend hin zum Studium und weg von einer dualen Ausbildung sich zumindest kurzfristig nicht fortgesetzt hat. Hier bleiben die weiteren Entwicklungen abzuwarten.

Studienanfängerquote 2015 – Prozent –

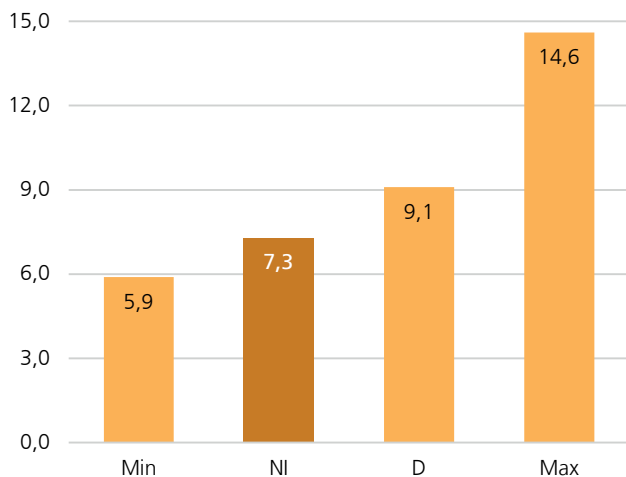


## Zahl der Studierenden in den vergangenen 5 Jahren um ein Drittel gestiegen

Im Wintersemester 2015/2016 waren in Deutschland etwa 2,76 Mio. Personen an Hochschulen eingeschrieben (Tab. 51). Von diesen studierten knapp 200 000 bzw. 7,3 % in Niedersachsen. Im mittelfristigen Vergleich zum Wintersemester 2010/2011 stieg die Zahl der Studierenden im Land um 50 060 Personen, was einer deutlichen Zunahme von 33,4 % entsprach. Im Ländervergleich lagen lediglich in Nordrhein-Westfalen mit 40,4 % noch höhere relative Zuwächse vor. Die Zahl der Studierenden stieg im Fünf-Jahres-Vergleich in 13 Ländern an, insgesamt in Deutschland um mehr als 540 000 Personen. Tendenziell waren die Zunahmen in den westdeutschen Ländern stärker als in den ostdeutschen.

Der Anteil von Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern an allen Studierenden kann als Gradmesser der Internationalisierung und Attraktivität von Hochschulstandorten herangezogen werden. Hierunter fallen Studierende, die ihre (Fach-) Hochschulzugangsberechtigung im Ausland bzw. an einem Studienkolleg erworben haben. In Niedersachsen ist der Anteil im Vergleich zum Vorjahr leicht um 0,2 Prozentpunkte gestiegen und betrug 7,3 % im Jahr 2015 (Tab. 51). Bundesweit stieg ihr Anteil um 0,4 Prozentpunkte auf 9,1 %. Die höchsten Werte lagen in Berlin (14,6 %), Sachsen (13,3 %) und Brandenburg (12,4 %) vor. Geringere Werte als Niedersachsen verzeichneten nur die beiden anderen Küstenländer Schleswig-Holstein (5,9 %) und Mecklenburg-Vorpommern (6,2 %).

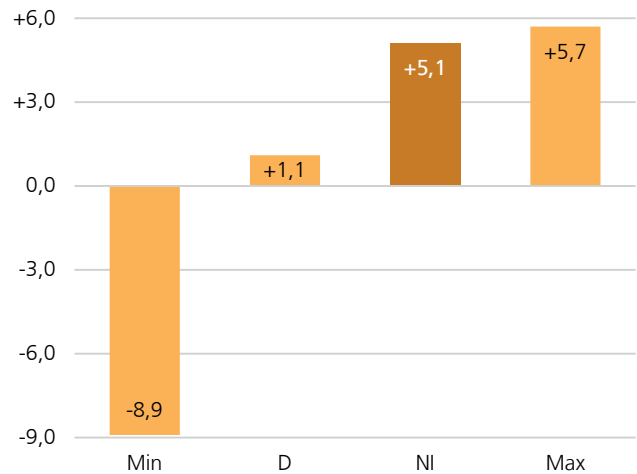
### Anteil der Bildungsausländer/-innen an den Studierenden 2015 – Prozent –



## Mehr Hochschulabsolventinnen und -absolventen, aber weniger Promotionen

Im Laufe des Jahres 2015 beendeten 23 350 Studentinnen und Studenten erfolgreich ein Erststudium an einer niedersächsischen Hochschule (Tab. 52). Das waren 7,4 % der bundesweit 317 102 Absolventinnen und Absolventen. Im Vergleich zum Vorjahr nahm ihre Zahl in Niedersachsen um 5,1 % zu, im Bundesdurchschnitt um 1,1 %.

### Veränderung der Zahl der Absolventen/-innen (Erststudium) 2015 gegenüber 2014 – Prozent –



Im mittelfristigen Vergleich zwischen 2010 und 2015 veränderte sich die Zahl der Absolventinnen und Absolventen in Niedersachsen etwas geringer, der Anstieg betrug 2,6 % (Deutschland: +7,5 %). In einigen anderen Ländern waren die Veränderungen im Gegensatz dazu wesentlich größer. Die Spanne reichte von -23,2 % in Thüringen bzw. -20,6 % in Bremen bis +70,7 % im Saarland bzw. +23,7 % in Bayern.

Der akademische Grad des „Doktors“ wurde 2015 in Niedersachsen 2 236 Mal verliehen (Tab. 53). Dies waren 2,3 % Verleihungen weniger als noch im Vorjahr, aber 7,2 % mehr als 2010. Im Bundesdurchschnitt stieg die Zahl der Promotionen sowohl kurz- als auch mittelfristig (3,8 % bzw. 14,0 %) und lag 2015 bei 29 218. In anderen Ländern schwankten die Veränderungen, wie auch bei den Zahlen der Absolventinnen und Absolventen, deutlich stärker als in Niedersachsen. So nahm die Zahl der bestandenen Promotionen im Saarland und in Hamburg zwischen 2010 und 2015 jeweils um knapp 75 % zu, in Bremen ging der Wert dagegen zurück (28,4 %).

## Durchschnittlich 55 Studierende je Professur

Die Zahl der besetzten Professuren an Niedersachsens Hochschulen blieb 2015 im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant und erhöhte sich nur leicht um 0,3 % bzw. 11 Professuren auf insgesamt 3 638 (Tab. 54). Bundesweit lag die Zahl bei 46 344. Im Fünf-Jahresvergleich stieg die Zahl der Professuren in Deutschland um 11,8 %, in Niedersachsen waren es 7,2 %. Mit einer Ausnahme verzeichneten alle Länder Zunahmen. Diese lagen zwischen 17,3 % in Nordrhein-Westfalen und 1,2 % in Sachsen-Anhalt. Lediglich in Mecklenburg-Vorpommern sank der Wert (2,3 %).

Der Bezug auf die Studierendenzahl aus Tabelle 51 zeigt, dass jede Professorin bzw. jeder Professor in Deutschland rechnerisch 60 Studentinnen und Studenten betreute. An niedersächsischen Hochschulen waren es lediglich 55. Den geringsten Wert verzeichnete Thüringen mit einem Verhältnis von 44 zu 1. Die meisten Studierenden je Professur



wurden in Nordrhein-Westfalen (78) betreut. Ein Vergleich zwischen 2010 und 2015 zeigt, dass die Betreuungsrelationen mittelfristig sowohl im Bundesdurchschnitt (+6 Studierende) als auch in Niedersachsen (+11 Studierende) gestiegen sind. Im Ländervergleich erhöhte sich die Betreuungsrelation im Durchschnitt der westdeutschen Länder (+7 Studierende), in den ostdeutschen Ländern dagegen blieb das Verhältnis bei 50 zu 1. Das Betreuungsverhältnis gilt als ein Gradmesser der Qualität der akademischen Ausbildung. Allerdings wird es auch von den Strukturen der Studiengänge an den jeweiligen Hochschulen beeinflusst. So sind die Betreuungsrelationen in medizinischen Studiengängen meist geringer, in den Sprach- und Kulturwissenschaften dagegen höher.

### Nur gut ein Viertel der Professuren von Frauen besetzt

Das Geschlechterverhältnis zwischen Studentinnen und Studenten ist an niedersächsischen Hochschulen nahezu ausgeglichen (Tab. 50, 51, 52). Im Jahr 2015 waren 51,0 % der Erstsemester weiblich, der Anteil der Studentinnen an allen Studierenden betrug 48,0 %, der Anteil der Frauen an allen Absolventinnen und Absolventen, die erfolgreich ein Erststudium abgeschlossen haben, lag bei 52,4 %. Für Deutschland insgesamt sind die Werte ähnlich (50,2 %, 48,0 % bzw. 51,1 %). Je nach Land und der dortigen Hochschullandschaft und unterschiedlichem Fächerangebot variieren die Anteile etwas. Auch im Zeitverlauf sind kleinere Schwankungen zu beobachten. Rein zahlenmäßige Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind jedoch im Wesentlichen nicht vorhanden.

Im Bereich der höheren akademischen Abschlüsse ist hingegen noch kein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis erreicht (Tab. 53). Von den 2015 in Deutschland bestandenen Promotionen wurden 44,7 % von Frauen abgelegt, in Niedersachsen lag der Wert mit 44,8 % in etwa gleich hoch. Die Anteilswerte differierten zwischen 38,3 % in Bremen und 52,4 % in Schleswig-Holstein. Diese Spanne war damit deutlich größer als beim Anteil der weiblichen Studierenden in den Ländern.

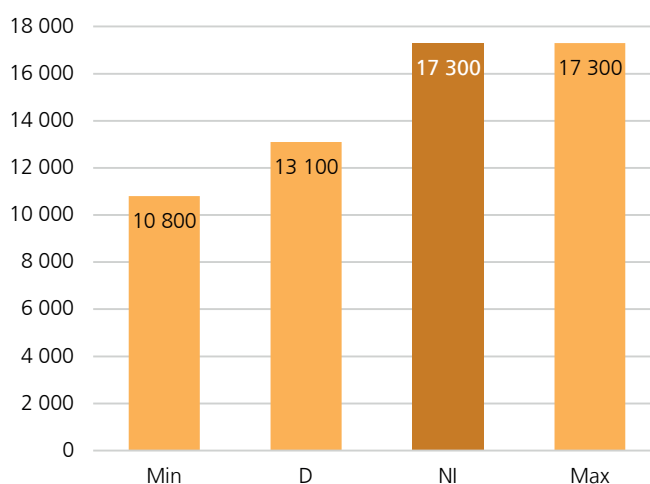
In der Professorenschaft sind Frauen nach wie vor unterrepräsentiert (Tab. 54). In Niedersachsen betrug das Verhältnis zwischen Frauen und Männern 1 zu 3 bzw. der Frauenanteil 25,5 %. Der Frauenanteil lag damit 2015 leicht über dem bundesweiten Durchschnitt von 22,7 %. Auch wenn die Anteile in allen Ländern in den vergangenen 5 Jahren gestiegen sind, so sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern noch mehr als deutlich. Sogar der höchste Wert unter allen Ländern lag lediglich bei 32,5 % (Berlin). In Bayern, Thüringen oder Mecklenburg-Vorpommern waren die Anteile mit 18,7 % bis 18,9 % noch erheblich niedriger als der Bundesdurchschnitt.

### Höchste Ausgaben für Hochschulen je studierender Person

Die öffentlichen Ausgaben für Hochschulen beliefen sich im Jahr 2013, dem zum Redaktionsschluss aktuell verfü-

baren Berichtsjahr, in Niedersachsen auf rund 3,1 Milliarden Euro. Dieser Betrag umfasste Ausgaben für Forschung und Lehre, sowie für zusätzliche Dienstleistungen, wie z. B. für Studentenwerke (Tab. 56). Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Ausgaben um 6,0 % und damit stärker als im Bundesdurchschnitt (2,4 %). In 5 Ländern wurden die Ausgaben 2013 im Vergleich zu 2012 reduziert. Die deutlichsten Rückgänge verzeichneten das Saarland (7,9 %) und Hessen (-3,3 %). Setzt man die Ausgaben in Relation zur Zahl der Studierenden (einschließlich Promovierende), wurden in Niedersachsen rund 17 300 Euro und damit im Bundesgebiet die mit Abstand höchsten Ausgaben getätigt (Deutschland: 13 100 Euro). Ein Grund für die in Niedersachsen höheren Aufwendungen ist der hohe Anteil sogenannter MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) sowie der Fächer Medizin und Agrarwissenschaften, welche typischerweise kostenintensiver sind.

■ Ausgaben für Hochschulen je Studierenden 2013 – Euro –



### FuE-Quote überdurchschnittlich

Ausgaben für Forschung und Entwicklung leisten einen relevanten Beitrag zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Die Höhe der Ausgaben stellt eine wichtige Bestimmungsgröße für das Innovationstempo einer Volkswirtschaft dar. Im Jahr 2015 wurden in Niedersachsen insgesamt rund 8,9 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung (FuE) aufgewendet (Tab. 57). Dies umfasst Ausgaben des Staates, privater Institutionen ohne Erwerbszweck, der Hochschulen (interne FuE-Aufwendungen) sowie der Wirtschaft. In Deutschland beliefen sich die Ausgaben insgesamt auf 88,8 Milliarden Euro. Bezogen auf die Einwohnerinnen und Einwohner wurden in Niedersachsen 1 128 Euro pro Kopf in Forschung und Entwicklung investiert und damit 38 Euro mehr als im Bundesdurchschnitt. Im Ländervergleich zeigt sich eine relativ große Spannweite. So wurden in Baden-Württemberg die mit Abstand höchsten Ausgaben getätigt (2 109 Euro pro Kopf), mit Abstand gefolgt von Hamburg (1 369 Euro) und Bayern (1 362 Euro). Die niedrigsten Werte wiesen Sachsen-Anhalt (363 Euro) und Brandenburg (443 Euro) auf. Bezogen

auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ändert sich das Bild nur wenig: Der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am BIP lag 2015 in Deutschland bei 2,9 %. In Baden-Württemberg war diese sogenannte FuE-Quote mit 4,9 % am höchsten. Auch Niedersachsen hatte eine über dem Bundesdurchschnitt liegende FuE-Quote von 3,5 %. In der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ist das Ziel formuliert, dass die FuE-Quote bis 2030 jährlich mindestens 3 % betragen solle. Diese Quote hatte Niedersachsen bereits 2014 erreicht.

### Öffentliche Ausgaben für Kultur unterdurchschnittlich

Die Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche von Land und Kommunen beliefen sich 2013 – aktuellere Zahlen liegen noch nicht vor - nach vorläufigen Berechnungen in Niedersachsen auf rund 736 Millionen Euro (Tab. 55). Dies entsprach rund 94 Euro je Einwohnerin und Einwohner. Im Bundesdurchschnitt wurden pro Kopf rund 123 Euro verausgabt, wobei in diesem Wert zusätzlich auch die Ausgaben des Bundes mit enthalten sind. Niedriger als in Niedersachsen waren die Pro-Kopf-Ausgaben in den Ländern Schleswig-Holstein (75 Euro), Rheinland-Pfalz (86 Euro) und dem Saarland (89 Euro). Die höchsten Ausgaben wurden in Sachsen und Hamburg getätigt (jeweils 201 Euro). Die Ausgaben werden durch größere Städte beeinflusst,

deren kulturelle Angebote überregionale Strahlkraft haben. So besuchen viele Niedersachsen auch kulturelle Veranstaltungen in Hamburg oder Bremen. Zudem zeigen die Daten, dass die Ausgaben in den ostdeutschen Ländern mit durchschnittlich rund 163 Euro pro Kopf deutlich höher waren als in den westdeutschen Ländern mit 113 Euro pro Kopf.

Weitere Informationen u. a.:

zu Angaben über Studierende, Absolventen, Promotionen, Professuren: Statistisches Bundesamt: Bildung, Forschung und Kultur. [Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen](#) 1980 – 2016 (Fachserie 11 Reihe 4.3.1) und [Prüfungen an Hochschulen](#) (u.a. Promotionen) (Fachserie 11 Reihe 4.2), Wiesbaden 2016. und [LSN-Onlinedatenbank](#): Hochschulstatistik (310) und Hochschulpersonal (310).

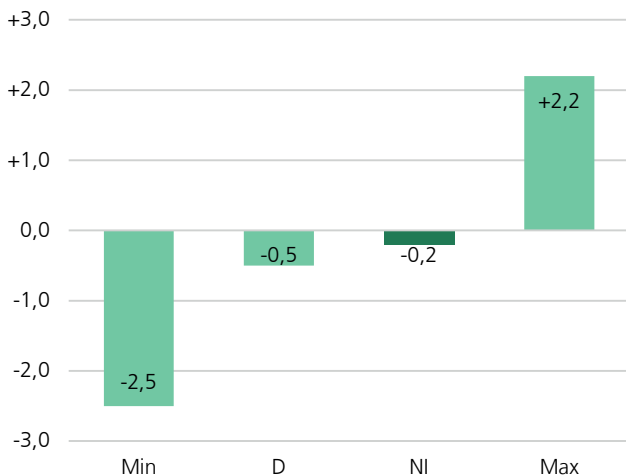
zu den Ausgaben für Hochschulen: Statistisches Bundesamt: Bildung, Forschung und Kultur. [Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen](#) 2014 (Fachserie 11 Reihe 4.3.2), Wiesbaden 2016.

zu den Ausgaben für Forschung und Entwicklung: Statistisches Bundesamt: Bildung, Forschung und Kultur. [Forschung und Entwicklung](#)

## Aufkommen an Haushaltsabfällen leicht rückläufig – Recycling-Quote auch 2015 hoch

Das Haushaltsabfallaufkommen in Niedersachsen ist 2015 um 0,2 % auf rund 4,1 Mio. Tonnen leicht gefallen. Zu diesem Abfallaufkommen gehören Haus- und Sperrmüll, Bioabfälle sowie getrennt gesammelte Abfälle zur Verwertung, z. B. Verpackungen, Glas und Papier, Pappe und Karton (Tab. 61).

■ **Veränderung des Aufkommens an Haushaltsabfällen 2015 gegenüber 2014 – Prozent –**



Aufgrund der regional unterschiedlichen Organisation der öffentlich-rechtlichen Abfallentsorgung enthalten die Haushaltsabfälle in unterschiedlichem Maße hausmüllähnliche Gewerbeabfälle. Dies erklärt zumindest zum Teil die großen Unterschiede des spezifischen Aufkommens an Haushaltsabfällen. 196 kg pro-Kopf liegen zwischen dem Minimum in Sachsen (327 kg) und dem Maximum in Rheinland-Pfalz (523 kg). Niedersachsen erreichte mit 517 kg pro Kopf bundesweit den zweithöchsten Wert (Deutschland: 459 kg).

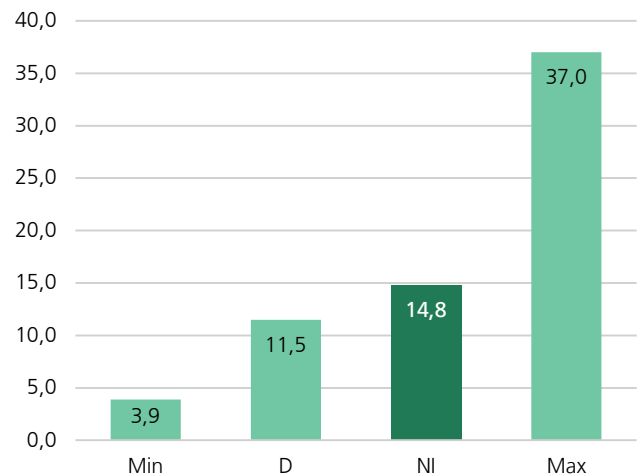
Ein wichtiger Grund für das hohe Pro-Kopf-Aufkommen in Niedersachsen liegt im stark ausgeprägten Bioabfallaufkommen. Das Kreislaufwirtschaftsgesetz verpflichtet die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger dazu, biologisch abbaubare Garten- und Parkabfälle einschließlich Friedhofsabfälle getrennt zu sammeln und zu verwerten. Der hohe Wert von 164 kg pro Kopf in 2014 fiel jedoch in 2015 auf 160 kg; dies war der zweithöchste Wert im Ländervergleich. Bundesweit waren es 2015 mit 119 kg pro Kopf deutlich weniger getrennte Bioabfälle.

Bei den getrennt gesammelten Wertstoffen wie Altpapier, Altglas etc. lag das niedersächsische Pro-Kopf-Aufkommen mit 167 kg ebenfalls höher als im Bundesdurchschnitt (148 kg). Demgegenüber lag das niedersächsische Restabfallaufkommen (Haus- und Sperrmüll) pro Kopf mit 188 kg etwas unter dem Bundesdurchschnitt (190 kg).

## Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch gestiegen

Der Primärenergieverbrauch (Tab. 62) ist der Einsatz der ursprünglichen Energieträger (Kohle, Erdöl, Erdgas) vor der Umwandlung beispielsweise in Strom oder Wärme. Durch Verluste bei der Umwandlung (z. B. in Kraftwerken) ist der Primärenergieverbrauch größer als der Endenergieverbrauch. Der Verbrauch wichtiger erneuerbarer Energien (Windkraft, Biomasse und Solarenergie) lag im Jahr 2009 bei 44 282 Mio. kWh und im Jahr 2014 (neuere Länderdaten lagen bei Redaktionsschluss nicht vor) bei 54 589 Mio. kWh (+23,3 %). Der Anteil der erneuerbaren Energieträger am Primärenergieverbrauch war in Niedersachsen seit Beginn der Datenerhebung immer höher als im Bundesdurchschnitt. Der Anteil stieg 2014 um 0,2 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr auf 14,8 % und lag damit um 3,3 Prozentpunkte über dem Anteil Deutschlands (11,5 %).

■ **Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch 2014 – Prozent –**



## Jede dritte erzeugte Kilowattstunde aus erneuerbaren Energien

Im Jahr 2014 wurden im Stromexportland Niedersachsen 26 156 Mio. kWh Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt (Tab. 63; neuere Länderdaten lagen bei Redaktionsschluss nicht vor). Im Vergleich zum Vorjahr (24 248 Mio. kWh) war dies ein Anstieg um 7,9 %. Der Anteil erneuerbarer Energien an der niedersächsischen Stromerzeugung stieg damit im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 Prozentpunkte auf 36,0 %. Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien lag 2014 nur in Bayern (31 930 Mio. kWh) höher. Die bayerische Produktion profitiert von einem starken Wasserkraftsektor und der bundesweit höchsten Erzeugung aus Photovoltaik. Rang 3 nahm Nordrhein-Westfalen (16 009 Mio. kWh) ein, wo die Biomasse vor der Windkraft lag. Deutschlandweit lag der Anteil im Jahr 2014 bei 25,8 %.

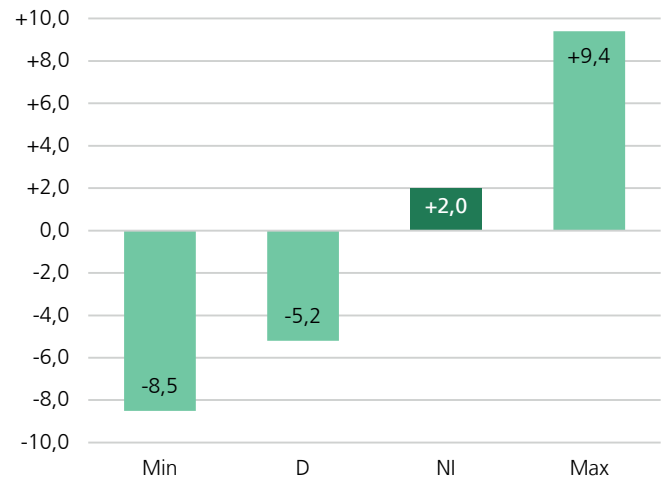
## Energiebedingte CO<sub>2</sub>-Emissionen leicht gestiegen

Tabelle 64 stellt dar, welche energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch entstehen. Die sogenannte Quellenbilanz schließt Emissionen für ausgeführten Strom ein und solche für Importstrom aus. Grundlage der Berechnungen sind die Verbrauchsmengen je eingesetzten fossilen Energieträger und ihr jeweiliger Kohlenstoffgehalt. Die Entwicklung der CO<sub>2</sub>-Emissionen ist vor dem Hintergrund internationaler Vereinbarungen zum Klimaschutz (Kyoto- und Folge-Abkommen) zu sehen. Allerdings hängt die Höhe der Emissionen unmittelbar von der Entwicklung des Energieverbrauchs und damit von Konjunktur und Witterungsverhältnissen ab.

Die Gesamtmenge der energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen in Niedersachsen betrug 2014 (neuere Länderdaten lagen bei Redaktionsschluss nicht vor) rund 66,8 Mio. Tonnen, ein Plus von rund 1,3 Mio. Tonnen verglichen mit dem Vorjahr. Die Zunahme beruhte auf dem verstärkten Einsatz von Stein- und Braunkohle in Wärmekraftwerken. Der energiebedingte CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Kopf in Niedersachsen lag in der Folge 2014 mit 8,6 Tonnen um 0,2 Tonnen höher als 2013.

Deutschlandweit sank dagegen die Emission gegenüber dem Vorjahr um eine halbe Tonne pro Kopf auf 9,2 Tonnen in 2014. Dieser Wert war jedoch höher als im Jahr 2009 (9,1 Tonnen).

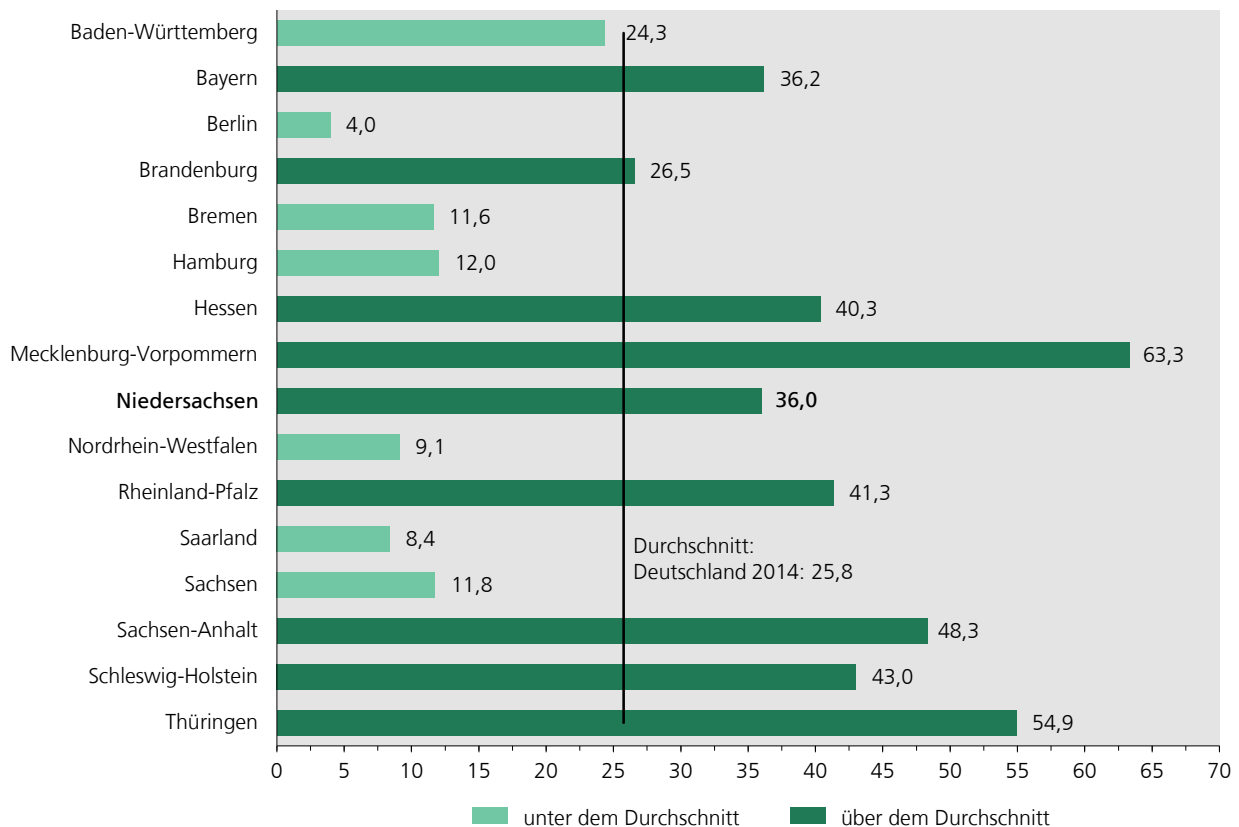
■ Veränderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen aus Primärenergieverbrauch 2014 gegenüber 2013 – Prozent –



## Flächenverbrauch weiterhin hoch

Ende 2015 wurden in Niedersachsen 6 660 km<sup>2</sup> und damit 14 % der Landesfläche als Siedlungs- und Verkehrsfläche genutzt (Tab. 58). Mehr als die Hälfte davon sind Gebäude- und Freiflächen für das Wohnen, für Industrie, Handel und Dienstleistungen sowie landwirtschaftliche Bauten (3 567 km<sup>2</sup>). Mehr als ein Drittel entfällt auf Verkehrsflächen (2 487 km<sup>2</sup>). Die übrigen Flächen gehören zu sonstigen Nutzungsarten wie beispielsweise Unland, Grünanlagen, Sportplätze und Friedhöfe.

Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien 2014 – Prozent –

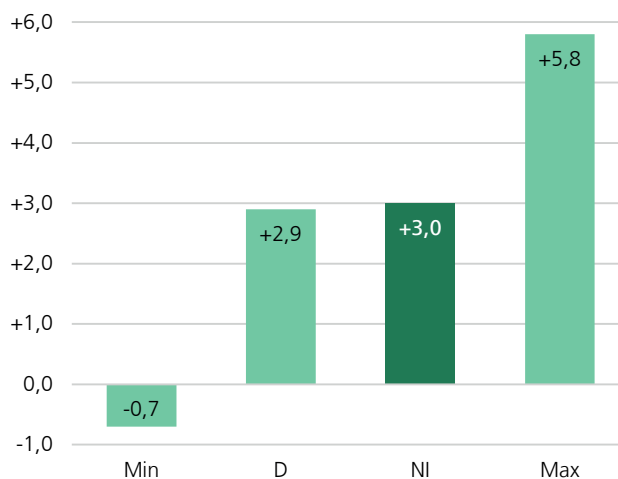


Die Umnutzung von landwirtschaftlichen oder naturbelassenen Flächen in Siedlungs- und Verkehrsfläche wird als Flächenverbrauch bezeichnet. In der Nachhaltigkeitsstrategie für Niedersachsen wird angestrebt, den mittleren Flächenverbrauch pro Tag bis zum Jahr 2030 auf maximal 4 ha zu begrenzen. Bundesweit soll gemäß Nationaler Nachhaltigkeitsstrategie der Flächenverbrauch unter 30 ha pro Tag liegen. In Niedersachsen lag der Flächenverbrauch 2015 bei 9,3 ha pro Tag. Damit lag er unter dem Wert des Vorjahres von 10,4 ha pro Tag, aber über dem Wert des Jahres 2010, in dem der Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche lediglich 7,9 ha pro Tag betrug.

Bundesweit gab es deutlich größere Fortschritte. So sank der Flächenverbrauch 2015 im Vergleich zu 2010 in allen Ländern, außer in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Bundesweit lag der Flächenverbrauch 2015 bei 42,7 ha pro Tag, im Jahr 2010 wurden noch 76,7 ha pro Tag verbraucht.

Aufgrund der unterschiedlichen Größe der Landesfläche sind die Flächenverbrauchswerte in Hektar pro Tag für einen Vergleich der Länder untereinander nicht ideal. Stattdessen kann die Veränderung der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Prozent zum Vergleich genutzt werden. Im Fünfjahresvergleich zwischen den Stichtagen 31.12.2010 und 31.12.2015 stieg die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Niedersachsen um 3,0 %. Damit liegt Niedersachsen nur geringfügig über dem bundesweiten Anstieg von 2,9 %. In Thüringen, Sachsen und Bayern stieg die für Siedlung und Verkehr bereitgestellte Fläche am stärksten an (mehr als 5 %), während sie in Sachsen-Anhalt und Rheinland-

Zu- und Abnahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche 2015 gegenüber 2010 – Prozent –

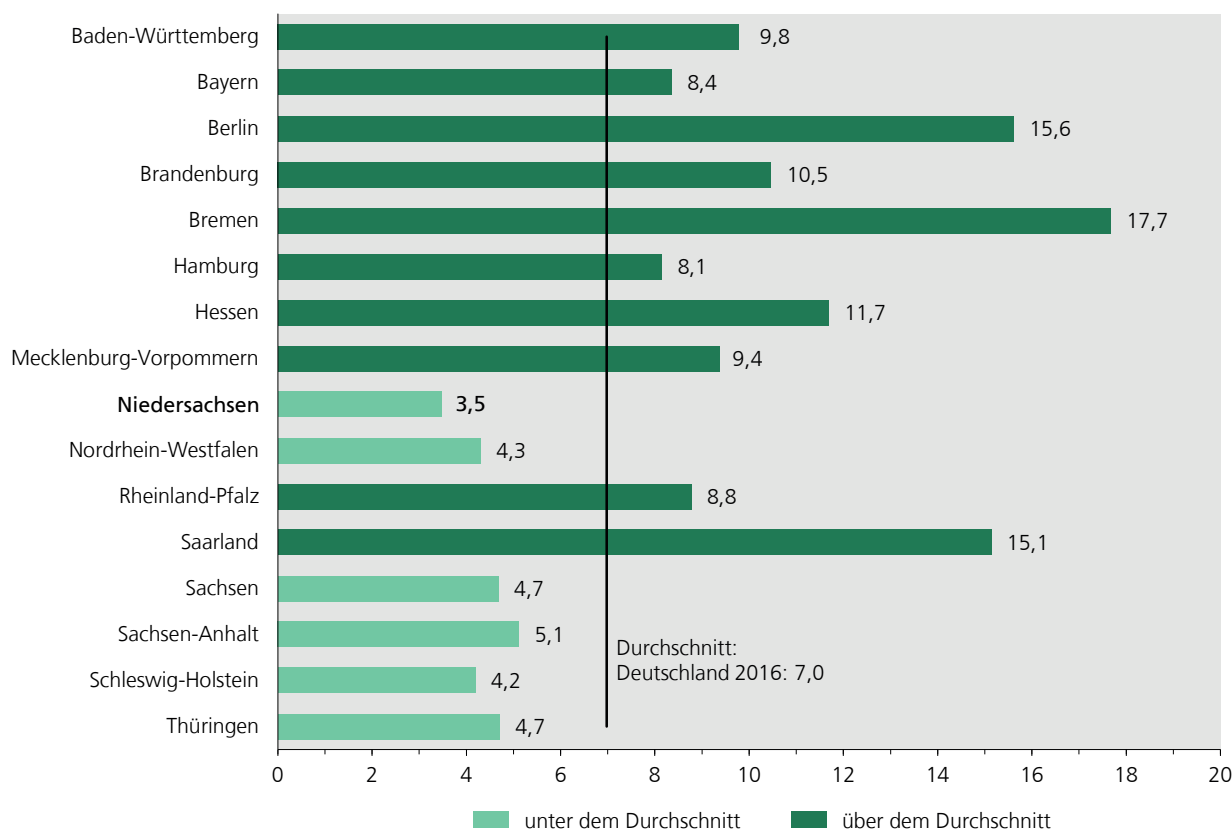


Pfalz nur leicht stieg und in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg sogar sank. Der Vergleich ist jedoch nicht frei von Einschränkungen: In einigen Ländern beeinflussen neben tatsächlichen Nutzungsänderungen vor allem Neuordnungen der einzelnen Nutzungsarten im Zuge von Umstellungen im amtlichen Liegenschaftskataster den Zeitvergleich.

#### Ökologisch bewirtschaftete Fläche gering

Die Fläche von Betrieben mit ökologischem Landbau (Tab. 59) stieg in Niedersachsen von etwa 78 500 ha im Jahr 2010

Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) 2016 – Prozent –



auf etwa 90 500 ha im Jahr 2016 (+15,3 %). Damit wurden 2016 insgesamt 3,5 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) in Niedersachsen ökologisch bewirtschaftet. Im Vergleich der Länder weist Niedersachsen weiterhin den geringsten Anteil ökologisch genutzter LF auf. Bundesweit wurden 7,0 % der LF nach den Regelungen der EU-Öko-Verordnung oder weitergehenden Vorschriften (Demeter, Bioland etc.) bewirtschaftet.

Geringe Anteile weisen auch Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein mit unter 4,5 % der LF aus, also Länder mit stark konventionell ausgerichteter Erzeugungsstruktur, hohen Viehdichten und überdurchschnittlich hohen Pachtpreisen. Hohe Anteile ökologisch bewirtschafteter LF sind aufgrund der guten Absatzmöglichkeiten in den Stadtstaaten Bremen (17,7 %) und Berlin (15,6 %) zu finden. Von den Flächenländern ragen das Saarland (15,1 %) sowie Hessen und Brandenburg mit jeweils mehr als 10 % ökologisch bewirtschafteter LF heraus.

Der Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche stieg in nahezu allen Ländern im Jahr 2016 sowohl im Vergleich zu 2010 als auch zu 2013 an. Lediglich in Brandenburg und Thüringen ging er geringfügig zurück. Der Anstieg war in den westdeutschen Ländern mit 0,9 Prozentpunkten in den letzten 3 Jahren etwas höher als in den ostdeutschen Ländern mit 0,3 Prozentpunkten (Niedersachsen +0,4 Prozentpunkte).

Eine niedersächsische Besonderheit ist, dass etwa 20 % der Betriebe mit ökologischem Landbau ihre Betriebe nur zu Teilen auf ökologische Produktion umgestellt haben, also auch noch konventionellen Landbau oder konventionelle Viehhaltung betreiben.

### Waldzustand: jeder fünfte Baum geschädigt

Das forstliche Umweltmonitoring in Deutschland reicht bis in die 1980er Jahre zurück. Die Waldzustandserhebung nach dem Bundeswaldgesetz ist Teil des Umweltmonitorings. Die Daten der Länder für die Berichterstattung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, BMEL („Ergebnisse der Waldzustandserhebung 2016“) gewährleisten bundesweit abgestimmte Erhebungsmethoden und Auswertungsansätze. Damit sind die Länderergebnisse räumlich und zeitlich vergleichbar. Anhand des Waldzustandes können Aussagen zur Luft- und Bodenqualität gemacht werden (Tab. 65).

Als Ursache für Waldschäden gelten insbesondere der Schadstoffeintrag aus der Luft sowie Depositionen im Niederschlag. Sie führen letztendlich zur Versauerung der Böden. Hinzu kommt der Klimawandel mit entsprechenden Wetterextremen. Daneben sind auch natürliche Ursachen wie Insektenfraß verantwortlich für Baumschäden. Die Erhebung erfolgt anhand einer Stichprobe von Baumgrup-

pen. Dabei wird unterschieden in vier Schadstufen: 1. schwache Kronenverlichtung (Warnstufe) sowie 2. mittelstarke und 3. starke Kronenverlichtung und 4. abgestorben. Die Schädigungen werden hauptsächlich am Blattverlust sowie an der Vergilbung der Blätter der Baumkronen festgemacht. Nadel- und Laubbäume sind je nach Baumart in unterschiedlichem Maße von Schäden betroffen, sodass die Zusammensetzung des gesamten Waldbestandes Einfluss auf den Anteil der Schädigungen haben kann. Auch die Lage hat je nach Höhe Einfluss auf den Eintrag der Schadstoffe. Fehlende Niederschläge zu Beginn der Vegetationszeit und Spätfrostschäden in Jungbeständen können zu Belastungen der Wälder führen.

Nach diesen Kriterien hatten im Jahr 2016 in Niedersachsen 20 % aller Waldbäume eine deutliche Kronenverlichtung (Schadstufen 2 bis 4). Der Anteil für Niedersachsen stieg im Vergleich zum Vorjahr um 4 Prozentpunkte und war aber 2 Prozentpunkte niedriger als 2011. Bundesweit lag 2016 der Anteil deutlich geschädigter Waldbäume bei 28 % (2015: 24 %). In den Flächenländern Hessen und Brandenburg gab es mit 40 % und 9 % den höchsten bzw. niedrigsten Anteil deutlich geschädigter Bäume. (Detailliertere Waldzustandsberichte stehen für Niedersachsen, Hessen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein zur Verfügung; siehe Infokasten).

Weitere Informationen u. a.:

zum Aufkommen an Haushaltsabfällen: Statistisches Bundesamt: [Umwelt. Abfallentsorgung 2015 \(Fachserie 19 Reihe 1\), Wiesbaden 2017](#)

zum Primärenergieverbrauch, zur Stromerzeugung und zu energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen: Länder Arbeitskreis Energiebilanzen (Datenbank, <http://www.lak-energiebilanzen.de>): [Primärenergieverbrauch, Bruttostromerzeugung, Aktuelle Ergebnisse der CO<sub>2</sub>-Bilanzen](#)

zum Flächenverbrauch: Statistisches Bundesamt: [Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Bodenfläche nach Art der tatsächlichen Nutzung 2015 \(Fachserie 3 Reihe 5.1\), Wiesbaden 2016](#)

zum ökologischem Landbau: Statistisches Bundesamt: [Betriebe mit ökologischem Landbau 2016 \(Fachserie 3 Reihe 2.2.1\), Wiesbaden 2017](#)

zum Waldzustand: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: [Ergebnisse der Waldzustandserhebung 2016](#)

sowie [Waldzustandsberichte](#) des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie für Hessen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein

## Mehr Schwangerschaftsabbrüche als im Vorjahr

Im Jahr 2016 wurden bei Frauen aus Niedersachsen 7 830 Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen (Tab. 66). Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl damit um 103 bzw. 1,3 % an, wenngleich sie seit 2004 kontinuierlich sank. Im Bundesdurchschnitt ging die Zahl 2016 gegenüber dem Vorjahr um 0,5 % zurück auf insgesamt 98 721.

Um demografische Effekte zu verringern, wird die Häufigkeitszahl der Eingriffe auf die Zahl der Lebendgeborenen bezogen. Da die Geburtenzahlen für 2016 bei Redaktionsschluss noch nicht vorlagen, wurden hierfür die des Vorjahres verwendet. Allerdings sind die Geburtenzahlen seit einigen Jahren nicht nur in Niedersachsen gestiegen. Daher ist auch der minimale Anstieg in Niedersachsen im Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahr von 115 auf 117 Abbrüche je 1 000 Lebendgeborene eingeschränkt aussagekräftig. Mittelfristig (von 2011 bis 2016) ging diese Zahl um ein etwa Fünftel zurück und damit etwas stärker als im Bundesdurchschnitt. Niedrigere Werte als in Niedersachsen gab es 2016 nur in Baden-Württemberg (96), Bayern (97) und Rheinland-Pfalz (109). Die meisten Schwangerschaftsabbrüche je 1 000 Lebendgeborene wurden in Bremen (228) und Berlin (233) registriert.

## Armutsgefährdung auf Vorjahresniveau

Als armutsgefährdet gelten Menschen, deren monatliches Nettoeinkommen auch nach Erhalt von Transferzahlungen weniger als 60 % des Median-Einkommens beträgt (im Folgenden gemessen am jeweiligen Landeswert). Beim Median-Einkommen erzielt die eine Hälfte der Einwohnerinnen und Einwohner weniger oder gleich dem Median und die andere Hälfte gleich dem Median oder mehr.

In Niedersachsen lag die Armutsgefährdungsquote 2016 mit 16,0 % in etwa auf dem Vorjahresniveau (15,9 %; Tab. 68), betroffen waren demnach rund 1,25 Mio. Menschen. Bundesweit blieb die Quote unverändert bei 15,7 %. Dabei reichte die Spanne in den Ländern von 12,0 % in Thüringen bis 18,3 % in Hamburg.

Während in Niedersachsen die Armutsgefährdung bei den stets besonders betroffenen Gruppen der Alleinerziehenden (44,9 %) und der Erwerbslosen (54,7 %) gegenüber 2015 zurückging (-1,7 und -3,7 Prozentpunkte), spielt vor allem die Herkunft eine immer deutlichere Rolle. Bei den Ausländerinnen und Ausländern war die Quote mit 43,0 % (+2,5 Prozentpunkte) mehr als drei Mal so hoch wie bei den deutschen Staatsangehörigen mit 13,5 % (-0,5 Prozentpunkte). Im Bundesdurchschnitt waren 2016 gut ein Drittel (35,5 %) der Ausländerinnen und Ausländer armutsgefährdet (+1,8 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr).

Zu beachten ist dabei, dass für 2015 von einer Untererfassung der Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit

ausgegangen werden muss, da Personen in provisorischen Unterkünften untergebracht waren. Diese sind in der Statistik nicht erfasst worden. Die Veränderungsdaten sind dementsprechend davon beeinflusst.

## Anstieg bei der „bekämpften Armut“

Die Zahl der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften, also in Haushalten mit Beziehenden von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld, erhöhte sich in Niedersachsen 2016 im Gegensatz zur relativen Armut, und zwar um 2,7 % auf 602 251 Personen (Tab. 70). Knapp 5 % davon (29 194) hatten zwar selbst keinen Anspruch auf Leistungen, lebten aber als Teil der Bedarfsgemeinschaft in einem „Armutsumfeld“. Deutschlandweit war der Anstieg mit 1,4 % niedriger, wobei die Anzahl in Ostdeutschland um 3,3 % abnahm und in Westdeutschland um 3,2 % anstieg. In Niedersachsen kamen damit 2016 auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner unter 65 Jahre (am 31.12.2015) etwa 97 Personen, die in Bedarfsgemeinschaften lebten. In den westdeutschen Ländern waren es durchschnittlich 87 und in den ostdeutschen Ländern 137 Personen.

Die Zahl der Mindestsicherungsempfängerinnen und -empfänger umfasst neben den SGB II-Leistungen (Hartz IV), die Sozialhilfeleistungen nach SGB XII: Hilfe zum Lebensunterhalt und die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Da es im Zuge der vielen nach Deutschland und Niedersachsen gekommenen Schutzsuchenden 2015 sehr viel mehr Empfängerinnen und Empfänger von Asylbewerberleistungen gab, stieg auch die Zahl der Mindestsicherungsempfängerinnen und -empfänger insgesamt. Im Jahr 2015 erhielten in Niedersachsen 775 056 Personen (Tab. 69) Mindestsicherungsleistungen (neuere Zahlen lagen bei Redaktionsschluss nicht vor). Das war ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 10,0 %, so dass mit einer Quote von 9,8 % fast jeder zehnte Einwohner bzw. jede zehnte Einwohnerin Leistungen bezogen hat. Deutschlandweit stieg die Anzahl etwas weniger stark um 8,6 % auf fast 8 Mio., wobei die Quote bei 9,7 % lag.

## Weniger Insolvenzen

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen ging in Niedersachsen 2016 abermals zurück, im Vorjahresvergleich um 1,4 % auf 11 059. Deutschlandweit gab es einen Rückgang um 3,6 % auf 77 238 (Tab. 71). Mittelfristig nahm die niedersächsische Zahl um ein Fünftel, die deutschlandweite um ein Viertel ab. Je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner (am 31.12.2015) verringerte sich die Zahl der Insolvenzen etwas und zwar auf 14,0 in Niedersachsen und bundesweit auf 9,4. Nur im Saarland (14,8) und in Bremen (18,7) gab es höhere Quoten als in Niedersachsen.

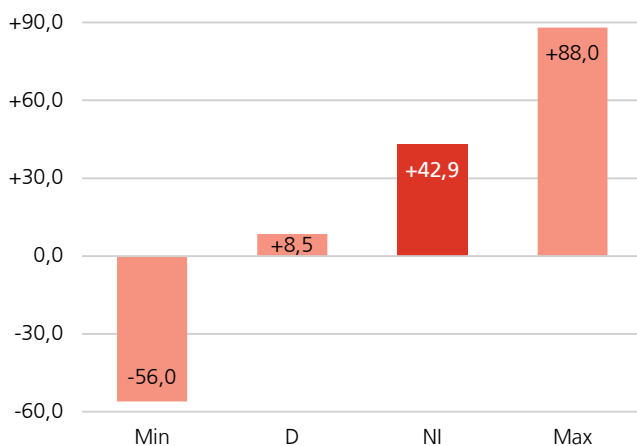
## Immer mehr Menschen pflegebedürftig

Im Jahr 2015 waren 317 568 Menschen in Niedersachsen pflegebedürftig, was einen Anteil an allen Einwohnerinnen und Einwohnern von 4,0 % bedeutete (2011: 3,5 %; Tab. 72). Bundesweit betrug die Quote 3,5 % (etwa 2,9 Mio. Pflegebedürftige), wobei in Bayern der Anteil mit 2,7 % am niedrigsten und in Mecklenburg-Vorpommern mit 4,9 % am höchsten war. Im Vergleich zu 2013, dem vorherigen Erhebungsjahr in der Pflegestatistik, stieg die Zahl der Pflegebedürftigen in Niedersachsen um 10,2 % und bundesweit um 8,9 % an. Im Vergleich zu 2011 erhöhte sich die Zahl in Niedersachsen um mehr als ein Sechstel (+17,4 %) überdurchschnittlich stark gemessen am Bundeswert (+14,3 %). Dieser absolute Anstieg bildet insbesondere die steigende Lebenserwartung ab, während die Quote zusätzlich durch das jahrzehntelange Geburtendefizit beeinflusst ist. Beide Entwicklungen tragen zum demografischen Wandel im Sinne einer alternden Bevölkerung bei.

## Weiterhin starke Zunahme der vorläufigen Schutzmaßnahmen

2016 stieg wie auch schon 2015 die Zahl der von den Jugendämtern in Obhut genommenen Kinder und Jugendlichen noch einmal deutlich um 42,9 % gegenüber dem Vorjahr auf 8 347 an (Tab. 67). Bundesweit nahm die Zahl der kurzzeitig in Schutz Genommenen lediglich um 8,5 % zu. Dabei war der Anstieg in Rheinland-Pfalz mit 88,0 % am stärksten und nur 4 Länder verzeichneten einen Rückgang, darunter Bayern mit -56,0 % den stärksten.

### ■ Veränderung der Zahl vorläufiger Schutzmaßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe 2016 gegenüber 2015 – Prozent –



Der Grund für diese außerordentlich hohen Veränderungsraten liegt unmittelbar in der Vielzahl unbegleiteter minderjähriger geflüchteter Ausländerinnen und Ausländer, die 2015 und 2016 nach Deutschland gekommen sind, sowie in den geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen zur quotierten Verteilung dieser Personengruppe innerhalb Deutschlands. Diese wird im Gesetz zur Verbesserung

der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher seit dem 1.11.2015 nach dem Königsteiner Schlüssel geregelt. Er bemisst sich zu zwei Dritteln nach dem Steueraufkommen und zu einem Drittel nach der Bevölkerungszahl: Wo viele Menschen leben, dorthin werden auch viele unbegleitete minderjährige Asylsuchende verteilt. Zuvor galt dies für diese Gruppe nicht. Anlass für die Änderung war insbesondere die Überlastungssituation bei der Aufnahme von unbegleiteten Minderjährigen u. a. in Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg und Rheinland-Pfalz.

In Niedersachsen wurden mit 52,3 % über die Hälfte (4 365) der vorläufigen Schutzmaßnahmen aufgrund der unbegleiteten Einreise aus dem Ausland veranlasst, was in etwa dem Bundesniveau entsprach (53,3 %). Aufgrund des deutlichen Anstiegs bei der Zahl der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten in der Vergangenheit war allerdings die zeitnahe, weitere Versorgung der Kinder und Jugendlichen teilweise schwierig. Somit sind in den Ergebnissen von 2016 auch Kinder und Jugendliche enthalten, die bereits 2015 in Obhut genommen wurden und für die die Maßnahme 2016 noch andauerte.

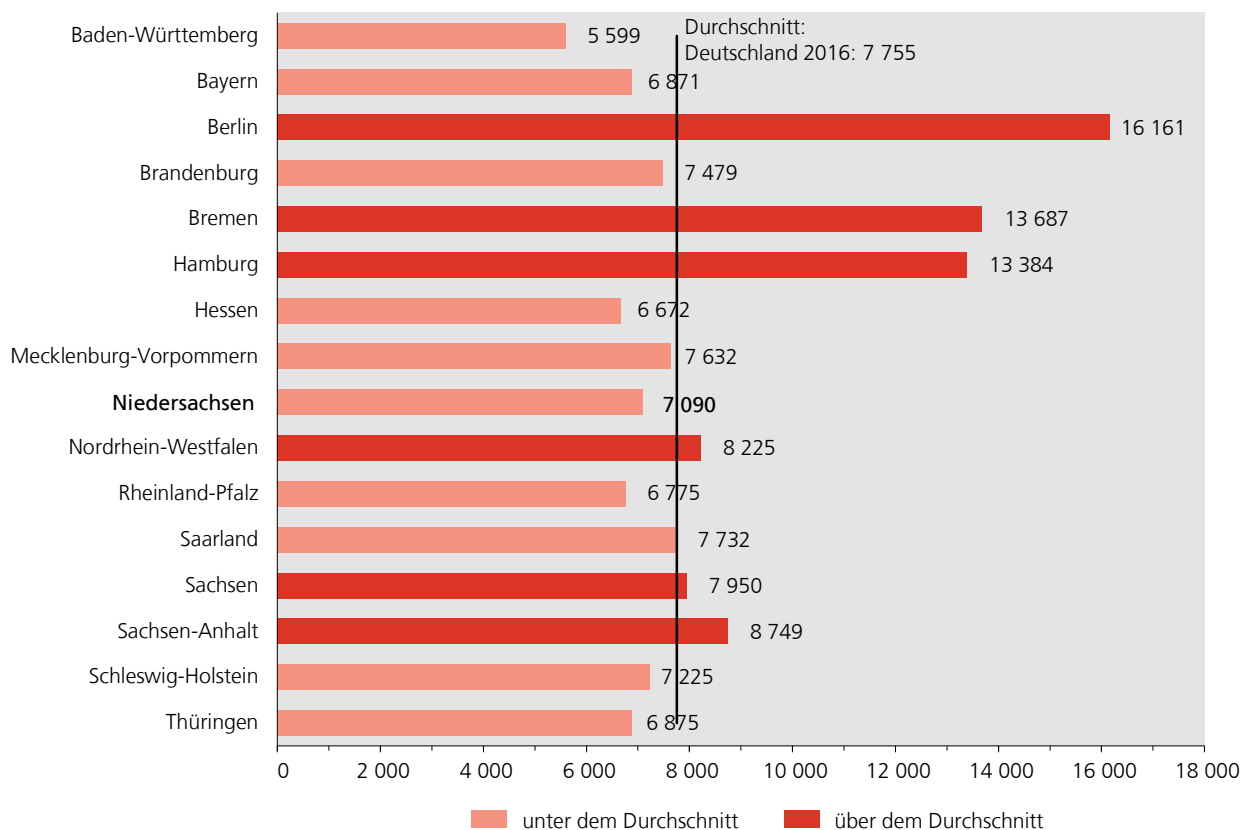
## Rückgang bei den Straftaten

Die Polizei registrierte 2016 in Niedersachsen insgesamt 561 963 Straftaten (Tab. 73), das bedeutete gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme von 1,1 %. Bundesweit erhöhte sich hingegen die Zahl leicht um 0,7 %. Damit kamen in Niedersachsen auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner 7 090 Straftaten. In den Stadtstaaten Hamburg und Bremen war diese Häufigkeitszahl fast doppelt so hoch, in Berlin mit 16 161 Fällen am höchsten. Die Häufigkeitszahl ist „durch die regional sehr differierende Anzahl an Personen, die dort nicht amtlich als Wohnbevölkerung registriert sind (z. B. Pendler, Touristen, Durchreisende, Stationierungstreitkräfte), jedoch als Straftäter und Opfer von Straftaten gleichermaßen in Betracht kommen, in ihrer Aussagekraft beeinflusst,“ wie in der polizeilichen Kriminalstatistik 2016 betont wird.

Besonders aussagekräftig ist die Häufigkeitszahl für den Wohnungseinbruchdiebstahl. Hier ist die „Dunkelziffer“ relativ gering, und zugleich ist ein Wohnungseinbruch ein Ereignis, das das Sicherheitsgefühl der Einbruchopfer und deren Nachbarschaft tief beeinträchtigt. In der Polizeilichen Kriminalstatistik 2016 wurden in Niedersachsen mit 16 405 Fällen fast genauso viele wie im Vorjahr (16 575) registriert, deutschlandweit ging die Zahl der Einbrüche jedoch um rund ein Zehntel auf 151 265 zurück. Allerdings ist die Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr aufgrund der inhaltlichen Erweiterung des Straftatbestandes um die bandenmäßige Begehung nur bedingt gegeben. Auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner (am 31.12. 2015) kamen in Niedersachsen 2016 insgesamt 207 Wohnungseinbruchdiebstähle. In Bremen (459), Hamburg (420) und Berlin (327) waren die Werte am höchsten, in Bayern (58) am niedrigsten.



## Straftaten je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2016 – Anzahl –



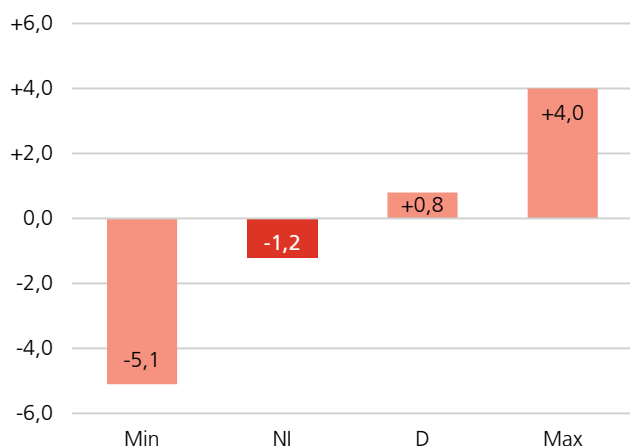
### Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr zurückgegangen

Die Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr ging 2016 in Niedersachsen gegenüber dem Vorjahr um 1,2 % auf 42 880 zurück. Im Bundesdurchschnitt verunglückten hingegen mit fast 400 000 Menschen 0,8 % mehr als 2015. Mittelfristig erhöhte sich die Zahl der Verunglückten gegenüber 2011 in Niedersachsen jedoch mit 3,7 % gemessen an der bundesweiten Steigerung von 0,9 % überdurchschnittlich (Tab. 74). Unter „Verunglückten“ werden

getötete und verletzte Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer verstanden.

Je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner lag 2016 die Zahl der Verunglückten in Niedersachsen mit 541 unter dem Vorjahreswert (-11), aber weiterhin deutlich über dem unveränderten Bundeswert von 487. In den Ländern waren die Quoten nur in Bremen (570) und Hamburg (550) sowie Schleswig-Holstein (580) und Bayern (564) höher als in Niedersachsen.

### Veränderung der Zahl der Verunglückten bei Straßenverkehrsunfällen 2016 gegenüber 2015 – Prozent –



#### Weitere Informationen u. a.:

zu Schwangerschaftsabbrüchen: Statistisches Bundesamt: [Gesundheit. Schwangerschaftsabbrüche 2016 \(Fachserie 12 Reihe 3\), Wiesbaden 2017](#)

zu den Armutsgefährdungsquoten und zur sozialen Mindestsicherung: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: [Amtliche Sozialberichterstattung](#)

zu den vorläufigen Schutzmaßnahmen: Statistisches Bundesamt: [Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Vorläufige Schutzmaßnahmen 2016, Wiesbaden 2017](#) und LSN: [Statistische Berichte Niedersachsen K I 3 Jugendhilfe](#)

zu den Verbraucherinsolvenzen: [Unternehmen und Arbeitsstätten. Insolvenzverfahren \(Fachserie 2 Reihe 4.1\)](#)

und LSN: [Statistische Berichte Niedersachsen D III 1 - j / 2016: Insolvenzverfahren 2016](#)

zu den SGB II-Leistungen: Bundesagentur für Arbeit: [Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Zeit-](#)

[reihe der Eckwerte der Grundsicherung für Arbeitsuchende](#)

zu den Straftaten: Bundesministerium des Inneren: [Polizeiliche Kriminalstatistik 2016, Berlin 2017](#)

zu den Verunglückten im Straßenverkehr: Statistisches Bundesamt: [Verkehrsunfälle. Zeitreihen 2016, Wiesbaden 2017](#)

---

# Gleichstellung von Frauen und Männern

Die amtliche Statistik liefert eine Vielzahl empirischer Erkenntnisse zur Lagebestimmung, ob und inwieweit das Land dem Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männern nähergekommen ist. Nahezu alle statistischen Daten, die sich auf Menschen beziehen, werden nach Geschlechtern differenziert erhoben und nachgewiesen. In diesem Kapitel werden einige grundlegende Informationen über Stand und Entwicklung der Geschlechtergerechtigkeit im Ländervergleich zusammengefasst. Die Darstellung konzentriert sich auf solche Merkmale, bei denen es auch im Ländervergleich signifikante Unterschiede zwischen Frauen und Männern gibt, ansonsten wird auf eine Differenzierung verzichtet.

## Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen erneut gesunken

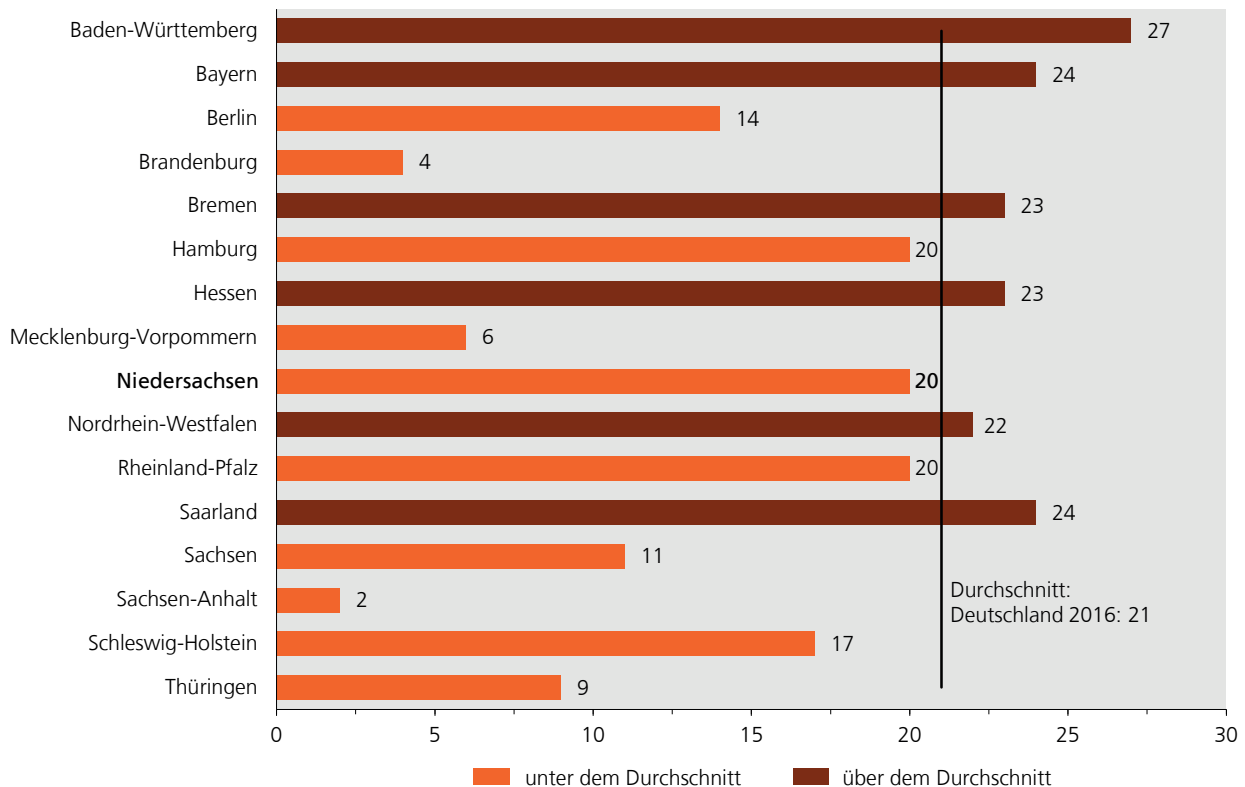
Ausgangspunkt der Betrachtung ist der unbereinigte Gender Pay Gap (GPG), die wichtigste Maßzahl über den Verdienstabstand von Männern und Frauen (Tab. 30). In dieser einen Maßzahl sind sowohl Unterschiede zwischen den Geschlechtern als auch Benachteiligungen konzentriert.

Entsprechend internationaler Konventionen wird der unbereinigte GPG als Differenz zwischen dem durchschnittlichen Bruttostundenverdienst (ohne Sonderzahlungen) der

Frauen im Verhältnis zum durchschnittlichen Bruttostundenverdienst (ohne Sonderzahlungen) der Männer definiert. Die Angaben beziehen sich auf die Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich (ohne öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung). Der unbereinigte Gender Pay Gap berücksichtigt nicht die ungleiche Geschlechterverteilung in den Leistungsgruppen, Beschäftigungsarten und Branchen und gibt daher keinen Aufschluss hinsichtlich des Verdienstabstandes bei vergleichbaren Beschäftigungsverhältnissen. Dies könnte ein „bereinigter GPG“ leisten, dessen Berechnung aber sehr aufwändig ist. Zudem wird gegen den bereinigten GPG eingewandt, dass er die Verdienstunterschiede um Faktoren bereinigt, die ihrerseits bereits Ausdruck von Benachteiligungen sind.

Frauen verdienten in Niedersachsen im Jahr 2016 pro Stunde im Durchschnitt 20 % weniger als Männer, im Jahr 2015 waren es noch 21 %. Die Verdienstlücke zwischen Männern und Frauen sank damit im Jahresvergleich um einen Prozentpunkt. Die rückläufige Entwicklung des GPG konnte auch für Gesamtdeutschland beobachtet werden. Hier fiel er von 22 % auf 21 %. Der Verdienstunterschied sank 2016, weil die Bruttostundenverdienste der Frauen stärker zunahm als die der Männer: Während der Stundenverdienst der weiblichen Beschäftigten in Niedersachsen um 3,0 % auf durchschnittlich 15,34 Euro brutto

**Unbereinigter Gender Pay Gap 2016 – Prozent –**  
Verdienstabstand von Frauen zu Männern im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich gemessen am Bruttostundenverdienst



(2015: 14,89 Euro) anstieg, erhöhte sich der Verdienst der Männer lediglich um 1,8 % auf 19,28 Euro brutto je Stunde (2015: 18,94 Euro). Eine Ursache ist, dass in den Dienstleistungsbranchen – eine Frauendomäne – die Verdienste deutlicher stiegen als im Verarbeitenden Gewerbe, wo überwiegend Männer arbeiten. Auch von der Einführung des Mindestlohns Anfang 2015 und dem Auslaufen von Übergangsregelungen 2016 profitierten die Frauen stärker als die Männer, da sie in den unteren Lohngruppen stärker vertreten sind.

Der mittelfristige Vergleich macht diese positive Entwicklung noch deutlicher, denn 2011 lag der GPG in Niedersachsen und im Bundesgebiet noch bei 22 %. 2006 betrug der Verdienstabstand in Niedersachsen sogar noch 25 %.

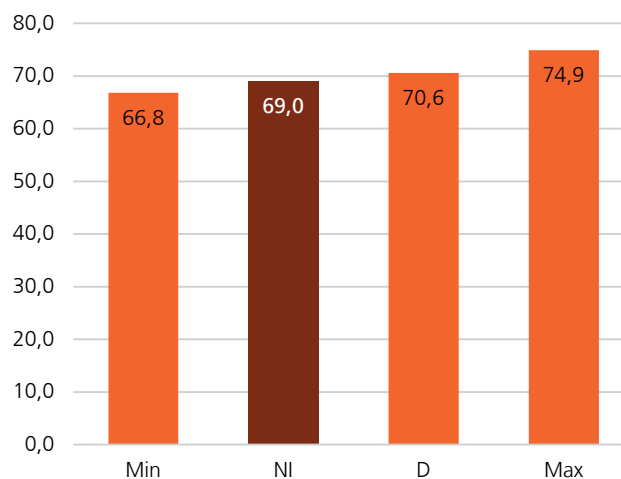
Im Ländervergleich fällt der Unterschied zwischen den ost- und westdeutschen Ländern ins Auge. Während der GPG in den ostdeutschen Flächenländern nur bei 7 % liegt – das Minimum tritt mit 2 % in Sachsen-Anhalt auf – liegt er im Durchschnitt der westdeutschen Länder bei 23 %. Im europäischen Vergleich ist ein GPG von 21 % wie in Deutschland und von 20 % in Niedersachsen vergleichsweise hoch. Im Jahr 2015 lag er im Durchschnitt der EU bei 16 %, wobei Italien, Luxemburg und Rumänien einen GPG von nur 6 % aufwiesen (Tab. 77).

### Überrepräsentanz der Frauen bei geringfügig Beschäftigten und Teilzeitkräften – deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland

Etwa 46 % der niedersächsischen Erwerbstätigen und auch der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die in Niedersachsen tätig sind, sind Frauen (Tab. 12 und 14). Beide Anteilswerte liegen knapp unter dem Bundesdurchschnitt. Zwischen den Ländern gibt es bezüglich dieser Anteilswerte nur relativ geringe Unterschiede: Knapp die Hälfte aller Erwerbstätigen bzw. Beschäftigten ist weiblich; nur in Mecklenburg-Vorpommern (51,3 %) und Berlin (50,6 %) stellen die Frauen etwas mehr als die Hälfte der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Etwas stärker unterscheiden sich die Erwerbstätigenquoten (Tab. 13): Im Jahr 2016 waren in Niedersachsen 69 von Hundert Frauen im Erwerbsalter erwerbstätig. Das waren 8,3 Prozentpunkte weniger als bei den Männern, wobei dieser Unterschied allmählich abnimmt. 5 Jahre zuvor lag die Differenz noch bei 10,6 Prozentpunkten. Im Bundesvergleich ist die niedersächsische Frauenerwerbsquote wie in den Vorjahren leicht unterdurchschnittlich (Deutschland: 70,6 %). Höhere Erwerbstätigenquoten haben die meisten ostdeutschen Länder sowie diejenigen Länder, in denen wie in Bayern und Baden-Württemberg aufgrund einer prosperierenden Wirtschaft der Arbeitsmarkt besonders floriert. Aber auch bei diesem Indikator sind die Unterschiede zwischen den Ländern nicht sehr hoch. Die Bandbreite bewegt sich zwischen einem Maximum von 74,9 % (Brandenburg) und einem Minimum von 66,8 % (Nordrhein-Westfalen).

■ Erwerbstätigenquote der Frauen (15 bis unter 65 Jahre) 2016 – Prozent –



Stärker ausgeprägt sind die regionalen Unterschiede beim Ausmaß der Teilzeit- und geringfügigen Beschäftigung. Fast zwei Drittel (64,0 %) der ausschließlich geringfügig Beschäftigten in Niedersachsen sind Frauen (Tab. 15). Absolut waren dies 326 508 Frauen. Die geringfügige Beschäftigung wird insbesondere wegen eines erhöhten Risikos späterer Altersarmut aufgrund zu niedriger Rentenansprüche sehr kritisch gesehen. Insofern ist der Rückgang dieser Quote, die ein Jahr zuvor bei 64,9 % lag, positiv zu bewerten. Der Anteil der Frauen an der geringfügigen Beschäftigung differiert zwischen 54,5 % in Berlin und Brandenburg und 66,4 % in Bayern. In Ostdeutschland ist der Frauenanteil an der geringfügigen Beschäftigung deutlich niedriger als im Westen und zwar um 9,2 Prozentpunkte.

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Erwerbstätigen in Teilzeitarbeit (Tab. 10): Die Teilzeiterwerbstätigkeit bleibt eine Frauendomäne. In Niedersachsen stellen sie einen Anteil von 80,0 %, bundesweit sind es 77,9 %. Auch hier ist eine klare Ost-West-Differenzierung bemerkenswert. Zwar arbeiten auch in Ostdeutschland überwiegend Frauen in Teilzeit, aber der Anteil liegt hier nur bei 70,9 % gegenüber 79,2 % in Westdeutschland. Auch in den Stadtstaaten haben sich etwas ausgewogenere Muster der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern herausgebildet, was man an den dortigen unterdurchschnittlichen Frauenanteilen erkennen kann. In Berlin liegt der Anteil bei 63,1 %, was umgekehrt heißt, dass immerhin 36,9 % der Teilzeitjobs von Männern ausgeübt werden.

Neben dem traditionellen Rollenmuster – der Mann geht arbeiten, die Frau kümmert sich um Haushalt, Familie und Kinder – sind neue Rollenmuster entstanden. Dies lässt sich z. B. beim Bezug von Elterngeld (Tab. 9) erkennen. Die Eltern konnten sich für 2014 geborene Kinder insgesamt 14 Elterngeld-Monate aufteilen. In Niedersachsen nahmen die Väter davon 3,1 Monate in Anspruch – genau so viel wie für 2013 geborene Kinder. Das gesetzliche Minimum beträgt 2 Monate. Deutlich höher war die Bezugsdauer der Väter in den Stadtstaaten Bremen (4,0 Monate) und Berlin (3,8 Monate).

Von hoher Bedeutung für die gleichberechtigte Verteilung von Erziehungs- und Erwerbstätigkeitsaufgaben zwischen Mann und Frau sind die öffentlich geförderte Kindertagesbetreuung und besonders die Ganztagsbetreuung (Tab. 7 und 8). Wenn diese nicht garantiert werden kann, ist eine ganztägige Erwerbstätigkeit beider Elternteile nahezu unmöglich. Fehlende Betreuungsmöglichkeiten führen in aller Regel dazu, dass die Frau zeitweise gar nicht oder in Teilzeit arbeitet. Hier hat Niedersachsen zwar stark aufgeholt, liegt aber immer noch zurück. Nur 11,7 % der unter 3-Jährigen und 29,1 % der 3- bis unter 6-Jährigen haben in Niedersachsen einen ganztägigen Kita-Platz. Die entsprechenden Bundeswerte liegen bei 18,3 % bzw. 44,8 %, wobei auch hier die Ost-West-Unterschiede sehr groß sind: Die Kita-Quote der unter 3-Jährigen liegt im Osten etwa dreimal so hoch wie im Westen und die der 3- bis unter 6-Jährigen ist in Ostdeutschland fast doppelt so hoch wie in Westdeutschland.

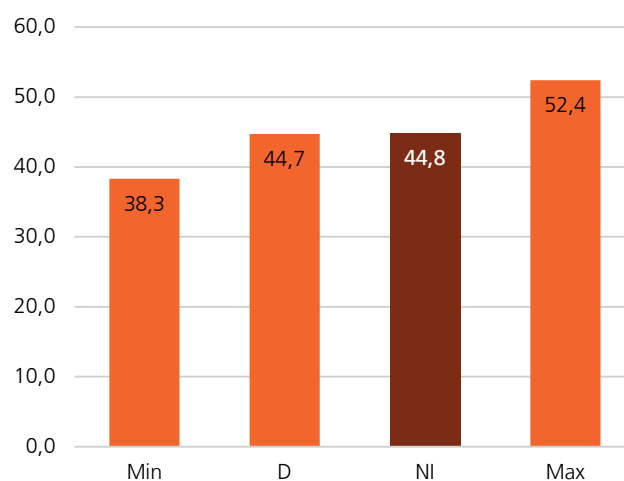
### Positive Entwicklungen bei Promotionen und Professuren

Der Frauenanteil an allen Hochschulabsolventen sank in Niedersachsen von 2010 bis 2015 von 54,3 % auf 52,4 % (Tab. 52). Entsprechend erhöhte sich der Männeranteil. Bei den Promotionen erhöhte sich der Frauenanteil in diesen 5 Jahren von 44,0 % auf 44,8 % (Tab. 53). Und schließlich gab es 2015 in Niedersachsen 928 Professorinnen, was einem Anteil von 25,5 % an allen Professuren entsprach – 2010 lag der Anteil erst bei 23,6 %. Mit diesem Anteil lag Niedersachsen deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 22,7 % (Tab. 54).

Weitere Informationen u. a.:

zum Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen: Bundesamt für Statistik: [Verdienste und Arbeitskosten](#).

■ **Frauenanteil bei den bestandenen Promotionen 2015**  
– Prozent –



### Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen. Unbereinigter Gender Pay Gap nach Ländern ab 2006

zu Bruttostundenverdiensten nach Geschlecht: Landesamt für Statistik Niedersachsen: [Pressemitteilung 20/2017](#)

zu Angaben über Studierende, Absolventen, Promotionen, Professuren: [Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur. Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen 1980 – 2014 \(Fachserie 11 Reihe 4.3.1\) und Prüfungen an Hochschulen \(u. a. Promotionen\) \(Fachserie 11 Reihe 4.2\), Wiesbaden 2015](#)

und [LSN-OnlineDatenbank](#): Hochschulstatistik (310) und Hochschulpersonal (310)

In den Tabellen 76 bis 84 wird die Position Niedersachsens im europäischen Vergleich sichtbar. Alle Angaben entstammen der regionalstatistischen Internetdatenbank von Eurostat. Unterteilt wird das EU-Gebiet nach der NUTS-Systematik, der Grundlage der EU-Regionalstatistik. Es wird der aktuellste Datenstand für die Analyseebenen NUTS 0 (Mitgliedsstaaten), NUTS I (für Deutschland: Länder) und NUTS II (für Niedersachsen: Statistische Regionen) ausgewiesen. Dabei befassen sich die Tabellen 76 bis 78 mit dem Vergleich auf Ebene der Mitgliedsstaaten und der Länder Deutschlands, die übrigen Tabellen stellen den Vergleich der niedersächsischen Statistischen Regionen im gesamteuropäischen Kontext dar. Kleine Abweichungen zu anderen Veröffentlichungen gehen auf unterschiedliche Berechnungsstände und auf im Europa-Vergleich unvermeidbare definitorische Unterschiede zurück. Zudem ist zu beachten, dass die bei Eurostat aktuell vorliegenden Zahlen in einigen Fällen ein älteres Berichtsjahr haben, als dies auf Deutschland- bzw. Länderebene der Fall ist. Die Europaangaben beziehen sich immer auf alle 28 Mitgliedsstaaten, so auch bei Angaben vor dem Beitritt Kroatiens im Jahr 2013.

## Niedersachsen mit mittelgroßen EU-Staaten vergleichbar

Gemessen an seiner Fläche, Bevölkerungszahl und Wirtschaftsleistung ist das Land Niedersachsen mit mittelgroßen EU-Staaten vergleichbar (Tab. 76 und 77). Mit etwas weniger Einwohnerinnen und Einwohnern als Österreich und etwas mehr als Bulgarien würde es an 16. Stelle unter den EU-Mitgliedsstaaten liegen. Die Wirtschaftsleistung entspricht in etwa der Dänemarks oder Irlands, die an den Stellen 11 und 12 in der EU rangieren.

## Niedersächsische Bevölkerung wächst stärker als in den meisten EU-Staaten

Mit seinen knapp 8 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern macht das Land Niedersachsen knapp 1,6 % der über eine halbe Milliarde Menschen zählenden Europäischen Union aus (Tab. 76). Die Bevölkerungszahl Niedersachsens stieg im Jahr 2015 um 1,3 % und damit deutlich stärker als in der EU insgesamt mit 0,4 % (Tab. 79).

Auch alle Statistischen Regionen Niedersachsens wiesen eine deutlich überdurchschnittliche Bevölkerungsentwicklung im EU-Vergleich auf (Tab. 79). Der stärkste Zuwachs zeigte sich von 2014 zu 2015 in der Statistischen Region Weser-Ems mit +1,4 %, gefolgt von Lüneburg (+1,3 %), Braunschweig (+1,2 %) und Hannover (+1,1 %).

Bei der Interpretation der mittelfristigen Bevölkerungsentwicklung ist zu beachten, dass die EU-Zensusrunde 2010/2011 zu Korrekturen der Bevölkerungszahl in vielen Mitgliedsstaaten und somit auch für die EU insgesamt führte, was die Vergleichbarkeit beeinträchtigt.

Der mittelfristige Vergleich 2010 zu 2015 zeigt nach wie vor einen Ost-West-Gegensatz innerhalb der EU (Tab. 76). So war der Anstieg der Bevölkerungszahl um 1,1 % in der gesamten Europäischen Union ganz überwiegend auf Zuwächse in den Ländern Nord- und Westeuropas zurückzuführen. Demgegenüber ging die Bevölkerung in Osteuropa (mit Ausnahme von Slowenien, der Slowakei und der Tschechischen Republik) sowie in Teilen Südeuropas teilweise deutlich zurück. Die größten Verluste zeigten sich wie bereits im Vorjahr in Litauen (-5,4 %) und Lettland (-5,1 %). Das besonders stark von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffene Griechenland hat seit 2010 insgesamt 3,1 % seiner Einwohnerinnen und Einwohner verloren, Bulgarien 2,9 %. Am stärksten stieg die Bevölkerungszahl dagegen zum wiederholten Mal in Luxemburg (+12,6 %) vor Malta (+4,7 %) und Schweden (4,6 %). In Deutschland (+0,5 %) und Niedersachsen (+0,1 %) sind nur deutlich unterdurchschnittliche Bevölkerungszuwächse zu verzeichnen.

Im Jahr 2015 waren durchschnittlich 19,2 % der Einwohnerinnen und Einwohner in der EU 65 Jahre oder älter. Das Minimum findet sich nach wie vor in Irland, wo nur jede bzw. jeder Achte (13,2 %) das 65. Lebensjahr bereits vollendet hatte. Am höchsten war der Anteil der Altersgruppe 65+ wie bereits in den Vorjahren in Italien (22,0 %) vor Griechenland (21,3 %) und Deutschland (21,1 %). Niedersachsen läge mit überdurchschnittlich hohen 21,4 % im EU-Vergleich an zweiter Stelle.

## Wirtschaftswachstum in Niedersachsen im EU-Vergleich weiter unterdurchschnittlich

Die Angaben zum Bruttoinlandsprodukts (BIP; Tab. 77, 81, 82 und 83) weichen von anderen Veröffentlichungen ab, da Eurostat die Revisionen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (AK VGRdL) nicht berücksichtigt. Die Wirtschaftsleistung Niedersachsens, gemessen am Anstieg des BIP (nominal), ist laut Eurostat von 2014 auf 2015 mit +4,0 % zwar stärker gestiegen als noch im Vorjahr (+2,8 %). Gegenüber dem EU-weiten Anstieg von +5,1 % fiel das niedersächsische Wirtschaftswachstum damit aber zum zweiten Mal in Folge nur unterdurchschnittlich aus (Tab. 77).

Die Statistische Region Niedersachsens mit dem höchsten BIP war 2015 wie bereits in den Vorjahren die Region Weser-Ems mit fast 80 Milliarden Euro. Der stärkste nominale Anstieg des BIP binnen Jahresfrist war hingegen in der Statistischen Region Braunschweig mit +4,4 % zu beobachten. Hier gab es mit 39 100 Euro wie in den Jahren zuvor auch wieder das höchste BIP pro Kopf. Am niedrigsten ist dieser Indikator weiterhin in der Statistischen Region Lüneburg mit 25 300 Euro (Tab. 81).

Beim BIP pro Kopf sowie auch im Folgenden beim BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS) ist zu beachten, dass diese Indikatoren bei großen Pendlerströmen über die Gren-

zen einer NUTS II-Region ein verzerrtes Bild geben, da sie die Wirtschaftsleistung am Arbeitsort auf die Bevölkerung am Wohnort beziehen. Insbesondere in Norddeutschland mit seinen Stadtstaaten und Einpendelzentren Berlin, Hamburg und Bremen ist dies zu berücksichtigen. Letztere Städte haben z. B. gesteigerten Einfluss auf die (geringe) Höhe des BIP pro Kopf in der Statistischen Region Lüneburg.

Das BIP in KKS je Einwohner bzw. Einwohnerin ist ein Indikator für die wirtschaftliche Leistung eines Landes bzw. einer Region (Tab. 77 und 82). Mit Hilfe einer fiktiven Geldeinheit werden die Unterschiede zwischen den Preisniveaus der Länder rechnerisch aufgehoben. So kann man mit einem KKS in allen Mitgliedsstaaten dieselbe Menge an Waren oder Dienstleistungen kaufen. Das BIP pro Kopf in KKS ist die zentrale Variable zur Festlegung der Förderfähigkeit der Regionen (NUTS II) im Rahmen der Strukturpolitik der Europäischen Union. Es wird normiert dargestellt am Durchschnitt des BIP pro Kopf in KKS der Europäischen Union (= 100). Regionen mit einem Wert über 100 haben dementsprechend ein BIP pro Kopf über dem EU-Durchschnitt und umgekehrt.

In Niedersachsen erreichte 2015 das BIP in KKS pro Kopf einen Wert von 110 (Tab. 77). Das heißt, dass die Wirtschaftsleistung preisbereinigt 10 % über dem EU-Durchschnitt lag. Deutschlandweit lag dieser Wert bei 124. Mit Werten von 47 bzw. 57 verfügten Bulgarien und Rumänien nach diesem Indikator über die geringste Wirtschaftsleistung in der EU. Unter den Ländern Deutschlands wies Hamburg mit 206 den mit Abstand höchsten Wert auf und würde damit EU-weit auf Rang 2 hinter Luxemburg liegen. Niedersachsen würde Rang 9 belegen.

Auf NUTS II-Ebene (Tab. 82) lag das BIP pro Kopf in KKS in den niedersächsischen Statistischen Regionen Braunschweig (131) und Hannover (117) deutlich über dem EU-Durchschnitt und in der Statistischen Region Weser-Ems (108) noch 8 % darüber. In der Statistischen Region Lüneburg erreichte es nur 85 % des EU-Durchschnitts. Für Gesamtniedersachsen ergab sich 2015 gegenüber dem Vorjahr ein leichter Rückgang um 1 Prozentpunkt.

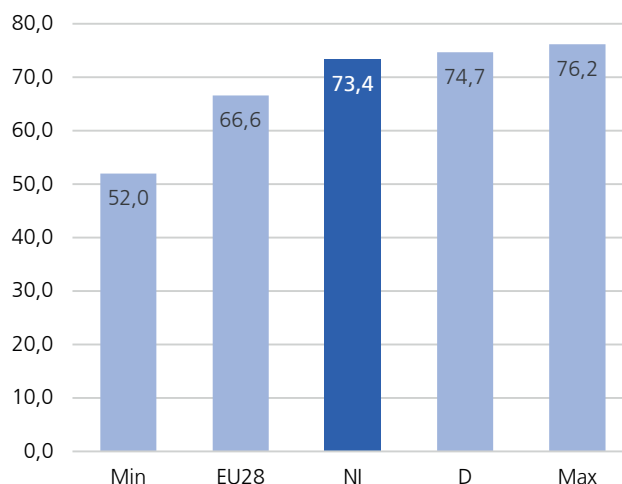
### Niedersachsen weiter mit guten Arbeitsmarktzahlen im europäischen Vergleich

Grundlage für die Daten der Tabellen 83 und 84 sowie Teile der Tabelle 77 ist die EU-Arbeitskräftestichprobe, die für alle Mitgliedsstaaten europaweit vergleichbare Daten liefert. Diese sind mit den Arbeitsmarktdaten der Bundesagentur für Arbeit nicht kompatibel. Die Erwerbstätigenquoten (Tab. 77 und 83) beziehen sich auf die erwerbsfähige Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Die Erwerbslosenquoten (Tab. 77 und 84) beziehen sich auf die 15-Jährigen und älter. Alle Angaben sind wohnortbezogen.

Im Jahr 2016 betrug die Erwerbstätigenquote nach Angaben von Eurostat in Niedersachsen 73,4 % und lag damit weiter deutlich über dem EU-Durchschnitt von 66,6 %

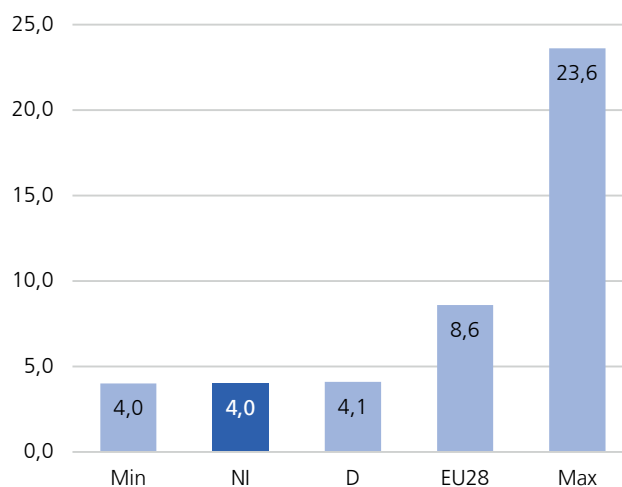
(Tab. 83). Gegenüber dem Vorjahr war in Niedersachsen jedoch ein leichter Rückgang um 0,1 Prozentpunkte zu verzeichnen, während die Quote EU-weit das zweite Jahr in Folge zulegen (+1,0 Prozentpunkte). Der Fünfjahresvergleich zeigt für Niedersachsen einen unterdurchschnittlich starken Anstieg der Quote um +1,3 Prozentpunkte gegenüber +2,5 Prozentpunkten in der gesamten EU. Innerhalb Niedersachsens war die Erwerbstätigenquote in der Statistischen Region Lüneburg mit 75,6 % am höchsten und in der Statistischen Region Braunschweig mit 71,3 % am niedrigsten.

■ Erwerbstätigenquote im EU-Vergleich 2016 – Prozent –



Nachdem die Erwerbslosenquote in der EU 2012 und 2013 zwischenzeitlich angestiegen war, ist sie in den Folgejahren wieder gesunken auf zuletzt 8,6 % im Jahr 2016 (-0,8 Prozentpunkte gegenüber 2015, Tab. 84). In Niedersachsen ist die Quote in den vergangenen 5 Jahren hingegen zurückgegangen auf nunmehr 4,0 % im Jahr 2016 (-0,3 Prozentpunkte zum Vorjahr).

■ Erwerbslosenquote im EU-Vergleich 2016 – Prozent –



Die höchste Erwerbslosenquote wies die Statistische Region Hannover mit 4,7 % auf. In allen Statistischen Regionen war zwischen 2011 und 2016 ein Rückgang der Quote

zu verzeichnen, wobei Lüneburg mit 3,3 % die niedrigste Quote aufwies.

Wie bereits in den Vorjahren war die Erwerbstätigenquote der Männer in Niedersachsen 2016 mit 77,6 % höher als die der Frauen mit 69,1 %. Regional betrachtet war der Abstand zwischen den Geschlechtern in der Statistischen Region Braunschweig mit 9,4 Prozentpunkten am höchsten. EU-weit war der Unterschied jedoch noch größer (10,5 Prozentpunkte). Entgegen der Situation im EU-Durchschnitt lagen die Erwerbslosenquoten der Frauen in allen Statistischen Regionen unter den Quoten der Männer, am deutlichsten in der Statistischen Region Hannover mit 2,1 Prozentpunkten.

### **Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern weiterhin höher als in den meisten EU-Ländern**

Der Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern, der sogenannte (unbereinigte) Gender Pay Gap, lag in Niedersachsen 2015 mit 21 % deutlich über dem EU-Durchschnitt von 16 % (Tab. 77). Europaweit zeigte sich eine große Spanne beim Verdienstabstand: Am höchsten war er in Estland (27 %), am niedrigsten in Luxemburg und Italien (jeweils 6 %).

### **Anteil früher Schulabgängerinnen und Schulabgänger steigt weiter**

Der Indikator der frühen Schulabgängerinnen und -abgänger misst den Anteil junger Menschen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren, die sich nicht mehr in der Aus- oder Wei-

terbildung befinden und nicht über einen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügen, an der gleichaltrigen Bevölkerung (Tab. 78). Der Indikator lässt Aussagen darüber zu, wie erfolgreich junge Menschen den Übergang vom Bildungssystem zum Erwerbsleben bewältigen. Die EU-Mitgliedsstaaten haben sich dazu verpflichtet, den Anteil der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger bis zum Jahr 2020 auf weniger als 10 % zu senken.

Nachdem Deutschland diese Marke 2013 bereits unterschritten hatte und Niedersachsen sich ihr kontinuierlich näherte, stieg der Anteil der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger seit 2015 wieder an. Sowohl deutschlandweit als auch in Niedersachsen war 2016 zum zweiten Mal in Folge ein Anstieg zu beobachten. Im Bund stieg der Anteil auf nunmehr 10,2 % (+0,1 Prozentpunkte), in Niedersachsen sogar auf 11,9 % (+0,9 Prozentpunkte). EU-weit ist der Indikator derweil weiter gesunken auf 10,7 % im Jahr 2016. Die höchsten Werte wiesen trotz zuletzt überwiegend positiver Entwicklung weiterhin Staaten Süd- und Südosteuropas auf (Malta: 19,6 %, Spanien: 19,0 %). Besonders niedrige Werte wurden für Kroatien (2,8 %), Litauen (4,8 %), Slowenien (4,9 %), Polen (5,2 %) und Luxemburg (5,5 %) gemessen.

In 25 der 28 EU-Länder ist der Anteil der frühen Schulabgänger unter den Männern höher als unter den Frauen, im Schnitt um 3,0 Prozentpunkte. In Niedersachsen betrug der Abstand 1,0 Prozentpunkte.

Weitere Informationen finden sich zu allen Themengebieten in der [Eurostat-Datenbank](#).



## Tabellen



# Bevölkerung

## 1. Bevölkerungsstand und -dichte 31.12.

Land	Einwohner/-innen am 31.12.			Länderanteil	Anteil der 65-Jährigen und älter	Anteil der Ausländer/-innen	Einwohner/-innen je qkm <sup>1)</sup>	Veränderung der Zahl der Einwohner/-innen	
	2010	2014	2015					2015/2010 <sup>2)</sup>	2015/2014
	Anzahl			%		Anzahl	%		
Baden-Württemberg	10 753 880	10 716 644	10 879 618	13,2	19,8	13,9	305	+1,2	+1,5
Bayern	12 538 696	12 691 568	12 843 514	15,6	20,0	11,5	182	+2,4	+1,2
Berlin	3 460 725	3 469 849	3 520 031	4,3	19,3	15,5	3 948	+1,7	+1,4
Brandenburg	2 503 273	2 457 872	2 484 826	3,0	23,3	3,6	84	-0,7	+1,1
Bremen	660 706	661 888	671 489	0,8	21,2	15,2	1 601	+1,6	+1,5
Hamburg	1 786 448	1 762 791	1 787 408	2,2	18,7	14,7	2 367	+0,1	+1,4
Hessen	6 067 021	6 093 888	6 176 172	7,5	20,3	14,3	293	+1,8	+1,4
Mecklenburg-Vorpommern	1 642 327	1 599 138	1 612 362	2,0	23,0	3,7	69	-1,8	+0,8
<b>Niedersachsen</b>	<b>7 918 293</b>	<b>7 826 739</b>	<b>7 926 599</b>	<b>9,6</b>	<b>21,4</b>	<b>8,0</b>	<b>166</b>	<b>+0,1</b>	<b>+1,3</b>
Nordrhein-Westfalen	17 845 154	17 638 098	17 865 516	21,7	20,6	11,8	524	+0,1	+1,3
Rheinland-Pfalz	4 003 745	4 011 582	4 052 803	4,9	21,0	9,5	204	+1,2	+1,0
Saarland	1 017 567	989 035	995 597	1,2	22,9	9,2	388	-2,2	+0,7
Sachsen	4 149 477	4 055 274	4 084 851	5,0	25,1	3,9	222	-1,6	+0,7
Sachsen-Anhalt	2 335 006	2 235 548	2 245 470	2,7	25,1	3,9	110	-3,8	+0,4
Schleswig-Holstein	2 834 259	2 830 864	2 858 714	3,5	22,6	6,3	181	+0,9	+1,0
Thüringen	2 235 025	2 156 759	2 170 714	2,6	24,2	3,8	134	-2,9	+0,6
<b>Deutschland</b>	<b>81 751 602</b>	<b>81 197 537</b>	<b>82 175 684</b>	<b>100</b>	<b>21,1</b>	<b>10,5</b>	<b>230</b>	<b>+0,5</b>	<b>+1,2</b>
Westdeutschland	65 425 769	65 223 097	66 057 430	80,4	20,5	11,5	266	+1,0	+1,3
Ostdeutschland	16 325 833	15 974 440	16 118 254	19,6	23,2	6,4	148	-1,3	+0,9

1) Fläche 2014.

2) Aufgrund der unterschiedlichen Fortschreibungsbasis für 2010 (Volkszählung 1987) und 2015 (Zensus 2011) ist die Vergleichbarkeit eingeschränkt.

## 1a. Bevölkerungsstand<sup>1)</sup> und -dichte 30.06.

Land	Einwohner/-innen am 30.06.			Länderanteil	Einwohner/-innen je qkm <sup>2)</sup>	Veränderung der Zahl der Einwohner/-innen		Darunter 1. Hj 2016
	2011	2015	2016			30.06.2016/30.06.2011	30.06.2016/30.06.2015	
	Anzahl			%		%		
Baden-Württemberg	10 493 076	10 777 514	10 925 081	13,3	306	+4,1	+1,4	+0,4
Bayern	12 405 102	12 744 475	12 884 983	15,6	183	+3,9	+1,1	+0,3
Berlin	3 296 899	3 484 995	3 550 948	4,3	3 982	+7,7	+1,9	+0,9
Brandenburg	2 455 353	2 464 526	2 487 511	3,0	84	+1,3	+0,9	+0,1
Bremen	650 147	663 609	676 256	0,8	1 611	+4,0	+1,9	+0,7
Hamburg	1 709 546	1 770 162	1 798 654	2,2	2 382	+5,2	+1,6	+0,6
Hessen	5 976 155	6 116 203	6 177 383	7,5	293	+3,4	+1,0	+0,0
Mecklenburg-Vorpommern	1 609 696	1 600 599	1 608 838	2,0	69	-0,1	+0,5	-0,2
<b>Niedersachsen</b>	<b>7 785 193</b>	<b>7 860 528</b>	<b>7 948 507</b>	<b>9,7</b>	<b>167</b>	<b>+2,1</b>	<b>+1,1</b>	<b>+0,3</b>
Nordrhein-Westfalen	17 536 339	17 683 129	17 875 813	21,7	524	+1,9	+1,1	+0,1
Rheinland-Pfalz	3 989 393	4 021 211	4 062 075	4,9	205	+1,8	+1,0	+0,2
Saarland	999 038	989 263	997 754	1,2	388	-0,1	+0,9	+0,2
Sachsen	4 054 859	4 055 888	4 078 397	5,0	221	+0,6	+0,6	-0,2
Sachsen-Anhalt	2 284 960	2 231 044	2 239 428	2,7	109	-2,0	+0,4	-0,3
Schleswig-Holstein	2 800 220	2 841 016	2 876 873	3,5	182	+2,7	+1,3	+0,6
Thüringen	2 187 128	2 154 816	2 160 943	2,6	133	-1,2	+0,3	-0,5
<b>Deutschland</b>	<b>80 233 104</b>	<b>81 458 978</b>	<b>82 349 444</b>	<b>100</b>	<b>230</b>	<b>+2,6</b>	<b>+1,1</b>	<b>+0,2</b>
Westdeutschland	64 344 209	65 467 110	66 223 379	80,4	267	+2,9	+1,2	+0,3
Ostdeutschland	15 888 895	15 991 868	16 126 065	19,6	148	+1,5	+0,8	+0,0

1) Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011. – Die Ergebnisse für 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Die Genauigkeit der Ergebnisse ist aufgrund von Unstimmigkeiten in Zusammenhang mit der melderechtlichen Behandlung von Schutzsuchenden eingeschränkt.

2) Fläche 2015.

## 2. Lebendgeborene

Land	Lebendgeborene			Lebendgeborene je 1 000 Einwohner/-innen			Geburten-/ Sterbesaldo je 1 000 Ein- wohner/ -innen	Veränderung der Zahl der Lebendgeborenen	
	2010	2014	2015	2010	2014	2015		2015/2010	2015/2014
	Anzahl							%	
Baden-Württemberg	90 695	95 632	100 269	8,4	9,0	9,3	-0,7	+10,6	+4,8
Bayern	105 251	113 935	118 228	8,4	9,0	9,3	-1,2	+12,3	+3,8
Berlin	33 393	37 368	38 030	9,7	10,9	10,9	+1,1	+13,9	+1,8
Brandenburg	18 954	19 339	19 112	7,6	7,9	7,8	-4,7	+0,8	-1,2
Bremen	5 599	6 211	6 509	8,5	9,4	9,8	-2,0	+16,3	+4,8
Hamburg	17 377	19 039	19 768	9,8	10,9	11,2	+1,2	+13,8	+3,8
Hessen	51 742	54 631	56 889	8,5	9,0	9,3	-1,6	+9,9	+4,1
Mecklenburg-Vorpommern	13 337	12 830	13 298	8,1	8,0	8,3	-4,4	-0,3	+3,6
<b>Niedersachsen</b>	<b>63 130</b>	<b>66 406</b>	<b>67 183</b>	<b>8,0</b>	<b>8,5</b>	<b>8,5</b>	<b>-3,2</b>	<b>+6,4</b>	<b>+1,2</b>
Nordrhein-Westfalen	147 333	155 102	160 468	8,3	8,8	9,1	-2,5	+8,9	+3,5
Rheinland-Pfalz	31 574	33 427	34 946	7,9	8,4	8,7	-2,9	+10,7	+4,5
Saarland	7 066	7 328	7 511	6,9	7,4	7,6	-6,0	+6,3	+2,5
Sachsen	35 091	35 935	36 466	8,4	8,9	9,0	-4,4	+3,9	+1,5
Sachsen-Anhalt	17 300	17 064	17 415	7,4	7,6	7,8	-6,7	+0,7	+2,1
Schleswig-Holstein	22 578	22 793	23 549	8,0	8,1	8,3	-3,6	+4,3	+3,3
Thüringen	17 527	17 887	17 934	7,8	8,3	8,3	-5,1	+2,3	+0,3
<b>Deutschland</b>	<b>677 947</b>	<b>714 927</b>	<b>737 575</b>	<b>8,3</b>	<b>8,8</b>	<b>9,1</b>	<b>-2,3</b>	<b>+8,8</b>	<b>+3,2</b>
Westdeutschland	542 345	574 504	595 320	8,3	8,8	9,1	-2,0	+9,8	+3,6
Ostdeutschland	135 602	140 423	142 255	8,3	8,8	8,9	-3,7	+4,9	+1,3

## 3. Wanderungssaldo

Land	Wanderungssaldo <sup>1)</sup>			Wanderungssaldo je 1 000 Einwohner/-innen			Veränderung des Saldos	
	2011	2014	2015	2011	2014	2015	2015/2011	2015/2014
	Anzahl							
Baden-Württemberg	+41 458	+89 606	+170 511	+4,0	+8,4	+15,8	+129 053	+80 905
Bayern	+76 065	+92 707	+163 960	+6,1	+7,3	+12,9	+87 895	+71 253
Berlin	+39 421	+37 113	+41 085	+12,0	+10,8	+11,8	+1 664	+3 972
Brandenburg	+1 847	+18 014	+37 667	+0,8	+7,3	+15,3	+35 820	+19 653
Bremen	+2 708	+5 070	+10 465	+4,2	+7,7	+15,8	+7 757	+5 395
Hamburg	+12 235	+13 376	+19 998	+7,2	+7,6	+11,3	+7 763	+6 622
Hessen	+32 455	+52 522	+90 312	+5,4	+8,7	+14,8	+57 857	+37 790
Mecklenburg-Vorpommern	-1 694	+8 486	+19 973	-1,1	+5,3	+12,5	+21 667	+11 487
<b>Niedersachsen</b>	<b>+19 236</b>	<b>+54 376</b>	<b>+123 347</b>	<b>+2,5</b>	<b>+7,0</b>	<b>+15,7</b>	<b>+104 111</b>	<b>+68 971</b>
Nordrhein-Westfalen	+42 643	+93 627	+263 976	+2,4	+5,3	+14,9	+221 333	+170 349
Rheinland-Pfalz	+7 847	+27 320	+52 129	+2,0	+6,8	+13,0	+44 282	+24 809
Saarland	+1 023	+3 078	+12 449	+1,0	+3,1	+12,6	+11 426	+9 371
Sachsen	+3 652	+23 402	+47 096	+0,9	+5,8	+11,6	+43 444	+23 694
Sachsen-Anhalt	-8 370	+4 269	+24 457	-3,7	+1,9	+11,0	+32 827	+20 188
Schleswig-Holstein	+13 013	+22 796	+37 344	+4,6	+8,1	+13,1	+24 331	+14 548
Thüringen	-4 209	+4 721	+24 633	-1,9	+2,2	+11,4	+28 842	+19 912
<b>Deutschland</b>	<b>+279 330</b>	<b>+550 483</b>	<b>+1 139 402</b>	<b>+3,5</b>	<b>+6,8</b>	<b>+14,0</b>	<b>+860 072</b>	<b>+588 919</b>
Westdeutschland	+248 683	+454 478	+944 491	+3,9	+7,0	+14,4	+695 808	+490 013
Ostdeutschland	+30 647	+96 005	+194 911	+1,9	+6,0	+12,2	+164 264	+98 906

1) Einschließlich unbekanntes Ausland sowie einschließlich Herkunfts-/Zielgebiet "ungeklärt" und "ohne Angabe".

#### 4. Einbürgerungen

Land	Eingebürgerte			Anteil Eingebür- gerte aus EU-Staaten	Eingebürgerte je 1 000 Ausländer/-innen		Ausge- schöpftes Einbürgere- potential <sup>2)</sup>	Veränderung der Zahl der Eingebürgerten	
	2011	2015	2016		2011	2016		2016/2011	2016/2015
	Anzahl		%	Anzahl		%			
Baden-Württemberg	14 224	17 546	17 791	35,4	12	11	2,0	+25,1	+1,4
Bayern	12 498	13 373	14 394	38,1	11	8	1,8	+15,2	+7,6
Berlin	6 961	6 303	6 127	22,1	15	10	1,8	-12,0	-2,8
Brandenburg	784	857	821	33,6	16	8	2,9	+4,7	-4,2
Bremen	1 464	1 747	1 391	13,9	19	12	2,6	-5,0	-20,4
Hamburg	5 639	5 891	5 819	21,6	24	19	3,7	+3,2	-1,2
Hessen	12 916	11 845	11 887	30,7	17	12	2,3	-8,0	+0,4
Mecklenburg-Vorpommern	509	448	533	23,8	16	8	3,4	+4,7	+19,0
<b>Niedersachsen</b>	<b>7 996</b>	<b>7 988</b>	<b>8 519</b>	<b>26,6</b>	<b>17</b>	<b>11</b>	<b>2,7</b>	<b>+6,5</b>	<b>+6,6</b>
Nordrhein-Westfalen	29 357	26 573	27 027	25,6	16	11	2,0	-7,9	+1,7
Rheinland-Pfalz	5 281	5 756	6 064	34,8	18	14	3,0	+14,8	+5,4
Saarland	1 050	1 232	1 212	30,6	13	11	2,2	+15,4	-1,6
Sachsen	911	1 225	1 453	25,8	10	8	3,0	+59,5	+18,6
Sachsen-Anhalt	651	607	686	16,2	14	7	3,0	+5,4	+13,0
Schleswig-Holstein	3 029	2 934	2 864	27,4	22	12	3,1	-5,4	-2,4
Thüringen	447	549	601	24,0	12	7	3,4	+34,5	+9,5
<b>Deutschland<sup>1)</sup></b>	<b>106 897</b>	<b>107 317</b>	<b>110 383</b>	<b>29,0</b>	<b>15</b>	<b>11</b>	<b>2,2</b>	<b>+3,3</b>	<b>+2,9</b>
Westdeutschland	93 454	94 885	96 968	30,2	15	11	x	+3,8	+2,2
Ostdeutschland	10 263	9 989	10 221	23,4	14	9	x	-0,4	+2,3

1) Einschließlich Einbürgerungen im Ausland lebender Personen (2011: 3 180 Personen; 2015: 2 443 Personen und 2016: 3 194 Personen).

2) Der Indikator Ausgeschöpftes Einbürgerungspotential (aEP) bezieht die Einbürgerungen auf die Ausländerinnen und Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von 10 Jahren und mehr.

Quelle (Ausländerinnen und Ausländer): Ausländerzentralregister

# Familie und Beruf

## 5. Eheschließungen

Land	Eheschließungen insgesamt			Eheschließungen je 10 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Eheschließungen	
	2010	2014	2015	2010	2014	2015	2015/2010	2015/2014
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	48 927	50 751	52 627	45,5	47,6	48,8	+7,6	+3,7
Bayern	59 092	62 327	65 128	47,2	49,3	51,1	+10,2	+4,5
Berlin	12 394	13 373	13 759	36,0	38,9	39,5	+11,0	+2,9
Brandenburg	12 585	12 812	13 314	50,2	52,3	54,0	+5,8	+3,9
Bremen	2 978	2 800	2 708	45,2	42,6	40,8	-9,1	-3,3
Hamburg	7 452	6 142	6 422	41,9	35,1	36,3	-13,8	+4,6
Hessen	27 483	28 009	28 833	45,3	46,2	47,1	+4,9	+2,9
Mecklenburg-Vorpommern	10 751	10 678	11 106	65,3	66,8	69,4	+3,3	+4,0
<b>Niedersachsen</b>	<b>38 373</b>	<b>38 792</b>	<b>40 241</b>	<b>48,4</b>	<b>49,6</b>	<b>51,2</b>	<b>+4,9</b>	<b>+3,7</b>
Nordrhein-Westfalen	81 662	82 322	85 045	45,7	46,8	48,1	+4,1	+3,3
Rheinland-Pfalz	20 172	19 627	20 341	50,3	49,1	50,6	+0,8	+3,6
Saarland	4 804	4 702	4 861	47,1	47,5	49,1	+1,2	+3,4
Sachsen	18 391	17 883	18 541	44,3	44,2	45,7	+0,8	+3,7
Sachsen-Anhalt	10 453	10 146	10 575	44,6	45,3	47,4	+1,2	+4,2
Schleswig-Holstein	16 456	15 922	16 880	58,1	56,4	59,4	+2,6	+6,0
Thüringen	10 074	9 666	9 734	44,9	44,8	45,2	-3,4	+0,7
<b>Deutschland</b>	<b>382 047</b>	<b>385 952</b>	<b>400 115</b>	<b>46,7</b>	<b>47,7</b>	<b>49,1</b>	<b>+4,7</b>	<b>+3,7</b>
Westdeutschland	307 399	311 576	323 086	47,0	47,9	49,4	+5,1	+3,7
Ostdeutschland	74 648	74 558	77 029	45,7	46,8	48,2	+3,2	+3,3

## 6. Ehescheidungen

Land	Ehescheidungen			Darunter von Paaren mit minderjährigen Kindern <sup>1)</sup>	Ehescheidungen je 10 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Ehescheidungen	
	2011	2015	2016		2011	2015	2016	2016/2011	2016/2015
	Anzahl			%	Anzahl			%	
Baden-Württemberg	23 113	19 903	19 664	50,4	22,0	18,5	18,1	-14,9	-1,2
Bayern	27 004	24 247	24 134	50,2	21,8	19,0	18,8	-10,6	-0,5
Berlin	7 930	6 427	6 253	45,2	24,1	18,4	17,8	-21,1	-2,7
Brandenburg	5 344	4 845	4 691	45,3	21,8	19,7	18,9	-12,2	-3,2
Bremen	1 566	1 393	1 419	47,9	24,1	21,0	21,1	-9,4	+1,9
Hamburg	3 635	3 190	3 204	47,3	21,3	18,0	17,9	-11,9	+0,4
Hessen	14 905	12 834	13 264	52,6	24,9	21,0	21,5	-11,0	+3,4
Mecklenburg-Vorpommern	3 407	2 573	2 866	46,0	21,2	16,1	17,8	-15,9	+11,4
<b>Niedersachsen</b>	<b>18 953</b>	<b>17 226</b>	<b>17 120</b>	<b>55,1</b>	<b>24,3</b>	<b>21,9</b>	<b>21,6</b>	<b>-9,7</b>	<b>-0,6</b>
Nordrhein-Westfalen	44 501	38 312	37 650	51,3	25,4	21,7	21,1	-15,4	-1,7
Rheinland-Pfalz	11 041	8 835	8 897	45,9	27,7	22,0	22,0	-19,4	+0,7
Saarland	2 659	2 131	2 209	52,6	26,6	21,5	22,2	-16,9	+3,7
Sachsen	7 146	7 007	6 698	50,8	17,6	17,3	16,4	-6,3	-4,4
Sachsen-Anhalt	4 808	4 109	4 183	49,9	21,0	18,4	18,6	-13,0	+1,8
Schleswig-Holstein	7 431	6 308	6 194	50,0	26,5	22,2	21,7	-16,6	-1,8
Thüringen	4 197	3 995	3 951	47,5	19,2	18,5	18,2	-5,9	-1,1
<b>Deutschland</b>	<b>187 640</b>	<b>163 335</b>	<b>162 397</b>	<b>50,5</b>	<b>23,4</b>	<b>20,1</b>	<b>19,8</b>	<b>-13,5</b>	<b>-0,6</b>
Westdeutschland	154 808	134 379	133 755	51,1	24,1	20,5	20,2	-13,6	-0,5
Ostdeutschland	32 832	28 956	28 642	47,6	20,7	18,1	17,8	-12,8	-1,1

1) Paare, die zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Scheidung mindestens ein gemeinsames minderjähriges Kind hatten.

## 7. Kindertagesbetreuung von unter 3-Jährigen

Land	Betreute Kinder <sup>1)</sup>			Betreuungsquote <sup>2)</sup>			Ganztags- betreuungs- quote	Personal- schlüssel <sup>3)</sup>	Veränderung der Zahl der betreuten Kinder	
	2011	2015	2016	2011	2015	2016			2016/2011	2016/2015
	Anzahl			%			Anzahl	%		
Baden-Württemberg	57 007	78 729	82 534	20,8	27,8	27,7	10,7	3,0	+44,8	+4,8
Bayern	65 617	92 668	95 243	20,6	27,5	27,2	10,3	3,7	+45,1	+2,8
Berlin	40 683	48 885	50 589	41,9	45,9	45,9	30,3	5,9	+24,3	+3,5
Brandenburg	29 892	33 407	34 549	51,6	56,8	57,2	38,6	6,1	+15,6	+3,4
Bremen	3 198	4 698	5 033	19,6	27,1	27,0	16,5	3,1	+57,4	+7,1
Hamburg	16 036	23 057	23 977	32,4	43,3	42,9	22,9	5,1	+49,5	+4,0
Hessen	33 352	47 713	50 034	21,5	29,7	29,7	18,6	3,8	+50,0	+4,9
Mecklenburg-Vorpommern	20 447	21 719	22 367	51,7	56,0	56,0	41,2	6,0	+9,4	+3,0
<b>Niedersachsen</b>	<b>35 669</b>	<b>55 318</b>	<b>58 176</b>	<b>18,6</b>	<b>28,3</b>	<b>28,4</b>	<b>11,7</b>	<b>3,9</b>	<b>+63,1</b>	<b>+5,2</b>
Nordrhein-Westfalen	70 395	117 428	122 774	15,9	25,9	25,7	12,9	3,8	+74,4	+4,6
Rheinland-Pfalz	23 549	30 286	31 268	24,7	30,6	29,9	16,1	3,5	+32,8	+3,2
Saarland	4 293	6 011	6 389	20,2	28,3	28,6	22,5	3,8	+48,8	+6,3
Sachsen	45 844	54 059	55 657	44,1	50,6	50,6	42,5	6,5	+21,4	+3,0
Sachsen-Anhalt	29 306	29 843	30 368	56,1	57,9	57,0	46,2	5,8	+3,6	+1,8
Schleswig-Holstein	14 819	21 575	21 887	21,6	31,4	30,9	14,0	3,8	+47,7	+1,4
Thüringen	24 377	27 947	28 713	46,9	52,4	52,2	48,2	5,4	+17,8	+2,7
<b>Deutschland</b>	<b>514 484</b>	<b>693 343</b>	<b>719 558</b>	<b>25,2</b>	<b>32,9</b>	<b>32,7</b>	<b>18,3</b>	<b>4,3</b>	<b>+39,9</b>	<b>+3,8</b>
Westdeutschland	323 935	477 483	497 315	19,8	28,2	28,1	13,1	...	+53,5	+4,2
Ostdeutschland	190 549	215 860	222 243	47,3	51,9	51,8	39,9	...	+16,6	+3,0

1) Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen. Stichtag: 01.03.

2) Die Betreuungsquote bezieht sich auf 100 Kinder gleichen Alters am 31.12. des jeweiligen Vorjahres.

3) Der Personalschlüssel gibt die Anzahl der Kinder an, die rechnerisch von einer pädagogisch vollzeittätigen Person betreut werden.

## 8. Ganztägige Kindertagesbetreuung von 3- bis unter 6-Jährigen

Land	Ganztätig betreute Kinder <sup>1)</sup>			Ganztagsbetreuungsquote <sup>2)</sup>			Veränderung der Zahl der betreuten Kinder	
	2011	2015	2016	2011	2015	2016	2016/2011	2016/2015
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	42 128	60 462	65 339	14,9	21,5	22,7	+55,1	+8,1
Bayern	81 165	110 300	115 917	25,0	34,1	34,8	+42,8	+5,1
Berlin	50 264	60 115	61 317	57,0	61,9	60,8	+22,0	+2,0
Brandenburg	33 249	38 899	39 555	57,4	63,6	62,7	+19,0	+1,7
Bremen	4 235	5 830	6 288	26,5	36,0	37,3	+48,5	+7,9
Hamburg	17 254	21 940	22 417	36,8	46,1	45,6	+29,9	+2,2
Hessen	61 761	76 750	81 278	39,2	48,2	49,7	+31,6	+5,9
Mecklenburg-Vorpommern	22 171	27 023	27 484	59,0	67,6	67,6	+24,0	+1,7
<b>Niedersachsen</b>	<b>33 789</b>	<b>52 667</b>	<b>58 638</b>	<b>16,8</b>	<b>26,9</b>	<b>29,1</b>	<b>+73,5</b>	<b>+11,3</b>
Nordrhein-Westfalen	163 665	198 102	208 844	35,9	44,4	45,1	+27,6	+5,4
Rheinland-Pfalz	37 992	49 062	51 668	38,6	49,7	50,8	+36,0	+5,3
Saarland	6 598	9 942	10 814	30,1	46,3	48,7	+63,9	+8,8
Sachsen	74 772	85 385	87 853	75,8	81,2	81,1	+17,5	+2,9
Sachsen-Anhalt	31 116	42 894	43 345	61,3	83,1	81,5	+39,3	+1,1
Schleswig-Holstein	13 933	20 978	22 910	19,4	30,0	32,0	+64,4	+9,2
Thüringen	44 649	48 041	49 632	89,5	91,5	90,8	+11,2	+3,3
<b>Deutschland</b>	<b>718 741</b>	<b>908 390</b>	<b>953 299</b>	<b>34,9</b>	<b>43,9</b>	<b>44,8</b>	<b>+32,6</b>	<b>+4,9</b>
Westdeutschland	462 520	606 033	644 113	27,6	36,5	37,7	+39,3	+6,3
Ostdeutschland	256 221	302 357	309 186	66,9	74,2	73,5	+20,7	+2,3

1) Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung oder eine Ganztagschule besuchen, sowie in Kindertageseinrichtungen, die mehr als 7 Stunden täglich betreut werden. Stichtag: 01.03.

2) Die Betreuungsquote bezieht sich auf 100 Kinder gleichen Alters am 31.12. des jeweiligen Vorjahres.

## 9. Elterngeld

Land	Beendete Leistungsbezüge Elterngeld – insgesamt		Anteil beendete Bezüge – Männer		Durchschnittl. Bezugsdauer <sup>1)</sup> – Männer	Leistungsbeziehende Elterngeld <sup>2)</sup>		Anteil Leistungsbeziehende – Bezieher vor der Geburt des Kindes erwerbstätig	
	für 2010 geb. Kinder	für 2014 geb. Kinder	für 2010 geb. Kinder	für 2014 geborene Kinder		Insgesamt	Männer	Frauen	
	2012	2016	2012	2016					
	Anzahl		%		Monate	Anzahl	%		
Baden-Württemberg	110 697	131 181	21,5	28,2	2,7	223 078	25,2	94,8	71,7
Bayern	134 587	158 643	25,1	30,0	2,7	283 791	24,3	95,1	75,3
Berlin	41 063	48 698	24,8	28,9	3,8	77 979	24,8	89,0	67,6
Brandenburg	23 204	25 463	22,1	27,3	2,9	44 137	22,8	92,0	78,3
Bremen	6 116	7 408	16,8	21,9	4,0	11 929	18,2	84,4	56,2
Hamburg	20 913	25 216	22,4	28,1	3,2	44 184	23,2	94,1	73,1
Hessen	61 715	69 989	20,3	25,3	3,2	127 987	20,2	92,4	68,6
Mecklenburg-Vorpommern	15 733	15 890	19,4	22,2	3,2	29 501	18,9	90,2	74,8
<b>Niedersachsen</b>	<b>73 982</b>	<b>85 675</b>	<b>18,9</b>	<b>24,8</b>	<b>3,1</b>	<b>153 303</b>	<b>21,0</b>	<b>90,2</b>	<b>68,8</b>
Nordrhein-Westfalen	165 915	188 673	16,6	22,0	3,5	336 413	19,9	91,3	67,1
Rheinland-Pfalz	36 323	41 724	17,9	23,5	3,0	74 784	19,2	91,1	67,6
Saarland	7 670	8 805	14,3	19,6	3,2	15 865	17,0	89,7	64,6
Sachsen	45 084	50 982	24,9	31,2	2,8	84 523	26,5	93,8	79,5
Sachsen-Anhalt	19 223	21 236	17,1	22,3	3,3	35 122	20,8	90,8	72,7
Schleswig-Holstein	26 134	28 696	18,2	23,3	3,3	52 847	18,8	91,3	73,3
Thüringen	21 872	24 674	22,8	29,3	2,7	44 675	23,4	92,2	77,6
<b>Deutschland</b>	<b>810 231</b>	<b>932 953</b>	<b>20,7</b>	<b>26,2</b>	<b>3,1</b>	<b>1 640 118</b>	<b>22,2</b>	<b>92,6</b>	<b>71,1</b>
Westdeutschland	644 052	746 010	20,2	25,7	...	1 324 181	21,9	92,9	70,2
Ostdeutschland	166 179	186 943	22,8	28,0	...	315 937	23,8	91,6	74,9

1) Die maximale Bezugsdauer für vor dem 1. Juli 2015 geborene Kinder betrug 14 Monate (Basiselterngeld).

2) Mit der Einführung des ElterngeldPlus zum 1.7.2015 können Elterngeldbezüge bis zu 36 Monaten andauern und mehrfach zwischen den Elternteilen wechseln. Daten für beendete Leistungsbezüge für im Jahr 2015 geborene Kinder werden aus diesem Grund erst 2019 vorliegen.

## 10. Erwerbstätige<sup>1)</sup> (am Wohnort) in Teilzeitarbeit<sup>2)</sup>

Land	Erwerbstätige in Teilzeitarbeit insgesamt			Darunter Frauen			Anteil der Erwerbstätigen in Teil- zeitarbeit an allen Erwerbs- tätigen	Veränderung der Anzahl der Erwerbstätigen in Teilzeitarbeit <sup>3)</sup>	
	2011	2015	2016	2011	2015	2016		2016/2011	2016/2015
	Anzahl in 1 000						%		
Baden-Württemberg	1 473	1 629	1 653	1 201	1 291	1 316	29,7	+12,2	+1,5
Bayern	1 714	1 800	1 854	1 414	1 473	1 508	28,0	+8,2	+3,0
Berlin	415	459	459	271	286	290	27,0	+10,7	-0,0
Brandenburg	248	264	268	190	196	195	22,0	+8,1	+1,3
Bremen	92	98	102	68	69	73	32,5	+10,5	+4,2
Hamburg	223	241	236	161	173	174	25,9	+5,8	-2,2
Hessen	843	869	914	659	675	707	30,4	+8,4	+5,2
Mecklenburg-Vorpommern	166	171	172	125	124	130	23,3	+4,1	+0,9
<b>Niedersachsen</b>	<b>1 052</b>	<b>1 112</b>	<b>1 127</b>	<b>863</b>	<b>895</b>	<b>902</b>	<b>30,0</b>	<b>+7,1</b>	<b>+1,3</b>
Nordrhein-Westfalen	2 258	2 391	2 465	1 820	1 888	1 943	29,7	+9,2	+3,1
Rheinland-Pfalz	552	588	616	444	472	489	31,1	+11,5	+4,7
Saarland	126	132	141	105	106	114	30,7	+11,8	+6,7
Sachsen	406	434	429	308	327	308	22,3	+5,8	-1,0
Sachsen-Anhalt	222	221	219	170	170	166	21,6	-1,4	-0,8
Schleswig-Holstein	398	404	413	317	314	319	31,0	+3,7	+2,3
Thüringen	222	219	220	168	167	165	21,5	-0,8	+0,4
<b>Deutschland</b>	<b>10 409</b>	<b>11 031</b>	<b>11 287</b>	<b>8 284</b>	<b>8 626</b>	<b>8 798</b>	<b>28,3</b>	<b>+8,4</b>	<b>+2,3</b>
Westdeutschland	8 731	9 264	9 520	7 052	7 356	7 544	29,5	+9,0	+2,8
Ostdeutschland	1 678	1 768	1 768	1 232	1 270	1 254	23,2	+5,4	-0,0

1) Ohne Auszubildende.

2) Teilzeit definiert als bis zu 31 geleisteten Arbeitsstunden pro Woche.

3) Durch Umstellung auf eine neue Stichprobe sowie durch Sondereffekte im Kontext der Bevölkerungsentwicklung ist die Vergleichbarkeit der Mikrozensusergebnisse für das Berichtsjahr 2016 mit den Vorjahren eingeschränkt.

Quelle: Mikrozensus



## 11. Alleinerziehende

Land	Alleinerziehende			Darunter Frauen			Alleinerziehende je 1 000 Einwohner/-innen	Veränderung der Zahl <sup>1)</sup> der Alleinerziehenden	
	2011	2015	2016	2011	2016			2016/2011	2016/2015
	Anzahl in 1 000			%	Anzahl in 1 000	Anzahl	%		
Baden-Württemberg	321	345	339	86,5	84,4	286	31	+5,6	-1,9
Bayern	391	396	393	84,8	83,4	328	31	+0,6	-0,6
Berlin	148	158	147	89,1	87,6	129	42	-0,5	-6,6
Brandenburg	96	97	93	88,2	83,7	78	37	-3,4	-3,9
Bremen	28	28	25	86,5	88,0	22	37	-9,4	-10,6
Hamburg	70	70	65	89,1	85,6	56	36	-7,9	-7,3
Hessen	190	201	199	84,9	84,8	169	32	+4,8	-1,0
Mecklenburg-Vorpommern	60	61	63	86,8	87,6	55	39	+4,8	+2,6
<b>Niedersachsen</b>	<b>239</b>	<b>249</b>	<b>261</b>	<b>85,6</b>	<b>84,2</b>	<b>220</b>	<b>33</b>	<b>+9,2</b>	<b>+4,7</b>
Nordrhein-Westfalen	586	588	566	86,6	85,0	481	32	-3,4	-3,7
Rheinland-Pfalz	134	130	135	86,1	84,2	113	33	+0,8	+3,6
Saarland	35	36	34	83,4	84,5	29	34	-3,5	-6,7
Sachsen	133	132	131	88,1	86,1	113	32	-1,0	-0,3
Sachsen-Anhalt	84	81	80	88,4	86,2	69	36	-4,5	-0,1
Schleswig-Holstein	91	90	90	85,5	87,2	78	31	-1,6	+0,2
Thüringen	81	79	80	86,0	84,1	67	37	-0,7	+1,5
<b>Deutschland</b>	<b>2 686</b>	<b>2 740</b>	<b>2 701</b>	<b>86,4</b>	<b>84,9</b>	<b>2 293</b>	<b>33</b>	<b>+0,6</b>	<b>-1,4</b>
Westdeutschland	2 084	2 133	2 106	85,9	84,6	1 782	32	+1,1	-1,3
Ostdeutschland	601	606	595	88,0	86,0	511	37	-1,1	-1,9

1) Durch Umstellung auf eine neue Stichprobe sowie durch Sondereffekte im Kontext der Bevölkerungsentwicklung ist die Vergleichbarkeit der Mikrozensusergebnisse für das Berichtsjahr 2016 mit den Vorjahren eingeschränkt.

Quelle: Mikrozensus

# Erwerbstätigkeit

## 12. Erwerbstätige (am Wohnort)

Land	Erwerbstätige insgesamt			Frauenanteil	Selbstständigenquote		Veränderung insgesamt <sup>1)</sup>	
	2011	2015	2016		2015	2016	2016/2011	2016/2015
	Anzahl in 1 000			%				
Baden-Württemberg	5 334	5 653	5 790	46,3	9,9	9,1	+8,6	+2,4
Bayern	6 407	6 715	6 889	46,4	10,7	10,6	+7,5	+2,6
Berlin	1 530	1 656	1 740	47,7	16,4	15,4	+13,7	+5,1
Brandenburg	1 206	1 204	1 251	47,5	10,6	10,3	+3,7	+3,8
Bremen	298	304	327	45,7	9,3	9,2	+9,9	+7,6
Hamburg	856	912	939	47,8	12,7	12,9	+9,6	+3,0
Hessen	2 954	3 050	3 121	46,2	10,8	10,1	+5,6	+2,3
Mecklenburg-Vorpommern	765	743	760	47,3	9,2	8,4	-0,6	+2,2
<b>Niedersachsen</b>	<b>3 689</b>	<b>3 843</b>	<b>3 900</b>	<b>46,1</b>	<b>9,4</b>	<b>9,1</b>	<b>+5,7</b>	<b>+1,5</b>
Nordrhein-Westfalen	8 096	8 361	8 619	46,4	9,8	9,5	+6,5	+3,1
Rheinland-Pfalz	1 931	1 999	2 055	46,5	9,7	9,8	+6,4	+2,8
Saarland	447	460	481	46,7	7,8	8,8	+7,6	+4,5
Sachsen	1 906	1 936	1 982	46,5	10,2	10,4	+4,0	+2,4
Sachsen-Anhalt	1 078	1 041	1 044	46,8	8,6	7,8	-3,1	+0,3
Schleswig-Holstein	1 333	1 370	1 389	47,2	11,0	11,0	+4,2	+1,3
Thüringen	1 085	1 031	1 053	46,6	9,1	9,2	-2,9	+2,1
<b>Deutschland</b>	<b>38 916</b>	<b>40 279</b>	<b>41 339</b>	<b>46,5</b>	<b>10,3</b>	<b>10,0</b>	<b>+6,2</b>	<b>+2,6</b>
Westdeutschland	31 345	32 667	33 509	46,4	10,1	9,8	+6,9	+2,6
Ostdeutschland	7 570	7 612	7 830	47,1	11,2	10,8	+3,4	+2,9

1) Durch Umstellung auf eine neue Stichprobe sowie durch Sondereffekte im Kontext der Bevölkerungsentwicklung ist die Vergleichbarkeit der Mikrozensusergebnisse für das Berichtsjahr 2016 mit den Vorjahren eingeschränkt.

Quelle: Mikrozensus

## 13. Erwerbstätigenquoten

Land	Erwerbstätigenquote der Frauen (15 bis unter 65 Jahre)			Erwerbstätigenquote der Männer (15 bis unter 65 Jahre)			Veränderung der Erwerbstätigenquote	
	2011	2015	2016	2011	2015	2016	von Frauen	von Männern
	%						2016/2015 <sup>1)</sup>	
Baden-Württemberg	70,1	72,3	73,3	80,5	81,0	81,0	+1,0	+0,1
Bayern	70,5	72,9	73,6	81,3	81,8	82,0	+0,7	+0,1
Berlin	65,0	66,4	68,8	69,4	71,4	74,0	+2,4	+2,7
Brandenburg	72,5	72,9	74,9	75,4	77,0	77,6	+2,0	+0,5
Bremen	64,0	65,0	67,0	70,0	70,5	74,2	+2,0	+3,7
Hamburg	69,5	72,0	72,3	77,4	77,8	78,5	+0,3	+0,7
Hessen	67,5	68,9	69,3	78,7	78,0	78,2	+0,4	+0,2
Mecklenburg-Vorpommern	68,4	69,8	71,1	73,7	73,2	73,0	+1,3	-0,2
<b>Niedersachsen</b>	<b>66,6</b>	<b>69,1</b>	<b>69,0</b>	<b>77,2</b>	<b>77,6</b>	<b>77,3</b>	<b>-0,1</b>	<b>-0,3</b>
Nordrhein-Westfalen	63,6	66,0	66,8	75,3	75,3	75,6	+0,8	+0,3
Rheinland-Pfalz	66,8	69,1	70,6	78,4	78,6	78,0	+1,5	-0,6
Saarland	61,7	65,9	68,5	73,0	74,2	75,0	+2,6	+0,8
Sachsen	70,7	73,1	74,0	75,9	76,7	78,6	+0,9	+1,9
Sachsen-Anhalt	70,0	71,5	71,2	75,1	74,5	74,4	-0,3	-0,1
Schleswig-Holstein	68,0	70,3	70,5	76,7	78,3	77,3	+0,2	-1,0
Thüringen	71,5	71,8	73,4	77,5	75,9	77,2	+1,6	+1,3
<b>Deutschland</b>	<b>67,7</b>	<b>69,8</b>	<b>70,6</b>	<b>77,3</b>	<b>77,7</b>	<b>78,0</b>	<b>+0,8</b>	<b>+0,3</b>
Westdeutschland	67,3	69,6	70,3	78,1	78,4	78,5	+0,7	+0,1
Ostdeutschland	69,5	70,8	72,1	74,3	74,8	76,1	+1,4	+1,3

1) Durch Umstellung auf eine neue Stichprobe sowie durch Sondereffekte im Kontext der Bevölkerungsentwicklung ist die Vergleichbarkeit der Mikrozensusergebnisse für das Berichtsjahr 2016 mit den Vorjahren eingeschränkt.

Quelle: Mikrozensus

#### 14. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort)<sup>1)</sup>

Land	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt (30.06.)			Darunter Frauen			Anteil der Frauen	Veränderung insgesamt	
	2011	2015	2016 <sup>2)</sup>	2011	2015	2016 <sup>2)</sup>		2016/2011	2016/2015
	Anzahl						%		
Baden-Württemberg	4 004 944	4 359 864	4 451 187	1 787 328	1 969 586	2 009 962	45,2	+11,1	+2,1
Bayern	4 737 164	5 184 918	5 308 747	2 146 873	2 374 588	2 431 435	45,8	+12,1	+2,4
Berlin	1 157 088	1 311 413	1 365 639	594 677	668 195	690 743	50,6	+18,0	+4,1
Brandenburg	774 226	806 025	816 778	374 272	390 998	395 177	48,4	+5,5	+1,3
Bremen	293 122	311 190	319 041	127 690	137 323	139 895	43,8	+8,8	+2,5
Hamburg	836 672	912 762	932 219	386 678	425 190	434 222	46,6	+11,4	+2,1
Hessen	2 248 964	2 408 926	2 457 858	1 012 052	1 096 857	1 118 032	45,5	+9,3	+2,0
Mecklenburg-Vorpommern	537 752	553 845	559 531	276 697	286 053	287 063	51,3	+4,1	+1,0
<b>Niedersachsen</b>	<b>2 557 759</b>	<b>2 784 011</b>	<b>2 820 257</b>	<b>1 148 292</b>	<b>1 270 599</b>	<b>1 290 553</b>	<b>45,8</b>	<b>+10,3</b>	<b>+1,3</b>
Nordrhein-Westfalen	6 030 050	6 407 112	6 532 721	2 660 680	2 890 929	2 955 835	45,2	+8,3	+2,0
Rheinland-Pfalz	1 260 787	1 345 402	1 361 894	575 288	626 543	635 310	46,6	+8,0	+1,2
Saarland	363 065	377 088	378 477	157 593	169 471	171 289	45,3	+4,2	+0,4
Sachsen	1 451 237	1 530 094	1 553 509	711 323	751 415	761 078	49,0	+7,0	+1,5
Sachsen-Anhalt	771 172	776 293	782 541	380 102	387 110	388 433	49,6	+1,5	+0,8
Schleswig-Holstein	853 976	914 529	939 248	403 752	438 487	449 565	47,9	+10,0	+2,7
Thüringen	763 244	786 098	792 509	367 807	383 039	385 374	48,6	+3,8	+0,8
<b>Deutschland<sup>3)</sup></b>	<b>28 643 583</b>	<b>30 771 297</b>	<b>31 373 691</b>	<b>13 112 153</b>	<b>14 267 125</b>	<b>14 544 681</b>	<b>46,4</b>	<b>+9,5</b>	<b>+2,0</b>
Westdeutschland	23 186 503	25 005 802	25 501 649	10 406 226	11 399 573	11 636 098	45,6	+10,0	+2,0
Ostdeutschland	5 454 719	5 763 768	5 870 507	2 704 878	2 866 810	2 907 868	49,5	+7,6	+1,9

1) Daten nach einer rückwirkenden Revision in der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit im August 2014.

2) Aufgrund von Datenverarbeitungsfehlern sind nach den aktuell vorliegenden Erkenntnissen die endgültigen Werte des Berichtsmonats Juni 2016 leicht untererfasst.

3) Einschließlich Beschäftigten, die keinem Land zuzuordnen waren, sowie ohne Angabe des Landes.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Stand: Juli 2017

#### 15. Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte (am Arbeitsort)<sup>1)</sup>

Land	Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte ohne Beschäftigte im Nebenjob insgesamt (30.06.)			Darunter Frauen			Anteil der Frauen	Veränderung insgesamt	
	2011	2015	2016 <sup>2)</sup>	2011	2015	2016 <sup>2)</sup>		2016/2011	2016/2015
	Anzahl						%		
Baden-Württemberg	725 153	706 361	700 739	489 121	459 554	451 085	64,4	-3,4	-0,8
Bayern	777 693	774 988	770 745	541 678	519 657	511 530	66,4	-0,9	-0,5
Berlin	152 109	145 844	146 718	83 644	80 034	79 986	54,5	-3,5	+0,6
Brandenburg	103 473	91 875	91 671	58 246	50 497	49 985	54,5	-11,4	-0,2
Bremen	47 836	47 953	46 290	29 576	28 768	27 426	59,2	-3,2	-3,5
Hamburg	105 560	105 366	104 379	65 051	63 324	62 792	60,2	-1,1	-0,9
Hessen	382 758	379 346	377 880	252 881	241 583	238 364	63,1	-1,3	-0,4
Mecklenburg-Vorpommern	67 899	64 599	64 202	37 599	34 286	33 826	52,7	-5,4	-0,6
<b>Niedersachsen</b>	<b>531 417</b>	<b>512 458</b>	<b>509 885</b>	<b>359 886</b>	<b>332 539</b>	<b>326 508</b>	<b>64,0</b>	<b>-4,1</b>	<b>-0,5</b>
Nordrhein-Westfalen	1 289 889	1 235 911	1 221 009	863 398	795 161	778 524	63,8	-5,3	-1,2
Rheinland-Pfalz	264 888	264 684	264 361	180 296	172 007	169 500	64,1	-0,2	-0,1
Saarland	71 798	69 140	68 571	48 922	44 473	43 458	63,4	-4,5	-0,8
Sachsen	181 595	163 254	159 728	106 443	91 931	88 115	55,2	-12,0	-2,2
Sachsen-Anhalt	90 286	80 132	78 645	54 332	45 782	44 458	56,5	-12,9	-1,9
Schleswig-Holstein	181 864	176 539	176 258	117 282	108 987	107 609	61,1	-3,1	-0,2
Thüringen	89 692	82 430	82 081	53 254	46 202	45 575	55,5	-8,5	-0,4
<b>Deutschland<sup>3)</sup></b>	<b>5 065 623</b>	<b>4 902 198</b>	<b>4 864 378</b>	<b>3 342 816</b>	<b>3 115 680</b>	<b>3 059 532</b>	<b>62,9</b>	<b>-4,0</b>	<b>-0,8</b>
Westdeutschland	4 378 856	4 272 746	4 240 117	2 948 091	2 766 053	2 716 796	64,1	-3,2	-0,8
Ostdeutschland	685 054	628 134	623 045	393 518	348 732	341 945	54,9	-9,1	-0,8

1) Daten nach einer rückwirkenden Revision in der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit im August 2014.

2) Aufgrund von Datenverarbeitungsfehlern sind nach den aktuell vorliegenden Erkenntnissen die endgültigen Werte des Berichtsmonats Juni 2016 leicht untererfasst.

3) Einschließlich Beschäftigten, die keinem Land zuzuordnen waren, sowie ohne Angabe des Landes.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Stand: August 2017

## 16. Erwerbstätige (am Wohnort) mit Hochschul- und Fachhochschulabschluss sowie Promotion

Land	Erwerbstätige mit Hochschul- und Fachhochschulabschluss sowie Promotion insgesamt			Darunter Frauen	Anteil an allen Erwerbstätigen			Veränderung insgesamt <sup>1)</sup>	
	2011	2015	2016		2011	2015	2016	2016/2011	2016/2015
	Anzahl in 1 000				%				
Baden-Württemberg	954	1 177	1 246	521	17,9	20,8	21,5	+30,5	+5,8
Bayern	1 127	1 362	1 427	601	17,6	20,3	20,7	+26,6	+4,8
Berlin	458	564	629	306	29,9	34,1	36,2	+37,5	+11,6
Brandenburg	187	216	226	114	15,5	18,0	18,1	+20,5	+4,5
Bremen	62	72	77	36	20,7	23,5	23,5	+24,6	+7,4
Hamburg	220	297	311	148	25,7	32,6	33,1	+41,4	+4,7
Hessen	590	708	737	319	20,0	23,2	23,6	+24,9	+4,1
Mecklenburg-Vorpommern	102	116	120	61	13,4	15,6	15,7	+16,9	+3,5
<b>Niedersachsen</b>	<b>563</b>	<b>676</b>	<b>670</b>	<b>297</b>	<b>15,3</b>	<b>17,6</b>	<b>17,2</b>	<b>+19,0</b>	<b>-0,9</b>
Nordrhein-Westfalen	1 377	1 632	1 774	797	17,0	19,5	20,6	+28,8	+8,7
Rheinland-Pfalz	298	350	367	164	15,4	17,5	17,9	+23,4	+4,9
Saarland	67	74	83	35	15,0	16,2	17,3	+24,2	+11,5
Sachsen	322	379	388	181	16,9	19,6	19,6	+20,4	+2,3
Sachsen-Anhalt	139	161	153	75	12,9	15,5	14,7	+10,0	-4,8
Schleswig-Holstein	204	241	254	109	15,3	17,6	18,3	+24,5	+5,3
Thüringen	154	156	167	78	14,2	15,2	15,9	+8,4	+7,2
<b>Deutschland</b>	<b>6 825</b>	<b>8 181</b>	<b>8 629</b>	<b>3 841</b>	<b>17,5</b>	<b>20,3</b>	<b>20,9</b>	<b>+26,4</b>	<b>+5,5</b>
Westdeutschland	5 461	6 589	6 945	3 027	17,4	20,2	20,7	+27,2	+5,4
Ostdeutschland	1 364	1 592	1 684	815	18,0	20,9	21,5	+23,5	+5,7

1) Durch Umstellung auf eine neue Stichprobe sowie durch Sondereffekte im Kontext der Bevölkerungsentwicklung ist die Vergleichbarkeit der Mikrozensusergebnisse für das Berichtsjahr 2016 mit den Vorjahren eingeschränkt.

Quelle: Mikrozensus

## 17. Arbeitslose und Arbeitslosenquote (Jahresdurchschnitt)

Land	Arbeitslose			Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen			Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit)	Veränderung der Arbeitslosenzahl	
	2011	2015	2016	2011	2015	2016		2016/2011	2016/2015
	Anzahl			%					
Baden-Württemberg	226 918	227 098	226 421	4,0	3,8	3,8	4,9	-0,2	-0,3
Bayern	254 359	256 527	250 623	3,8	3,6	3,5	4,7	-1,5	-2,3
Berlin	228 838	194 812	181 018	13,3	10,7	9,8	13,1	-20,9	-7,1
Brandenburg	143 190	114 873	105 555	10,7	8,7	8,0	10,4	-26,3	-8,1
Bremen	37 455	37 355	36 393	11,6	10,9	10,5	13,9	-2,8	-2,6
Hamburg	72 448	73 291	70 666	7,8	7,4	7,1	9,6	-2,5	-3,6
Hessen	182 583	177 944	172 826	5,9	5,5	5,3	6,8	-5,3	-2,9
Mecklenburg-Vorpommern	107 543	86 095	80 389	12,5	10,4	9,7	12,7	-25,2	-6,6
<b>Niedersachsen</b>	<b>274 707</b>	<b>256 434</b>	<b>252 574</b>	<b>6,9</b>	<b>6,1</b>	<b>6,0</b>	<b>7,7</b>	<b>-8,1</b>	<b>-1,5</b>
Nordrhein-Westfalen	728 797	744 228	725 653	8,1	8,0	7,7	9,9	-0,4	-2,5
Rheinland-Pfalz	111 074	112 882	111 436	5,3	5,2	5,1	6,6	+0,3	-1,3
Saarland	34 491	36 895	37 103	6,8	7,2	7,2	10,1	+7,6	+0,6
Sachsen	226 887	174 319	157 862	10,6	8,2	7,5	9,6	-30,4	-9,4
Sachsen-Anhalt	139 310	118 852	110 263	11,6	10,2	9,6	12,8	-20,9	-7,2
Schleswig-Holstein	103 714	97 850	94 977	7,2	6,5	6,3	8,2	-8,4	-2,9
Thüringen	104 174	85 212	77 215	8,8	7,4	6,7	8,8	-25,9	-9,4
<b>Deutschland</b>	<b>2 976 488</b>	<b>2 794 664</b>	<b>2 690 975</b>	<b>7,1</b>	<b>6,4</b>	<b>6,1</b>	<b>8,0</b>	<b>-9,6</b>	<b>-3,7</b>
Westdeutschland	2 026 545	2 020 503	1 978 672	6,0	5,7	5,6	7,2	-2,4	-2,1
Ostdeutschland	949 943	774 162	712 303	11,3	9,2	8,5	11,1	-25,0	-8,0

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Stand: Februar 2017

## 18. Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren (Jahresdurchschnitt)

Land	Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren			Arbeitslosenquote von Jugendlichen unter 25 Jahren bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen <sup>1)</sup>				Veränderung der Zahl der arbeitslosen Jugendlichen	
				insgesamt		männlich	weiblich		
	2011	2015	2016	2015	2016		2016/2011	2016/2015	
	Anzahl			%					
Baden-Württemberg	18 455	19 211	20 524	2,8	2,9	3,4	2,4	+11,2	+6,8
Bayern	23 773	25 022	25 908	3,1	3,2	3,7	2,5	+9,0	+3,5
Berlin	21 782	15 092	13 961	10,0	9,5	11,4	7,7	-35,9	-7,5
Brandenburg	13 470	6 751	6 802	7,5	8,2	9,4	6,8	-49,5	+0,8
Bremen	3 476	3 367	3 429	9,4	9,6	11,1	7,9	-1,3	+1,9
Hamburg	5 338	5 372	5 401	5,7	5,6	6,9	4,4	+1,2	+0,5
Hessen	17 502	16 414	16 621	5,0	5,0	5,7	4,2	-5,0	+1,3
Mecklenburg-Vorpommern	10 977	6 334	6 547	9,6	10,9	12,6	8,9	-40,4	+3,4
<b>Niedersachsen</b>	<b>26 928</b>	<b>25 113</b>	<b>26 405</b>	<b>5,5</b>	<b>5,7</b>	<b>6,5</b>	<b>4,8</b>	<b>-1,9</b>	<b>+5,1</b>
Nordrhein-Westfalen	69 063	66 226	66 506	6,6	6,6	7,6	5,5	-3,7	+0,4
Rheinland-Pfalz	12 037	11 511	11 762	4,6	4,7	5,4	3,9	-2,3	+2,2
Saarland	3 094	3 293	3 378	6,0	6,2	7,4	4,8	+9,2	+2,6
Sachsen	20 777	11 188	10 889	6,8	7,2	8,1	6,2	-47,6	-2,7
Sachsen-Anhalt	12 863	8 068	7 978	9,2	9,9	10,9	8,8	-38,0	-1,1
Schleswig-Holstein	11 075	9 996	9 745	6,1	5,9	6,9	4,8	-12,0	-2,5
Thüringen	8 495	5 589	5 313	6,5	6,7	7,2	6,1	-37,5	-4,9
<b>Deutschland</b>	<b>279 102</b>	<b>238 547</b>	<b>241 168</b>	<b>5,3</b>	<b>5,3</b>	<b>6,2</b>	<b>4,4</b>	<b>-13,6</b>	<b>+1,1</b>
Westdeutschland	190 739	185 525	189 678	4,8	4,8	5,6	4,0	-0,6	+2,2
Ostdeutschland	88 363	53 022	51 490	8,2	8,6	9,8	7,3	-41,7	-2,9

1) Der entsprechenden Altersgruppe.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Stand: Februar 2017

# Wirtschaft und Einkommen

## 19. Bruttoinlandsprodukt

Land	Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen			Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen <sup>1)</sup>			Veränderung des Bruttoinlandsprodukts insgesamt (real)	
	2011	2015	2016	2011	2015	2016 <sup>2)</sup>	2016/2011	2016/2015
	Mio. €			€			%	
Baden-Württemberg	405 955	460 246	476 760	69 991	75 715	77 414	+8,0	+2,2
Bayern	480 472	548 360	567 972	69 553	75 387	76 859	+8,3	+2,1
Berlin	108 143	123 819	129 454	63 330	67 176	68 402	+8,0	+2,7
Brandenburg	57 740	66 350	68 508	53 284	61 264	62 252	+8,8	+1,7
Bremen	27 665	31 171	32 259	67 629	74 249	76 021	+6,5	+2,2
Hamburg	95 872	108 125	110 674	83 475	89 857	90 398	+5,9	+1,3
Hessen	235 576	262 159	269 390	73 101	78 604	79 795	+4,9	+1,5
Mecklenburg-Vorpommern	36 263	40 183	41 429	48 925	54 027	55 670	+3,1	+1,3
<b>Niedersachsen</b>	<b>235 886</b>	<b>256 705</b>	<b>264 087</b>	<b>61 993</b>	<b>64 853</b>	<b>65 981</b>	<b>+2,4</b>	<b>+1,4</b>
Nordrhein-Westfalen	588 785	648 714	669 676	66 041	70 542	72 072	+4,9	+1,8
Rheinland-Pfalz	119 608	135 438	139 452	61 948	68 177	69 699	+7,2	+1,5
Saarland	32 033	34 625	35 103	61 242	66 676	67 098	+0,8	+0,0
Sachsen	99 510	113 549	118 457	50 174	56 379	58 142	+8,5	+2,7
Sachsen-Anhalt	52 042	57 868	59 378	50 738	57 633	58 910	+4,7	+1,0
Schleswig-Holstein	76 597	86 714	89 227	57 994	63 984	64 857	+6,7	+1,4
Thüringen	50 972	58 793	60 843	48 445	56 403	58 200	+8,6	+1,8
<b>Deutschland</b>	<b>2 703 120</b>	<b>3 032 820</b>	<b>3 132 670</b>	<b>65 015</b>	<b>70 437</b>	<b>71 858</b>	<b>+6,3</b>	<b>+1,9</b>
Westdeutschland	2 298 449	2 572 257	2 654 601	67 635	72 814	74 219	+6,1	+1,8
Ostdeutschland	404 671	460 563	478 069	53 291	59 578	61 072	+7,4	+2,1

1) Die Zahl der Erwerbstätigen beruht auf dem Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom Mai 2017.

2) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen der Arbeitskreise VGRdL und ETR (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Erwerbstätigenrechnung).

## 20. Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder<sup>1)</sup>

Land	Erwerbstätige (am Arbeitsort) insgesamt			Anteil der Wirtschaftsbereiche			Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen	
				Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produzie- rendes Gewerbe	Dienst- leistungen		
	2011	2015	2016				2016/2011	2016/2015
Anzahl in 1 000			%					
Baden-Württemberg	5 800	6 079	6 159	1,1	30,9	68,0	+6,2	+1,3
Bayern	6 908	7 274	7 390	1,7	27,4	70,9	+7,0	+1,6
Berlin	1 708	1 843	1 893	0,0	11,6	88,4	+10,8	+2,7
Brandenburg	1 084	1 083	1 101	2,9	22,4	74,8	+1,6	+1,6
Bremen	409	420	424	0,1	19,2	80,7	+3,7	+1,1
Hamburg	1 149	1 203	1 224	0,1	12,7	87,2	+6,6	+1,7
Hessen	3 223	3 335	3 376	0,9	21,2	77,9	+4,8	+1,2
Mecklenburg-Vorpommern	741	744	744	3,1	18,7	78,3	+0,4	+0,1
<b>Niedersachsen</b>	<b>3 805</b>	<b>3 958</b>	<b>4 002</b>	<b>2,6</b>	<b>23,5</b>	<b>73,9</b>	<b>+5,2</b>	<b>+1,1</b>
Nordrhein-Westfalen	8 915	9 196	9 292	0,9	22,5	76,5	+4,2	+1,0
Rheinland-Pfalz	1 931	1 987	2 001	2,1	25,6	72,3	+3,6	+0,7
Saarland	523	519	523	0,4	26,8	72,8	+0,0	+0,7
Sachsen	1 983	2 014	2 037	1,4	26,9	71,7	+2,7	+1,2
Sachsen-Anhalt	1 026	1 004	1 008	2,2	25,8	72,0	-1,7	+0,4
Schleswig-Holstein	1 321	1 355	1 376	2,4	19,3	78,2	+4,2	+1,5
Thüringen	1 052	1 042	1 045	1,9	29,7	68,4	-0,6	+0,3
<b>Deutschland</b>	<b>41 577</b>	<b>43 057</b>	<b>43 595</b>	<b>1,4</b>	<b>24,2</b>	<b>74,4</b>	<b>+4,9</b>	<b>+1,2</b>
Westdeutschland	33 983	35 327	35 767	1,4	24,7	73,9	+5,2	+1,2
Ostdeutschland	7 594	7 730	7 828	1,6	22,0	76,4	+3,1	+1,3

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom Mai 2017; die Daten sind nicht mit Ergebnissen früherer Veröffentlichungen vergleichbar.

## 21. Bruttowertschöpfung (BWS) der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Land	Bruttowertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei in jeweiligen Preisen			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2011	2015	2016	2011	2016		€	2016/2011	2016/2015
	Mio. €			%				%	
Baden-Württemberg	1 939	1 673	1 730	0,5	0,4	9,6	26 029	-13,0	+1,3
Bayern	4 112	3 394	3 493	1,0	0,7	19,5	27 313	-16,6	+2,6
Berlin	5	4	5	0,0	0,0	0,0	9 811	-16,8	+0,6
Brandenburg	872	737	733	1,7	1,2	4,1	23 269	-16,3	-1,6
Bremen	10	15	14	0,0	0,0	0,1	33 422	+43,9	-5,9
Hamburg	77	49	51	0,1	0,1	0,3	28 708	-34,8	+0,6
Hessen	850	678	691	0,4	0,3	3,9	23 929	-17,8	+1,3
Mecklenburg-Vorpommern	935	892	794	2,9	2,1	4,4	34 907	-15,7	-12,1
<b>Niedersachsen</b>	<b>3 530</b>	<b>3 342</b>	<b>3 556</b>	<b>1,7</b>	<b>1,5</b>	<b>19,8</b>	<b>34 416</b>	<b>-3,6</b>	<b>+0,3</b>
Nordrhein-Westfalen	2 529	2 278	2 416	0,5	0,4	13,5	28 612	-8,7	+0,0
Rheinland-Pfalz	1 367	1 465	1 501	1,3	1,2	8,4	35 198	+5,8	-2,4
Saarland	59	49	46	0,2	0,1	0,3	21 248	-20,5	-4,9
Sachsen	937	628	651	1,0	0,6	3,6	22 357	-31,4	+2,0
Sachsen-Anhalt	1 003	775	836	2,1	1,6	4,7	38 038	-17,4	+5,6
Schleswig-Holstein	939	863	884	1,4	1,1	4,9	26 255	-7,1	+0,2
Thüringen	804	509	535	1,8	1,0	3,0	27 367	-33,9	+4,6
<b>Deutschland</b>	<b>19 967</b>	<b>17 351</b>	<b>17 935</b>	<b>0,8</b>	<b>0,6</b>	<b>100</b>	<b>29 068</b>	<b>-12,4</b>	<b>+0,3</b>
Westdeutschland	15 411	13 806	14 382	0,7	0,6	80,2	29 252	-9,4	+0,7
Ostdeutschland	4 556	3 545	3 553	1,3	0,8	19,8	28 347	-22,6	-1,1

## 22. Bruttowertschöpfung (BWS) im Produzierenden Gewerbe

Land	Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe in jeweiligen Preisen			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2011	2015	2016	2011	2016		€	2016/2011	2016/2015
	Mio. €			%				%	
Baden-Württemberg	143 034	166 199	172 126	39,2	40,1	20,0	90 416	+10,0	+2,1
Bayern	146 770	169 431	176 553	34,0	34,5	20,6	87 203	+10,2	+2,7
Berlin	17 025	17 235	18 005	17,5	15,4	2,1	81 857	-4,4	+1,9
Brandenburg	13 926	16 229	16 824	26,9	27,3	2,0	68 395	+12,5	+1,9
Bremen	6 586	7 584	8 201	26,5	28,2	1,0	100 598	+15,7	+6,8
Hamburg	13 818	16 965	17 639	16,0	17,7	2,1	113 872	+19,0	+2,2
Hessen	52 527	57 516	58 849	24,8	24,3	6,9	82 052	+3,0	+0,9
Mecklenburg-Vorpommern	6 715	7 891	8 282	20,6	22,2	1,0	59 553	+10,2	+2,4
<b>Niedersachsen</b>	<b>67 740</b>	<b>70 959</b>	<b>72 980</b>	<b>32,0</b>	<b>30,7</b>	<b>8,5</b>	<b>77 450</b>	<b>-0,7</b>	<b>+1,4</b>
Nordrhein-Westfalen	153 096	162 503	165 830	28,9	27,5	19,3	79 147	+1,5	+0,8
Rheinland-Pfalz	37 050	41 795	43 081	34,5	34,3	5,0	84 273	+7,3	+1,9
Saarland	10 163	11 391	11 345	35,3	35,9	1,3	80 860	+2,9	-1,4
Sachsen	27 445	32 772	34 337	30,7	32,2	4,0	62 682	+14,0	+2,9
Sachsen-Anhalt	14 812	17 084	17 440	31,7	32,6	2,0	67 014	+9,8	+0,8
Schleswig-Holstein	16 240	18 724	18 923	23,6	23,6	2,2	71 260	+6,7	-0,9
Thüringen	15 241	17 936	18 668	33,3	34,1	2,2	60 139	+11,2	+2,3
<b>Deutschland</b>	<b>742 187</b>	<b>832 214</b>	<b>859 082</b>	<b>30,6</b>	<b>30,5</b>	<b>100</b>	<b>81 352</b>	<b>+6,6</b>	<b>+1,8</b>
Westdeutschland	647 023	723 067	745 526	31,3	31,2	86,8	84 369	+6,2	+1,7
Ostdeutschland	95 164	109 147	113 556	26,2	26,4	13,2	65 888	+9,1	+2,1

## 23. Bruttowertschöpfung (BWS) der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche

Land	Bruttowertschöpfung der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche in jeweiligen Preisen			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2011	2015	2016	2011	2016		€	2016/2011	2016/2015
	Mio. €			%				%	
Baden-Württemberg	219 676	246 369	255 472	60,2	59,5	13,1	60 995	+6,6	+2,3
Bayern	280 703	320 721	331 419	65,0	64,8	17,0	63 281	+7,4	+1,7
Berlin	80 109	94 203	98 565	82,5	84,6	5,1	58 946	+10,4	+2,8
Brandenburg	37 068	42 752	44 136	71,5	71,5	2,3	53 627	+7,8	+1,6
Bremen	18 254	20 457	20 835	73,5	71,7	1,1	60 849	+3,0	+0,5
Hamburg	72 222	80 303	81 974	83,9	82,3	4,2	76 782	+3,2	+1,0
Hessen	158 230	177 760	183 049	74,8	75,5	9,4	69 601	+5,4	+1,7
Mecklenburg-Vorpommern	24 923	27 384	28 232	76,5	75,7	1,5	48 475	+1,6	+1,4
<b>Niedersachsen</b>	<b>140 614</b>	<b>156 744</b>	<b>161 278</b>	<b>66,4</b>	<b>67,8</b>	<b>8,3</b>	<b>54 543</b>	<b>+3,9</b>	<b>+1,4</b>
Nordrhein-Westfalen	373 251	419 088	434 806	70,6	72,1	22,4	61 136	+6,2	+2,2
Rheinland-Pfalz	69 022	78 640	80 997	64,2	64,5	4,2	55 978	+6,9	+1,4
Saarland	18 552	19 724	20 220	64,5	64,0	1,0	53 112	-0,6	+0,9
Sachsen	61 003	68 799	71 684	68,2	67,2	3,7	49 083	+6,4	+2,5
Sachsen-Anhalt	30 932	34 225	35 195	66,2	65,8	1,8	48 496	+2,8	+1,0
Schleswig-Holstein	51 624	58 459	60 543	75,0	75,3	3,1	56 239	+6,8	+2,1
Thüringen	29 741	34 471	35 586	65,0	65,0	1,8	49 741	+8,1	+1,4
<b>Deutschland</b>	<b>1 665 924</b>	<b>1 880 097</b>	<b>1 943 991</b>	<b>68,6</b>	<b>68,9</b>	<b>100</b>	<b>59 966</b>	<b>+6,1</b>	<b>+1,9</b>
Westdeutschland	1 402 148	1 578 263	1 630 594	67,9	68,2	83,9	61 674	+5,9	+1,8
Ostdeutschland	263 776	301 834	313 397	72,6	72,8	16,1	52 415	+7,1	+2,1

## 24. Unternehmensinsolvenzen

Land	Unternehmensinsolvenzen			Unternehmensinsolvenzen je 10 000 Unternehmen <sup>1)</sup>		Veränderung der Zahl der Unternehmensinsolvenzen	
	2011	2015	2016	2011	2016 <sup>2)</sup>	2016/2011	2016/2015
	Anzahl					%	
Baden-Württemberg	2 284	1 869	1 672	51,4	37,2	-26,8	-10,5
Bayern	3 413	3 195	2 738	57,8	45,0	-19,8	-14,3
Berlin	1 385	1 407	1 369	100,8	92,2	-1,2	-2,7
Brandenburg	629	431	522	70,0	56,0	-17,0	+21,1
Bremen	253	218	213	112,0	93,8	-15,8	-2,3
Hamburg	745	802	907	82,9	98,3	+21,7	+13,1
Hessen	1 681	1 501	1 421	67,2	57,4	-15,5	-5,3
Mecklenburg-Vorpommern	433	323	304	78,9	54,8	-29,8	-5,9
<b>Niedersachsen</b>	<b>2 472</b>	<b>1 853</b>	<b>1 850</b>	<b>91,0</b>	<b>66,9</b>	<b>-25,2</b>	<b>-0,2</b>
Nordrhein-Westfalen	11 215	7 347	6 547	167,8	98,0	-41,6	-10,9
Rheinland-Pfalz	1 225	894	777	78,6	50,1	-36,6	-13,1
Saarland	420	307	327	119,4	93,7	-22,1	+6,5
Sachsen	1 587	1 004	1 060	106,5	71,0	-33,2	+5,6
Sachsen-Anhalt	772	561	516	115,0	78,4	-33,2	-8,0
Schleswig-Holstein	1 104	1 027	956	98,8	83,6	-13,4	-6,9
Thüringen	481	362	339	63,1	45,5	-29,5	-6,4
<b>Deutschland</b>	<b>30 099</b>	<b>23 101</b>	<b>21 518</b>	<b>93,6</b>	<b>66,1</b>	<b>-28,5</b>	<b>-6,9</b>
Westdeutschland	24 812	19 013	17 408	94,0	65,2	-29,8	-8,4
Ostdeutschland	5 287	4 088	4 110	92,0	70,1	-22,3	+0,5

1) Ohne steuerpflichtige Unternehmen mit Umsätzen unter 17 500 Euro.

2) Bezogen auf die Zahl der Unternehmen im Jahr 2015.



## 25. Umsatzsteuerpflichtige kleine und mittlere Unternehmen (KMU)<sup>1)</sup>

Land	KMU insgesamt	Darunter Kleinstunternehmen	Lieferungen und Leistungen aller Unternehmen	Darunter Lieferungen und Leistungen der KMU	KMU-Anteil			Anteil der Kleinstunternehmen	Veränderung des KMU-Anteils				
					an Lieferungen und Leistungen aller Unternehmen								
					2015				2010	2014	2015	2015/2010	2015/2014
					Anzahl		Mio. €		%				
Baden-Württemberg	447 248	416 960	1 040 609	335 468	33,9	33,1	32,2	10,0	-4,8	-2,5			
Bayern	606 185	570 651	1 012 002	396 191	40,1	39,3	39,1	13,3	-2,3	-0,4			
Berlin	148 101	141 330	202 374	76 721	40,4	37,1	37,9	14,9	-6,2	+2,2			
Brandenburg	93 000	88 270	80 762	50 700	61,3	62,8	62,8	23,9	+2,3	+0,0			
Bremen	22 525	20 431	67 693	23 531	37,6	33,5	34,8	7,9	-7,6	+3,8			
Hamburg	91 632	84 881	406 964	73 171	17,7	16,8	18,0	5,2	+1,5	+7,1			
Hessen	246 659	232 168	466 032	162 616	36,0	35,4	34,9	11,9	-3,1	-1,5			
Mecklenburg-Vorpommern	55 384	52 147	44 215	32 942	72,1	73,5	74,5	29,4	+3,3	+1,4			
<b>Niedersachsen</b>	<b>275 261</b>	<b>256 652</b>	<b>559 571</b>	<b>204 201</b>	<b>40,5</b>	<b>37,2</b>	<b>36,5</b>	<b>12,0</b>	<b>-9,9</b>	<b>-2,0</b>			
Nordrhein-Westfalen	665 092	621 544	1 408 945	488 197	34,2	34,8	34,6	10,8	+1,3	-0,3			
Rheinland-Pfalz	154 586	146 077	217 211	95 172	44,7	43,5	43,8	16,0	-2,0	+0,7			
Saarland	34 758	32 364	72 406	25 164	36,5	35,6	34,8	11,7	-4,7	-2,5			
Sachsen	148 984	141 098	127 718	85 806	67,3	67,6	67,2	24,7	-0,2	-0,6			
Sachsen-Anhalt	65 701	61 859	66 006	40 749	63,4	60,9	61,7	22,6	-2,7	+1,4			
Schleswig-Holstein	113 988	107 331	157 666	74 854	49,3	44,9	47,5	16,7	-3,7	+5,7			
Thüringen	74 375	70 139	59 568	44 745	77,9	76,4	75,1	26,7	-3,5	-1,7			
<b>Deutschland</b>	<b>3 243 479</b>	<b>3 043 902</b>	<b>5 989 743</b>	<b>2 210 228</b>	<b>37,8</b>	<b>37,0</b>	<b>36,9</b>	<b>12,3</b>	<b>-2,4</b>	<b>-0,2</b>			
Westdeutschland	2 657 934	2 489 059	5 409 099	1 878 565	35,6	34,8	34,7	11,3	-2,5	-0,3			
Ostdeutschland	585 545	554 843	580 644	331 663	59,0	56,9	57,1	21,5	-3,2	+0,4			

1) KMU = Unternehmen unter 50 Mio. Euro Jahresumsatz; Kleinstunternehmen: unter 2 Mio. Euro Jahresumsatz.

## 26. Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden			Anteil am Bundesgebiet		Umsatz je Beschäftigten 2016	Veränderung des Gesamtumsatzes		
	2011	2015	2016	2011	2016		2016/2011	2016/2015	
	Mio. €			%			€	%	
Baden-Württemberg	304 807	345 729	349 553	17,4	19,4	277 503	+14,7	+1,1	
Bayern <sup>1)</sup>	333 692	342 796	349 822	19,1	19,4	274 667	+4,8	+2,0	
Berlin	24 809	24 901	24 718	1,4	1,4	274 570	-0,4	-0,7	
Brandenburg	25 787	25 910	25 800	1,5	1,4	261 888	+0,1	-0,4	
Bremen	23 516	24 487	27 744	1,3	1,5	533 008	+18,0	+13,3	
Hamburg	85 064	70 914	68 567	4,9	3,8	797 425	-19,4	-3,3	
Hessen	112 541	110 406	109 838	6,4	6,1	270 893	-2,4	-0,5	
Mecklenburg-Vorpommern	12 979	14 900	14 611	0,7	0,8	255 536	+12,6	-1,9	
<b>Niedersachsen</b>	<b>192 087</b>	<b>202 904</b>	<b>204 671</b>	<b>11,0</b>	<b>11,4</b>	<b>375 270</b>	<b>+6,6</b>	<b>+0,9</b>	
Nordrhein-Westfalen	348 102	333 677	331 933	19,9	18,4	273 130	-4,6	-0,5	
Rheinland-Pfalz	88 564	91 840	91 996	5,1	5,1	316 367	+3,9	+0,2	
Saarland	27 390	28 222	27 506	1,6	1,5	305 405	+0,4	-2,5	
Sachsen	60 889	63 660	63 793	3,5	3,5	230 200	+4,8	+0,2	
Sachsen-Anhalt	42 760	39 996	39 193	2,4	2,2	297 917	-8,3	-2,0	
Schleswig-Holstein	34 741	36 019	35 975	2,0	2,0	290 081	+3,6	-0,1	
Thüringen	32 058	32 997	34 153	1,8	1,9	199 371	+6,5	+3,5	
<b>Deutschland</b>	<b>1 749 786</b>	<b>1 789 357</b>	<b>1 799 872</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>291 807</b>	<b>+2,9</b>	<b>+0,6</b>	
Westdeutschland	1 550 504	1 586 994	1 597 604	88,6	88,8	299 047	+3,0	+0,7	
Ostdeutschland	199 282	202 363	202 268	11,4	11,2	244 966	+1,5	-0,0	

1) Auf Grund revidierter Betriebsmeldungen sind die Umsatzwerte in Bayern ab dem Jahr 2014 im Wirtschaftszweig WZ 2008-2910 und den darüber liegenden Aggregaten mit den vorhergehenden Zeiträumen nur eingeschränkt vergleichbar.

## 27. Gesamtumsatz im Bauhauptgewerbe

Land	Gesamtumsatz im Bauhauptgewerbe			Anteil am Bundesgebiet		Umsatz je Beschäftigten 2016	Veränderung des Gesamtumsatzes	
	2011	2015	2016	2011	2016		2016/2011	2016/2015
	Mio. €			%		€	%	
Baden-Württemberg	11 651	13 638	14 771	12,5	13,6	153 125	+26,8	+8,3
Bayern	17 655	20 572	21 366	18,9	19,7	146 795	+21,0	+3,9
Berlin	2 687	3 106	3 407	2,9	3,1	158 374	+26,8	+9,7
Brandenburg	3 901	4 024	4 418	4,2	4,1	129 750	+13,2	+9,8
Bremen	564	505	677	0,6	0,6	148 066	+20,1	+34,0
Hamburg	1 770	2 013	1 994	1,9	1,8	230 495	+12,7	-1,0
Hessen	6 156	6 179	7 058	6,6	6,5	124 398	+14,7	+14,2
Mecklenburg-Vorpommern	1 869	1 849	1 959	2,0	1,8	128 277	+4,8	+6,0
<b>Niedersachsen</b>	<b>10 399</b>	<b>11 306</b>	<b>12 151</b>	<b>11,1</b>	<b>11,2</b>	<b>144 196</b>	<b>+16,9</b>	<b>+7,5</b>
Nordrhein-Westfalen	15 541	17 277	17 798	16,6	16,4	134 256	+14,5	+3,0
Rheinland-Pfalz	4 735	5 054	5 196	5,1	4,8	130 045	+9,7	+2,8
Saarland	1 080	1 062	1 090	1,2	1,0	121 758	+1,0	+2,6
Sachsen	6 341	6 308	6 737	6,8	6,2	117 734	+6,3	+6,8
Sachsen-Anhalt	3 328	3 148	3 336	3,6	3,1	115 140	+0,2	+6,0
Schleswig-Holstein	2 649	2 995	3 348	2,8	3,1	130 791	+26,4	+11,8
Thüringen	3 105	3 065	3 202	3,3	3,0	124 467	+3,1	+4,5
<b>Deutschland</b>	<b>93 429</b>	<b>102 103</b>	<b>108 508</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>138 038</b>	<b>+16,1</b>	<b>+6,3</b>
Westdeutschland	72 198	80 603	85 448	77,3	78,7	141 633	+18,4	+6,0
Ostdeutschland	21 232	21 500	23 060	22,7	21,3	126 174	+8,6	+7,3

## 28. Gästeübernachtungen (einschließlich Campingplätze)

Land	Gästeübernachtungen						Veränderung der Zahl der Gästeübernachtungen insgesamt		
	Gästeübernachtungen insgesamt			darunter von Gästen aus dem Ausland	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer <sup>1)</sup>		2016/2011	2016/2015	
	2011	2015	2016		2011	2015			2016
Anzahl in 1 000			%	Tage		%			
Baden-Württemberg	45 528	50 763	52 043	21,5	2,6	2,5	2,5	+14,3	+2,5
Bayern	80 736	88 129	90 812	19,3	2,7	2,6	2,6	+12,5	+3,0
Berlin	22 357	30 250	31 068	45,6	2,3	2,4	2,4	+39,0	+2,7
Brandenburg	11 041	12 519	12 880	7,5	2,7	2,7	2,7	+16,7	+2,9
Bremen	1 929	2 375	2 403	20,2	1,8	1,9	1,9	+24,6	+1,2
Hamburg	9 529	12 639	13 331	24,6	1,9	2,0	2,0	+39,9	+5,5
Hessen	28 962	32 168	32 591	22,3	2,3	2,2	2,2	+12,5	+1,3
Mecklenburg-Vorpommern	27 590	29 468	30 292	3,4	4,1	4,0	4,0	+9,8	+2,8
<b>Niedersachsen</b>	<b>39 319</b>	<b>41 310</b>	<b>42 767</b>	<b>8,6</b>	<b>3,2</b>	<b>3,1</b>	<b>3,0</b>	<b>+8,8</b>	<b>+3,5</b>
Nordrhein-Westfalen	44 171	48 688	49 597	21,0	2,3	2,2	2,2	+12,3	+1,9
Rheinland-Pfalz	21 413	21 757	21 889	24,2	2,6	2,6	2,5	+2,2	+0,6
Saarland	2 329	2 980	3 020	15,5	2,9	3,0	3,0	+29,7	+1,4
Sachsen	17 305	18 732	18 750	10,1	2,6	2,5	2,5	+8,4	+0,1
Sachsen-Anhalt	7 050	7 609	7 792	7,1	2,4	2,4	2,4	+10,5	+2,4
Schleswig-Holstein	24 450	27 083	28 204	6,9	4,0	3,9	3,8	+15,4	+4,1
Thüringen	9 467	9 763	9 739	6,0	2,7	2,6	2,6	+2,9	-0,2
<b>Deutschland</b>	<b>393 177</b>	<b>436 233</b>	<b>447 178</b>	<b>18,1</b>	<b>2,7</b>	<b>2,6</b>	<b>2,6</b>	<b>+13,7</b>	<b>+2,5</b>
Westdeutschland	298 366	327 892	336 657	18,3	2,6	2,6	2,5	+12,8	+2,7
Ostdeutschland	94 811	108 341	110 521	17,4	2,8	2,8	2,8	+16,6	+2,0

1) Rechnerischer Wert Übernachtungen/Ankünfte pro Person.

## 29. Verfügbares Einkommen je Einwohner/-in<sup>1)</sup>

Land	Verfügbares Einkommen je Einwohner/-in			Deutschland = 100		Veränderung je Einwohner/-in	
	2010	2014	2015	2014	2015	2015/2010	2015/2014
	€			Messzahl		%	
Baden-Württemberg	21 101	22 958	23 540	108,7	109,1	+11,6	+2,5
Bayern	21 358	23 222	23 658	110,0	109,6	+10,8	+1,9
Berlin	17 856	18 604	19 095	88,1	88,5	+6,9	+2,6
Brandenburg	17 005	18 435	18 908	87,3	87,6	+11,2	+2,6
Bremen	18 860	20 257	20 729	95,9	96,0	+9,9	+2,3
Hamburg	22 109	23 494	23 862	111,3	110,6	+7,9	+1,6
Hessen	20 208	21 739	22 309	102,9	103,4	+10,4	+2,6
Mecklenburg-Vorpommern	16 011	17 298	17 700	81,9	82,0	+10,5	+2,3
<b>Niedersachsen</b>	<b>18 477</b>	<b>20 316</b>	<b>20 823</b>	<b>96,2</b>	<b>96,5</b>	<b>+12,7</b>	<b>+2,5</b>
Nordrhein-Westfalen	19 419	21 014	21 336	99,5	98,9	+9,9	+1,5
Rheinland-Pfalz	19 792	21 697	22 292	102,7	103,3	+12,6	+2,7
Saarland	18 275	19 810	20 303	93,8	94,1	+11,1	+2,5
Sachsen	16 882	18 229	18 691	86,3	86,6	+10,7	+2,5
Sachsen-Anhalt	16 151	17 723	18 182	83,9	84,2	+12,6	+2,6
Schleswig-Holstein	19 524	21 479	21 964	101,7	101,8	+12,5	+2,3
Thüringen	16 369	17 898	18 398	84,8	85,2	+12,4	+2,8
<b>Deutschland</b>	<b>19 452</b>	<b>21 118</b>	<b>21 583</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>+11,0</b>	<b>+2,2</b>
Westdeutschland	20 100	21 849	22 312	103,5	103,4	+11,0	+2,1
Ostdeutschland	16 836	18 133	18 603	85,9	86,2	+10,5	+2,6

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: November 2016/Februar 2017.

## 30. Durchschnittliche Bruttoverdienste von Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich

Land	Bruttojahresverdienste von Vollzeitbeschäftigten <sup>1)</sup>			Bruttojahresverdienst (Vollzeitbeschäftigte) von Frauen in Prozent des Verdienstes von Männern <sup>1)</sup>		Verdienstabstand von Frauen zu Männern (alle Beschäftigte) gemessen am Bruttostundenverdienst (unbereinigter Gender Pay Gap) <sup>2)</sup>			Veränderung der Bruttojahres- verdienste <sup>1)</sup>
	2011	2015	2016	2011	2016	2011	2015	2016	
	€			%					
Baden-Württemberg	47 052	51 559	53 211	74,2	75,3	27	27	27	+3,2
Bayern	46 226	50 605	52 110	77,2	79,3	25	24	24	+3,0
Berlin	42 769	46 177	47 093	83,3	87,7	15	15	14	+2,0
Brandenburg	35 165	37 570	38 582	96,9	97,3	6	4	4	+2,7
Bremen	45 530	48 833	49 523	77,4	80,1	24	24	23	+1,4
Hamburg	48 845	54 053	55 155	80,0	80,3	22	21	20	+2,0
Hessen	49 937	53 609	54 813	79,0	80,9	25	24	23	+2,2
Mecklenburg-Vorpommern	32 502	35 265	36 404	93,8	96,7	6	7	6	+3,2
<b>Niedersachsen</b>	<b>41 999</b>	<b>44 781</b>	<b>45 576</b>	<b>81,0</b>	<b>83,2</b>	<b>22</b>	<b>21</b>	<b>20</b>	<b>+1,8</b>
Nordrhein-Westfalen	45 753	49 112	50 246	80,3	82,3	23	23	22	+2,3
Rheinland-Pfalz	43 083	46 886	47 955	80,8	82,5	22	21	20	+2,3
Saarland	42 262	45 689	46 544	79,9	80,9	25	24	24	+1,9
Sachsen	33 463	37 192	38 522	93,3	92,2	10	11	11	+3,6
Sachsen-Anhalt	33 052	36 971	38 340	98,7	99,2	5	2	2	+3,7
Schleswig-Holstein	39 817	42 928	43 889	82,1	84,0	17	17	17	+2,2
Thüringen	32 601	36 319	37 075	93,8	96,0	7	10	9	+2,1
<b>Deutschland</b>	<b>43 929</b>	<b>47 752</b>	<b>48 936</b>	<b>79,7</b>	<b>81,6</b>	<b>22</b>	<b>22</b>	<b>21</b>	<b>+2,5</b>
Westdeutschland <sup>3)</sup>	45 647	49 460	50 688	78,8	80,6	24	23	23	+2,5
Ostdeutschland <sup>4)</sup>	33 427	36 828	37 985	95,1	95,5	7	8	7	+3,1

1) Einschließlich Sonderzahlungen.

2) Verdienststrukturerhebungen 2010 und 2014 fortgeschrieben mit Ergebnissen der Vierteljährlichen Verdiensterhebung.

3) Einschließlich Berlin.

4) Ohne Berlin.

### 31. Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden				Veränderung der Investitionen	
	insgesamt			je tätige Person	2015/2010	2015/2014
	2010	2014	2015			
	Mio. €			€	%	
Baden-Württemberg	8 656	11 012	11 880	9 562	+37,2	+7,9
Bayern	8 841	12 108	12 427	10 015	+40,6	+2,6
Berlin	748	776	780	8 421	+4,3	+0,5
Brandenburg	804	958	1 124	11 600	+39,8	+17,4
Bremen	535	775	792	15 706	+48,0	+2,3
Hamburg	672	1 123	1 022	12 215	+52,2	-8,9
Hessen	2 965	3 476	3 754	9 460	+26,6	+8,0
Mecklenburg-Vorpommern	425	447	477	8 318	+12,1	+6,6
<b>Niedersachsen</b>	<b>4 171</b>	<b>5 976</b>	<b>5 825</b>	<b>10 841</b>	<b>+39,7</b>	<b>-2,5</b>
Nordrhein-Westfalen	8 000	9 799	10 004	8 260	+25,1	+2,1
Rheinland-Pfalz	2 277	3 070	3 128	10 787	+37,4	+1,9
Saarland	1 496	1 187	929	10 349	-37,9	-21,7
Sachsen	3 484	2 697	2 514	9 267	-27,8	-6,8
Sachsen-Anhalt	1 339	1 309	1 384	10 719	+3,3	+5,7
Schleswig-Holstein	794	869	907	7 387	+14,2	+4,4
Thüringen	1 268	1 493	1 637	9 785	+29,1	+9,6
<b>Deutschland</b>	<b>46 474</b>	<b>57 073</b>	<b>58 583</b>	<b>9 638</b>	<b>+26,1</b>	<b>+2,6</b>
Westdeutschland	38 407	49 393	50 668	9 623	+31,9	+2,6
Ostdeutschland	8 068	7 680	7 915	9 718	-1,9	+3,1

### 32. Patentanmeldungen

Land	Patentanmeldungen insgesamt			Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Patentanmeldungen insgesamt	
	2011	2015	2016	2011	2015	2016 <sup>1)</sup>	2016/2011	2016/2015
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	14 595	14 221	14 374	139	132	132	-1,5	+1,1
Bayern	13 722	15 346	15 867	111	120	124	+15,6	+3,4
Berlin	812	840	831	25	24	24	+2,3	-1,1
Brandenburg	351	359	331	14	15	13	-5,7	-7,8
Bremen	153	158	143	24	24	21	-6,5	-9,5
Hamburg	1 012	806	790	59	46	44	-21,9	-2,0
Hessen	2 374	1 906	1 939	40	31	31	-18,3	+1,7
Mecklenburg-Vorpommern	167	155	105	10	10	7	-37,1	-32,3
<b>Niedersachsen</b>	<b>2 987</b>	<b>3 486</b>	<b>3 699</b>	<b>38</b>	<b>44</b>	<b>47</b>	<b>+23,8</b>	<b>+6,1</b>
Nordrhein-Westfalen	7 103	6 877	7 068	41	39	40	-0,5	+2,8
Rheinland-Pfalz	1 183	938	1 076	30	23	27	-9,0	+14,7
Saarland	251	214	197	25	22	20	-21,5	-7,9
Sachsen	1 049	905	810	26	22	20	-22,8	-10,5
Sachsen-Anhalt	310	200	228	14	9	10	-26,5	+14,0
Schleswig-Holstein	486	463	497	17	16	17	+2,3	+7,3
Thüringen	565	514	519	26	24	24	-8,1	+1,0
<b>Deutschland</b>	<b>47 120</b>	<b>47 388</b>	<b>48 474</b>	<b>59</b>	<b>58</b>	<b>59</b>	<b>+2,9</b>	<b>+2,3</b>
Westdeutschland	43 866	44 415	45 650	68	68	69	+4,1	+2,8
Ostdeutschland	3 254	2 973	2 824	20	19	18	-13,2	-5,0

1) Bezogen auf Bevölkerungsstand 31.12.2015.

Quelle: Deutsches Patent- und Markenamt

# Globalisierung

## 33. Ausfuhr

Land	Ausfuhr			Anteil an der deutschen Ausfuhr 2016 <sup>2)</sup>	Veränderung der Ausfuhr	
	2011	2015	2016 <sup>1)</sup>		2016/2011	2016/2015
	Mio. €			%		
Baden-Württemberg	171 910	195 988	191 536	19,9	+11,4	-2,3
Bayern	160 019	178 427	182 860	19,0	+14,3	+2,5
Berlin	12 996	14 078	15 199	1,6	+17,0	+8,0
Brandenburg	13 499	14 156	13 247	1,4	-1,9	-6,4
Bremen	15 257	17 771	19 891	2,1	+30,4	+11,9
Hamburg	42 057	54 417	54 081	5,6	+28,6	-0,6
Hessen	55 409	60 007	58 575	6,1	+5,7	-2,4
Mecklenburg-Vorpommern	7 205	7 954	7 183	0,7	-0,3	-9,7
<b>Niedersachsen</b>	<b>75 442</b>	<b>82 779</b>	<b>85 293</b>	<b>8,9</b>	<b>+13,1</b>	<b>+3,0</b>
Nordrhein-Westfalen	176 334	180 930	179 885	18,7	+2,0	-0,6
Rheinland-Pfalz	44 841	51 320	52 573	5,5	+17,2	+2,4
Saarland	14 768	15 280	15 470	1,6	+4,8	+1,2
Sachsen	29 408	38 350	36 820	3,8	+25,2	-4,0
Sachsen-Anhalt	14 711	15 175	14 843	1,5	+0,9	-2,2
Schleswig-Holstein	18 292	19 606	20 257	2,1	+10,7	+3,3
Thüringen	12 619	13 475	14 348	1,5	+13,7	+6,5
<b>Deutschland<sup>3)</sup></b>	<b>1 061 225</b>	<b>1 193 555</b>	<b>1 206 857</b>	<b>100</b>	<b>+13,7</b>	<b>+1,1</b>
Westdeutschland	774 329	856 524	860 419	89,4	+11,1	+0,5
Ostdeutschland	90 438	103 187	101 640	10,6	+12,4	-1,5

1) Vorläufige Werte.

2) Anteilsberechnung der Länder nur auf Basis der regional zuordnungsfähigen Werte.

3) Einschließlich Waren ausländischen Ursprungs und regional nicht zuordnungsfähiger Exporte.

## 34. Einfuhr

Land	Einfuhr			Anteil an der deutschen Einfuhr 2016 <sup>2)</sup>	Veränderung der Einfuhren	
	2011	2015	2016 <sup>1)</sup>		2016/2011	2016/2015
	Mio. €			%		
Baden-Württemberg	143 408	155 748	161 331	17,4	+12,5	+3,6
Bayern	145 680	161 523	166 078	17,9	+14,0	+2,8
Berlin	10 248	11 729	11 824	1,3	+15,4	+0,8
Brandenburg	18 116	16 529	15 522	1,7	-14,3	-6,1
Bremen	14 012	13 623	13 279	1,4	-5,2	-2,5
Hamburg	69 877	69 305	68 338	7,4	-2,2	-1,4
Hessen	76 796	83 281	86 113	9,3	+12,1	+3,4
Mecklenburg-Vorpommern	4 488	5 411	5 384	0,6	+20,0	-0,5
<b>Niedersachsen</b>	<b>83 296</b>	<b>80 975</b>	<b>79 111</b>	<b>8,5</b>	<b>-5,0</b>	<b>-2,3</b>
Nordrhein-Westfalen	204 017	209 685	206 771	22,3	+1,3	-1,4
Rheinland-Pfalz	31 495	34 212	34 595	3,7	+9,8	+1,1
Saarland	12 947	13 078	12 814	1,4	-1,0	-2,0
Sachsen	20 253	22 115	21 859	2,4	+7,9	-1,2
Sachsen-Anhalt	14 881	16 118	14 736	1,6	-1,0	-8,6
Schleswig-Holstein	20 960	20 469	20 910	2,3	-0,2	+2,2
Thüringen	7 995	9 278	9 902	1,1	+23,8	+6,7
<b>Deutschland<sup>3)</sup></b>	<b>908 034</b>	<b>954 735</b>	<b>960 186</b>	<b>100</b>	<b>+5,7</b>	<b>+0,6</b>
Westdeutschland	802 489	841 899	849 339	91,5	+5,8	+0,9
Ostdeutschland	75 981	81 180	79 226	8,5	+4,3	-2,4

1) Vorläufige Werte.

2) Anteilsberechnung der Länder nur auf Basis der regional zuordnungsfähigen Werte.

3) Einschließlich regional nicht zuordnungsfähiger Importe.

### 35. Bestand unmittelbarer Auslandsdirektinvestitionen

Land	Bestand unmittelbarer Auslandsdirektinvestitionen (31.12.) <sup>1)</sup>			Deutschland = 100		Veränderung	
	2012	2014	2015	2012	2015	2015/2012 <sup>2)</sup>	2015/2014
	Mio. €			%			
Baden-Württemberg	151 551	186 355	223 463	16,8	21,3	+47,5	+19,9
Bayern	216 197	199 755	225 747	24,0	21,5	+4,4	+13,0
Berlin	- 629	-3 721	-2 873	-0,1	-0,3	+356,8	-22,8
Brandenburg	1 641	3 847	3 325	0,2	0,3	+102,6	-13,6
Bremen	1 134	1 441	1 492	0,1	0,1	+31,6	+3,5
Hamburg	47 080	51 129	49 615	5,2	4,7	+5,4	-3,0
Hessen	161 019	174 787	181 427	17,9	17,3	+12,7	+3,8
Mecklenburg-Vorpommern	701	769	730	0,1	0,1	+4,1	-5,1
<b>Niedersachsen</b>	<b>58 061</b>	<b>53 579</b>	<b>61 076</b>	<b>6,4</b>	<b>5,8</b>	<b>+5,2</b>	<b>+14,0</b>
Nordrhein-Westfalen	219 500	252 584	253 346	24,4	24,1	+15,4	+0,3
Rheinland-Pfalz	29 260	37 400	40 357	3,2	3,8	+37,9	+7,9
Saarland	2 835	2 615	2 705	0,3	0,3	-4,6	+3,4
Sachsen	1 203	1 369	1 401	0,1	0,1	+16,5	+2,3
Sachsen-Anhalt	5 741	5 538	4 109	0,6	0,4	-28,4	-25,8
Schleswig-Holstein	4 580	4 273	4 264	0,5	0,4	-6,9	-0,2
Thüringen	838	1 084	1 177	0,1	0,1	+40,5	+8,6
<b>Deutschland<sup>3)</sup></b>	<b>900 710</b>	<b>972 804</b>	<b>1 051 361</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>+16,7</b>	<b>+8,1</b>
Westdeutschland	891 217	963 918	1 043 492	98,9	99,3	+17,1	+8,3
Ostdeutschland	9 495	8 886	7 869	1,1	0,7	-17,1	-11,4

1) Der Bestand der unmittelbaren deutschen Direktinvestitionen im Ausland ist ein Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten.

2) Ab 2012 wurde die Berechnung im Rahmen der Harmonisierung gemäß der neuen OECD Benchmark Definition of Foreign Direct Investment durchgeführt.

Dadurch fallen die Direktinvestitionsbestände deutlich geringer aus. Ein Vergleich mit früheren Jahren ist daher nicht sinnvoll.

3) Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Deutsche Bundesbank (Stand 30. Juni 2017)

### 36. Bestand unmittelbarer ausländischer Direktinvestitionen im Inland

Land	Bestand unmittelbarer ausländischer Direktinvestitionen im Inland (31.12.) <sup>1)</sup>			Deutschland = 100		Veränderung	
	2012	2014	2015	2012	2015	2015/2012 <sup>2)</sup>	2015/2014
	Mio. €			%			
Baden-Württemberg	80 217	88 504	84 753	12,3	12,6	+5,7	-4,2
Bayern	107 872	112 578	130 210	16,6	19,4	+20,7	+15,7
Berlin	28 439	25 332	24 199	4,4	3,6	-14,9	-4,5
Brandenburg	1 419	6 832	7 074	0,2	1,1	+398,5	+3,5
Bremen	4 054	4 017	4 860	0,6	0,7	+19,9	+21,0
Hamburg	63 977	64 926	59 194	9,8	8,8	-7,5	-8,8
Hessen	115 879	113 251	115 197	17,8	17,2	-0,6	+1,7
Mecklenburg-Vorpommern	5 008	5 142	4 503	0,8	0,7	-10,1	-12,4
<b>Niedersachsen</b>	<b>19 980</b>	<b>22 751</b>	<b>23 677</b>	<b>3,1</b>	<b>3,5</b>	<b>+18,5</b>	<b>+4,1</b>
Nordrhein-Westfalen	189 042	191 441	180 943	29,0	27,0	-4,3	-5,5
Rheinland-Pfalz	11 911	12 455	12 950	1,8	1,9	+8,7	+4,0
Saarland	1 668	1 544	1 569	0,3	0,2	-5,9	+1,6
Sachsen	5 832	5 460	4 857	0,9	0,7	-16,7	-11,0
Sachsen-Anhalt	2 918	3 432	2 913	0,4	0,4	-0,2	-15,1
Schleswig-Holstein	11 508	12 818	11 314	1,8	1,7	-1,7	-11,7
Thüringen	1 870	1 954	2 123	0,3	0,3	+13,5	+8,6
<b>Deutschland<sup>3)</sup></b>	<b>651 593</b>	<b>672 437</b>	<b>670 334</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>+2,9</b>	<b>-0,3</b>
Westdeutschland	606 108	624 285	624 667	93,0	93,2	+3,1	+0,1
Ostdeutschland	45 486	48 152	45 669	7,0	6,8	+0,4	-5,2

1) Der Bestand der unmittelbaren Direktinvestitionen ist ein Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten.

2) Ab 2012 wurde die Berechnung im Rahmen der Harmonisierung gemäß der neuen OECD Benchmark Definition of Foreign Direct Investment durchgeführt.

Dadurch fallen die Direktinvestitionsbestände deutlich geringer aus. Ein Vergleich mit früheren Jahren ist daher nicht sinnvoll.

3) Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Deutsche Bundesbank (Stand 30. Juni 2017)

### 37. Auslandsumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Auslandsumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden			Anteil am Gesamtumsatz			Veränderung des Auslandsumsatzes	
	2011	2015	2016	2011	2015	2016	2016/2011	2016/2015
	Mio. €			%				
Baden-Württemberg	152 206	192 614	192 435	49,9	55,7	55,1	+26,4	-0,1
Bayern <sup>1)</sup>	170 085	179 267	183 041	51,0	52,3	52,3	+7,6	+2,1
Berlin	11 200	13 375	14 211	45,1	53,7	57,5	+26,9	+6,3
Brandenburg	6 995	7 862	7 619	27,1	30,3	29,5	+8,9	-3,1
Bremen	12 269	13 635	16 957	52,2	55,7	61,1	+38,2	+24,4
Hamburg	18 748	20 863	21 526	22,0	29,4	31,4	+14,8	+3,2
Hessen	55 736	54 618	55 393	49,5	49,5	50,4	-0,6	+1,4
Mecklenburg-Vorpommern	3 449	4 940	4 537	26,6	33,2	31,1	+31,6	-8,2
<b>Niedersachsen</b>	<b>84 874</b>	<b>93 421</b>	<b>93 902</b>	<b>44,2</b>	<b>46,0</b>	<b>45,9</b>	<b>+10,6</b>	<b>+0,5</b>
Nordrhein-Westfalen	145 686	145 519	146 222	41,9	43,6	44,1	+0,4	+0,5
Rheinland-Pfalz	45 023	49 552	49 055	50,8	54,0	53,3	+9,0	-1,0
Saarland	13 152	13 662	13 271	48,0	48,4	48,2	+0,9	-2,9
Sachsen	21 794	23 959	23 628	35,8	37,6	37,0	+8,4	-1,4
Sachsen-Anhalt	11 380	11 119	11 156	26,6	27,8	28,5	-2,0	+0,3
Schleswig-Holstein	13 578	13 487	14 386	39,1	37,4	40,0	+5,9	+6,7
Thüringen	9 452	10 383	10 852	29,5	31,5	31,8	+14,8	+4,5
<b>Deutschland</b>	<b>775 626</b>	<b>848 275</b>	<b>858 190</b>	<b>44,3</b>	<b>47,4</b>	<b>47,7</b>	<b>+10,6</b>	<b>+1,2</b>
Westdeutschland	711 357	776 637	786 187	45,9	48,9	49,2	+10,5	+1,2
Ostdeutschland	64 269	71 638	72 002	32,3	35,4	35,6	+12,0	+0,5

1) Aufgrund revidierter Betriebsmeldungen sind die Umsatzwerte ab dem Jahr 2014 im Wirtschaftszweig WZ08-2910 und den darüber liegenden Aggregaten mit den vorhergehenden Zeiträumen nur eingeschränkt vergleichbar.

### 38. Wanderungssalden über die Grenzen des Bundesgebiets<sup>1)</sup>

Land	Wanderungssaldo über die Grenzen des Bundesgebiets						Zu- oder Abnahme des Wanderungssaldos	
	insgesamt			je 1 000 Einwohner/-innen			2015/2011	2015/2014
	2011 <sup>2)</sup>	2014	2015	2011	2014	2015		
Anzahl								
Baden-Württemberg	+40 404	+90 004	+169 238	+3,9	+8,4	+15,7	+128 834	+79 234
Bayern	+60 702	+86 030	+159 949	+4,9	+6,8	+12,6	+99 247	+73 919
Berlin	+24 080	+34 441	+45 713	+7,3	+10,0	+13,1	+21 633	+11 272
Brandenburg	+3 443	+9 093	+25 352	+1,4	+3,7	+10,3	+21 909	+16 259
Bremen	+3 272	+6 980	+13 647	+5,0	+10,6	+20,6	+10 375	+6 667
Hamburg	+8 374	+14 040	+17 416	+4,9	+8,0	+9,8	+9 042	+3 376
Hessen	+29 496	+55 800	+93 695	+4,9	+9,2	+15,3	+64 199	+37 895
Mecklenburg-Vorpommern	+2 656	+8 148	+20 451	+1,7	+5,1	+12,8	+17 795	+12 303
<b>Niedersachsen</b>	<b>+23 670</b>	<b>+54 043</b>	<b>+119 599</b>	<b>+3,0</b>	<b>+6,9</b>	<b>+15,2</b>	<b>+95 929</b>	<b>+65 556</b>
Nordrhein-Westfalen	+52 575	+107 840	+273 935	+3,0	+6,1	+15,5	+221 360	+166 095
Rheinland-Pfalz	+11 779	+27 445	+53 631	+3,0	+6,9	+13,3	+41 852	+26 186
Saarland	+3 040	+4 923	+15 177	+3,0	+5,0	+15,3	+12 137	+10 254
Sachsen	+5 241	+17 153	+41 435	+1,3	+4,2	+10,2	+36 194	+24 282
Sachsen-Anhalt	+1 385	+9 592	+29 835	+0,6	+4,3	+13,4	+28 450	+20 243
Schleswig-Holstein	+6 486	+14 574	+30 003	+2,3	+5,2	+10,6	+23 517	+15 429
Thüringen	+2 727	+10 377	+30 326	+1,2	+4,8	+14,1	+27 599	+19 949
<b>Deutschland</b>	<b>+279 330</b>	<b>+550 483</b>	<b>+1 139 402</b>	<b>+3,5</b>	<b>+6,8</b>	<b>+14,0</b>	<b>+860 072</b>	<b>+588 919</b>
Westdeutschland	+239 798	+461 679	+946 291	+3,7	+7,1	+14,5	+706 493	+484 612
Ostdeutschland	+39 532	+88 804	+193 112	+2,5	+5,6	+12,1	+153 580	+104 308

1) Einschließlich unbekanntes Ausland sowie einschließlich Herkunfts-/Zielgebiet "ungeklärt" und "ohne Angabe".

2) Statt 2010 werden hier für den mittelfristigen Vergleich die Daten für 2011 herangezogen, da die den Wanderungsdaten zugrunde liegenden Meldungen der Meldebehörden 2008 bis 2010 zahlreiche Melderegisterbereinigungen beinhalten, die infolge der Einführung der persönlichen Steueridentifikationsnummer durchgeführt worden sind. Die Ergebnisse für 2008 bis 2010 sind daher nur eingeschränkt aussagefähig.

# Finanzen

## 39. Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände <sup>1)</sup>			Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Einnahmen		Steuereinnahmequote 2016 <sup>2)</sup>
	2011	2015	2016	2011	2015	2016	2016/2011	2016/2015	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	56 651	64 473	68 521	5 399	5 982	6 298	+21,0	+6,3	74,3
Bayern	67 263	81 398	84 947	5 422	6 387	6 614	+26,3	+4,4	75,0
Berlin	22 285	27 098	28 309	6 759	7 776	8 042	+27,0	+4,5	52,2
Brandenburg	13 792	15 811	16 050	5 617	6 416	6 459	+16,4	+1,5	57,2
Bremen	4 486	5 528	5 921	6 899	8 331	8 818	+32,0	+7,1	51,6
Hamburg	12 489	16 341	18 087	7 305	9 232	10 119	+44,8	+10,7	59,8
Hessen	33 366	40 340	44 079	5 583	6 596	7 137	+32,1	+9,3	70,9
Mecklenburg-Vorpommern	9 271	10 345	10 856	5 759	6 463	6 733	+17,1	+4,9	52,4
<b>Niedersachsen</b>	<b>36 418</b>	<b>43 698</b>	<b>46 683</b>	<b>4 678</b>	<b>5 559</b>	<b>5 889</b>	<b>+28,2</b>	<b>+6,8</b>	<b>69,3</b>
Nordrhein-Westfalen	95 969	108 685	115 196	5 473	6 146	6 448	+20,0	+6,0	66,1
Rheinland-Pfalz	18 123	22 448	23 506	4 543	5 582	5 800	+29,7	+4,7	68,9
Saarland	4 560	5 433	5 716	4 564	5 492	5 741	+25,3	+5,2	66,9
Sachsen	22 772	24 462	24 720	5 616	6 031	6 052	+8,6	+1,1	59,7
Sachsen-Anhalt	13 272	14 903	15 000	5 808	6 680	6 680	+13,0	+0,7	54,7
Schleswig-Holstein	13 221	16 385	17 608	4 721	5 767	6 159	+33,2	+7,5	66,7
Thüringen	11 365	12 413	13 026	5 196	5 760	6 001	+14,6	+4,9	59,9
<b>Deutschland<sup>3)</sup></b>	<b>429 548</b>	<b>499 722</b>	<b>527 129</b>	<b>5 354</b>	<b>6 135</b>	<b>6 415</b>	<b>+22,7</b>	<b>+5,5</b>	<b>68,4</b>
Westdeutschland	342 545	404 729	430 265	5 324	6 182	6 513	+25,6	+6,3	69,7
Ostdeutschland	92 756	105 031	107 962	5 838	6 568	6 698	+16,4	+2,8	56,0

1) Dargestellt sind hier die bereinigten Gesamteinnahmen, dabei werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gemeindeverbände) herausgerechnet. Die Angaben für Ost- und Westdeutschland wurden hier allerdings als Summe der Werte der entsprechenden Länder berechnet, die Summe der Werte aus Ost- und Westdeutschland ergibt daher nicht den Deutschlandwert.

2) Quotient aus kassenmäßigen Steuereinnahmen und Gesamteinnahmen.

3) Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

## 40. Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeinde- verbände je Einwohner/-in			Veränderung der Einnahmen		Steuereinnahmen/BIP 2016
	2011	2015	2016	2011	2015	2016	2016/2011	2016/2015	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	38 740	46 923	50 883	3 692	4 354	4 677	+31,3	+8,4	10,7
Bayern	47 178	58 965	63 717	3 803	4 627	4 961	+35,1	+8,1	11,2
Berlin	10 860	13 653	14 790	3 294	3 918	4 202	+36,2	+8,3	11,4
Brandenburg	6 943	8 528	9 179	2 828	3 460	3 694	+32,2	+7,6	13,4
Bremen	2 291	2 722	3 055	3 524	4 102	4 549	+33,3	+12,2	9,5
Hamburg	8 706	10 178	10 815	5 093	5 750	6 051	+24,2	+6,3	9,8
Hessen	22 668	28 129	31 267	3 793	4 599	5 062	+37,9	+11,2	11,6
Mecklenburg-Vorpommern	4 340	5 483	5 692	2 696	3 425	3 530	+31,2	+3,8	13,7
<b>Niedersachsen</b>	<b>23 870</b>	<b>30 079</b>	<b>32 363</b>	<b>3 066</b>	<b>3 827</b>	<b>4 083</b>	<b>+35,6</b>	<b>+7,6</b>	<b>12,3</b>
Nordrhein-Westfalen	59 230	71 381	76 155	3 378	4 037	4 263	+28,6	+6,7	11,4
Rheinland-Pfalz	12 190	15 105	16 206	3 056	3 756	3 999	+32,9	+7,3	11,6
Saarland	3 116	3 630	3 826	3 119	3 669	3 843	+22,8	+5,4	10,9
Sachsen	11 511	13 938	14 767	2 839	3 437	3 615	+28,3	+5,9	12,5
Sachsen-Anhalt	6 471	7 589	8 202	2 832	3 402	3 653	+26,8	+8,1	13,8
Schleswig-Holstein	8 660	10 907	11 744	3 093	3 839	4 108	+35,6	+7,7	13,2
Thüringen	6 042	7 331	7 807	2 763	3 402	3 597	+29,2	+6,5	12,8
<b>Deutschland<sup>1)</sup></b>	<b>272 816</b>	<b>334 540</b>	<b>360 468</b>	<b>3 400</b>	<b>4 107</b>	<b>4 387</b>	<b>+32,1</b>	<b>+7,8</b>	<b>11,5</b>
Westdeutschland	226 649	278 018	300 030	3 522	4 247	4 542	+32,4	+7,9	11,3
Ostdeutschland	46 167	56 522	60 438	2 906	3 534	3 750	+30,9	+6,9	12,6

1) Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.



#### 41. Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände <sup>1)</sup>			Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Ausgaben		Bereinigte Ausgaben/ BIP 2016
	2011	2015	2016	2011	2015	2016	2016/2011	2016/2015	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	55 664	64 413	68 050	5 305	5 977	6 255	+22,3	+5,6	14,3
Bayern	65 724	77 865	81 145	5 298	6 110	6 318	+23,5	+4,2	14,3
Berlin	23 263	25 881	26 977	7 056	7 426	7 664	+16,0	+4,2	20,8
Brandenburg	13 708	14 906	15 246	5 583	6 048	6 136	+11,2	+2,3	22,3
Bremen	5 359	5 853	6 007	8 243	8 820	8 946	+12,1	+2,6	18,6
Hamburg	12 878	16 189	18 313	7 533	9 146	10 246	+42,2	+13,1	16,5
Hessen	37 392	40 655	43 199	6 257	6 647	6 995	+15,5	+6,3	16,0
Mecklenburg-Vorpommern	9 102	9 616	9 854	5 654	6 008	6 111	+8,3	+2,5	23,8
<b>Niedersachsen</b>	<b>38 827</b>	<b>42 614</b>	<b>44 484</b>	<b>4 987</b>	<b>5 421</b>	<b>5 612</b>	<b>+14,6</b>	<b>+4,4</b>	<b>16,8</b>
Nordrhein-Westfalen	101 626	110 268	114 030	5 795	6 236	6 383	+12,2	+3,4	17,0
Rheinland-Pfalz	20 444	22 910	23 066	5 125	5 697	5 691	+12,8	+0,7	16,5
Saarland	5 583	5 872	6 057	5 588	5 935	6 084	+8,5	+3,2	17,3
Sachsen	20 843	23 355	23 383	5 140	5 758	5 724	+12,2	+0,1	19,7
Sachsen-Anhalt	13 288	13 997	13 916	5 815	6 274	6 197	+4,7	-0,6	23,4
Schleswig-Holstein	14 011	16 151	18 034	5 004	5 685	6 308	+28,7	+11,7	20,2
Thüringen	11 578	11 899	12 155	5 294	5 522	5 599	+5,0	+2,1	20,0
<b>Deutschland<sup>2)</sup></b>	<b>443 316</b>	<b>492 405</b>	<b>512 817</b>	<b>5 525</b>	<b>6 045</b>	<b>6 240</b>	<b>+15,7</b>	<b>+4,1</b>	<b>16,4</b>
Westdeutschland	357 508	402 790	422 385	5 556	6 153	6 394	+18,1	+4,9	15,9
Ostdeutschland	91 782	99 654	101 530	5 776	6 232	6 299	+10,6	+1,9	21,2

1) Dargestellt sind hier die bereinigten Gesamtausgaben, dabei werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gemeindeverbände) herausgerechnet. Die Angaben für Ost- und Westdeutschland wurden hier allerdings als Summe der Werte der entsprechenden Länder berechnet, die Summe der Werte aus Ost- und Westdeutschland ergibt daher nicht den Deutschlandwert.

2) Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

#### 42. Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Ausgaben		Personal- ausgaben- quote 2016 <sup>1)</sup>
	2011	2015	2016	2011	2015	2016	2016/2011	2016/2015	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	23 139	26 794	27 733	2 205	2 486	2 549	+19,9	+3,5	40,8
Bayern	25 210	30 104	31 197	2 032	2 362	2 429	+23,7	+3,6	38,4
Berlin	8 029	9 323	9 622	2 435	2 675	2 734	+19,8	+3,2	35,7
Brandenburg	4 656	5 394	5 533	1 896	2 189	2 227	+18,8	+2,6	36,3
Bremen	1 942	1 969	2 020	2 987	2 967	3 009	+4,0	+2,6	33,6
Hamburg	4 506	5 612	5 921	2 636	3 171	3 313	+31,4	+5,5	32,3
Hessen	13 709	15 748	16 152	2 294	2 575	2 615	+17,8	+2,6	37,4
Mecklenburg-Vorpommern	3 008	3 484	3 564	1 869	2 177	2 210	+18,5	+2,3	36,2
<b>Niedersachsen</b>	<b>15 987</b>	<b>18 483</b>	<b>19 039</b>	<b>2 054</b>	<b>2 351</b>	<b>2 402</b>	<b>+19,1</b>	<b>+3,0</b>	<b>42,8</b>
Nordrhein-Westfalen	36 794	42 127	43 480	2 098	2 382	2 434	+18,2	+3,2	38,1
Rheinland-Pfalz	8 527	9 616	9 979	2 137	2 391	2 462	+17,0	+3,8	43,3
Saarland	2 272	2 553	2 636	2 274	2 581	2 648	+16,0	+3,3	43,5
Sachsen	7 512	8 702	9 081	1 853	2 145	2 223	+20,9	+4,4	38,8
Sachsen-Anhalt	4 608	5 010	5 069	2 017	2 245	2 257	+10,0	+1,2	36,4
Schleswig-Holstein	5 368	6 269	6 507	1 917	2 206	2 276	+21,2	+3,8	36,1
Thüringen	4 243	4 632	4 712	1 940	2 150	2 171	+11,1	+1,7	38,8
<b>Deutschland<sup>2)</sup></b>	<b>169 811</b>	<b>195 819</b>	<b>202 244</b>	<b>2 116</b>	<b>2 404</b>	<b>2 461</b>	<b>+19,1</b>	<b>+3,3</b>	<b>39,4</b>
Westdeutschland	137 454	159 274	164 664	2 136	2 433	2 493	+19,8	+3,4	39,0
Ostdeutschland	32 056	36 545	37 580	2 018	2 285	2 332	+17,2	+2,8	37,0

1) Quotient aus Personalausgaben und bereinigten Gesamtausgaben.

2) Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

#### 43. Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeinde- verbände je Einwohner/-in			Veränderung der Ausgaben		Zins-Steuer- Quote 2016 <sup>1)</sup>
	2011	2015	2016	2011	2015	2016	2016/2011	2016/2015	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	2 838	2 075	1 956	270	192	180	-31,1	-5,7	3,8
Bayern	1 633	1 316	1 117	132	103	87	-31,6	-15,1	1,8
Berlin	2 222	1 636	1 399	674	469	397	-37,0	-14,5	9,5
Brandenburg	771	476	415	314	193	167	-46,2	-12,9	4,5
Bremen	633	662	631	974	998	940	-0,3	-4,7	20,7
Hamburg	896	886	751	524	501	420	-16,2	-15,2	6,9
Hessen	1 932	1 734	1 526	323	284	247	-21,0	-12,0	4,9
Mecklenburg-Vorpommern	453	342	301	281	214	186	-33,7	-12,2	5,3
<b>Niedersachsen</b>	<b>2 391</b>	<b>1 888</b>	<b>1 717</b>	<b>307</b>	<b>240</b>	<b>217</b>	<b>-28,2</b>	<b>-9,1</b>	<b>5,3</b>
Nordrhein-Westfalen	6 814	5 167	4 527	389	292	253	-33,6	-12,4	5,9
Rheinland-Pfalz	1 416	1 151	1 124	355	286	277	-20,7	-2,4	6,9
Saarland	585	526	484	586	532	486	-17,3	-8,0	12,7
Sachsen	452	342	271	111	84	66	-40,0	-20,6	1,8
Sachsen-Anhalt	904	620	567	396	278	252	-37,3	-8,6	6,9
Schleswig-Holstein	1 079	835	737	385	294	258	-31,7	-11,7	6,3
Thüringen	743	596	509	340	277	235	-31,5	-14,6	6,5
<b>Deutschland<sup>2)</sup></b>	<b>25 848</b>	<b>20 254</b>	<b>18 032</b>	<b>322</b>	<b>249</b>	<b>219</b>	<b>-30,2</b>	<b>-11,0</b>	<b>5,0</b>
Westdeutschland	20 217	16 241	14 571	314	248	221	-27,9	-10,3	4,9
Ostdeutschland	5 545	4 013	3 461	349	251	215	-37,6	-13,7	5,7

1) Quotient aus Zinsausgaben und Steuereinnahmen.

2) Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

#### 44. Finanzierungssaldo der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Finanzierungssaldo der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Finanzierungssaldo der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung des Finanzierungssaldos		Finanzie- rungssaldo/ BIP 2016
	2011	2015	2016	2011	2015	2016	2016/2011	2016/2015	
	Mio. €			€			Mio. €		
Baden-Württemberg	+1 016	+93	+522	+97	+9	+48	-494,3	+428,4	+0,1
Bayern	+1 539	+3 533	+3 801	+124	+277	+296	+2 262,6	+268,5	+0,7
Berlin	-976	+1 218	+1 332	-296	+350	+378	+2 307,6	+113,1	+1,0
Brandenburg	+84	+906	+804	+34	+368	+324	+720,5	-102,1	+1,2
Bremen	-872	-326	-86	-1 342	-491	-127	+786,8	+240,2	-0,3
Hamburg	-382	+154	-225	-224	+87	-126	+157,4	-379,1	-0,2
Hessen	-4 029	-321	+875	-674	-52	+142	+4 903,8	+1 196,1	+0,3
Mecklenburg-Vorpommern	+169	+729	+1 003	+105	+455	+622	+834,1	+274,0	+2,4
<b>Niedersachsen</b>	<b>-2 408</b>	<b>+1 084</b>	<b>+2 200</b>	<b>-309</b>	<b>+138</b>	<b>+277</b>	<b>+4 607,7</b>	<b>+1 115,6</b>	<b>+0,8</b>
Nordrhein-Westfalen	-5 657	-1 585	+1 166	-323	-90	+65	+6 822,4	+2 750,8	+0,2
Rheinland-Pfalz	-2 321	-462	+433	-582	-115	+107	+2 754,5	+895,8	+0,3
Saarland	-1 021	-439	-341	-1 021	-443	-343	+679,2	+97,3	-1,0
Sachsen	+1 932	+1 121	+1 356	+476	+276	+332	-575,8	+235,3	+1,1
Sachsen-Anhalt	-16	+906	+1 084	-7	+406	+483	+1 100,5	+178,1	+1,8
Schleswig-Holstein	-790	+233	-426	-282	+82	-149	+363,6	-659,3	-0,5
Thüringen	-196	+513	+871	-90	+238	+401	+1 067,1	+357,7	+1,4
<b>Deutschland<sup>1)</sup></b>	<b>-13 710</b>	<b>+7 359</b>	<b>+14 368</b>	<b>-171</b>	<b>+90</b>	<b>+175</b>	<b>+28 077,9</b>	<b>+7 009,2</b>	<b>+0,5</b>
Westdeutschland	-14 925	+1 964	+7 918	-232	+30	+120	+22 843,7	+5 954,3	+0,3
Ostdeutschland	+995	+5 393	+6 449	+63	+337	+400	+5 454,1	+1 056,2	+1,3

1) Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

#### 45. Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich<sup>1)</sup> der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände (31.12.)			Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Schulden		Schulden/BIP 2016
	2011	2015	2016	2011	2015	2016	2016/2011	2016/2015	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	68 546	61 613	61 962	6 532	5 717	5 695	-9,6	+0,6	13,0
Bayern	42 447	35 386	33 094	3 422	2 777	2 577	-22,0	-6,5	5,8
Berlin	61 386	58 719	58 031	18 619	16 849	16 486	-5,5	-1,2	44,8
Brandenburg	21 861	20 194	19 707	8 903	8 194	7 931	-9,9	-2,4	28,8
Bremen	18 888	21 723	21 324	29 052	32 735	31 756	+12,9	-1,8	66,1
Hamburg	24 891	28 725	31 128	14 560	16 227	17 415	+25,1	+8,4	28,1
Hessen	55 615	61 616	61 240	9 306	10 074	9 916	+10,1	-0,6	22,7
Mecklenburg-Vorpommern	12 090	11 552	10 438	7 511	7 218	6 473	-13,7	-9,7	25,2
<b>Niedersachsen</b>	<b>69 433</b>	<b>73 356</b>	<b>72 614</b>	<b>8 919</b>	<b>9 332</b>	<b>9 161</b>	<b>+4,6</b>	<b>-1,0</b>	<b>27,5</b>
Nordrhein-Westfalen	227 866	240 065	234 885	12 994	13 576	13 147	+3,1	-2,2	35,1
Rheinland-Pfalz	43 259	45 564	45 388	10 844	11 331	11 199	+4,9	-0,4	32,5
Saarland	15 168	17 826	17 860	15 183	18 019	17 939	+17,8	+0,2	50,9
Sachsen	9 088	6 542	5 309	2 241	1 613	1 300	-41,6	-18,8	4,5
Sachsen-Anhalt	24 102	23 803	23 295	10 548	10 669	10 374	-3,3	-2,1	39,2
Schleswig-Holstein	31 613	31 905	33 680	11 289	11 230	11 781	+6,5	+5,6	37,7
Thüringen	18 793	18 488	18 186	8 593	8 580	8 378	-3,2	-1,6	29,9
<b>Deutschland<sup>2)</sup></b>	<b>745 042</b>	<b>757 078</b>	<b>748 141</b>	<b>9 286</b>	<b>9 294</b>	<b>9 104</b>	<b>+0,4</b>	<b>-1,2</b>	<b>23,9</b>
Westdeutschland	597 726	617 779	613 175	9 290	9 436	9 282	+2,6	-0,7	23,1
Ostdeutschland	147 320	139 299	134 966	9 272	8 711	8 373	-8,4	-3,1	28,2

1) Die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich beinhalten Kassenkredite, Wertpapiersschulden und Kredite.

2) Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

#### 46. Länderfinanzausgleich (LFA) und Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) der Länder

Land	LFA und BEZ der Länder insgesamt			LFA und BEZ der Länder je Einwohner/-in			Veränderung insgesamt		(LFA + BEZ)/ber. Einnahmen 2016
	2011	2015 <sup>1)</sup>	2016 <sup>1)</sup>	2011	2015 <sup>1)</sup>	2016 <sup>1)</sup>	2016/2011	2016/2015	
	Mio. €			€			Mio. €		
Baden-Württemberg	-1 813	-2 313	-2 538	-173	-215	-233	-725	-225	-3,7
Bayern	-3 621	-5 449	-5 821	-292	-428	-453	-2 200	-372	-6,9
Berlin	5 519	5 769	6 023	1 674	1 655	1 711	+504	+254	21,3
Brandenburg	2 031	1 643	1 601	827	667	644	-430	-42	10,0
Bremen	746	889	978	1 147	1 340	1 456	+232	+89	16,5
Hamburg	-92	-112	86	-54	-63	48	+178	+198	0,5
Hessen	-1 799	-1 720	-2 261	-301	-281	-366	-462	-541	-5,1
Mecklenburg-Vorpommern	1 638	1 357	1 305	1 018	848	809	-333	-52	12,0
<b>Niedersachsen</b>	<b>296</b>	<b>638</b>	<b>1 051</b>	<b>38</b>	<b>81</b>	<b>133</b>	<b>+755</b>	<b>+413</b>	<b>2,3</b>
Nordrhein-Westfalen	251	1 565	1 698	14	89	95	+1 447	+133	1,5
Rheinland-Pfalz	426	584	643	107	145	159	+217	+59	2,7
Saarland	242	288	319	242	291	320	+77	+31	5,6
Sachsen	3 737	3 043	2 937	922	750	719	-800	-106	11,9
Sachsen-Anhalt	2 267	1 837	1 783	992	823	794	-484	-54	11,9
Schleswig-Holstein	234	435	402	84	153	141	+168	-33	2,3
Thüringen	2 125	1 736	1 652	972	806	761	-473	-84	12,7
<b>Deutschland</b>	<b>12 189</b>	<b>10 187</b>	<b>9 856</b>	<b>152</b>	<b>125</b>	<b>120</b>	<b>-2 333</b>	<b>-331</b>	<b>1,9</b>
Westdeutschland	-5 130	-5 195	-5 443	-80	-79	-82	-313	-248	-1,3
Ostdeutschland	17 317	15 385	15 301	1 090	962	949	-2 016	-84	14,2

1) Vorläufige Angaben.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

# Schulische Qualifikation

## 47. Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss an allgemein bildenden Schulen

Land	Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss			Anteil der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss an der gleichaltrigen Bevölkerung <sup>1)</sup>			Veränderung der Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss	
	2010	2014	2015	2010	2014	2015	2015/2010	2015/2014
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	6 240	5 868	5 768	5,2	5,0	5,0	-7,6	-1,7
Bayern	7 579	5 892	6 259	5,6	4,5	4,8	-17,4	+6,2
Berlin	2 730	2 430	3 009	10,5	9,2	11,2	+10,2	+23,8
Brandenburg	1 629	1 462	1 556	9,8	7,7	7,9	-4,5	+6,4
Bremen <sup>2)</sup>	415	448	447	6,7	7,3	7,2	+7,7	-0,2
Hamburg	1 224	755	897	8,3	4,9	5,8	-26,7	+18,8
Hessen	3 863	3 031	2 542	6,2	4,9	4,1	-34,2	-16,1
Mecklenburg-Vorpommern	1 434	961	1 000	13,8	8,4	8,4	-30,3	+4,1
<b>Niedersachsen</b>	<b>5 218</b>	<b>4 245</b>	<b>4 339</b>	<b>5,9</b>	<b>4,9</b>	<b>5,2</b>	<b>-16,8</b>	<b>+2,2</b>
Nordrhein-Westfalen	11 925	11 692	11 054	6,0	6,2	5,9	-7,3	-5,5
Rheinland-Pfalz	2 565	2 357	2 606	5,8	5,6	6,3	+1,6	+10,6
Saarland	566	463	442	5,4	4,9	4,7	-21,9	-4,5
Sachsen	2 341	2 348	2 354	9,5	8,3	7,9	+0,6	+0,3
Sachsen-Anhalt	1 844	1 528	1 735	12,6	9,7	10,6	-5,9	+13,5
Schleswig-Holstein	2 202	2 323	2 234	7,1	7,6	7,4	+1,5	-3,8
Thüringen	1 266	1 118	1 197	8,6	7,2	7,5	-5,5	+7,1
<b>Deutschland</b>	<b>53 041</b>	<b>46 921</b>	<b>47 439</b>	<b>6,5</b>	<b>5,8</b>	<b>5,9</b>	<b>-10,6</b>	<b>+1,1</b>
Westdeutschland	41 797	37 074	36 588	...	...	...	-12,5	-1,3
Ostdeutschland	11 244	9 847	10 851	...	...	...	-3,5	+10,2

1) Anteil der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres. Es werden Quoten für einzelne Geburtsjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (sog. "Quotensummenverfahren").

2) In Bremen werden im Rahmen der Inklusion seit dem Schuljahr 2011/12 Schülerinnen und Schüler mit dem sonderpädagogischen Förderbedarf Wahrnehmung- und Entwicklungsförderung (geistige Entwicklung) ihre Werkstufe von Klasse 10 bis 12 im beruflichen Bereich absolvieren. Die Daten für Bremen sind daher nur eingeschränkt vergleichbar.

Quelle: Statistische Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 211: Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 2006 bis 2015

## 48. Frühe Schulabgängerinnen und -abgänger (18 bis unter 25-Jährige)<sup>1)</sup>

Land	Frühe Schulabgänger/-innen insgesamt			Männlich	Weiblich	Veränderung insgesamt	
	2011	2015	2016		2016/2011 <sup>2)</sup>	2016/2015	
	%					Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	10,0	8,5	9,3	9,8	8,7	-0,7	+0,8
Bayern	9,0	6,2	7,6	8,3	6,7	-1,4	+1,4
Berlin	13,2	13,9	11,6	12,5	10,8	-1,6	-2,3
Brandenburg	10,3	11,9	10,7	12,2	/	+0,4	-1,2
Bremen	17,8	12,4	10,7	/	/	-7,1	-1,7
Hamburg	13,0	13,2	12,3	12,8	11,8	-0,7	-0,9
Hessen	10,9	9,9	10,4	11,3	9,4	-0,5	+0,5
Mecklenburg-Vorpommern	10,2	11,1	13,5	14,2	/	+3,3	+2,4
<b>Niedersachsen</b>	<b>14,1</b>	<b>11,0</b>	<b>11,9</b>	<b>12,4</b>	<b>11,4</b>	<b>-2,2</b>	<b>+0,9</b>
Nordrhein-Westfalen	13,6	11,7	11,2	11,9	10,6	-2,4	-0,5
Rheinland-Pfalz	13,5	12,5	11,7	13,1	10,2	-1,8	-0,8
Saarland	15,3	12,5	10,3	/	/	-5,0	-2,2
Sachsen	7,9	8,7	7,6	8,2	6,9	-0,3	-1,1
Sachsen-Anhalt	13,1	12,5	11,2	13,2	/	-1,9	-1,3
Schleswig-Holstein	13,0	10,9	10,1	10,4	9,9	-2,9	-0,8
Thüringen	7,8	8,5	8,6	9,7	/	+0,8	+0,1
<b>Deutschland</b>	<b>11,6</b>	<b>10,1</b>	<b>10,2</b>	<b>10,9</b>	<b>9,4</b>	<b>-1,4</b>	<b>+0,1</b>
Westdeutschland	...	...	...	...	...	...	...
Ostdeutschland	...	...	...	...	...	...	...

1) Frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger sind Personen, die weder über eine Hochschulzugangsberechtigung wie Abitur oder Fachhochschulreife noch über eine Berufsausbildung verfügen, sich nicht im Grund- und Zivildienst befinden und auch nicht an Aus- oder Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen.

2) Zeitreihenbruch 2014; Daten 2016 sind daher nur eingeschränkt vergleichbar mit Daten 2011.

Quelle: Eurostat

#### 49. Schulentlassene mit Hochschulreife an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen

Land	Allgemeine Hochschulreife						Studien- berechtigten- quote <sup>2)</sup>	Veränderung der Abiturientenquoten	
	Absolventen/-innen			Abiturientenquote <sup>1)</sup>				2015/2010	2015/2014
	2010	2014	2015	2010	2014	2015			
	Anzahl			%			Prozentpunkte		
Baden-Württemberg	48 362	50 523	53 352	37,5	42,2	43,9	59,7	+6,5	+1,8
Bayern	39 956	42 259	43 185	27,0	31,4	31,6	46,5	+4,6	+0,2
Berlin	13 379	13 493	14 063	38,7	48,2	48,8	57,1	+10,1	+0,6
Brandenburg	10 169	7 107	8 256	39,7	43,0	46,0	53,7	+6,3	+3,0
Bremen	2 989	3 156	3 327	41,1	47,8	49,4	57,0	+8,3	+1,6
Hamburg <sup>3)</sup>	12 799	9 103	9 611	74,0	55,8	57,7	65,8	-16,3	+1,9
Hessen	23 093	29 720	25 936	34,3	47,2	40,3	56,6	+6,0	-6,9
Mecklenburg-Vorpommern	4 522	4 108	4 690	31,7	39,4	41,2	45,0	+9,5	+1,8
<b>Niedersachsen</b>	<b>30 517</b>	<b>32 555</b>	<b>33 820</b>	<b>32,3</b>	<b>37,6</b>	<b>38,2</b>	<b>54,5</b>	<b>+5,9</b>	<b>+0,6</b>
Nordrhein-Westfalen	77 692	88 217	89 054	36,2	46,0	45,7	53,8	+9,5	-0,2
Rheinland-Pfalz	15 916	16 471	17 188	33,0	37,8	39,3	47,9	+6,3	+1,5
Saarland	3 368	3 631	3 832	29,0	36,0	37,7	61,5	+8,6	+1,7
Sachsen	9 555	9 761	11 173	29,5	38,1	40,3	48,0	+10,8	+2,2
Sachsen-Anhalt	4 963	4 582	5 233	25,7	31,8	34,0	39,8	+8,2	+2,2
Schleswig-Holstein	12 082	12 338	12 988	36,7	40,6	42,0	46,7	+5,3	+1,4
Thüringen	6 551	5 683	6 253	35,7	40,7	41,2	50,7	+5,5	+0,4
<b>Deutschland</b>	<b>315 913</b>	<b>332 707</b>	<b>341 961</b>	<b>33,9</b>	<b>41,0</b>	<b>41,2</b>	<b>53,0</b>	<b>+7,3</b>	<b>+0,2</b>
Westdeutschland	266 774	287 973	292 293	...	...	...	...	...	...
Ostdeutschland	49 139	44 734	49 668	...	...	...	...	...	...

1) Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit Hochschulreife an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres. Es werden Quoten für einzelne Geburtsjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (sog. "Quotensummenverfahren").

2) Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit Hochschul- und Fachhochschulreife zusammen an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres ("Quotensummenverfahren").

3) In Hamburg 2010 doppelter Abiturjahrgang.

Quelle: Statistische Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 211: Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 2006 bis 2015

# Wissenschaft und Kultur

## 50. Studienanfängerinnen und -anfänger nach Land des Studienortes

Land	Studienanfänger/-innen im ersten Hochschulsesemester <sup>1)</sup>			Darunter weiblich	Studienanfängerquote <sup>2)</sup>			Veränderung der Studienanfängerquote	
	2010	2014	2015		2010	2014	2015	2015/2010	2015/2014
	Anzahl				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	67 638	75 136	76 342	37 299	52,0	60,3	60,8	+8,8	+0,5
Bayern	64 749	72 320	74 223	37 175	43,4	51,1	52,1	+8,7	+1,1
Berlin	28 850	32 670	34 189	18 003	69,2	93,4	98,0	+28,8	+4,6
Brandenburg	9 499	8 224	8 184	4 318	33,8	46,7	46,2	+12,4	-0,5
Bremen	6 478	6 888	7 263	3 618	80,9	90,4	96,4	+15,4	+6,0
Hamburg <sup>3)</sup>	15 841	16 455	16 550	8 380	75,7	83,9	84,3	+8,6	+0,4
Hessen <sup>3)</sup>	36 713	42 208	41 029	20 597	53,2	63,4	61,0	+7,8	-2,5
Mecklenburg-Vorpommern	7 031	6 264	6 605	3 339	37,0	52,0	54,5	+17,5	+2,5
<b>Niedersachsen</b>	<b>30 983</b>	<b>37 938</b>	<b>38 872</b>	<b>19 808</b>	<b>33,4</b>	<b>43,3</b>	<b>43,8</b>	<b>+10,4</b>	<b>+0,5</b>
Nordrhein-Westfalen	97 666	127 605	124 623	62 096	45,6	63,5	61,7	+16,1	-1,8
Rheinland-Pfalz	22 161	22 906	22 414	11 670	46,0	50,7	49,6	+3,7	-1,0
Saarland	5 751	5 678	5 755	2 952	48,9	53,5	54,6	+5,7	+1,1
Sachsen	20 269	21 395	21 104	10 289	45,9	71,1	68,7	+22,8	-2,3
Sachsen-Anhalt	10 085	9 336	9 759	5 026	39,2	55,5	58,5	+19,4	+3,0
Schleswig-Holstein	9 687	10 232	10 015	4 934	30,2	33,4	32,4	+2,1	-1,0
Thüringen	11 207	9 627	9 653	4 919	45,9	60,3	59,8	+13,9	-0,5
<b>Deutschland</b>	<b>444 608</b>	<b>504 882</b>	<b>506 580</b>	<b>254 423</b>	<b>46,0</b>	<b>58,3</b>	<b>58,2</b>	<b>+12,2</b>	<b>-0,1</b>
Westdeutschland	357 667	417 366	417 086	208 529	...	...	...	...	...
Ostdeutschland	86 941	87 516	89 494	45 894	...	...	...	...	...

1) Sommer- und nachfolgendes Wintersemester.

2) Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres. Es werden Quoten für einzelne Geburtsjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (sog. "Quotensummenverfahren").

3) In Hamburg 2010 doppelter Abiturjahrgang, in Hessen 2014 1,3-facher Abiturientenjahrgang.

## 51. Studierende und Bildungsausländerinnen und -ausländer

Land	Studierende im Wintersemester			Darunter weiblich	Anteil der Bildungsausländer/-innen an den Studierenden			Veränderung des Anteils an den Studierenden	
	2010	2014	2015		2010	2014	2015	2015/2010	2015/2014
	Anzahl				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	290 286	356 539	359 125	168 619	9,2	9,4	9,9	+0,7	+0,5
Bayern	287 432	368 258	376 488	182 834	7,3	8,0	8,6	+1,3	+0,6
Berlin	147 030	171 263	175 917	87 769	13,0	13,9	14,6	+1,7	+0,7
Brandenburg	50 941	49 762	49 395	25 514	9,3	11,8	12,4	+3,1	+0,6
Bremen	31 848	35 627	36 324	17 224	11,5	10,7	10,9	-0,6	+0,1
Hamburg	80 115	96 286	97 881	47 979	7,5	7,9	8,1	+0,6	+0,2
Hessen	196 545	238 221	244 322	115 612	8,6	8,5	8,7	+0,1	+0,2
Mecklenburg-Vorpommern	39 562	38 935	38 541	18 785	4,8	5,5	6,2	+1,4	+0,6
<b>Niedersachsen</b>	<b>149 899</b>	<b>191 215</b>	<b>199 959</b>	<b>96 031</b>	<b>7,8</b>	<b>7,1</b>	<b>7,3</b>	<b>-0,5</b>	<b>+0,2</b>
Nordrhein-Westfalen	535 454	725 885	751 740	356 143	7,5	7,4	7,6	+0,1	+0,1
Rheinland-Pfalz	113 069	122 676	121 459	61 283	7,5	6,9	7,4	-0,1	+0,5
Saarland	25 343	29 544	30 838	15 084	11,8	11,6	11,4	-0,4	-0,2
Sachsen	109 761	112 574	113 281	51 536	8,8	12,5	13,3	+4,4	+0,8
Sachsen-Anhalt	54 078	54 989	54 954	27 033	7,9	10,3	11,1	+3,1	+0,7
Schleswig-Holstein	52 344	56 221	57 412	27 696	5,5	5,8	5,9	+0,4	+0,1
Thüringen	53 587	50 915	50 163	24 531	6,6	10,3	11,4	+4,8	+1,0
<b>Deutschland</b>	<b>2 217 294</b>	<b>2 698 910</b>	<b>2 757 799</b>	<b>1 323 673</b>	<b>8,3</b>	<b>8,7</b>	<b>9,1</b>	<b>+0,8</b>	<b>+0,4</b>
Westdeutschland	1 762 335	2 220 472	2 275 548	1 088 505	...	...	...	...	...
Ostdeutschland	454 959	478 438	482 251	235 168	...	...	...	...	...

## 52. Absolventinnen und Absolventen (Erststudium)<sup>1)</sup>

Land	Absolventen/-innen (Erststudium) insgesamt <sup>2)</sup>			Darunter weiblich				Veränderung der Zahl der Absolventen/-innen insgesamt	
	2010	2014	2015	2010	2015	Anteil		2015/2010	2015/2014
						2010	2015		
Anzahl						%			
Baden-Württemberg	44 835	51 923	54 407	21 647	25 764	48,3	47,4	+21,3	+4,8
Bayern	42 960	50 289	53 133	21 871	27 244	50,9	51,3	+23,7	+5,7
Berlin	18 165	17 953	17 683	9 814	9 220	54,0	52,1	-2,7	-1,5
Brandenburg	6 200	5 882	5 826	3 372	3 040	54,4	52,2	-6,0	-1,0
Bremen	5 233	4 110	4 157	2 788	2 097	53,3	50,4	-20,6	+1,1
Hamburg	9 142	10 345	10 133	4 561	5 407	49,9	53,4	+10,8	-2,0
Hessen	24 112	25 473	25 115	12 822	13 022	53,2	51,8	+4,2	-1,4
Mecklenburg-Vorpommern	4 463	4 300	4 223	2 465	2 209	55,2	52,3	-5,4	-1,8
<b>Niedersachsen</b>	<b>22 760</b>	<b>22 227</b>	<b>23 350</b>	<b>12 358</b>	<b>12 236</b>	<b>54,3</b>	<b>52,4</b>	<b>+2,6</b>	<b>+5,1</b>
Nordrhein-Westfalen	63 809	66 313	67 526	33 197	35 333	52,0	52,3	+5,8	+1,8
Rheinland-Pfalz	12 992	16 064	15 031	7 178	8 195	55,2	54,5	+15,7	-6,4
Saarland	2 229	3 617	3 806	1 144	1 997	51,3	52,5	+70,7	+5,2
Sachsen	16 520	14 670	13 365	8 553	6 327	51,8	47,3	-19,1	-8,9
Sachsen-Anhalt	6 948	6 681	6 099	4 019	3 233	57,8	53,0	-12,2	-8,7
Schleswig-Holstein	6 058	7 052	6 758	3 008	3 316	49,7	49,1	+11,6	-4,2
Thüringen	8 455	6 897	6 490	4 403	3 321	52,1	51,2	-23,2	-5,9
<b>Deutschland</b>	<b>294 881</b>	<b>313 796</b>	<b>317 102</b>	<b>153 200</b>	<b>161 961</b>	<b>52,0</b>	<b>51,1</b>	<b>+7,5</b>	<b>+1,1</b>
Westdeutschland	234 130	257 413	263 416	120 574	134 611	51,5	51,1	+12,5	+2,3
Ostdeutschland	60 751	56 383	53 686	32 626	27 350	53,7	50,9	-11,6	-4,8

1) Ohne Masterabsolventen.

2) Einschließlich Weiterstudium zur Verbesserung der Prüfungsnote.

## 53. Promotionen

Land	Bestandene Promotionen insgesamt			Darunter von Frauen bestandene Promotionen				Veränderung der Zahl der Promotionen insgesamt	
	2010	2014	2015	2010	2015	Anteil		2015/2010	2015/2014
						2010	2015		
Anzahl						%			
Baden-Württemberg	4 125	4 286	4 900	1 862	2 085	45,1	42,6	+18,8	+14,3
Bayern	4 259	4 598	4 589	1 905	2 100	44,7	45,8	+7,7	-0,2
Berlin	2 288	2 301	2 457	1 073	1 171	46,9	47,7	+7,4	+6,8
Brandenburg	328	435	422	142	168	43,3	39,8	+28,7	-3,0
Bremen	317	392	227	153	87	48,3	38,3	-28,4	-42,1
Hamburg	543	1 024	948	202	444	37,2	46,8	+74,6	-7,4
Hessen	2 073	2 255	2 351	909	1 080	43,8	45,9	+13,4	+4,3
Mecklenburg-Vorpommern	450	528	525	208	271	46,2	51,6	+16,7	-0,6
<b>Niedersachsen</b>	<b>2 085</b>	<b>2 289</b>	<b>2 236</b>	<b>917</b>	<b>1 002</b>	<b>44,0</b>	<b>44,8</b>	<b>+7,2</b>	<b>-2,3</b>
Nordrhein-Westfalen	4 996	5 284	5 636	2 057	2 467	41,2	43,8	+12,8	+6,7
Rheinland-Pfalz	913	1 118	1 059	400	470	43,8	44,4	+16,0	-5,3
Saarland	237	283	414	86	166	36,3	40,1	+74,7	+46,3
Sachsen	1 201	1 456	1 528	540	619	45,0	40,5	+27,2	+4,9
Sachsen-Anhalt	585	549	595	260	284	44,4	47,7	+1,7	+8,4
Schleswig-Holstein	582	636	536	292	281	50,2	52,4	-7,9	-15,7
Thüringen	647	713	795	295	357	45,6	44,9	+22,9	+11,5
<b>Deutschland</b>	<b>25 629</b>	<b>28 147</b>	<b>29 218</b>	<b>11 301</b>	<b>13 052</b>	<b>44,1</b>	<b>44,7</b>	<b>+14,0</b>	<b>+3,8</b>
Westdeutschland	20 130	22 165	22 896	8 783	10 182	43,6	44,5	+13,7	+3,3
Ostdeutschland	5 499	5 982	6 322	2 518	2 870	45,8	45,4	+15,0	+5,7

## 54. Professuren an Hochschulen

Land	Professuren insgesamt <sup>1)</sup>			Darunter Professuren von Frauen				Veränderung der Zahl der Professuren insgesamt	
	2010	2014	2015	2010	2015	Anteil		2015/2010	2015/2014
						2010	2015		
Anzahl						%			
Baden-Württemberg	6 346	7 156	7 284	1 063	1 455	16,8	20,0	+14,8	+1,8
Bayern	5 854	6 666	6 720	883	1 254	15,1	18,7	+14,8	+0,8
Berlin	3 005	3 250	3 317	866	1 078	28,8	32,5	+10,4	+2,1
Brandenburg	873	895	930	172	231	19,7	24,8	+6,5	+3,9
Bremen	653	679	683	145	192	22,2	28,1	+4,6	+0,6
Hamburg	1 393	1 562	1 619	323	457	23,2	28,2	+16,2	+3,6
Hessen	3 213	3 556	3 646	678	886	21,1	24,3	+13,5	+2,5
Mecklenburg-Vorpommern	823	793	804	128	152	15,6	18,9	-2,3	+1,4
<b>Niedersachsen</b>	<b>3 393</b>	<b>3 627</b>	<b>3 638</b>	<b>801</b>	<b>928</b>	<b>23,6</b>	<b>25,5</b>	<b>+7,2</b>	<b>+0,3</b>
Nordrhein-Westfalen	8 170	9 423	9 587	1 596	2 269	19,5	23,7	+17,3	+1,7
Rheinland-Pfalz	1 921	2 031	2 040	340	425	17,7	20,8	+6,2	+0,4
Saarland	464	499	496	80	96	17,2	19,4	+6,9	-0,6
Sachsen	2 185	2 339	2 337	372	486	17,0	20,8	+7,0	-0,1
Sachsen-Anhalt	1 050	1 080	1 063	182	207	17,3	19,5	+1,2	-1,6
Schleswig-Holstein	994	1 031	1 039	145	205	14,6	19,7	+4,5	+0,8
Thüringen	1 125	1 162	1 141	171	214	15,2	18,8	+1,4	-1,8
<b>Deutschland</b>	<b>41 462</b>	<b>45 749</b>	<b>46 344</b>	<b>7 945</b>	<b>10 535</b>	<b>19,2</b>	<b>22,7</b>	<b>+11,8</b>	<b>+1,3</b>
Westdeutschland	32 401	36 230	36 752	6 054	8 167	18,7	22,2	+13,4	+1,4
Ostdeutschland	9 061	9 519	9 592	1 891	2 368	20,9	24,7	+5,9	+0,8

1) Professuren: ohne (nebenberufliche) Gastprofessuren und Emeriti; einschließlich zentrale Einrichtungen und sonstige Fächer.

## 55. Öffentliche Ausgaben für Kultur – Grundmittel –

Land	Öffentliche Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche <sup>1)</sup>			Öffentliche Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche je Einwohner/-in <sup>1)</sup>			Veränderung der öffentlichen Ausgaben <sup>2)</sup>		Anteil der Ausgaben für Kultur am BIP 2013
	2009	2011	2013 <sup>3)</sup>	2009	2011	2013 <sup>3)</sup>	2013/2009	2013/2011	
Baden-Württemberg	1 204	1 259	1 339	112	120	126	+11,2	+6,4	0,3
Bayern	1 385	1 469	1 553	111	118	123	+12,1	+5,7	0,3
Berlin	690	668	637	201	203	186	-7,7	-4,6	0,6
Brandenburg	241	263	274	96	107	112	+13,8	+4,2	0,5
Bremen	102	114	130	155	175	197	+26,8	+14,0	0,4
Hamburg	311	274	351	175	160	201	+12,8	+28,1	0,3
Hessen	684	752	759	113	126	126	+11,0	+0,9	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	172	173	188	104	107	118	+9,5	+8,8	0,5
<b>Niedersachsen</b>	<b>591</b>	<b>705</b>	<b>736</b>	<b>74</b>	<b>91</b>	<b>94</b>	<b>+24,5</b>	<b>+4,4</b>	<b>0,3</b>
Nordrhein-Westfalen	1 583	1 754	1 816	88	100	103	+14,7	+3,5	0,3
Rheinland-Pfalz	314	342	342	78	86	86	+8,9	-0,1	0,3
Saarland	82	74	88	80	74	89	+7,5	+18,8	0,3
Sachsen	736	721	815	176	178	201	+10,8	+13,0	0,8
Sachsen-Anhalt	313	356	326	132	156	145	+4,3	-8,3	0,6
Schleswig-Holstein	202	201	213	71	72	75	+5,1	+5,8	0,3
Thüringen	322	338	347	143	155	161	+7,8	+2,7	0,6
<b>Deutschland<sup>4)</sup></b>	<b>8 933</b>	<b>9 463</b>	<b>9 913</b>	<b>109</b>	<b>118</b>	<b>123</b>	<b>+11,0</b>	<b>+4,8</b>	<b>0,4</b>
Westdeutschland	6 459	6 944	7 325	99	108	113	+13,4	+5,5	0,3
Ostdeutschland	2 474	2 519	2 588	151	159	163	+4,6	+2,7	0,6

1) Zu den kulturnahen Bereichen gehören Ausgaben für Volkshochschulen und Sonstige Weiterbildung, kirchliche Angelegenheiten sowie Rundfunkanstalten und Fernsehen.

2) Die Werte sind aufgrund der Umstellung des Kulturbereiches der Kunsthochschulen gemäß des Funktionenplans der staatlichen Haushaltssystematik und aufgrund der Umstellung von Kameralistik auf Doppik, Ausgliederungen von Kultureinrichtungen sowie Veranschlagungen von Finanzausgleichsmitteln mit den Werten der Vorjahre nur eingeschränkt vergleichbar.

3) Vorläufige Angaben, Stand Dez. 2016.

4) Summe der Grundmittel der Länder; Bundesmittel: 1 784 Mio. € in 2009, 2 174 Mio. € in 2011, 1 889 Mio. € in 2013.



## 56. Öffentliche Ausgaben für Hochschulen

Land	Ausgaben für Hochschulen <sup>1), 2)</sup>			Ausgaben für Hochschulen je Studierenden <sup>1), 2), 3)</sup>			Veränderung der Ausgaben für Hochschulen		Anteil der Ausgaben für Hochschulen am BIP 2013
	2008	2012	2013	2008	2012	2013	2013/2008	2013/2012	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	3 885	5 106	5 055	16 400	14 900	13 800	+30,1	-1,0	1,2
Bayern	3 871	5 087	5 262	15 400	14 500	14 300	+35,9	+3,4	1,0
Berlin	1 778	2 079	2 098	13 500	13 100	12 700	+18,0	+0,9	1,9
Brandenburg	422	602	621	9 600	11 100	11 500	+47,2	+3,1	1,0
Bremen	441	494	497	14 300	14 500	14 300	+12,8	+0,6	1,7
Hamburg	922	1 150	1 289	14 300	13 700	14 500	+39,8	+12,0	1,3
Hessen	2 295	2 914	2 818	15 100	13 200	12 100	+22,8	-3,3	1,2
Mecklenburg-Vorpommern	442	582	570	12 400	14 300	14 400	+29,0	-2,0	1,5
<b>Niedersachsen</b>	<b>2 375</b>	<b>2 934</b>	<b>3 109</b>	<b>17 300</b>	<b>17 000</b>	<b>17 300</b>	<b>+30,9</b>	<b>+6,0</b>	<b>1,3</b>
Nordrhein-Westfalen	5 443	7 061	7 334	12 300	12 000	11 500	+34,7	+3,9	1,2
Rheinland-Pfalz	1 021	1 302	1 352	10 100	10 600	10 800	+32,4	+3,9	1,1
Saarland	258	395	363	12 900	14 100	11 800	+41,1	-7,9	1,1
Sachsen	1 417	1 690	1 800	13 700	13 600	14 500	+27,1	+6,5	1,7
Sachsen-Anhalt	599	716	755	11 900	12 500	13 100	+26,2	+5,5	1,4
Schleswig-Holstein	593	711	701	12 900	12 000	11 600	+18,3	-1,5	0,9
Thüringen	637	808	821	12 900	13 500	13 900	+28,8	+1,5	1,5
<b>Deutschland</b>	<b>26 398</b>	<b>33 632</b>	<b>34 445</b>	<b>13 900</b>	<b>13 500</b>	<b>13 100</b>	<b>+30,5</b>	<b>+2,4</b>	<b>1,2</b>
Westdeutschland	21 104	27 153	27 780	14 200	13 600	13 100	+31,6	+2,3	1,2
Ostdeutschland	5 295	6 478	6 666	12 800	13 100	13 300	+25,9	+2,9	1,6

1) Forschung, Lehre und zusätzliche Dienstleistungen (z. B. Studentenwerke) insgesamt.

2) Für alle Abschlusslevel im Hochschulbereich, das sind 2008 nach ISCED-1997 die Level 5a/6 sowie 2012 und 2013 nach ISCED-2011 die Level 5 bis 8.

3) Ausgaben gerundet auf volle 100 Euro.

## 57. Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE)

Land	Ausgaben für Forschung und Entwicklung <sup>1)</sup>			Ausgaben für Forschung und Entwicklung je Einwohner/-in			Veränderung der Ausgaben für FuE		Anteil der Ausgaben für FuE am BIP 2015
	2010	2014	2015	2010	2014	2015	2015/2010	2015/2014	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	17 049	21 469	22 733	1 586	2 012	2 109	+33,3	+5,9	4,9
Bayern	13 622	16 701	17 359	1 088	1 322	1 362	+27,4	+3,9	3,2
Berlin	3 540	4 281	4 411	1 028	1 244	1 266	+24,6	+3,0	3,6
Brandenburg	795	1 006	1 092	317	410	443	+37,3	+8,7	1,6
Bremen	704	852	873	1 068	1 295	1 315	+23,9	+2,4	2,8
Hamburg	1 972	2 453	2 423	1 109	1 403	1 369	+22,8	-1,2	2,2
Hessen	6 775	7 314	7 403	1 117	1 206	1 210	+9,3	+1,2	2,8
Mecklenburg-Vorpommern	689	732	753	418	458	470	+9,3	+2,8	1,9
<b>Niedersachsen</b>	<b>5 723</b>	<b>7 363</b>	<b>8 867</b>	<b>721</b>	<b>942</b>	<b>1 128</b>	<b>+54,9</b>	<b>+20,4</b>	<b>3,5</b>
Nordrhein-Westfalen	11 004	12 555	12 689	616	714	718	+15,3	+1,1	2,0
Rheinland-Pfalz	2 303	2 759	3 188	575	690	793	+38,4	+15,5	2,4
Saarland	391	472	535	383	477	541	+36,8	+13,2	1,5
Sachsen	2 642	2 891	3 099	636	715	764	+17,3	+7,2	2,7
Sachsen-Anhalt	719	816	810	307	365	363	+12,6	-0,8	1,4
Schleswig-Holstein	961	1 287	1 277	339	456	449	+32,8	-0,8	1,5
Thüringen	1 041	1 195	1 183	465	554	549	+13,6	-1,0	2,0
<b>Deutschland<sup>2)</sup></b>	<b>70 014</b>	<b>84 246</b>	<b>88 782</b>	<b>856</b>	<b>1 041</b>	<b>1 090</b>	<b>+26,8</b>	<b>+5,4</b>	<b>2,9</b>
Westdeutschland	60 505	73 225	77 346	925	1 127	1 181	+27,8	+5,6	3,0
Ostdeutschland	9 427	10 922	11 348	577	686	710	+20,4	+3,9	2,5

1) Staat, private Institutionen ohne Erwerbszweck, Hochschulen (interne FuE-Aufwendungen), Wirtschaft.

2) Einschließlich nicht aufteilbarer Mittel.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Stifterverband Wissenschaftsstatistik, Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

# Umwelt und Energie

## 58. Flächenverbrauch: Siedlungs- und Verkehrsfläche<sup>1)</sup>

Land	Siedlungs- und Verkehrsfläche am 31.12.			Flächenverbrauch			Zu- und Abnahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche	
	2010	2014	2015	2010	2014	2015	2015/2010	2015/2014
	km <sup>2</sup>			Hektar pro Tag			%	
Baden-Württemberg	5 054	5 140	5 159	6,6	5,2	5,2	+2,1	+0,4
Bayern	7 995	8 351	8 399	20,8	10,7	13,2	+5,1	+0,6
Berlin	627	626	626	0,3	0,0	0,0	-0,2	+0,0
Brandenburg	2 716	2 793	2 800	4,7	3,0	1,9	+3,1	+0,3
Bremen	232	236	236	0,3	0,3	0,0	+1,7	+0,0
Hamburg	451	451	448	0,3	-0,8	-0,8	-0,7	-0,7
Hessen	3 276	3 315	3 324	3,8	3,6	2,5	+1,5	+0,3
Mecklenburg-Vorpommern <sup>2)</sup>	1 847	1 899	1 902	7,1	6,3	0,8	+3,0	+0,2
<b>Niedersachsen</b>	<b>6 464</b>	<b>6 626</b>	<b>6 660</b>	<b>7,9</b>	<b>10,4</b>	<b>9,3</b>	<b>+3,0</b>	<b>+0,5</b>
Nordrhein-Westfalen	7 653	7 794	7 828	11,5	9,0	9,3	+2,3	+0,4
Rheinland-Pfalz	2 823	2 840	2 836	0,5	0,8	-1,1	+0,5	-0,1
Saarland	532	537	538	1,1	0,3	0,3	+1,1	+0,2
Sachsen <sup>3)</sup>	2 304	2 445	2 432	6,8	x	-3,6	+5,6	x
Sachsen-Anhalt	2 243	2 246	2 248	-1,6	1,6	0,5	+0,2	+0,1
Schleswig-Holstein	1 986	2 032	2 042	3,0	3,0	2,7	+2,8	+0,5
Thüringen	1 501	1 579	1 588	3,6	8,2	2,5	+5,8	+0,6
<b>Deutschland<sup>4)</sup></b>	<b>47 702</b>	<b>48 910</b>	<b>49 066</b>	<b>76,7</b>	<b>x</b>	<b>42,7</b>	<b>+2,9</b>	<b>+0,3</b>
Westdeutschland	36 466	37 322	37 470	55,9	42,5	40,5	+2,8	+0,4
Ostdeutschland	11 238	11 588	11 596	20,8	x	2,2	+3,2	x

1) Ergebnisse der Flächenerhebungen nach Art der tatsächlichen Nutzung (Stichtag 31.12.). In einigen Ländern beeinflussen neben tatsächlichen Nutzungsartenänderungen vor allem Umwidmungen und Neuordnungen der einzelnen Nutzungsarten im Zuge von Umstellungen im amtlichen Liegenschaftskataster den Zeitvergleich.

2) Mecklenburg-Vorpommern 2014: Rückmigrierte ALKIS-Werte. Abweichender Gebietsstand 28.01.2015.

3) In Sachsen ist die Umstellung der Datengrundlage von ALB auf ALKIS nunmehr vollständig abgeschlossen. Die dabei angewandten Migrationsregeln führen im statistischen Nachweis zu scheinbaren Nutzungsänderungen, denen in der Realität keine tatsächlichen Veränderungen gegenüberstehen. Aus diesem Grund erfolgt kein Jahresvergleich.

4) Die Deutschland-Werte können aufgrund von Rundungsdifferenzen von der Summe der Länder abweichen.

## 59. Ökologischer Landbau

Land	Ökologisch bewirtschaftete Fläche <sup>1)</sup>			Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche			Veränderung des Anteils der ökologisch bewirtschafteten Fläche	
	2010	2013	2016	2010	2013	2016	2016/2010	2016/2013
	1 000 ha			%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	112,2	124,0	138,5	8,0	8,7	9,8	+1,8	+1,1
Bayern	194,1	217,6	261,0	6,2	6,9	8,4	+2,2	+1,4
Berlin	0,3	0,3	0,3	12,4	15,0	15,6	+3,2	+0,6
Brandenburg	140,8	137,7	137,6	10,6	10,5	10,5	-0,2	-0,0
Bremen	0,8	1,0	1,4	9,8	11,8	17,7	+7,8	+5,9
Hamburg	1,0	1,0	1,2	6,8	6,9	8,1	+1,3	+1,2
Hessen	72,7	81,6	89,7	9,5	10,6	11,7	+2,2	+1,1
Mecklenburg-Vorpommern	117,8	120,4	126,3	8,7	9,0	9,4	+0,7	+0,4
<b>Niedersachsen</b>	<b>78,5</b>	<b>79,5</b>	<b>90,5</b>	<b>3,0</b>	<b>3,1</b>	<b>3,5</b>	<b>+0,4</b>	<b>+0,4</b>
Nordrhein-Westfalen	54,5	62,9	61,9	3,7	4,3	4,3	+0,6	-0,0
Rheinland-Pfalz	38,0	47,3	61,3	5,4	6,7	8,8	+3,4	+2,1
Saarland	8,5	9,3	11,8	10,9	11,9	15,1	+4,2	+3,2
Sachsen	38,0	35,3	42,3	4,2	3,9	4,7	+0,5	+0,8
Sachsen-Anhalt	49,6	53,4	60,1	4,2	4,6	5,1	+0,9	+0,6
Schleswig-Holstein	35,2	35,8	41,4	3,5	3,6	4,2	+0,7	+0,6
Thüringen	39,0	39,8	36,7	5,0	5,1	4,7	-0,3	-0,4
<b>Deutschland</b>	<b>980,9</b>	<b>1 047,0</b>	<b>1 161,9</b>	<b>5,9</b>	<b>6,3</b>	<b>7,0</b>	<b>+1,1</b>	<b>+0,7</b>
Westdeutschland	595,3	660,0	758,6	5,3	5,9	6,8	+1,5	+0,9
Ostdeutschland	385,5	386,9	403,3	6,9	7,0	7,3	+0,4	+0,3

1) Nachgewiesen wird die gesamte bewirtschaftete Landfläche der ökologisch wirtschaftenden Betriebe, unabhängig davon, ob sie bereits umgestellt ist, sich in Umstellung befindet oder konventionell bewirtschaftet wird.

## 60. Wasserverbrauch der öffentlichen Wasserversorgung

Land	Wasserabgabe an Letztverbraucher									
	insgesamt		darunter an Haushalte und Kleingewerbe						Veränderung des Pro-Kopf-Verbrauchs	
			Wassermenge		Pro-Kopf-Verbrauch					
	2007	2013	2007	2013	2007	2010	2013	2013/2007	2013/2010	
Mio. m³			Liter je Einwohner/-in und Tag			%				
Baden-Württemberg	567	561	455	451	116,4	115,3	116,4	-0,0	+0,9	
Bayern	743	728	601	586	133,1	129,1	129,6	-2,7	+0,3	
Berlin	189	189	138	141	111,6	112,9	113,8	+2,0	+0,8	
Brandenburg	109	111	90	95	98,4	104,8	107,8	+9,6	+2,9	
Bremen	39	37	31	29	126,5	122,2	120,6	-4,7	-1,4	
Hamburg	103	104	95	96	134,0	134,4	138,1	+3,1	+2,8	
Hessen	312	307	269	270	122,7	121,3	124,3	+1,3	+2,5	
Mecklenburg-Vorpommern	83	86	62	61	100,4	106,3	104,5	+4,1	-1,7	
<b>Niedersachsen</b>	<b>463</b>	<b>461</b>	<b>370</b>	<b>357</b>	<b>128,2</b>	<b>126,3</b>	<b>126,4</b>	<b>-1,4</b>	<b>+0,1</b>	
Nordrhein-Westfalen	1 106	1 069	878	844	135,3	134,5	133,4	-1,4	-0,9	
Rheinland-Pfalz	223	217	176	174	118,3	119,1	118,6	+0,2	-0,5	
Saarland	55	52	44	41	115,9	112,1	113,5	-2,1	+1,2	
Sachsen	188	190	131	127	85,3	84,2	86,3	+1,2	+2,5	
Sachsen-Anhalt	106	104	80	76	90,0	90,9	92,6	+2,9	+1,8	
Schleswig-Holstein	164	162	127	123	132,6	133,5	129,4	-2,4	-3,0	
Thüringen	94	92	76	70	90,3	88,6	88,3	-2,3	-0,4	
<b>Deutschland</b>	<b>4 544</b>	<b>4 468</b>	<b>3 623</b>	<b>3 541</b>	<b>121,6</b>	<b>120,7</b>	<b>121,2</b>	<b>-0,4</b>	<b>+0,4</b>	
Westdeutschland	3 775	3 696	3 046	2 972	128,0	126,4	126,5	-1,2	+0,1	
Ostdeutschland	769	772	576	569	91,5	93,0	94,3	+3,1	+1,4	

## 61. Aufkommen an Haushaltsabfällen

Land	Aufkommen an Haushaltsabfällen							Veränderung des Aufkommens an Haushaltsabfällen	
	2010	2014	2015	Darunter					
				Haus- und Sperrmüll	getrennte Bioabfälle <sup>1)</sup>	getrennte Wertstoffe	2015/2010	2015/2014	
	1 000 Tonnen			kg je Einwohner/-in			%		
Baden-Württemberg	4 612	4 799	4 783	444	142	134	166	+3,7	-0,3
Bayern	5 845	6 067	6 057	475	166	145	159	+3,6	-0,2
Berlin	1 410	1 335	1 339	384	249	23	111	-5,0	+0,3
Brandenburg	982	987	1 005	408	212	58	136	+2,3	+1,8
Bremen	296	289	291	438	228	86	123	-1,7	+0,5
Hamburg	787	794	798	451	281	49	119	+1,3	+0,5
Hessen	2 869	2 855	2 783	455	182	131	142	-3,0	-2,5
Mecklenburg-Vorpommern	683	701	684	428	230	65	132	+0,1	-2,3
<b>Niedersachsen</b>	<b>3 895</b>	<b>4 075</b>	<b>4 066</b>	<b>517</b>	<b>188</b>	<b>160</b>	<b>167</b>	<b>+4,4</b>	<b>-0,2</b>
Nordrhein-Westfalen	8 269	8 455	8 328	471	214	114	142	+0,7	-1,5
Rheinland-Pfalz	2 061	2 103	2 102	523	182	164	171	+2,0	-0,1
Saarland	498	490	485	491	188	144	158	-2,6	-0,9
Sachsen	1 343	1 309	1 325	327	149	53	124	-1,3	+1,3
Sachsen-Anhalt	1 034	1 033	1 038	465	203	126	135	+0,3	+0,5
Schleswig-Holstein	1 325	1 379	1 410	496	232	112	151	+6,4	+2,2
Thüringen	873	885	884	410	184	94	132	+1,2	-0,2
<b>Deutschland</b>	<b>36 782</b>	<b>37 554</b>	<b>37 376</b>	<b>459</b>	<b>190</b>	<b>119</b>	<b>148</b>	<b>+1,6</b>	<b>-0,5</b>
Westdeutschland	30 457	31 305	31 101	475	187	132	154	+2,1	-0,7
Ostdeutschland	6 325	6 249	6 275	392	201	64	126	-0,8	+0,4

1) Biotonne; biologisch abbaubare Garten- und Parkabfälle einschließlich Friedhofsabfälle.

## 62. Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch

Land	Primärenergieverbrauch			Darunter aus erneuerbaren Energien	Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch			Veränderung des Anteils erneuerbarer Energien	
	2009	2013	2014		2009	2013	2014	2014/2009	2014/2013
	Mio. kWh			%			Prozentpunkte		
Baden-Württemberg	429 332	401 521	385 759	47 767	9,3	11,8	12,4	+3,1	+0,5
Bayern	556 756	567 489	.	.	10,7	15,8	.	.	.
Berlin	78 470	80 599	75 419	2 938	2,9	3,8	3,9	+1,0	+0,1
Brandenburg	172 815	189 928	188 116	38 434	14,7	20,1	20,4	+5,7	+0,4
Bremen	42 403	43 919	44 868	3 152	5,0	5,9	7,0	+2,0	+1,1
Hamburg	66 449	66 597	67 101	3 118	5,1	4,1	4,6	-0,4	+0,6
Hessen	245 488	238 707	235 333	20 543	6,1	8,6	8,7	+2,6	+0,1
Mecklenburg-Vorpommern	50 976	56 035	55 854	20 648	26,4	33,2	37,0	+10,5	+3,7
<b>Niedersachsen</b>	<b>398 523</b>	<b>371 314</b>	<b>368 028</b>	<b>54 589</b>	<b>11,1</b>	<b>14,6</b>	<b>14,8</b>	<b>+3,7</b>	<b>+0,2</b>
Nordrhein-Westfalen	1 167 489	1 165 124	1 188 429	49 314	3,7	4,3	4,1	+0,5	-0,1
Rheinland-Pfalz	172 671	181 872	167 963	19 853	9,2	11,3	11,8	+2,6	+0,5
Saarland	65 138	76 755	71 321	2 811	2,9	3,3	3,9	+1,1	+0,7
Sachsen	174 501	177 942	174 343	14 847	6,8	8,4	8,5	+1,7	+0,2
Sachsen-Anhalt	138 068	142 917	135 141	26 170	14,9	18,1	19,4	+4,5	+1,3
Schleswig-Holstein	119 555	123 234	118 898	21 238	10,1	16,1	17,9	+7,7	+1,7
Thüringen	66 645	68 420	64 425	14 893	19,1	23,1	23,1	+4,1	+0,0
<b>Deutschland<sup>1)</sup></b>	<b>3 758 574</b>	<b>3 839 336</b>	<b>3 660 996</b>	<b>421 816</b>	<b>8,9</b>	<b>10,8</b>	<b>11,5</b>	<b>+2,6</b>	<b>+0,7</b>
Westdeutschland <sup>2)</sup>	3 263 803	3 236 531	.	.	7,3	9,6	.	.	.
Ostdeutschland <sup>2)</sup>	681 475	715 840	.	.	12,6	16,3	.	.	.

1) Die Absolutwerte für den Primärenergieverbrauch Deutschlands (AG Energiebilanzen, Stand Juli 2016; Bilanz 2014) weichen aufgrund einer abweichenden Berechnungsmethodik von der Summe der Länder ab.

2) Summe der zugeordneten Länder (Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand Juli 2017).

## 63. Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien

Land	Stromerzeugung			Darunter aus erneuerbaren Energien	Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien			Veränderung des Anteils erneuerbarer Energien	
	2009	2013	2014		2009	2013	2014	2014/2009	2014/2013
	Mio. kWh			%			Prozentpunkte		
Baden-Württemberg	65 692	61 605	60 857	14 800	15,0	23,9	24,3	+9,4	+0,4
Bayern	90 170	90 852	88 289	31 930	23,3	34,8	36,2	+12,9	+1,3
Berlin	8 108	8 215	7 817	311	3,3	3,4	4,0	+0,7	+0,6
Brandenburg	47 017	54 354	54 353	14 421	18,6	24,3	26,5	+7,9	+2,2
Bremen	7 661	7 793	6 940	805	4,5	9,7	11,6	+7,1	+1,9
Hamburg	2 698	2 443	4 107	494	13,8	15,3	12,0	-1,8	-3,3
Hessen	16 116	14 834	13 103	5 286	16,3	32,5	40,3	+24,1	+7,8
Mecklenburg-Vorpommern	7 598	11 162	12 298	7 788	50,3	61,1	63,3	+13,1	+2,3
<b>Niedersachsen</b>	<b>72 780</b>	<b>70 035</b>	<b>72 640</b>	<b>26 156</b>	<b>21,7</b>	<b>34,6</b>	<b>36,0</b>	<b>+14,3</b>	<b>+1,4</b>
Nordrhein-Westfalen	165 336	180 687	175 402	16 009	6,7	8,4	9,1	+2,4	+0,7
Rheinland-Pfalz	15 449	19 339	17 878	7 390	25,3	35,3	41,3	+16,0	+6,0
Saarland	8 696	11 930	12 147	1 019	4,1	6,3	8,4	+4,3	+2,1
Sachsen	36 548	42 738	42 853	5 039	8,2	11,1	11,8	+3,5	+0,7
Sachsen-Anhalt	21 482	23 014	22 773	10 998	33,1	44,8	48,3	+15,2	+3,5
Schleswig-Holstein	24 118	27 423	28 677	12 337	26,5	38,8	43,0	+16,5	+4,2
Thüringen	6 930	8 159	8 439	4 636	40,9	53,8	54,9	+14,1	+1,2
<b>Deutschland<sup>1)</sup></b>	<b>595 600</b>	<b>637 700</b>	<b>626 700</b>	<b>161 400</b>	<b>15,9</b>	<b>23,7</b>	<b>25,8</b>	<b>+9,8</b>	<b>+2,0</b>
Westdeutschland <sup>2)</sup>	468 716	486 941	480 040	116 226	15,3	22,6	24,2	+8,9	+1,6
Ostdeutschland <sup>2)</sup>	127 683	147 642	148 533	43 193	20,2	26,9	29,1	+8,9	+2,2

1) Die Zahlen für Deutschland (AG Energiebilanzen, Stand August 2016; AG Erneuerbare Energien) weichen aufgrund der Berechnungsmethodik von der Summe der Länder ab.

2) Summe der zugeordneten Länder (Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand Juli 2017).

## 64. Energiebedingte CO<sub>2</sub>-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch (Quellenbilanz)<sup>1)</sup>

Land	Energiebedingte CO <sub>2</sub> -Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch insgesamt <sup>2)</sup>			Energiebedingte CO <sub>2</sub> -Emissionen je Einwohner/-in			Veränderung der CO <sub>2</sub> -Emissionen aus Primärenergieverbrauch	
	2009	2013	2014	2009	2013	2014	2014/2009	2014/2013
	1 000 t (Gg)			t			%	
Baden-Württemberg	67 213	71 722	66 671	6,3	6,8	6,2	-0,8	-7,0
Bayern	78 130	79 015	.	6,3	6,3	.	.	.
Berlin	17 931	17 953	16 979	5,2	5,3	4,9	-5,3	-5,4
Brandenburg	53 469	57 227	56 103	21,3	23,4	22,9	+4,9	-2,0
Bremen	12 757	13 523	12 914	19,3	20,7	19,6	+1,2	-4,5
Hamburg	11 940	11 282	12 337	6,7	6,5	7,1	+3,3	+9,4
Hessen	49 265	48 699	46 779	8,1	8,1	7,7	-5,0	-3,9
Mecklenburg-Vorpommern	9 522	10 437	10 371	5,7	6,5	6,5	+8,9	-0,6
<b>Niedersachsen</b>	<b>66 526</b>	<b>65 556</b>	<b>66 848</b>	<b>8,4</b>	<b>8,4</b>	<b>8,6</b>	<b>+0,5</b>	<b>+2,0</b>
Nordrhein-Westfalen	260 666	267 642	259 206	14,6	15,3	14,7	-0,6	-3,2
Rheinland-Pfalz	26 878	27 173	24 895	6,7	6,8	6,2	-7,4	-8,4
Saarland	18 511	22 816	20 872	18,1	23,0	21,1	+12,8	-8,5
Sachsen	48 259	51 138	50 910	11,6	12,7	12,6	+5,5	-0,4
Sachsen-Anhalt	26 662	26 999	25 509	11,3	12,0	11,4	-4,3	-5,5
Schleswig-Holstein	18 612	18 136	17 199	6,6	6,5	6,1	-7,6	-5,2
Thüringen	10 526	10 501	9 885	4,7	4,9	4,6	-6,1	-5,9
<b>Deutschland<sup>3)</sup></b>	<b>742 572</b>	<b>784 763</b>	<b>744 253</b>	<b>9,1</b>	<b>9,7</b>	<b>9,2</b>	<b>+0,2</b>	<b>-5,2</b>
Westdeutschland <sup>4)</sup>	610 498	625 564	.	9,3	9,7	.	.	.
Ostdeutschland <sup>4)</sup>	166 369	174 255	.	10,1	11,0	.	.	.

1) Einschließlich Emissionen für ausgeführten Strom, ohne Emissionen für eingeführten Strom.

2) Neuberechnung auf Basis geänderter CO<sub>2</sub>-Emissionsfaktoren lt. Nationalem Inventarbericht (NIR 2016), nicht: Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Thüringen.

3) Die Zahlen für Deutschland weichen aufgrund der Berechnungsmethodik von der Summe der Länder ab. Für Deutschland: Umweltbundesamt, Nationale Trendtabellen für die deutsche Berichterstattung, Stand 23.01.2017 – ohne Emissionen aus dem internationalen Luft- und Seeverkehr; inkl. diffuse Emissionen aus Brennstoffen.

4) Summe der zugeordneten Länder (Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand 14. Juli 2017).

## 65. Waldzustand

Land	Anteile der Schadstufen 2 bis 4 <sup>1)</sup> an allen Baumarten			Nachrichtlich: Waldfläche <sup>2)</sup>	Veränderung der Anteile der Schadstufen 2 bis 4	
	2011	2015	2016	2015	2016/2011	2016/2015
	%			km <sup>2</sup>	Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	33	36	37	13 700	+4	+1
Bayern	27	24	32	25 721	+5	+8
Berlin	29	13	11	164	-18	-2
Brandenburg	9	9	9	10 534	+0	+0
Bremen	10	.	.	9	x	x
Hamburg	x	x	x	56	x	x
Hessen	36	29	40	8 488	+4	+11
Mecklenburg-Vorpommern	.	14	15	5 086	x	+1
<b>Niedersachsen</b>	<b>22</b>	<b>16</b>	<b>20</b>	<b>10 532</b>	<b>-2</b>	<b>+4</b>
Nordrhein-Westfalen	33	26	29	8 878	-4	+3
Rheinland-Pfalz	33	25	27	8 399	-6	+2
Saarland	27	30	29	874	+2	-1
Sachsen	16	17	16	5 033	+0	-1
Sachsen-Anhalt	16	18	18	5 069	+2	+0
Schleswig-Holstein	29	19	19	1 672	-10	+0
Thüringen	36	31	37	5 300	+1	+6
<b>Deutschland</b>	<b>28</b>	<b>24</b>	<b>28</b>	<b>109 515</b>	<b>+0</b>	<b>+4</b>
Westdeutschland	...	...	...	...	...	...
Ostdeutschland	...	...	...	...	...	...

1) Schadstufen: 1. schwache Kronenverlichtung (Warnstufe) sowie 2. mittelstarke und 3. starke Kronenverlichtung und 4. abgestorben (2 bis 4: deutliche Kronenverlichtung).

2) Hierzu gehören auch unbebaute Waldflächen, die vorherrschend dem forstwirtschaftlichen Betrieb dienen sowie Flächen, die weder Nadel-, Laub- und Mischwald oder Gehölz zugeordnet werden können.

Quelle (Anteile der Schadstufen): Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Ergebnisse der Waldzustandserhebung

# Soziales, Sicherheit

## 66. Schwangerschaftsabbrüche

Land	Schwangerschaftsabbrüche nach dem Wohnsitz der Frauen			Häufigkeitszahl je 1 000 Lebendgeborene			Veränderung der Häufigkeitszahl	
	2011	2015	2016	2011	2015	2016 <sup>1)</sup>	2016/2011	2016/2015
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	11 882	10 667	9 661	134	106	96	-28,0	-9,4
Bayern	12 325	11 821	11 483	119	100	97	-18,3	-2,9
Berlin	9 393	8 494	8 871	284	223	233	-17,9	+4,4
Brandenburg	3 742	3 283	3 343	205	172	175	-14,6	+1,8
Bremen	1 630	1 544	1 484	303	237	228	-24,6	-3,9
Hamburg	3 969	2 939	3 090	232	149	156	-32,6	+5,1
Hessen	8 533	8 087	7 984	166	142	140	-15,3	-1,3
Mecklenburg-Vorpommern	2 991	2 614	2 774	237	197	209	-11,9	+6,1
<b>Niedersachsen</b>	<b>8 887</b>	<b>7 727</b>	<b>7 830</b>	<b>145</b>	<b>115</b>	<b>117</b>	<b>-19,6</b>	<b>+1,3</b>
Nordrhein-Westfalen	22 231	20 783	21 041	155	130	131	-15,6	+1,2
Rheinland-Pfalz	3 920	3 984	3 801	126	114	109	-13,8	-4,6
Saarland	1 217	1 196	1 164	172	159	155	-9,7	-2,7
Sachsen	5 903	5 083	5 368	171	139	147	-14,2	+5,6
Sachsen-Anhalt	4 066	3 566	3 399	241	205	195	-19,2	-4,7
Schleswig-Holstein	3 536	3 139	3 314	166	133	141	-15,1	+5,6
Thüringen	3 636	3 200	3 166	213	178	177	-17,1	-1,1
<b>Deutschland<sup>2)</sup></b>	<b>108 867</b>	<b>99 237</b>	<b>98 721</b>	<b>164</b>	<b>135</b>	<b>134</b>	<b>-18,5</b>	<b>-0,5</b>
Westdeutschland	78 130	71 887	70 852	147	121	119	-19,2	-1,4
Ostdeutschland	29 731	26 240	26 921	225	184	189	-15,8	+2,6

1) Für 2016 vorläufige Berechnung auf Basis der Lebendgeborenen 2015.

2) Inklusive Auslandswohnsitze und Wohnsitze, die nicht zugeordnet werden können.

## 67. Vorläufige Schutzmaßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe

Land	Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche			Schutzmaßnahmen je 10 000 Kinder und Jugendliche <sup>1)</sup>			Veränderung der Zahl der Schutzmaßnahmen	
	2011	2015	2016	2011	2015	2016	2016/2011	2016/2015
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	3 346	8 367	11 714	18	45	64	+250,1	+40,0
Bayern	2 982	15 295	6 730	14	72	32	+125,7	-56,0
Berlin	1 768	2 990	2 005	35	54	36	+13,4	-32,9
Brandenburg	1 522	2 030	2 930	44	54	79	+92,5	+44,3
Bremen	418	1 145	1 330	42	108	126	+218,2	+16,2
Hamburg	1 906	1 940	2 140	70	67	74	+12,3	+10,3
Hessen	2 997	7 056	5 178	30	69	51	+72,8	-26,6
Mecklenburg-Vorpommern	1 062	1 271	1 759	49	54	74	+65,6	+38,4
<b>Niedersachsen</b>	<b>3 561</b>	<b>5 842</b>	<b>8 347</b>	<b>26</b>	<b>44</b>	<b>63</b>	<b>+134,4</b>	<b>+42,9</b>
Nordrhein-Westfalen	10 617	16 649	22 193	36	56	75	+109,0	+33,3
Rheinland-Pfalz	1 174	1 677	3 152	18	26	48	+168,5	+88,0
Saarland	612	1 638	1 205	41	114	84	+96,9	-26,4
Sachsen	2 393	4 104	5 774	43	67	94	+141,3	+40,7
Sachsen-Anhalt	1 155	1 433	2 298	39	46	73	+99,0	+60,4
Schleswig-Holstein	1 952	4 026	4 836	41	86	104	+147,7	+20,1
Thüringen	1 016	2 182	2 639	35	69	83	+159,7	+20,9
<b>Deutschland</b>	<b>38 481</b>	<b>77 645</b>	<b>84 230</b>	<b>29</b>	<b>58</b>	<b>63</b>	<b>+118,9</b>	<b>+8,5</b>
Westdeutschland	29 565	63 635	66 825	27	58	61	+126,0	+5,0
Ostdeutschland	8 916	14 010	17 405	41	58	72	+95,2	+24,2

1) Bevölkerung unter 18 Jahren am 31.12. des gleichen Jahres; für 2016: 31.12.2015.

## 68. Armutsgefährdung

Land	Armutsgefährdungsquoten auf Basis des Medians der jeweiligen Regionaleinheit <sup>1)</sup>			Von 65-Jährigen und älter	Von Ausländern/-innen	Von Alleinerziehenden	Von Erwerbslosen	Armutsgefährdungsschwelle Einpersonenhaushalt	Veränderung der Armutsgefährdungsquoten	
	2011	2015	2016						2016/2011	2016/2015
	%							€	Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	14,5	15,3	15,4	17,3	31,4	48,0	50,5	1 055	+0,9	+0,1
Bayern	14,0	15,0	14,9	21,9	29,0	43,3	53,4	1 039	+0,9	-0,1
Berlin	15,5	15,3	16,6	10,2	33,6	28,3	58,1	923	+1,1	+1,3
Brandenburg	13,8	13,9	13,4	8,9	40,4	40,4	60,0	922	-0,4	-0,5
Bremen	17,0	17,8	18,2	10,8	38,9	45,9	54,4	891	+1,2	+0,4
Hamburg	17,9	19,0	18,3	15,3	40,6	46,8	53,1	1 040	+0,4	-0,7
Hessen	15,1	16,5	16,5	15,5	34,3	46,0	53,1	998	+1,4	0,0
Mecklenburg-Vorpommern	13,7	13,6	13,5	7,0	54,0	39,3	54,4	846	-0,2	-0,1
<b>Niedersachsen</b>	<b>15,0</b>	<b>15,9</b>	<b>16,0</b>	<b>15,0</b>	<b>43,0</b>	<b>44,9</b>	<b>54,7</b>	<b>953</b>	<b>+1,0</b>	<b>+0,1</b>
Nordrhein-Westfalen	15,6	16,3	16,7	14,4	40,5	42,5	57,0	946	+1,1	+0,4
Rheinland-Pfalz	16,0	16,3	16,6	17,9	40,7	47,7	57,3	996	+0,6	+0,3
Saarland	14,5	15,4	16,6	17,7	41,9	40,8	48,8	956	+2,1	+1,2
Sachsen	12,4	12,9	12,4	6,1	48,2	33,4	57,3	866	0,0	-0,5
Sachsen-Anhalt	14,2	14,5	14,0	7,9	58,5	40,2	59,6	840	-0,2	-0,5
Schleswig-Holstein	15,2	15,7	16,2	14,5	45,0	42,9	55,6	995	+1,0	+0,5
Thüringen	11,0	12,4	12,0	7,5	44,8	32,6	52,0	870	+1,0	-0,4
<b>Deutschland</b>	<b>15,0</b>	<b>15,7</b>	<b>15,7</b>	<b>14,8</b>	<b>35,5</b>	<b>43,6</b>	<b>56,9</b>	<b>969</b>	<b>+0,7</b>	<b>0,0</b>
Westdeutschland	15,2	16,2	16,2	16,8	36,0	45,3	55,1	995	+1,0	0,0
Ostdeutschland	13,3	13,7	13,5	7,8	37,9	34,1	56,8	879	+0,2	-0,2

1) Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. - Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

## 69. Soziale Mindestsicherung am 31.12.

Land	Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung <sup>1)</sup>			Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung je 100 Einwohner/-innen			Mindestsicherungsquote Frauen	Veränderung der Zahl der Empfänger/-innen	
	2010	2014	2015	2010	2014	2015	2015/2010	2015/2014	
	Anzahl						%		
Baden-Württemberg	532 846	555 997	650 679	5,0	5,2	6,0	5,7	+22,1	+17,0
Bayern	544 316	578 878	668 639	4,3	4,6	5,2	4,9	+22,8	+15,5
Berlin	654 312	660 634	684 436	18,9	19,0	19,4	18,3	+4,6	+3,6
Brandenburg	287 925	266 335	273 128	11,5	10,8	11,0	10,2	-5,1	+2,6
Bremen	108 156	114 163	124 092	16,4	17,2	18,5	18,1	+14,7	+8,7
Hamburg	228 223	232 743	247 723	12,8	13,2	13,9	13,3	+8,5	+6,4
Hessen	492 097	528 217	576 454	8,1	8,7	9,3	9,0	+17,1	+9,1
Mecklenburg-Vorpommern	219 232	207 838	210 699	13,3	13,0	13,1	12,0	-3,9	+1,4
<b>Niedersachsen</b>	<b>694 703</b>	<b>704 657</b>	<b>775 056</b>	<b>8,8</b>	<b>9,0</b>	<b>9,8</b>	<b>9,4</b>	<b>+11,6</b>	<b>+10,0</b>
Nordrhein-Westfalen	1 816 279	1 959 939	2 135 701	10,2	11,1	12,0	11,6	+17,6	+9,0
Rheinland-Pfalz	261 854	277 828	314 446	6,5	6,9	7,8	7,5	+20,1	+13,2
Saarland	88 469	94 350	106 405	8,7	9,5	10,7	10,2	+20,3	+12,8
Sachsen	464 727	414 856	419 168	11,2	10,2	10,3	9,6	-9,8	+1,0
Sachsen-Anhalt	317 026	298 382	301 702	13,6	13,3	13,4	12,5	-4,8	+1,1
Schleswig-Holstein	252 749	269 157	295 124	8,9	9,5	10,3	9,8	+16,8	+9,6
Thüringen	213 157	192 990	203 542	9,5	8,9	9,4	8,9	-4,5	+5,5
<b>Deutschland</b>	<b>7 176 071</b>	<b>7 356 964</b>	<b>7 986 994</b>	<b>8,8</b>	<b>9,1</b>	<b>9,7</b>	<b>9,3</b>	<b>+11,3</b>	<b>+8,6</b>
Westdeutschland	5 019 692	5 315 929	5 894 319	7,7	8,2	8,9	8,6	+17,4	+10,9
Ostdeutschland	2 156 379	2 041 035	2 092 675	13,2	12,8	13,0	12,1	-3,0	+2,5

1) Leistungen nach dem SGB II: Arbeitslosengeld II (ALG II) und Sozialgeld, Leistungen nach dem SGB XII: Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in und außerhalb von Einrichtungen sowie Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Quellen: Leistungen nach SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, alle weiteren Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

## 70. Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften<sup>1)</sup>

Land	Personen in in SGB II-Bedarfsgemeinschaften (Dezember)			Darunter sonstige Personen <sup>2)</sup>	Personen in in SGB II-Bedarfsgemeinschaften je 100 Einwohner/-innen <sup>3)</sup>			Veränderung der Zahl der Leistungsempfänger/-innen	
	2011	2015	2016		2011	2015	2016	2016/2011	2016/2015
	Anzahl							%	
Baden-Württemberg	432 995	447 127	472 493	21 438	5,1	5,1	5,4	+9,1	+5,7
Bayern	429 341	436 330	460 616	24 667	4,3	4,2	4,5	+7,3	+5,6
Berlin	594 016	571 560	560 897	18 756	22,1	20,1	19,7	-5,6	-1,9
Brandenburg	263 600	226 659	217 257	9 262	13,9	11,9	11,4	-17,6	-4,1
Bremen	94 157	100 366	102 992	3 738	18,3	19,0	19,5	+9,4	+2,6
Hamburg	188 213	187 806	191 041	7 268	13,5	12,9	13,1	+1,5	+1,7
Hessen	406 774	429 089	434 646	16 456	8,5	8,7	8,8	+6,9	+1,3
Mecklenburg-Vorpommern	204 600	174 809	167 073	8 960	16,3	14,1	13,5	-18,3	-4,4
<b>Niedersachsen</b>	<b>600 329</b>	<b>586 487</b>	<b>602 251</b>	<b>29 194</b>	<b>9,8</b>	<b>9,4</b>	<b>9,7</b>	<b>+0,3</b>	<b>+2,7</b>
Nordrhein-Westfalen	1 598 083	1 679 855	1 716 665	63 233	11,4	11,8	12,1	+7,4	+2,2
Rheinland-Pfalz	222 106	229 729	242 710	12 391	7,0	7,2	7,6	+9,3	+5,7
Saarland	75 801	82 993	92 587	3 495	9,7	10,8	12,1	+22,1	+11,6
Sachsen	432 515	356 295	337 105	17 434	14,2	11,6	11,0	-22,1	-5,4
Sachsen-Anhalt	297 380	257 908	251 340	13 354	17,3	15,3	15,0	-15,5	-2,5
Schleswig-Holstein	224 508	224 121	230 187	10 212	10,3	10,1	10,4	+2,5	+2,7
Thüringen	196 698	166 146	162 044	9 157	11,8	10,1	9,8	-17,6	-2,5
<b>Deutschland</b>	<b>6 261 116</b>	<b>6 157 280</b>	<b>6 241 904</b>	<b>269 015</b>	<b>9,8</b>	<b>9,5</b>	<b>9,6</b>	<b>-0,3</b>	<b>+1,4</b>
Westdeutschland	4 272 307	4 403 903	4 546 188	192 092	8,3	8,4	8,7	+6,4	+3,2
Ostdeutschland	1 988 809	1 753 377	1 695 716	76 923	16,2	14,2	13,7	-14,7	-3,3

1) Darunter fallen Regelleistungsberechtigte (erwerbsfähig und nicht-erwerbsfähig) sowie sonstige Leistungsberechtigte, vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen und Kinder ohne Leistungsanspruch.

2) Sonstige Leistungsberechtigte sowie vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen und Kinder ohne Leistungsanspruch.

3) Bevölkerung im Alter von 0 bis unter 65 Jahren am 31.12. des jeweiligen Jahres; für 2016: 31.12.2015.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Eckwerte der Grundsicherung SGB II; Stand: Juli 2017

## 71. Verbraucherinsolvenzen

Land	Verbraucherinsolvenzen			Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Verbraucherinsolvenzen	
	2011	2015	2016	2011	2015	2016	2016/2011	2016/2015
	Anzahl							%
Baden-Württemberg	9 664	6 735	6 349	9,2	6,2	5,8	-34,3	-5,7
Bayern	10 898	8 093	7 852	8,8	6,4	6,1	-28,0	-3,0
Berlin	4 663	3 455	3 492	14,1	9,9	9,9	-25,1	+1,1
Brandenburg	4 102	3 121	2 913	16,7	12,7	11,7	-29,0	-6,7
Bremen	1 599	1 082	1 254	24,6	16,3	18,7	-21,6	+15,9
Hamburg	2 912	2 228	2 099	17,0	12,6	11,7	-27,9	-5,8
Hessen	7 095	4 991	4 747	11,9	8,2	7,7	-33,1	-4,9
Mecklenburg-Vorpommern	2 199	1 735	1 665	13,7	10,8	10,3	-24,3	-4,0
<b>Niedersachsen</b>	<b>13 977</b>	<b>11 220</b>	<b>11 059</b>	<b>18,0</b>	<b>14,3</b>	<b>14,0</b>	<b>-20,9</b>	<b>-1,4</b>
Nordrhein-Westfalen	25 322	20 908	19 804	14,4	11,8	11,1	-21,8	-5,3
Rheinland-Pfalz	4 641	3 389	3 309	11,6	8,4	8,2	-28,7	-2,4
Saarland	1 716	1 514	1 477	17,2	15,3	14,8	-13,9	-2,4
Sachsen	4 261	3 628	3 387	10,5	8,9	8,3	-20,5	-6,6
Sachsen-Anhalt	3 425	2 800	2 685	15,0	12,6	12,0	-21,6	-4,1
Schleswig-Holstein	4 412	3 569	3 324	15,8	12,6	11,6	-24,7	-6,9
Thüringen	2 403	1 678	1 822	11,0	7,8	8,4	-24,2	+8,6
<b>Deutschland</b>	<b>103 289</b>	<b>80 146</b>	<b>77 238</b>	<b>12,9</b>	<b>9,8</b>	<b>9,4</b>	<b>-25,2</b>	<b>-3,6</b>
Westdeutschland	82 236	63 729	61 274	12,8	10,5	9,3	-25,5	-3,9
Ostdeutschland	21 053	16 417	15 964	13,3	11,0	9,9	-24,2	-2,8



## 72. Pflegebedürftige

Land	Pflegebedürftige			Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung insgesamt			Veränderung der Zahl der Pflegebedürftigen	
	2011	2013	2015	2011	2013	2015	2015/2011	2015/2013
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	278 295	298 769	328 297	2,6	2,8	3,0	+18,0	+9,9
Bayern	329 341	329 016	348 253	2,6	2,6	2,7	+5,7	+5,8
Berlin	107 917	112 509	116 424	3,2	3,3	3,3	+7,9	+3,5
Brandenburg	95 970	102 953	111 595	3,9	4,2	4,5	+16,3	+8,4
Bremen	22 178	22 564	24 787	3,4	3,4	3,7	+11,8	+9,9
Hamburg	47 207	49 566	52 649	2,7	2,8	2,9	+11,5	+6,2
Hessen	199 655	205 126	223 579	3,3	3,4	3,6	+12,0	+9,0
Mecklenburg-Vorpommern	67 559	72 445	79 145	4,2	4,5	4,9	+17,1	+9,2
<b>Niedersachsen</b>	<b>270 399</b>	<b>288 296</b>	<b>317 568</b>	<b>3,5</b>	<b>3,7</b>	<b>4,0</b>	<b>+17,4</b>	<b>+10,2</b>
Nordrhein-Westfalen	547 833	581 492	638 103	3,1	3,3	3,6	+16,5	+9,7
Rheinland-Pfalz	112 743	117 910	132 283	2,8	3,0	3,3	+17,3	+12,2
Saarland	32 793	34 102	37 991	3,3	3,4	3,8	+15,9	+11,4
Sachsen	138 987	149 461	166 792	3,4	3,7	4,1	+20,0	+11,6
Sachsen-Anhalt	88 021	92 416	99 119	3,9	4,1	4,4	+12,6	+7,3
Schleswig-Holstein	80 221	82 692	89 428	2,9	2,9	3,1	+11,5	+8,1
Thüringen	82 322	86 889	94 280	3,8	4,0	4,3	+14,5	+8,5
<b>Deutschland</b>	<b>2 501 441</b>	<b>2 626 206</b>	<b>2 860 346</b>	<b>3,1</b>	<b>3,3</b>	<b>3,5</b>	<b>+14,3</b>	<b>+8,9</b>
Westdeutschland	1 920 665	2 009 533	2 192 938	3,0	3,1	3,3	+14,2	+9,1
Ostdeutschland	580 776	616 673	667 355	3,7	3,9	4,1	+14,9	+8,2

## 73. Polizeilich bekannt gewordene Straftaten, Wohnungseinbruchdiebstahl und Aufklärungsquote

Land	Polizeilich bekannt gewordene Straftaten insgesamt					Darunter Wohnungseinbruchdiebstahl <sup>1)</sup>		Veränderung der Zahl der Straftaten insgesamt	
	Erfasste Fälle			Häufigkeitszahl <sup>2)</sup>	Aufklärungsquote	Erfasste Fälle	Häufigkeitszahl <sup>2)</sup>		
	2011	2015	2016			2016/2011	2016/2015		
	Anzahl			%		Anzahl		%	
Baden-Württemberg	582 844	617 365	609 133	5 599	60,2	11 095	102	+4,5	-1,3
Bayern	623 108	805 915	882 473	6 871	65,9	7 470	58	+41,6	+9,5
Berlin	494 385	569 550	568 860	16 161	42,0	11 507	327	+15,1	-0,1
Brandenburg	197 664	188 264	185 831	7 479	53,0	4 180	168	-6,0	-1,3
Bremen	93 007	91 237	91 904	13 687	48,4	3 082	459	-1,2	+0,7
Hamburg	228 874	243 959	239 230	13 384	44,8	7 510	420	+4,5	-1,9
Hessen	396 834	403 188	412 104	6 672	62,7	10 405	168	+3,8	+2,2
Mecklenburg-Vorpommern	128 426	117 261	123 061	7 632	62,8	1 477	92	-4,2	+4,9
<b>Niedersachsen</b>	<b>552 257</b>	<b>568 470</b>	<b>561 963</b>	<b>7 090</b>	<b>61,4</b>	<b>16 405</b>	<b>207</b>	<b>+1,8</b>	<b>-1,1</b>
Nordrhein-Westfalen	1 511 469	1 517 448	1 469 426	8 225	50,7	52 578	294	-2,8	-3,2
Rheinland-Pfalz	274 703	273 491	274 593	6 775	64,9	6 744	166	-0,0	+0,4
Saarland	69 268	77 993	76 981	7 732	58,3	1 947	196	+11,1	-1,3
Sachsen	293 895	314 861	324 736	7 950	55,8	4 684	115	+10,5	+3,1
Sachsen-Anhalt	187 281	198 809	196 464	8 749	55,4	3 061	136	+4,9	-1,2
Schleswig-Holstein	219 693	202 598	206 541	7 225	54,5	7 711	270	-6,0	+1,9
Thüringen	136 972	140 240	149 226	6 875	63,8	1 409	65	+8,9	+6,4
<b>Deutschland</b>	<b>5 990 679</b>	<b>6 330 649</b>	<b>6 372 526</b>	<b>7 755</b>	<b>56,2</b>	<b>151 265</b>	<b>184</b>	<b>+6,4</b>	<b>+0,7</b>
Westdeutschland	4 552 057	4 801 664	4 824 348	7 303	57,7	124 947	189	+6,0	+0,5
Ostdeutschland	1 438 623	1 528 985	1 548 178	9 605	51,7	26 318	163	+7,6	+1,3

1) Wohnungseinbruchdiebstahl nach § 244 Abs. 1 Nr. 3 StGB (Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr ist aufgrund der inhaltlichen Erweiterung um die bandenmäßige Begehung nur bedingt gegeben).

2) Anzahl je 100 000 Einwohner/-innen am 31.12.2015.

Quelle: Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik

## 74. Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen

Land	Verunglückte insgesamt			Verunglückte je 100 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Verunglückten	
	2011	2015	2016	2011	2015	2016	2016/2011	2016/2015
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	47 789	48 618	48 508	455	451	446	+1,5	-0,2
Bayern	71 059	71 775	72 379	573	563	564	+1,9	+0,8
Berlin	16 933	17 840	17 392	514	512	494	+2,7	-2,5
Brandenburg	10 512	11 004	11 447	428	446	461	+8,9	+4,0
Bremen	3 772	4 035	3 828	580	608	570	+1,5	-5,1
Hamburg	9 784	10 103	9 829	572	571	550	+0,5	-2,7
Hessen	30 003	28 348	28 294	502	463	458	-5,7	-0,2
Mecklenburg-Vorpommern	6 999	7 023	7 134	435	439	442	+1,9	+1,6
<b>Niedersachsen</b>	<b>41 342</b>	<b>43 399</b>	<b>42 880</b>	<b>531</b>	<b>552</b>	<b>541</b>	<b>+3,7</b>	<b>-1,2</b>
Nordrhein-Westfalen	78 658	76 782	79 598	449	434	446	+1,2	+3,7
Rheinland-Pfalz	20 705	19 291	19 816	519	480	489	-4,3	+2,7
Saarland	5 607	5 236	5 335	561	529	536	-4,9	+1,9
Sachsen	17 710	17 225	17 462	437	425	427	-1,4	+1,4
Sachsen-Anhalt	10 760	10 635	10 646	471	477	474	-1,1	+0,1
Schleswig-Holstein	15 405	16 485	16 593	550	580	580	+7,7	+0,7
Thüringen	9 336	9 092	8 731	427	422	402	-6,5	-4,0
<b>Deutschland</b>	<b>396 374</b>	<b>396 891</b>	<b>399 872</b>	<b>494</b>	<b>487</b>	<b>487</b>	<b>+0,9</b>	<b>+0,8</b>
Westdeutschland	324 124	324 072	327 060	504	495	495	+0,9	+0,9
Ostdeutschland	72 250	72 819	72 812	455	455	452	+0,8	-0,0

# Aktuelle Entwicklungen 2017

## 75. Aktuelle Entwicklungen 2017

Land	Veränderung des BIP (real)	Erwerbstätige <sup>1)</sup> (am Arbeitsort)	Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen	Arbeitslosenquote	Veränderung der Arbeitslosenquote	Unterbeschäftigungsquote	SGB II-Quote <sup>2)</sup>	Veränderung der SGB II-Quote	Veränderung der Zahl der unter 3-Jährigen <sup>3)</sup> in Kindertageseinrichtungen
	1. Hj 2017/ 1. Hj 2016	1. Vj 2017	1. Vj 2017/ 1. Vj 2016	Juni 2017	Juni 2017/ Juni 2016	Juni 2017	April 2017	April 2017/ April 2016	01.03.2017/ 01.03.2016
	%	in 1 000	%		Prozentpunkte	%		Prozentpunkte	Anzahl
Baden-Württemberg	+2,1	6 182	+1,5	3,4	-0,3	4,8	5,6	+0,3	+4 812
Bayern	+2,5	7 408	+1,7	3,0	-0,2	4,3	4,6	+0,2	+4 038
Berlin	+1,6	1 918	+2,9	8,8	-0,7	12,4	19,8	-0,3	+1 131
Brandenburg	+0,6	1 097	+1,5	6,7	-1,0	9,4	11,4	-0,6	+871
Bremen	+3,5	424	+0,9	10,2	-0,3	14,0	19,9	+0,8	+184
Hamburg	+2,0	1 234	+1,7	6,7	-0,2	9,3	13,5	+0,4	+2 350
Hessen	+1,7	3 391	+1,5	4,9	-0,2	6,8	9,2	+0,4	+2 613
Mecklenburg-Vorpommern	+1,3	732	+0,5	8,0	-1,2	11,1	13,5	-0,8	+563
<b>Niedersachsen</b>	<b>+2,1</b>	<b>4 004</b>	<b>+1,3</b>	<b>5,6</b>	<b>-0,2</b>	<b>7,6</b>	<b>9,9</b>	<b>+0,4</b>	<b>+3 783</b>
Nordrhein-Westfalen	+2,0	9 339	+1,5	7,3	-0,3	9,8	12,4	+0,4	+3 993
Rheinland-Pfalz	+2,6	1 995	+0,9	4,7	-0,2	6,6	7,9	+0,5	+2 021
Saarland	+0,9	523	+0,9	6,5	-0,7	9,9	12,3	+0,7	+321
Sachsen	+1,3	2 030	+1,0	6,4	-0,8	8,8	11,0	-0,6	+1 375
Sachsen-Anhalt	+0,8	1 000	+0,7	8,1	-1,2	11,6	15,0	-0,4	+600
Schleswig-Holstein	+1,7	1 378	+1,9	5,8	-0,2	8,0	10,8	+0,5	+1 047
Thüringen	+1,7	1 042	+1,0	5,8	-0,7	8,2	10,0	-0,2	+775
<b>Deutschland</b>	<b>+2,0</b>	<b>43 698</b>	<b>+1,5</b>	<b>5,5</b>	<b>-0,4</b>	<b>7,7</b>	<b>9,8</b>	<b>+0,2</b>	<b>+30 477</b>
Westdeutschland	+2,1	35 878	+1,5	5,1	-0,3	7,1	8,9	+0,4	+25 162
Ostdeutschland	+1,3	7 820	+1,5	7,3	-0,9	10,2	13,8	-0,5	+5 315

1) Quelle: Erwerbstätigenrechnung.

2) Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften (einschl. Sonstige Leistungsberechtigte, vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen und Kinder ohne Leistungsanspruch) je Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 0 bis unter 65 Jahren am 31.12.2015.

3) Kinder in öffentlich geförderten Tageseinrichtungen – ohne Kindertagespflege – (Stichtag: 1.3.2017).

# Niedersachsen in Europa

## 76. Bevölkerungsdaten der Mitgliedstaaten der EU und der deutschen Länder

Staat / Land	Bevölkerung am 31.12.			Darunter Bevölkerung im Alter ab 65 Jahren	Verände- rung der Bevölke- rungszahl 2015/2010	Fläche <sup>1)</sup>	Besiedlungs- dichte (Landfläche)	Bevölke- rungsanteil an EU 28
	2010	2014	2015					
	Anzahl			%		km <sup>2</sup>	Einwohner/ -innen je km <sup>2</sup>	%
Belgien	11 000 638	11 237 274	11 311 117	18,2	+2,8	30 528	372	2,2
Bulgarien	7 369 431	7 202 198	7 153 784	20,4	-2,9	110 370	66	1,4
Tschechische Republik	10 486 731	10 538 275	10 553 843	18,3	+0,6	78 868	137	2,1
Dänemark	5 560 628	5 659 715	5 707 251	18,8	+2,6	42 924	132	1,1
<b>Deutschland</b>	<b>81 751 602</b>	<b>81 197 537</b>	<b>82 175 684</b>	<b>21,1</b>	<b>+0,5</b>	<b>357 376</b>	<b>229</b>	<b>16,1</b>
Baden-Württemberg	10 753 880	10 716 644	10 879 618	19,8	+1,2	35 751	302	2,1
Bayern	12 538 696	12 691 568	12 843 514	20,0	+2,4	70 550	181	2,5
Berlin	3 460 725	3 469 849	3 520 031	19,3	+1,7	892	3 918	0,7
Brandenburg	2 503 273	2 457 872	2 484 826	23,3	-0,7	29 654	83	0,5
Bremen	660 706	661 888	671 489	21,2	+1,6	419	1 591	0,1
Hamburg	1 786 448	1 762 791	1 787 408	18,7	+0,1	755	2 351	0,4
Hessen	6 067 021	6 093 888	6 176 172	20,3	+1,8	21 115	291	1,2
Mecklenburg-Vorpommern	1 642 327	1 599 138	1 612 362	23,0	-1,8	23 213	69	0,3
<b>Niedersachsen</b>	<b>7 918 293</b>	<b>7 826 739</b>	<b>7 926 599</b>	<b>21,4</b>	<b>+0,1</b>	<b>47 615</b>	<b>165</b>	<b>1,6</b>
Nordrhein-Westfalen	17 845 154	17 638 098	17 865 516	20,6	+0,1	34 110	520	3,5
Rheinland-Pfalz	4 003 745	4 011 582	4 052 803	21,0	+1,2	19 854	203	0,8
Saarland	1 017 567	989 035	995 597	22,9	-2,2	2 569	386	0,2
Sachsen	4 149 477	4 055 274	4 084 851	25,1	-1,6	18 420	221	0,8
Sachsen-Anhalt	2 335 006	2 235 548	2 245 470	25,1	-3,8	20 452	110	0,4
Schleswig-Holstein	2 834 259	2 830 864	2 858 714	22,6	+0,9	15 802	180	0,6
Thüringen	2 235 025	2 156 759	2 170 714	24,2	-2,9	16 202	134	0,4
Estland	1 329 660	1 314 870	1 315 944	19,0	-1,0	45 227	30	0,3
Irland	4 570 881	4 628 949	4 724 720	13,2	+3,4	69 797	68	0,9
Griechenland	11 123 392	10 858 018	10 783 748	21,3	-3,1	132 049	82	2,1
Spanien	46 667 174	46 449 565	46 445 828	18,7	-0,5	505 944	93	9,1
Frankreich	64 978 721	66 488 186	66 759 950	18,8	+2,7	633 187	105	13,1
Kroatien	4 289 857	4 225 316	4 190 669	19,2	-2,3	56 594	74	0,8
Italien	59 364 690	60 795 612	60 665 551	22,0	+2,2	302 073	201	11,9
Zypern	839 751	847 008	848 319	15,1	+1,0	9 251	92	0,2
Lettland	2 074 605	1 986 096	1 968 957	19,6	-5,1	64 573	32	0,4
Litauen	3 052 588	2 921 262	2 888 558	19,0	-5,4	65 286	46	0,6
Luxemburg	511 840	562 958	576 249	14,2	+12,6	2 586	220	0,1
Ungarn	9 985 722	9 855 571	9 830 485	18,3	-1,6	93 011	106	1,9
Malta	414 989	429 344	434 403	19,0	+4,7	315	1 370	0,1
Niederlande	16 655 799	16 900 726	16 979 120	18,2	+1,9	41 540	503	3,3
Österreich	8 375 164	8 576 261	8 690 076	18,5	+3,8	83 879	105	1,7
Polen	38 062 718	38 005 614	37 967 209	16,0	-0,3	312 679	124	7,4
Portugal	10 572 721	10 374 822	10 341 330	20,7	-2,2	92 226	112	2,0
Rumänien	20 199 059	19 870 647	19 760 314	17,4	-2,2	238 391	86	3,9
Slowenien	2 050 189	2 062 874	2 064 188	18,4	+0,7	20 273	102	0,4
Slowakei	5 392 446	5 421 349	5 426 252	14,4	+0,6	49 035	111	1,1
Finnland	5 375 276	5 471 753	5 487 308	20,5	+2,1	338 440	18	1,1
Schweden	9 415 570	9 747 355	9 851 017	19,8	+4,6	438 574	24	1,9
Vereinigtes Königreich	63 022 532	64 875 165	65 382 556	17,9	+3,7	248 536	269	12,8
<b>Europäische Union (28 Länder)</b>	<b>504 494 374</b>	<b>508 504 320</b>	<b>510 284 430</b>	<b>19,2</b>	<b>+1,1</b>	<b>4 463 532</b>	<b>117</b>	<b>100</b>

1) Kroatien: Landfläche (Gesamtfläche nicht verfügbar); Europäische Union: Summe der dargestellten Länderdaten.

Quelle: Eurostat; für Deutschland und seine Länder: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

## 77. Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten der Mitgliedsstaaten der EU und der deutschen Länder

Staat / Land	Bruttoinlandsprodukt		BIP in Kaufkraftstandards je Einwohner/-in in Prozent des EU-Durchschnitts (EU = 100)		Erwerbslosenquote		Erwerbstätigenquote		Gender Pay Gap <sup>1)</sup>	
	2015	Veränderung 2015/2014	2015	Veränderung 2015/2014	2016	Veränderung 2016/2015	2016	Veränderung 2016/2015	2015	Veränderung 2015/2014
	Mio. €	%		Prozent- punkte	%	Prozent- punkte	%	Prozent- punkte	%	Prozent- punkte
Belgien	410 351	+2,4	119	-1,0	7,8	-0,7	62,3	+0,5	7	-0
Bulgarien	45 286	+5,9	47	+1,0	7,6	-1,6	63,4	+0,5	15	+1
Tschech. Rep.	166 964	+6,6	87	+1,0	4,0	-1,1	72,0	+1,8	23	0
Dänemark	271 786	+2,5	127	0,0	6,2	0,0	74,9	+1,4	15	-1
<b>Deutschland</b>	<b>3 032 820</b>	<b>+3,7</b>	<b>124</b>	<b>-1,0</b>	<b>4,1</b>	<b>-0,5</b>	<b>74,7</b>	<b>+0,7</b>	<b>22</b>	<b>-0</b>
Bad.-Württbg.	461 740	+5,3	143	0,0	3,1	0,0	77,6	+0,7	27	0
Bayern	550 446	+4,2	144	-1,0	2,6	-0,3	78,2	+0,5	24	-1
Berlin	124 445	+5,4	119	0,0	7,8	-1,7	71,6	+2,6	15	+1
Brandenburg	65 443	+4,6	89	0,0	4,6	-1,1	76,8	+1,6	4	-3
Bremen	31 662	+4,8	159	0,0	5,4	-0,2	71,1	+3,2	24	-1
Hamburg	109 520	+3,8	206	-3,0	4,1	-0,2	75,5	+0,4	21	-1
Hessen	264 046	+3,7	144	-2,0	3,9	-0,1	74,2	+0,6	24	0
Meckl.-Vorp.	39 960	+3,9	83	-1,0	6,3	-1,5	72,5	+0,8	7	-1
<b>Niedersachs.</b>	<b>259 121</b>	<b>+4,0</b>	<b>110</b>	<b>-1,0</b>	<b>4,0</b>	<b>-0,3</b>	<b>73,4</b>	<b>-0,1</b>	<b>21</b>	<b>-1</b>
Nordrh.-West.	647 067	+2,0	122	-3,0	4,5	-0,7	71,4	+0,7	23	0
Rheinl.-Pfalz	132 253	+3,3	110	-1,0	3,6	-0,1	74,5	+0,4	21	0
Saarland	35 109	+4,6	118	0,0	4,9	-0,7	71,9	+1,2	24	+1
Sachsen	112 916	+3,7	93	0,0	5,0	-1,3	76,5	+1,3	11	0
Sachsen-Anh.	56 346	+2,0	84	-2,0	7,4	-0,6	73,7	+0,1	2	-3
Schlesw.-Hol.	85 806	+3,3	101	-1,0	4,0	-0,2	74,1	-0,6	17	0
Thüringen	56 941	+3,3	88	-1,0	5,1	-0,7	75,8	+1,6	10	+2
Estland	20 252	+2,5	75	-1,0	6,8	+0,6	72,1	+0,2	27	-1
Irland	255 815	+32,4	177	+40,0	7,9	-1,5	64,8	+1,5	...	...
Griechenland	175 697	-1,3	68	-2,0	23,6	-1,3	52,0	+1,2	...	...
Spanien	1 075 639	+3,7	90	0,0	19,6	-2,5	59,5	+1,7	15	0
Frankreich	2 181 064	+1,9	106	-1,0	10,1	-0,3	64,1	+0,4	16	+0
Kroatien	43 847	+2,0	58	-1,0	13,1	-3,1	56,9	+0,9	...	...
Italien	1 645 439	+1,5	96	-1,0	11,7	-0,2	57,2	+0,9	6	-1
Zypern	17 637	+0,4	81	0,0	13,0	-2,0	63,7	+1,0	14	-0
Lettland	24 368	+3,1	64	0,0	9,6	-0,3	68,7	+0,6	17	-0
Litauen	37 331	+2,0	75	0,0	7,9	-1,2	69,4	+2,2	14	+1
Luxemburg	51 216	+3,9	264	-3,0	6,3	-0,4	65,6	-0,5	6	+0
Ungarn	109 674	+4,5	68	0,0	5,1	-1,7	66,5	+2,6	14	-1
Malta	9 276	+10,0	93	+3,0	4,7	-0,7	65,7	+1,8	...	...
Niederlande	676 531	+2,0	128	-3,0	6,0	-0,9	74,8	+0,7	16	0
Österreich	339 896	+2,9	128	-1,0	6,0	+0,3	71,5	+0,4	22	-1
Polen	429 794	+4,6	69	+1,0	6,2	-1,3	64,5	+1,6	8	0
Portugal	179 540	+3,7	77	0,0	11,2	-1,4	65,2	+1,3	18	+3
Rumänien	159 964	+6,4	57	+2,0	5,9	-0,9	61,6	+0,2	6	+1
Slowenien	38 570	+3,3	83	0,0	8,0	-1,0	65,8	+0,6	8	+1
Slowakei	78 686	+3,6	77	0,0	9,7	-1,8	64,9	+2,2	20	-0
Finnland	209 511	+2,0	109	-2,0	8,8	-0,6	69,1	+0,6	17	-1
Schweden	447 009	+3,3	124	0,0	7,0	-0,4	76,2	+0,7	14	+0
Verein. Königr.	2 580 064	+14,1	108	0,0	4,8	-0,5	73,5	+0,8	21	-0
<b>Europ. Union (28 Länder)</b>	<b>14 714 029</b>	<b>+5,1</b>	<b>100</b>	<b>x</b>	<b>8,6</b>	<b>-0,8</b>	<b>66,6</b>	<b>+1,0</b>	<b>16</b>	<b>-0</b>

1) Angaben für Spanien, Frankreich, Polen und Finnland vorläufig; Angaben für Rumänien und Vereinigtes Königreich geschätzt.

Quelle: Eurostat; für Deutschland und seine Länder: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

## 78. Frühe Schulabgängerinnen und -abgänger der Mitgliedsstaaten der EU und der deutschen Länder 2011 bis 2016

Staat / Land	Anteil der frühen Schulabgänger/-innen an der gleichaltrigen Bevölkerung						Männlich	Weiblich	Veränderung des Anteils	
	2011	2012	2013	2014	2015	2016			2016/2011	2016/2015
	%								Prozentpunkte	
Belgien	12,3	12,0	11,0	9,8	10,1	8,8	10,2	7,4	-3,5	-1,3
Bulgarien	11,8	12,5	12,5	12,9	13,4	13,8	13,7	13,9	+2,0	+0,4
Tschechische Republik	4,9	5,5	5,4	5,5	6,2	6,6	6,6	6,6	+1,7	+0,4
Dänemark	9,6	9,1	8,0	7,8	7,8	7,2	8,5	5,9	-2,4	-0,6
<b>Deutschland</b>	<b>11,6</b>	<b>10,5</b>	<b>9,8</b>	<b>9,5</b>	<b>10,1</b>	<b>10,2</b>	<b>10,9</b>	<b>9,4</b>	<b>-1,4</b>	<b>+0,1</b>
Baden-Württemberg	10,0	8,4	7,5	7,8	8,5	9,3	9,8	8,7	-0,7	+0,8
Bayern	9,0	7,3	7,1	6,3	6,2	7,6	8,3	6,7	-1,4	+1,4
Berlin	13,2	13,4	12,2	13,5	13,9	11,6	12,5	10,8	-1,6	-2,3
Brandenburg	10,3	10,2	10,6	9,0	11,9	10,7	12,2	/	+0,4	-1,2
Bremen	17,8	13,1	14,9	14,0	12,4	10,7	/	/	-7,1	-1,7
Hamburg	13,0	12,4	11,6	11,7	13,2	12,3	12,8	11,8	-0,7	-0,9
Hessen	10,9	9,5	10,1	9,7	9,9	10,4	11,3	9,4	-0,5	+0,5
Mecklenburg-Vorpommern	10,2	11,2	9,7	9,9	11,1	13,5	14,2	/	+3,3	+2,4
<b>Niedersachsen</b>	<b>14,1</b>	<b>11,9</b>	<b>10,8</b>	<b>10,6</b>	<b>11,0</b>	<b>11,9</b>	<b>12,4</b>	<b>11,4</b>	<b>-2,2</b>	<b>+0,9</b>
Nordrhein-Westfalen	13,6	12,9	11,6	11,2	11,7	11,2	11,9	10,6	-2,4	-0,5
Rheinland-Pfalz	13,5	12,5	13,0	10,4	12,5	11,7	13,1	10,2	-1,8	-0,8
Saarland	15,3	12,8	13,6	11,9	12,5	10,3	/	/	-5,0	-2,2
Sachsen	7,9	8,1	6,6	6,8	8,7	7,6	8,2	6,9	-0,3	-1,1
Sachsen-Anhalt	13,1	11,2	9,9	9,3	12,5	11,2	13,2	/	-1,9	-1,3
Schleswig-Holstein	13,0	12,6	10,1	12,7	10,9	10,1	10,4	9,9	-2,9	-0,8
Thüringen	7,8	7,6	7,8	6,1	8,5	8,6	9,7	/	+0,8	+0,1
Estland	10,6	10,3	9,7	12,0	12,2	10,9	14,3	7,4	+0,3	-1,3
Irland	10,8	9,7	8,4	6,9	6,9	6,3	7,8	4,6	-4,5	-0,6
Griechenland	12,9	11,3	10,1	9,0	7,9	6,2	7,1	5,3	-6,7	-1,7
Spanien	26,3	24,7	23,6	21,9	20,0	19,0	22,7	15,1	-7,3	-1,0
Frankreich	12,3	11,8	9,7	9,0	9,2	8,8	10,1	7,5	-3,5	-0,4
Kroatien	5,0	5,1	4,5	2,7	2,7	2,8	3,5	2,0	-2,2	+0,1
Italien	17,8	17,3	16,8	15,0	14,7	13,8	16,1	11,3	-4,0	-0,9
Zypern	11,3	11,4	9,1	6,8	5,2	7,7	11,4	4,3	-3,6	+2,5
Lettland	11,6	10,6	9,8	8,5	9,9	10,0	13,7	6,2	-1,6	+0,1
Litauen	7,4	6,5	6,3	5,9	5,5	4,8	6,0	3,6	-2,6	-0,7
Luxemburg	6,2	8,1	6,1	6,1	9,3	5,5	6,8	4,2	-0,7	-3,8
Ungarn	11,4	11,8	11,9	11,4	11,6	12,4	12,9	11,8	+1,0	+0,8
Malta	22,7	21,1	20,5	20,3	19,8	19,6	23,1	15,8	-3,1	-0,2
Niederlande	9,2	8,9	9,3	8,7	8,2	8,0	10,1	5,8	-1,2	-0,2
Österreich	8,5	7,8	7,5	7,0	7,3	6,9	7,7	6,0	-1,6	-0,4
Polen	5,6	5,7	5,6	5,4	5,3	5,2	6,4	3,9	-0,4	-0,1
Portugal	23,0	20,5	18,9	17,4	13,7	14,0	17,4	10,5	-9,0	+0,3
Rumänien	18,1	17,8	17,3	18,1	19,1	18,5	18,4	18,7	+0,4	-0,6
Slowenien	4,2	4,4	3,9	4,4	5,0	4,9	6,7	3,1	+0,7	-0,1
Slowakei	5,1	5,3	6,4	6,7	6,9	7,4	7,6	7,2	+2,3	+0,5
Finnland	9,8	8,9	9,3	9,5	9,2	7,9	9,0	6,9	-1,9	-1,3
Schweden	6,6	7,5	7,1	6,7	7,0	7,4	8,2	6,4	+0,8	+0,4
Vereinigtes Königreich	14,9	13,4	12,4	11,8	10,8	11,2	12,8	9,5	-3,7	+0,4
<b>Europäische Union (28 Länder)</b>	<b>13,4</b>	<b>12,7</b>	<b>11,9</b>	<b>11,2</b>	<b>11,0</b>	<b>10,7</b>	<b>12,2</b>	<b>9,2</b>	<b>-2,7</b>	<b>-0,3</b>

Quelle: Eurostat

## 79. Bevölkerung 2010 bis 2015

Region	Einwohner/-innen am 31.12.						Veränderung der Zahl der Einwohner/-innen	
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2015/2010	2015/2014
	Anzahl						%	
Europäische Union	504 494 374	505 612 816	506 682 935	506 973 868	508 504 320	510 284 430	+1,1	+0,4
Deutschland	81 751 602	80 327 900	80 523 746	80 767 463	81 197 537	82 175 684	+0,5	+1,2
Niedersachsen	7 918 293	7 774 253	7 778 995	7 790 559	7 826 739	7 926 599	+0,1	+1,3
Statistische Region Braunschweig	1 609 369	1 575 968	1 574 527	1 574 936	1 579 754	1 598 164	-0,7	+1,2
Statistische Region Hannover	2 138 711	2 093 431	2 094 931	2 099 079	2 108 413	2 132 290	-0,3	+1,1
Statistische Region Lüneburg	1 692 238	1 667 127	1 667 332	1 670 199	1 677 715	1 699 969	+0,5	+1,3
Statistische Region Weser-Ems	2 477 975	2 437 727	2 442 205	2 446 345	2 460 857	2 496 176	+0,7	+1,4

Quelle: Für die Europäische Union: Eurostat, übrige Angaben: Statistisches Bundesamt bzw. Landesamt für Statistik Niedersachsen

## 80. Bruttoinlandsprodukt 2010 bis 2015

Region	Bruttoinlandsprodukt zu laufenden Marktpreisen						Veränderung des BIP	
	2010	2011	2012 <sup>1)</sup>	2013 <sup>1)</sup>	2014 <sup>1)</sup>	2015 <sup>1)</sup>	2015/2010	2015/2014
	Mio. €						%	
Europäische Union	12 817 343	13 192 553	13 448 656	13 558 630	14 002 591	14 714 029	+14,8	+5,1
Deutschland	2 580 060	2 703 120	2 758 260	2 826 240	2 923 930	3 032 820	+17,5	+3,7
Niedersachsen	222 851	235 886	240 402	242 748	249 209	259 121	+16,3	+4,0
Statistische Region Braunschweig	51 032	55 413	56 396	57 410	59 483	62 119	+21,7	+4,4
Statistische Region Hannover	65 497	69 052	70 089	70 184	71 667	74 405	+13,6	+3,8
Statistische Region Lüneburg	36 995	38 671	39 883	40 511	41 265	42 770	+15,6	+3,6
Statistische Region Weser-Ems	69 327	72 750	74 034	74 643	76 794	79 827	+15,1	+3,9

1) Die Daten für Niedersachsen weichen von anderen Veröffentlichungen ab, da Revisionen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder nicht berücksichtigt sind.

Quelle: Eurostat

## 81. Bruttoinlandsprodukt je Einwohner/-in 2010 bis 2015

Region	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner/-in zu laufenden Marktpreisen						Veränderung des BIP je Einwohner/-in	
	2010	2011	2012 <sup>1)</sup>	2013 <sup>1)</sup>	2014 <sup>1)</sup>	2015 <sup>1)</sup>	2015/2010	2015/2014
	€						%	
Europäische Union	25 500	26 100	26 600	26 700	27 600	28 900	+13,3	+4,7
Deutschland	32 100	33 700	34 300	35 000	36 100	37 100	+15,6	+2,8
Niedersachsen	28 600	30 300	30 900	31 200	31 900	32 900	+15,0	+3,1
Statistische Region Braunschweig	32 200	35 100	35 800	36 500	37 700	39 100	+21,4	+3,7
Statistische Region Hannover	31 200	33 000	33 500	33 500	34 100	35 100	+12,5	+2,9
Statistische Region Lüneburg	22 100	23 200	23 900	24 300	24 700	25 300	+14,5	+2,4
Statistische Region Weser-Ems	28 500	29 900	30 300	30 500	31 300	32 200	+13,0	+2,9

1) Die Daten für Niedersachsen weichen von anderen Veröffentlichungen ab, da Revisionen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder nicht berücksichtigt sind.

Quelle: Eurostat

## 82. Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftstandards je Einwohner/-in in Prozent des EU-Durchschnitts 2010 bis 2015

Region	BIP in Kaufkraftstandards je Einwohner/-in in Prozent des EU-Durchschnitts (EU = 100)						Veränderung	
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2015/2010	2015/2014
	%						Prozentpunkte	
Europäische Union	100	100	100	100	100	100	x	x
Deutschland	120	123	124	124	125	124	+4,0	-1,0
Niedersachsen	107	111	112	111	111	110	+3,0	-1,0
Statistische Region Braunschweig	120	129	129	129	131	131	+11,0	0,0
Statistische Region Hannover	117	121	121	119	118	117	0,0	-1,0
Statistische Region Lüneburg	83	85	86	86	86	85	+2,0	-1,0
Statistische Region Weser-Ems	106	109	110	108	109	108	+2,0	-1,0

Quelle: Eurostat

## 83. Erwerbstätigenquote der 15- bis unter 65-Jährigen 2011 bis 2016

Region	Erwerbstätigenquote der 15- bis unter 65-Jährigen						Darunter		Veränderung der Erwerbs- tätigenquote 2016/2011
	2011	2012	2013	2014	2015	2016			
						männlich	weiblich		
	%								Prozentpunkte
Europäische Union (28 Länder)	64,1	64,0	64,0	64,8	65,6	66,6	71,8	61,3	+2,5
Deutschland	72,7	73,0	73,5	73,8	74,0	74,7	78,4	70,8	+2,0
Niedersachsen	72,1	72,5	73,2	73,4	73,5	73,4	77,6	69,1	+1,3
Stat. Region Braunschweig	70,7	70,3	70,0	70,5	71,5	71,3	75,9	66,5	+0,6
Stat. Region Hannover	70,5	72,5	73,1	73,2	72,6	72,1	75,4	68,6	+1,6
Stat. Region Lüneburg	74,2	73,9	74,8	75,7	76,1	75,6	79,7	71,5	+1,4
Stat. Region Weser-Ems	72,9	73,0	74,4	74,1	73,8	74,5	79,0	69,7	+1,6

Quelle: Eurostat

## 84. Erwerbslosenquote der 15- bis unter 75-Jährigen 2011 bis 2016

Region	Erwerbslosenquote der 15- bis unter 75-Jährigen						Darunter		Veränderung der Erwerbs- losenquote 2016/2011
	2011	2012	2013	2014	2015	2016			
						männlich	weiblich		
	%								Prozentpunkte
Europäische Union (28 Länder)	9,7	10,5	10,9	10,2	9,4	8,6	8,4	8,8	-1,1
Deutschland	5,8	5,4	5,2	5,0	4,6	4,1	4,5	3,8	-1,7
Niedersachsen	5,5	4,9	4,9	4,6	4,3	4,0	4,6	3,4	-1,5
Stat. Region Braunschweig	6,3	5,6	6,2	5,5	4,9	4,6	5,2	4,0	-1,7
Stat. Region Hannover	6,7	5,4	5,4	5,2	4,7	4,7	5,7	3,6	-2,0
Stat. Region Lüneburg	5,3	4,4	4,4	4,0	3,5	3,3	3,4	3,2	-2,0
Stat. Region Weser-Ems	4,2	4,3	4,0	4,1	4,0	3,6	4,2	3,0	-0,6

Quelle: Eurostat







Ansicht:  
Deutschland  
und seine Länder  
Niedersachsen  
und seine Statistischen  
Regionen



78469964142314  
5459454546255416164998301  
4789478431196287319446541  
4644146449997325321873652  
1646546478998138659315479  
5469464646255416164998301